REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 462 · 17.5.2002

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 49 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Die Linke im Glaubenskrieg
2. Double-U kommt nach Berlin. Den Protest gegen die Kriegspolitik auf die Straße tragen
3. Israel:Palästina 2002. Eine Fotoausstellung zur Komplexität des Konflikts
4. Sind Palästinenser Menschen? Antideutsche entdecken Sharon als Heilsbringer - gw.
5. Scharfmacher. Mainstream-Antisemitismus in Wahlkampfzeiten - Js.
6. Lebendiger, tödlicher Postmodernismus. Ein Brief aus Israel - Ran HaCohen
7. Frankreich, Algerien und der Nahe Osten. Die französische Rezeption des israelisch-palästinensischen Konflikts - Bernhard Schmid
8. Allein gegen alle. Gegen das "kleinere Übel" hatte Le Pen keine Chance - Bernhard Schmid
9. Worte des Faschisten Le Pen
10. Was macht eigentlich Bin Laden? Der vermutlich erste Nachruf - Knut Mellenthin
11. Campen in Hamburg? Land in Sicht! Grenzcamp 2002: Auch der Norden mischt mit - SH & HB, HH
12. Leben, quer gelesen. Giorgio Agambens Analyse biopolitischer Macht - Stefanie Gräfe
13. "Der Senat soll einpacken!" Großdemo gegen Sozialkürzungen in Hamburg - dk
14. Das Ende vieler Träume. Wahlen ohne Wähler in Sachsen-Anhalt - Christian Grünert
15. HafenCity - this is the Masterplan - Malte Willms
16. Schöne neue Modell-Welt. HafenCity: Vom Hochhausensemble zum olympischen Dorf - Ulf Treger
17. Bigness is fascinating. Linke KulturproduzentInnen und die Auseinandersetzung mit der Hamburger HafenCity - Anke Haarmann
18. Hausmannskost für galaktisch kulinarische Erlebnisse. Bremer Space Park schon vor der Eröffnung ein Flop - Thomas Böker
19. Das Modell Barcelona
20. Wege sollen sich kreuzen. Entwürfe für eine am Menschen orientierte Stadtplanung
21. Liebenswerte Lücken. Expansionsbetrachtung: Vergessene Orte sind unkontrollierte Orte - Madsen & Möller-Gruppe
22. Privatisierung, New Labour und der Widerstand. Zunehmende Kampfbereitschaft gegen Privatisierungsvorhaben in Großbritannien - Christian Bunke
23. Big Bang. NATO will umfangreiche Erweiterung nach Osteuropa beschließen - Boris Kanzleiter
24. NATO rund ums Schwarze Meer. Bulgarien und Rumänien in die Nato, US-Militär nach Georgien - Boris Kanzleiter
25. Von Vaterlandsverrätern und Diktatoren Ungarn: Die National-Konservativen verlieren die Parlamentswahlen knapp - Anke Schwarzer
26. Überlebensstrategie und Kampf. Volksversammlungen als Vorboten von Veränderungen in Argentinien - Juan Eduardo Gehring
27. Größte Nervensäge des Kontinents. Der Putsch in Venezuela und die "Doktrin der Freiheit" - Jürgen Wagner, IMI
28. Aufgeschoben, nicht aufgehoben. USA bereiten Krieg gegen den Irak vor - Joachim Guilliard
29. Abschied vom Katastrophenkataster. Nach Jahrzehnten blutiger Unterdrückung wird Osttimor unabhängig - Rainer Werning
30. Xanana Gusmao: Jesuitenschüler, Guerillero, Präsident - Rainer Werning
31. Beinhart und flexibel. Alleanza Nazionale - Modell für den europäischen Neofaschismus? - Js.
32. Baskenland: Massenprotest gegegen Batasuna-Verbot - Ralf Streck
33. DA DA DA - ein Hauch von Anarchie - DSe
34. (Haar-)Risse im Putz Nachrichten aus der Welt der entlohnten und nicht entlohnten Arbeit
35. Flexi, flexi, flexi. Die IG Metall muss Lohnerhöhungen erstreiken - Georg Wißmeier
36. Harmonie wieder hergestellt. Die Kritik der Gewerkschaften an der SPD wird leiser - Georg Wißmeier

37. Schallende Ohrfeige vom Bundesgerichtshof. Letzter Angeklagter im Berliner RZ-Prozess haftverschont - mb., Berlin
38. "Ich sah den Namen Bosch." Zwei ehemalige Zwangsarbeiterinnen erinnern sich (Dokumentation) - Js.
39. Gesundheit ist keine Ware. Heidelberger Aktionskonferenz beschließt Kampagne gegen Privatisierung - Georg Wißmeier
40. Rebellion ist gerechtfertigt. 1. Mai in Berlin: Chance verspielt - mb., Berlin
41. Vom Ruck im Linksruck. Ein Denkanstoß zur Organisationsfrage - Henning Böke
42. Im Namen des Empire: Sie sind Biomacht! Kritische Lektüre eines neuen linken Bestsellers - Sonja Buckel, Jens Wissel
43. Kapitalismus als das kleinere Übel. Antideutsche versöhnen sich mit der kapitalistischen Normalität (Gespräch mit Norbert Trenkle, Gruppe "Krisis") - Interview: Thomas Binger
44. ak 30. Wir feiern!
45. AUFGEBLÄTTERT
46. KALENDER
47. EDITORIAL
48. Danke für nochmals 1.050 Euro!
49. Wem gehört der Hafen?

1. Die Linke im Glaubenskrieg

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/auf462.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:auf462

Endlich darf sie wieder Flagge zeigen, die deutsche Linke. Staatsflagge. Wahlweise die israelische oder die palästinensische. So verhasst staatliche Symbole ansonsten sein mögen, jetzt wehen sie wieder im Stellvertreterkrieg der deutschen Linken. Statt Analyse konkreter Bedingungen und konkreter Situationen, zeitweise eine Stärke der Linken, dominiert beim Thema Israel/Palästina das Bekennertum. Gefragt ist Parteinahme ohne Wenn und Aber. Hat mensch Partei ergriffen für Israel oder Palästina, dann bleibt für Zwischentöne kein Platz mehr. Die Situation der jeweils anderen Seite wird ausgeblendet. So verkünden die einen: "Es geht um Israel". konkret setzt das Konterfei des israelischen Premiers und Hardliners Ariel Sharon auf den Titel und sieht ihn im weltweiten Kampf "Allein gegen alle".

Die andere Fraktion, die nur die "Solidarität mit Palästina" kennt, formuliert als Minimalkonsens, sich "bedingungslos auf die Seite der Unterdrückten zu stellen, ganz egal welche Mittel diese in ihrem legitimen Widerstand einsetzen." Die Zeiten, in denen Linke "bedingungslos" Handlungen irgendwelcher Gruppen in anderen Ländern gut geheißen haben, sollten eigentlich längst vorbei sein. Wer Selbstmordattentate gegen israelische ZivilistInnen als Mittel "legitimen Widerstandes" billigt, erklärt damit seinen eigenen politischen und moralischen Bankrott. Wer Befreiung auf Antisemitismus baut, der meint nicht Befreiung. Wer Selbstmordattentate befürwortet, meint nicht Freiheit. Wer andererseits staatliche Gewaltpolitik verteidigt, der meint nicht Emanzipation, der meint nicht Frieden.

Die einseitige Parteinahme deutscher Linker ist wohl nur noch psychologisch erklären: Offensichtlich projizieren sie ihre eigenen Machtfantasien auf die Menschen in Palästina/Israel. Der Linken in Deutschland stände es besser zu Gesicht, die Zwischentöne aus der israelischen und palästinensischen Gesellschaft aufzunehmen. Avi Primor, der frühere israelische Botschafter in der Bundesrepublik, nennt die Bedingungen für eine Lösung klar und deutlich: "Ende der Besatzung, Auflösung der israelischen Siedlungen, Errichtung eines Palästinenserstaates. Das muss natürlich mit der Garantie eines dauerhaften Friedens und vor allem mit einer Sicherheitsgarantie für Israel verbunden sein." (konkret 5/2002)

So einleuchtend diese Forderungen sind, so schwer scheinen sie umsetzbar. Auf die Lösung des Konfliktes hat die hiesige Linke sicherlich den geringsten Einfluss. Für die Weiterentwicklung einer emanzipatorischen Politik in Deutschland wäre allerdings schon viel gewonnen, wenn die gnadenlosen Vereinfachungen der "antideutschen" und der "antiimperialistischen" Hardliner zurückgewiesen werden.

Ansatzpunkte für linke Mobilisierung gibt es genug: gegen den latenten und den offenen Antisemitismus - auch und gerade im bundesrepublikanischen Mainstream - und gegen den Einsatz deutschen Militärs als "Friedenstruppe" im Nahen Osten. Seite 3 bis 6

2. Double-U kommt nach Berlin. Den Protest gegen die Kriegspolitik auf die Straße tragen

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:31

Durch einen "vielfältigen und bunten Widerstand" soll die Visite des US-Präsidenten George Bush am 22. und 23. Mai in Berlin "zum Fiasko" werden. So jedenfalls kann man es im Internet unter www.bushinberlin.de lesen. Unter dem Motto "Bush-Alarm" ist dort eine Seite eingerichtet - als Plattform für all jene, die "ihren Protest gegen die Politik der USA und ihrer Verbündeten artikulieren wollen". Motto: "Mayday! Double-U kommt nach Berlin. Wir kommen auch."

Am Vorabend des Bush-Besuches ruft die Friedensbewegung zu einer ersten Großdemo auf. Auftakt ist an der Neuen Wache Unter den Linden um 16 Uhr, Abschlusskundgebung am Alexanderplatz um 17 Uhr. Im Aufruf zu dieser Demonstration unter dem Titel "Wir wollen Ihre Kriege nicht, Herr Präsident ..." wird angesichts des Staatsbesuches Widerstand beschworen, "damit der so genannte Krieg gegen den Terrorismus umgehend beendet, keineswegs ausgeweitet wird". Die Bundeswehr wird aufgefordert, sich nicht weiter an den US-Kriegen zu beteiligen und sich aus sämtlichen Aufmarschgebieten zurückzuziehen.

Am 22. Mai selbst soll es ab 13 Uhr zu Aktionen zwischen Bebelplatz und Berliner Dom kommen. Ab 18 Uhr findet dann die Großdemonstration des linken Bündnisses "Achse des Friedens" statt. "Längst ist aus dem Recht auf Selbstverteidigung, das die US-Regierung nach den Anschlägen am 11. September für sich in Anspruch nahm, ein Vorwand für die Kriegsführung geworden", so heißt es in einer Erklärung des Bündnisses. "Mit den Militäreinsätzen wird eine militärische und ökonomische ‚neue` Weltordnung ausgebaut, in der eine Minderheit auf dieser Welt alle Ressourcen für sich beansprucht - aktuell Erdöl und Transportwege in Afghanistan und dem Irak - und der großen Mehrheit der Weltbevölkerung damit die Lebensgrundlagen entzieht." Für diesen Tag sind noch weitere Aktionen, u.a. im Rahmen von "Reclaim the Streets" vorgesehen. Auch die autonome Szene der Hauptstadt trifft derzeit für allerlei Aktionen ihre Vorbereitungen.

Aktuelle Informationen:

www.bushinberlin.de

www.achse-des-friedens.de

www.gipfelsturm.net

3. Israel:Palästina 2002. Eine Fotoausstellung zur Komplexität des Konflikts

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:22

Seit September 2000 hat ein neuer Kreislauf der Gewalt PalästinenserInnen und Israelis in einen neuen Krieg gestürzt. Eine politische Beilegung des Konflikts scheint gegenwärtig jenseits jeglicher Vorstellung. Die zahllosen zivilen Opfer auf beiden Seiten, das immense gegenseitige Misstrauen, Schmerz, Angst und Hass werden noch für lange Zeit ein schweres Erbe für beide Gesellschaften sein. Tagtäglich sind wir mit Bildern dieser Gewalteskalationen konfrontiert.

Es sind Fotos und Fernsehbilder, die ein Gefühl des Unfasslichen erzeugen, uns zugleich rat- und sprachlos machen. Eine gerechte und kritische Perspektive auf den Nahost-Konflikt erleichtern sie nicht. Eine Fotoausstellung im Hamburger Museum für Völkerkunde versammelt ab dem 1. Juni Bilder israelischer und palästinensischer FotografInnen. Die Ausstellung ist jedoch keine Dokumentation des gegenwärtigen Kriegs. Vielmehr zeigen die Fotos alltägliche Begebenheiten und reflektieren die Folgen der Gewalt in beiden Gesellschaften. Die Bilder verweisen auf die Hintergründe des Konflikts und bezeugen, wie Israelis und PalästinenserInnen jede Chance für eine zukünftige Koexistenz zu zerstören drohen. In ihrer Auswahl liegt zugleich der Versuch, Mehrdeutigkeit aufscheinen zu lassen und der Komplexität des Themas gerecht zu werden.

Daneben wird in den Räumen der Neuen Gesellschaft, einer Hamburger Vereinigung für politische Bildung, eine Posterausstellung mit dem Titel "Sharing Jerusalem. Two Capitals for Two States" zu sehen sein, die 1997 im Rahmen einer Veranstaltungsreihe des Jerusalem Link entstand. Der Jerusalem Link ist ein Netzwerk israelischer und palästinensischer Frauenorganisationen. Er koordiniert die Aktivitäten zweier unabhängiger Frauenzentren: Bat Shalom, das Jerusalem Women's Center in West-Jerusalem sowie Markaz al-Quds la-l-Nisa', das Jerusalem Center for Women in Ost-Jerusalem. Der Jerusalem Link wurde in der Überzeugung gegründet, dass unabhängige, gleichberechtigte und interagierende Institutionen geeignet sind, die Vision eines gerechten und dauerhaften Friedens zwischen Israelis und PalästinenserInnen zu verkörpern, indem sie den Prinzipien des Respektes für nationale und Menschenrechte, Gegenseitigkeit, Gleichberechtigung und Koexistenz eine konkrete Gestalt verleihen.

Von Deutschland aus, einem Land, in dem Antisemitismus noch immer ein bestimmender Faktor im öffentlichen Leben ist, fällt eine gerechte und kritische Perspektive auf den Nahost-Konflikt nach wie vor schwer. Eingebettet wird die Ausstellungen deshalb von einem Symposium, denn dieser Konflikt kann in Deutschland nicht diskutiert werden, ohne die historische Verantwortung, die aus der Vernichtung der Juden im Nationalsozialismus erfolgt, in die Diskussion einzubeziehen. Das Ausstellungsprojekt will, kurz gesagt, etwas leisten, über dessen Durchführbarkeit Micha Brumlik in der taz vom 29. April orakelt hat: "Alle Menschen haben das Recht, wenn nicht gar die leise Pflicht, gegen Menschenrechtsverletzungen mindestens die Stimme zu erheben - egal wo sie geschehen. Derlei Protest mit bewusster Verantwortung für das singuläre Verbrechen des Holocaust zu vermitteln, bleibt die wahrscheinlich unlösbare Aufgabe einer spezifisch deutschen Menschenrechtskultur".

Ausstellungseröffnung und Symposium am 1.6.2002 ab 14 Uhr im Museum für Völkerkunde, Rothenbaumchaussee 64, 20184 Hamburg. Weitere Informationen unter 01085-308888 oder

www.voelkerkundemuseum.com

4. Sind Palästinenser Menschen? Antideutsche entdecken Sharon als Heilsbringer

Autor: gw. · Rubrik: Radikale Linke; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:47

Es ist noch nicht allzu lange her, da fanden Moshe Zuckermanns Analysen des palästinensisch-israelischen Konfliktes ihren Niederschlag auch in der jungle world. Zuckermann lässt sich von keiner Seite vereinnahmen und berücksichtigt insbesondere, wie das Handeln der einen (israelischen) Seite auf die andere (palästinensische) Seite wirkt und umgekehrt. (vgl. auch ak 447)

Dennoch haben seine klugen Analysen in der Redaktion der jungle world offenbar keinen bleibenden Eindruck hinterlassen. Die Nahost-Berichterstattung der letzten Monate beschränkt sich weitgehend auf die Kritik "der" PalästinserInnen bzw. der arabischen Staaten. So wird viel Hirnschmalz darauf verwendet, Fallstricke im saudi-arabischen Friedensplan zu finden. Kronprinz Abdullah legt also seinen Plan vor. "Dennoch eskaliert die Gewalt im israelisch-palästinensischen Konflikt. Oder gerade deshalb?" fragt die jungle world scheinheilig. Damit ist der Fall erledigt.

Von dem selben Plan sagt der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland und jetzige Präsident der Universität Tel Aviv, Avi Primor: "Der neue saudische Friedensplan ist wichtig. Die Saudis machen Israel ein Angebot, das es noch nie gab: Im Falle eines Rückzugs von den 1967 besetzten Gebieten wird Israel nicht nur von einzelnen Staaten wie Ägypten und Jordanien, sondern von der gesamten arabischen Welt völkerrechtlich anerkannt - das wäre nicht nur Waffenstillstand, sondern ein echter Friede. Außerdem bietet Saudi-Arabien (...) einen Kompromiss für Jerusalem und eine faire Regelung der Frage der palästinensischen Flüchtlinge an, das heißt ohne ein pauschales Rückkehrrecht, das Israel als jüdischen Staat bedrohen würde." (konkret, 5/2002)

Das Interview, in dem Primor sich so eindeutig erklärt, hat in der konkret-Ausgabe eher Alibi-Charakter. Schon die Titelgestaltung mit Ariel Sharon und der Headline "Israels Sharon - Allein gegen alle" geht in einen ganz andere Richtung. Lassen wir die verkaufsfördernde Provokationsstrategie als Erklärung einmal beiseite, dann ließe sich gegen die gewollte Einseitigkeit der gleiche Einwand erheben, den Thomas Ebermann - im Interview der selben konkret-Ausgabe - vertritt. Ebermann begründet seine Position, "dass man in Deutschland nicht gegen Israel und auch nicht gegen die je konkrete Regierungspolitik in Israel demonstrieren kann", mit dem Demos eigenen Zwang zur Vereinfachung: "Demonstrationen haben ja Botschaften, die aufs Transparent passen müssen." Der gleiche Einwand gilt natürlich für die auf drei Wörter ("Allein gegen alle") reduzierte Botschaft der konkret-Titelseite: Ariel Sharon ist Opfer, nicht Täter.

Eine krasse Verdrehung der Tatsachen, wie wiederum bei Moshe Zuckermann - aber nicht in konkret - nachzulesen ist: "Sharon fungierte über Jahre als Schlüsselfigur bei der Errichtung der Siedlungsinfrastruktur in der besetzten Westbank; unter den einflussreichen israelischen Politikern hat vor allem er die Siedlerbewegung tatkräftig protegiert, die dementsprechend sein wichtigstes politisches Hinterland darstellt; Scharon war es auch, der schon vor nunmehr zwanzig Jahren die ‚palästinensische Frage` mit dem (katastrophal endenden) Libanonkrieg brachial zu ‚lösen` trachtete. Nicht erst seit dieser Zeit profilierte er sich als Politiker mit militärischem Hintergrund, der die Palästinenser niederkämpfen, Arafat liquidieren, mithin dessen Machtapparate zerschlagen und die Errichtung eines souveränen Staates in den von Israel besetzten Gebieten unterbinden möchte." (Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2002)

Sharons Krieg - "Maßnahme gegen Terror"?!

In konkret und jungle world kommen die palästinensische Bevölkerung und die arabische Seite schlicht nicht vor. Weil es Araber sind? Weil sie nichts wert sind? Was ist an dem Einsatz eines Panzers, dem Abfeuern von Raketen aus einem Hubschrauber humaner als an dem Einsatz einer Bombe an einem palästinensischen Körper?

Mit welchen Stereotypen in diesem Spektrum gearbeitet wird, zeigt anschaulich die Hamburger "Initiative Solidarität mit Israel" in ihrem Brief zur Unterstützung einer Veranstaltung: Während "in Israel, dem einzigen demokratischen Rechtsstaat der Region, die Art und Weise dieser Maßnahmen (gegen die palästinensische Bevölkerung, Anm. ak) kontrovers diskutiert und häufig auch scharf kritisiert wird, (ist) in den

Autonomiegebieten eine gewaltsame Homogenisierung zu beobachten." Die kriegerischen Handlungen Israels werden als "Maßnahmen, ... sich des Terrors zu erwehren" abgehandelt. Marginalien sozusagen.

Wer die Politik der Sharon-Regierung ohne Wenn und Aber unterstützt, sollte sich klar machen, dass es in deren Logik nur eine Problemlösung geben kann: Die PalästinenserInnen müssen verschwinden. Radikale SiedlerInnen haben für diese ebenso schlichte wie unmenschliche Logik den Slogan geprägt: "No Arabs, no terror". Statt die Unterdrückung der PalästinenserInnen als notwendige "Maßnahme" gegen den Terror zu rechtfertigen, sollten deutsche Linke diejenigen Kräfte in der israelischen wie in der palästinensischen Gesellschaft (publizistisch) unterstützen, die für eine gemeinsame Lösung in Israel und Palästina eintreten. Mit Sharons Politik wird es garantiert keinen Frieden im Nahen Osten geben.

Georg Wißmeier

5. Scharfmacher. Mainstream-Antisemitismus in Wahlkampfzeiten

Autor: Js. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:39

Auf dem Berliner Kurfürstendamm werden zwei orthodoxe Juden angegriffen. In Neukölln wird eine Frau, die einen Davidstern trägt, ins Gesicht geschlagen. Ihre Mutter, die ihr helfen will, wird ebenfalls geschlagen. Die beiden Täter entkommen. Dem Rohrbomben-Attentat auf die Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Berlin-Charlottenburg von Mitte März folgt am 29. April ein Anschlag auf das Gelände der Synagoge in Berlin-Kreuzberg. Die Flasche mit brennender Flüssigkeit zerschellt "in großer Entfernung" vom Gebäude, wie die Behörden eiligst mitteilen. Auch wenn die Tat keinen materiellen Schaden angerichtet hat - ihre symbolische Wirkung ist groß. Das wissen natürlich auch die Täter, die man in ganz unterschiedlichen Gruppen vermuten darf: Sind es Nazis, radikale Islamisten oder deutsche "Anti-Imperialisten"?

Ob sich die Anschläge gegen jüdische Institutionen häufen und die Gewalttaten gegen Jüdinnen und Juden (oder Menschen, die dafür gehalten werden) zunehmen, ist derzeit noch nicht absehbar. Natürlich müssen die Warnungen vor einer Eskalation ernst genommen werden. Vorbeugung gibt es allerdings fast ausschließlich auf polizeilicher Ebene. Der Schutz jüdischer Einrichtungen, so wichtig er ist, wird allein nicht ausreichen, wenn nicht politische Prävention hinzukommt. Bekanntlich wurden die schlimmsten Ausbrüche rassistischer Gewalt in Deutschland vorbereitet und begleitet von einer Radikalisierung der politischen Rhetorik. Wie 1992/93, als die Rede vom angeblich massenhaften "Asylmissbrauch" den rassistischen Anschlägen Legitimation verlieh, kommt auch heute die Gefahr aus der "Mitte" der Gesellschaft. Wieder sind es PolitikerInnen der staatstragenden Parteien, die mit ihren maßlosen Tiraden über Israels "hemmungslosen Vernichtungskrieg" (Norbert Blüm, CDU) Gewalttäter ermuntern.

Namentlich die FDP versucht den israelisch-palästinensischen Konflikt für ihre Profilierung als rechte "Protestpartei" zu nutzen. Fallschirmjäger Möllemann rechtfertigt mit seinem Bekenntnis zum Widerstand "auch im Land des Aggressors" de facto Selbstmordattentate in Israel. Sein jüngst von den Grünen zur FDP übergetretener Bewunderer Jamal Karsli macht mit Hetzreden gegen Israels "Nazi-Methoden" ebenfalls Stimmung am rechten Rand. So könnte das bislang belächelte "Projekt 18" tatsächlich gelingen - auf 18 bis 25 Prozent wird das offen rechtsextreme und antisemitische Potenzial in Deutschland geschätzt. FDP-Chef Guido Westerwelle gibt offen zu, das ehrgeizige Ziel erfordere "ungewöhnliche Mittel". Gleichzeitig nimmt er seine beiden Parteifreunde pauschal in Schutz und verteidigt ihre "moralische Integrität". "Unanständig" und "unerträglich" dagegen, so Westerwelle, sei die Kritik des Zentralrats der Juden in Deutschland. (Frankfurter Rundschau, 30.4.)

Für die deutsche Gesellschaft ist der Nahostkonflikt auch oder gerade in Wahlkampfzeiten kein randständiges Thema. Es ist vielmehr in hohem Maße emotional aufgeladen - weil es Entlastung von den eigenen Verbrechen verspricht: Nicht die Deutschen, "die Juden" sind die Täter. Dass manche Israel-Kritik das antisemitische Ressentiment aufgreift und verstärkt, erklärt Michael Brocke vom Salomon-Ludwig-Steinheim-Institut für deutsch-jüdische Geschichte. Die Frankfurter Rundschau (5.4.) fasst Brockes Befund so zusammen: "Die hiesigen Christen verspüren seiner Ansicht nach eine gewisse Erleichterung darüber, dass es sich im Nahen Osten nicht um einen christlich-muslimischen Konflikt handele. Zwischen diesen beiden Konfessionen ständen quasi die Juden: Das führe bei Christen zu ‚der Bequemlichkeit zu sagen`, die jüngste Eskalation berge ‚ja nichts Neues`. Diese Sicht auf die Dinge könnte Brocke zufolge dazu führen, ‚dass die negative Ambivalenz den Juden gegenüber wieder zunimmt` - und eine rationale Auseinandersetzung mit dem Islam wieder aus dem Blickfeld gerät."

Wie sehr der christliche Antijudaismus die deutsche Gesellschaft durchdringt, zeigt einmal mehr der "unchristliche" Spiegel. In seiner Titelstory vom 8. April wird der israelisch-palästinensische Konflikt als "der biblische Krieg" verkauft. "Auge um Auge" lautet die in fetten Lettern gesetzte Überschrift, die am Kiosk auch Bild-LeserInnen erreicht. Dass die jüdische Religion auf dem "Racheprinzip" beruhe, kann der mehrfach des Antisemitismus überführte Spiegel-Herausgeber seinem Publikum gar nicht oft genug mitteilen. Was bei Augstein auch mit Altersstarrsinn erklärt werden könnte, ist beim deutschen Bundeskanzler kühle Berechnung. Nichtchrist Schröder, der Mann ohne Eigenschaften, für den allein die Demoskopie zählt, trifft sich mit Martin

Walser, dem wackeren Kämpfer gegen die "Meinungssoldaten", die die Deutschen mit der "Moralkeule" Auschwitz traktieren. Um der größtmöglichen Wirkung willen wählt Schröder für das gesellige Beisammensein den 8. Mai, den Jahrestag der Kapitulation Nazi-Deutschlands.

Offensichtlich findet Schröder es voll "normal", in Zeiten wachsenden Antisemitismus' auch bräunlich verfärbtes Wasser auf seine Mühlen zu leiten. In seiner Paulskirchen-Rede (vgl. ak 421 und 422) hatte Walser nicht nur gegen die "Dauerpräsentation unserer Schande" gewettert, sondern auch angedeutet, wer seiner Ansicht nach die deutsche Vergangenheit "zu gegenwärtigen Zwecken" missbrauche: geldgierige Juden nämlich. Was Ignatz Bubis im Spiegel-Interview (30.11.1998) mit der gebotenen Klarheit zurückwies: Die von Walser und seinem Adjutanten Klaus von Dohnanyi (SPD) vertretene "Vorstellung, die Juden denken immer zuerst ans Geld und machen aus allem Geld, gehört zum klassischen antisemitischen Repertoire."

Das weiß natürlich auch Schröder. Sein "Dialog" mit Walser ist ein Signal an die politische Rechte: Auch die SPD hat "patriotische" Gefühle im Angebot, und - so Schröder am 8. Mai - "natürlich ist Deutschland ein normales Land". Wo es aber um Deutschland geht, kann auf das ewige Genörgel der Juden keine Rücksicht genommen werden.

Js.

6. Lebendiger, tödlicher Postmodernismus. Ein Brief aus Israel

Autor: Ran HaCohen · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:28

Mehr zufällig landete dieser Brief des israelischen Hochschullehrers Ran HaCohen in unserer Redaktion. Unabhängig davon, ob man seiner Polemik gegen "die Postmoderne" folgen will, bringt er doch ein Problem auf den Punkt, das nicht nur in Israel, sondern auch hierzulande weit verbreitet ist: Entpolitisisierung in der Folge eines bestimmten Umgangs mit Theorie. Bis schließlich selbst Krieg zum bloßen Diskursereignis verdampft.

Während inzwischen täglich hunderte PalästinenserInnen und einige Israelis getötet werden, während eine der stärksten Armeen der Welt tapfer beweist, dass sie sogar erbärmliche Flüchtlingslager in Schutt und Asche legen kann, ist mir eher unbehaglich dabei, über Ideologie zu reden. Dennoch werde ich es tun. In einer früheren Kolumne habe ich einige Argumente der rechten Ideologie in Bezug auf die israelische Besatzung analysiert. Das war faktisch eine eher leichte Übung. Schwieriger, doch auch interessanter ist die Frage, wie Teile des fortschrittlichen israelischen Lagers mit der Besatzung leben. Ich werde dieser Frage diesmal nachgehen, indem ich einen Aspekt des Bewusstseins säkular orientierter junger jüdischer Israelis aus der gehobenen Mittel- und der Oberschicht verdeutliche.

Diese jungen Israelis verstehen sich als radikal, friedensorientiert, gegen die Besatzung eingestellt und dazu verdammt, unter rückwärts gewandten Fanatikern zu leben. Zur selben Zeit aber ermöglicht ihnen dieselbe Bewusstseinsstruktur, sich an die Besatzung anzupassen. Vielleicht nicht im Sinne einer aktiven Unterstützung, doch definitiv in dem Sinne, dass sie die Besatzung nicht stören. Die intellektuelle Mode, die "Postmodernismus" genannt wird - im Westen eher auf dem absteigenden Ast, doch quicklebendig im provinziellen Israel - spielt dabei eine wichtige Rolle. Wir werden sehen, wie einige postmoderne Klischees (vereinfacht? verkürzt? banalisiert? vielleicht!) im spezifischen Kontext des augenblicklichen blutigen Stadiums des Israel-Palästina-Konfliktes direkt in politische (In-)Aktivität übersetzt werden.

StudentInnen,ein Seminar,ein Experiment

Im folgenden ein Experiment, das ich in einem Seminar durchgeführt habe. Ich sagte: "Angenommen, es gibt vier grundsätzliche Positionen gegenüber den israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten: 1) alle abreißen, 2) die meisten abreißen, 3) nur die weit entfernten und isolierten abreißen oder 4) überhaupt keine Siedlung abreißen." Nun fragte ich die StudentInnen, was sie denken würden, welche der vier Positionen die populärste unter jüdischen Israelis sei. Nahezu alle StudentInnen glaubten, dass Position 2) oder 3), d.h. der Abriss einiger oder sogar der meisten Siedlungen (aber weder alle noch keine) die populärsten Positionen seien.

(Die Leserin möge sich selbst diese Frage stellen. Was glauben Sie?)

Schließlich stellte ich eine Meinungsumfrage zu diesem Thema vor, die letzten Monat vom Tami-Steinmetz-Zentrum für Friedensforschung an der Universität Tel Aviv durchgeführt und am 5. März in Ha'aretz veröffentlicht wurde. Demnach ist die populärste Position in Israel diejenige, ALLE Siedlungen abzureißen. Diese Position, die im allgemeinen als "extrem linke" eingestuft wird, wird von 32% der jüdischen Israelis unterstützt. 14% unterstützen den Abriss der meisten Siedlungen, 28% sind für den Abriss der kleinen und isolierten Siedlungen und 24% der jüdischen Israelis wollen überhaupt keine Siedlungen abgerissen wissen.

Es ist kein Zufall, dass meine StudentInnen glaubten, dass die Leute in Israel den Siedlungen gegenüber sehr viel positiver eingestellt seien, als sie es de facto sind. Ich hatte das erwartet. Ich glaube, viele LeserInnen machen denselben Fehler. Unsere wichtigste Informationsquelle darüber, was Menschen denken, fühlen oder glauben, sind die Massenmedien. Die Medien zeichnen ein Bild von den Israelis, wonach diese den Siedlungen sehr viel positiver gegenüberstehen, als sie das wirklich tun. Unsichtbar bleibt der Fakt, dass die größte Gruppe unter Israelis diejenige ist, die die Schließung aller Siedlungen will. Diese Schieflage hat weit reichende Konsequenzen.

Zusammengezählt will die überwältigende Mehrheit von 74% der jüdischen Israelis (oder, wenn wir die arabischen Israelis dazu zählen, 80% aller Israelis), dass zumindest die isolierten kleinen Siedlungen geschlossen werden. Nur eine Minderheit von 24% der jüdischen (oder 20% aller) Israelis sind der Meinung, dass alle Siedlungen bleiben sollten. Und wie sieht das die israelische Regierung? Nicht so, wie diese 80% der Positionen eins bis drei. Dafür noch radikaler als die Minderheitenposition von 20%. Die israelische Regierung denkt nicht daran, auch nur eine einzige Siedlung zu schließen, und sie lehnt sogar die US-amerikanische Forderung ab, zumindest die weitere Siedlungstätigkeit einzustellen. Faktisch werden alle Siedlungen kontinuierlich ausgeweitet, und alle paar Wochen entsteht eine neue. Die Friedensorganisation "Peace Now" kann mehr darüber berichten. Wenn Demokratie einfach nur bedeutet, dem Volkswillen zu folgen, ist Israel definitiv keine Demokratie und war es zumindest seit 1967 nicht (die Meinungsumfragen über die Siedlungen haben sich über die Zeit als relativ stabil erwiesen).

Wenn Sie das alles schrecklich finden, warten Sie, bis Sie hören, was meine StudentInnen dazu zu sagen hatten. Zur Erinnerung: Es handelt sich um StudentInnen der Cultural Studies, in Theorie und kritischem Diskurs versiert und in Bezug auf Derrida und Lacan sehr bewandert. Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass alle sehr fortschrittlich, friedensorientiert und sicherlich weder UnterstützerInnen der Siedlungen noch der Besatzung sind.

Die Medien, die Regierung, der Postmodernismus

Zunächst einmal waren die StudentInnen erklärtermaßen schockiert darüber, dass sie über die Gegenwart reden sollten. Auf die Frage, ob sie sich in anderen Seminaren mit dem "Hier und Jetzt" beschäftigten, antwortete einE StudentIn ganz ernsthaft, dass sie in einem Lacan- (gestorben 1981) Kurs zeitlich am nächsten an das "Hier und Jetzt" herangekommen sei.

Doch ich glaube, worauf sie wirklich hinaus wollten, war der Punkt, dass jede (politische) Äußerung dekonstruiert werden müsse und dass konstruktives Denken, das darauf abzielt, Dinge zu ändern, für einen intellektuellen, verantwortlichen und kritischen Geist unpassend sei. Diese Auffassung wurde in vier Varianten geäußert:

a) Einige StudentInnen betonten, man könne nicht darüber reden, was Menschen wollen, weil die Menschen dumm seien und nicht wüssten, was sie wollten. Als ich fragte, ob sich irgend jemand im Seminar als "dumm" einschätzen würde, hob sich keine Hand. "Rieche ich hier Baudrillard?" fragte ich, und das gesamte Seminar nickte eifrig. Der französische Theoretiker, Autor von "Der Golf-Krieg fand nicht statt" (fragen Sie mal die irakischen Opfer), behauptet in der Tat, dass die Massen nichts wüssten und auch nichts wissen wollen.

Hier nun eine politische Übersetzung dieser arroganten und ärgerlichen Behauptung: Die Menschen wissen nichts, sie wollen nichts. Man kann einfach nicht behaupten, sie seien gegen die Besatzung, weil sie eben keinen eigenen Willen haben. Die Menschen zu fragen, was sie wollen, ist deshalb eine falsche Frage. Tatsächlich habe ich auch die logische Konsequenz daraus gehört: Eine Regierung solle den Willen der Bevölkerung einfach nicht berücksichtigen. Die israelische Regierung könnte dem nicht aufrichtiger zustimmen.

b) EinE StudentIn sagte: "Das ist alles nicht so einfach. Einige von denen, die wir als ‚linksradikal` einstufen und die alle Siedlungen schließen wollen, könnten gleichzeitig GegnerInnen der Kriegsdienstverweigerung in den besetzten Gebieten sein. Dies zeigt deutlich, dass es keine Wahrheit gibt." Es gibt keine Wahrheit. Ein weiteres beliebtes postmodernes Klischee. Weil es keine Wahrheit gibt, können wir auch gegen nichts Widerstand leisten und nichts wirklich unterstützen. Denn dazu bräuchten wir eine Wahrheit, an der wir uns orientieren können. Aber Derrida hat gesagt, es gibt keine Wahrheit (was, nebenbei bemerkt, eine absolut gesetzte Wahrheit ist), also können wir auch zu nichts einen Standpunkt beziehen. Wir können nur dekonstruieren und uns jedem Standpunkt widersetzen, den irgend jemand bezieht.

c) "Die Methodik der Meinungsumfragen muss in Frage gestellt werden. Andere Umfragen könnten ganz andere Ergebnisse bringen. Deshalb kann man sich darauf nicht verlassen." Hier haben wir die reinste Form eines radikalen Skeptizismus, der ebenfalls ganz typisch für den Postmodernismus ist. Ich stimme natürlich zu, dass alles hinterfragt werden kann (und sollte). Natürlich könnte (und sollte) man prüfen, ob andere Umfragen zu ähnlichen Ergebnissen kommen (nebenbei: sie tun es.).

Aber das war nicht das eigentliche Argument des/der StudentIn. Der Punkt war: Alles, was falsch sein könnte, sollte so behandelt werden als sei es falsch. Jeder empirische Befund sollte beiseite gelegt werden; nicht erst, wenn es einen widersprechenden Befund gibt, sondern sobald man sich ein widersprechendes Resultat nur denken kann. Blind und taub, wie wir sind, haben wir keinerlei Zugang zu irgendeiner Art von Realität. Wir können über Realität nichts aussagen, wir können uns nur über diejenigen lustig machen, die irrigerweise behaupten, sehen und hören zu können.

d) "Regierungen sollten danach beurteilt werden, was sie sagen, nicht danach, was sie tun (sic!). Wenn Sharon sagt, dass er bereit ist, dem Mitchell-Plan (der das Einfrieren der Siedlungsaktivitäten fordert) zuzustimmen, so stimmt er faktisch dem Stopp der Siedlungen zu. Und deshalb kann man der Behauptung nicht widersprechen, dass er im Grunde seines Herzens alle Siedlungen schließen will." Ich denke, diese Haltung ist eine Konsequenz des postmodernen Insistierens auf dem Diskurs: Worte sind wichtiger als Handlungen. Sprache ist die Grundlage von allem, Diskursanalyse ist der Schlüssel zu allem. Schon die geringste Äußerung eines Politikers verwandelt sich in einen heiligen Text, der ad finitum interpretiert werden sollte (aber, man erinnere sich, es gibt keine Möglichkeit, zwischen richtigen und falschen Interpretationen zu unterscheiden). Fakten und offensichtliche Tatsachen jedoch sind Störungen, auf die wir uns keinesfalls beziehen können.

Postmodernismus ist die Ideologie der politischen Konfusion. Und: Untätigkeit ist keineswegs eine neue Idee. In seinem klassischen Buch "Literaturtheorie" schreibt der bekannte britische Theoretiker Terry Eagleton über den Post-Strukturalismus (die Wiege des Postmodernismus):

"Er befreit dich davon, zu wichtigen Themen eine Position zu beziehen, denn was immer du zu solchen Themen sagst, wird nicht mehr sein als ein vorübergehendes Produkt des Signifikanten und sollte deshalb auf keinen Fall als ‚wahr` oder ‚wirklich` angesehen werden (...) Er ist geradezu bösartig radikal in Bezug auf jede andere Meinung, fähig, die feierlichste Erklärung als bloßes unordentliches Spiel von Zeichen zu demaskieren, aber gleichzeitig ist er jedoch in jeder anderen Beziehung zutiefst konservativ. Weil er dich dazu bringt, dich nichts gegenüber zu erklären, ist er so gefährlich wie eine Platzpatrone."

Platzpatronen und scharfe Geschosse

Der israelische Fall bietet einen eindrucksvollen Beweis dafür, wie gefährlich diese Ideologie sein kann. Wenn fortschrittliche, intelligente und potenziell radikale StudentInnen akademisch ausgebildet werden, um mit Platzpatronen zu spielen, können PolitikerInnen sie als Soldaten nach Gaza und Ramallah schicken, trainiert an und ausgerüstet mit echter Munition, um dann sehr realen Tod und sehr reale Zerstörung hinter sich zu lassen.

Ran HaCohen wurde 1964 in den Niederlanden geboren und wuchs in Israel auf. Er hat wissenschaftliche Abschlüsse in Informatik und vergleichender Literaturwissenschaft und arbeitet gegenwärtig an seiner Doktorarbeit. Er lehrt am Department of Comparative Literature an der Universität Tel Aviv. Er arbeitet auch als Literaturkritiker für die israelische Tageszeitung Yedioth Achronoth. Ran HaCohens Arbeiten sind in Israel breit veröffentlicht. "Brief aus Israel" erscheint unregelmäßig in

www.antiwar.com

Übersetzung: Dirk Hauer

7. Frankreich, Algerien und der Nahe Osten. Die französische Rezeption des israelisch-palästinensischen Konflikts

Rassismus, Antisemitismus und die französische Rezeption des israelisch-palästinensischen Konflikts

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:10

Rassismus, Antisemitismus und die französische Rezeption

des israelisch-palästinensischen Konflikts

Seit dem Herbst 2000 mehren sich in Frankreich die Anschläge gegen jüdische Einrichtungen. In den vergangenen Monaten kam es auch immer wieder zu Angriffen auf Jüdinnen und Juden. Die Täter sind vor allem Jugendliche maghrebinischer Herkunft. Der Antisemit Jean-Marie Le Pen hält sich dagegen mit antijüdischen Tiraden auffallend zurück und verteidigt Israels Recht, den Terrorismus zu bekämpfen - wie es seinerzeit Frankreich in Algerien getan habe...

Als im Sommer 1947 4.500 Jüdinnen und Juden von Südfrankreich aus per Schiff nach Palästina auswandern wollen, sie aber von den britischen Behörden zurück geschickt werden, ist die gesamte französische Linke mit ihnen solidarisch. Die Geschichte dieser EmigrantInnen - die meisten von ihnen sind Überlebende der nationalsozialistischen KZs - und ihres Schiffes, der Exodus, ist bekannt. Aus Sicht der britischen Behörden, die damals das völkerrechtliche Mandat über Palästina ausüben, handelt es sich um "illegale Immigranten". Ziel der Mandatsmacht ist es, die jüdische Einwanderung nach Palästina weitgehend zu unterbinden. Die Royal Navy setzt das Schiff vor der palästinensischen Küste fest; der Angriff fordert drei Tote. Die Passagiere werden auf britische Dampfer umgeladen. Zielort ist Port-de-Bouc in Südfrankreich, wo die Flotte am 29. Juli 1947 ankommt.

Dort geschieht etwas Unerwartetes: Die Kommunistische Partei, die sozialistische SFIO und der Gewerkschaftsbund CGT organisieren große Solidaritätdemonstrationen für die jüdischen Flüchtlinge. Auch wenn ihr Rücktransport nach Hamburg dadurch nicht verhindert werden kann - die Exodus ist im Sommer 1947 in Frankreich das zentrale politische Debattenthema. Die Positionen sind eindeutig: Die Linke ist mit den Jüdinnen und Juden solidarisch und demonstriert das auch auf den Straßen; die Rechte hält sich bedeckt.

Die Suezkrise und die pro-israelische Rechte

Knapp zehn Jahre später, im Herbst 1956, ist es vor allem die Rechte und die extreme Rechte, die dem 1948 gegründeten Staat Israel Beifall klatscht. Im Jahre 1956 ist Israel eine Regionalmacht, die im Oktober mit ihrem Angriff auf Ägypten die britisch-französisch-israelische Intervention gegen den Staat von Gamal Abdul-Nasser eröffnet. Davor hatte dessen Regierung es gegen britischen und US-amerikanischen Einspruch gewagt, den Suezkanal zu verstaatlichen. In Frankreich sind die Anhänger des Kolonialstaats begeistert. Ein Freiwilliger der Suez-Expedition im November 1956, ein gewisser Jean-Marie Le Pen, wird später seinen Biographen Gilles Bresson und Christian Lionnet (ihr Buch "Le Pen" erschien 1994) erzählen, er habe damals nur davon geträumt, heroisch zu den 15 Kilometer entfernten israelischen Linien durchzubrechen, was am Veto der USA und der UdSSR scheiterte.

Es handelt sich sehr wohl um den gleichen Jean-Marie Le Pen, der später an der Spitze des neofaschistischen Front National (FN) stehen wird. Zu jener Zeit ist er vorwiegend mit dem Kolonialkrieg in Algerien beschäftigt, in dem er 1957 ebenfalls freiwillig dient und wo er nachweislich an Folterungen teilnimmt. Zwar ist Le Pen, der damals bereits der extremen Rechten angehört und zwischen 1956 und 1962 auf den Rechtsaußenbänken im Parlament sitzt, nicht eben judenfreundlich eingestellt. Doch die Faszination für das israelische Militär, das hinsichtlich Algerien mit dem französischen eng kooperiert, ist zum damaligen Zeitpunkt stärker. Und schließlich, räsoniert Le Pen, könnte eine Auswanderung aller Juden nach Israel zur "Reinigung" der europäischen Nationen beitragen. In den 60er und 70er Jahren trägt Le Pen, der auf einem Auge erblindet ist, eine Augenbinde und vergleicht sich deswegen gern öffentlich mit dem israelischen Haudegen Moshe Dayan.

Der offene Antisemitismus ist zu jener Zeit in Frankreich politisch marginalisiert. Zwei Mal hatte er eine Niederlage erlitten: in den Jahren 1898 bis 1906 im Zuge der Dreyfus-Affäre und 1936, als die linke "Volksfront"-Koalition unter Léon Blum die Wahlen gegen die extreme Rechte gewann und zum ersten Mal ein Jude Premierminister wurde. Die rechte Massenpresse hatte zuvor in schrillsten Tönen gegen den "streunenden Juden" Blum gehetzt. Im Zweiten Weltkrieg wurde der Antisemitismus unter dem Vichy-Regime zur Staatsdoktrin, doch schien er nach der Befreiung 1944 durch die Kollaboration seiner Protagonisten mit der NS-Besatzung endgültig diskreditiert.

Doch das scheint nur so. Nachdem die extreme Rechte in den 80er Jahren zum wichtigen politischen Faktor geworden ist, erhält Jean-Marie Le Pen im Februar 1987 eine Einladung zu einem Diner mit hohen Persönlichkeiten des World Jewish Congress in New York. Diese wollen dem neuen Enfant terrible der französischen Politik ideologisch auf den Zahn fühlen. Im Laufe des Diners, an dem rund 50 Personen teilnehmen, lässt Le Pen seinen Aversionen gegen die muslimische Einwanderung in Frankreich freien Lauf. Doch wohlweislich verschweigt er sein "Verständnis" für Adolf Hitler, das er davor in Frankreich geäußert hat. Jack Torcyner, Vertreter der rechten israelischen Herut-Partei in den USA, und die anderen Teilnehmer des Diners befinden, Le Pen sei der autoritären Rechten zuzurechnen, liege aber politisch im Bereich des Akzeptablen - und vergleichen ihn mit einem israelischen Militär und Politiker: Ariel Sharon. Die antimuslimischen Tiraden des FN-Präsidenten finden in Teilen der israelischen Rechten Widerhall.

Le Pen ist innerlich beruhigt: Da er tief im Inneren an eine weltweite Konspiration mit jüdischen "Strippenziehern" glaubt, ist er der festen Überzeugung, sich bei diesen nunmehr seinen Frieden erkauft zuhaben. Sieben Monate später wird er im französischen Fernsehen nach den Thesen der französischen Auschwitz-Leugner befragt. "Sechs Millionen Tote? Wie, ja muss ich denn daran glauben?" ereifert sich Le Pen, bevor er die angeblich offene Fragestellung als point de détail der Geschichte des Zweiten Weltkriegs abtut.

Mit der so genannten "Detail-Affäre" kehrt der offene Antisemitismus auf die französische politische Bühne zurück. Sie markiert einen Bruch: Le Pen wird aus Israel ausgeladen, wohin er im Frühjahr 1988 - im Vorfeld der französischen Präsidentschaftswahlen - reisen wollte. Auch eine Einladung zum Parteitag der britischen Konservativen unter Margaret Thatcher wird annulliert. Le Pen sieht sich als Opfer eines jüdischen Komplotts. Ab sofort hält er mit antisemitischen Wortspielen nicht hinter dem Berg, und in den frühen 90er Jahren nimmt er vorübergehend auch antizionistische Positionen in der Außenpolitik ein. Während der Golfkrise im November 1990 reist er demonstrativ nach Bagdad zu Saddam Hussein, der ihn die letzten französischen Geiseln im Irak mit nach Hause nehmen lässt. (In den letzten Monaten dagegen hat er jede klare Aussage zum israelisch-palästinensischen Konflikt verweigert - um die Stimmen sowohl der antiarabischen Rassisten als auch der Judenhasser zu bekommen. Allerdings rechtfertigte er drei Tage vor der Präsidentschaftswahl in einem Gespräch mit der israelischen Tageszeitung Haaretz tendenziell die Repressions- und Kriegspolitik Sharons. Dabei zog er eine Parallele zu seiner "eigenen Erfahrung in Sachen Terrorbekämpfung" während des Algerienkriegs.)

In der Nacht des 8. Mai 1990 - in Frankreich ist der Tag der deutschen Kapitulation bis heute ein Feiertag - wird der jüdische Friedhof im südfranzösischen Carpentras geschändet, zeitgleich mit einem Fernsehauftritt Le Pens. (Die Täter werden 1996 gefasst, es sind Neonazis und Skinheads.) Am 12. Mai 1990 demonstrieren in Paris 200.000 Menschen unter dem Motto: "Le Pen, die Worte - Carpentras, die Tat". Die Mobilisierung erfasst alle Parteien, mit Ausnahme des Front National natürlich. Der FN fällt in Umfragen von 18 auf 13 Prozent zurück.

Le Pen und das Comeback des Antisemitismus

Zwölf Jahre später hat sich das Bild erneut drastisch gewandelt. Eine nicht abreißende Serie antijüdischer Anschläge hält das Land seit dem Herbst 2000 in Atem. Seit dem Beginn der israelischen Militäroffensive Ende März dieses Jahres hat eine massive neue Aggressionswelle eingesetzt: Zwischen dem 29. März und dem 17. April wurden insgesamt 395 Straftaten gegen Jüdinnen und Juden registriert; sie reichen vom Graffitisprühen bis zum Angriff auf Personen.

Die Situation weist dennoch ihre Besonderheiten auf, die es verbieten, von einer Wiederkehr der antisemitischen Massenbewegung der 30er Jahre zu sprechen. Zum ersten gibt es keinerlei Anzeichen für

eine politische Strukturierung der Angriffe. Vielmehr handelt es sich um spontan zusammengesetzte Kleingruppen von Individuen meist maghrebinischer Herkunft, die - zumeist bar jeglicher politischen Orientierung - meinen, einen Stellvertreterkrieg zu Gunsten der unterdrückten PalästinenserInnen zu liefern. Diese Identifizierung fällt einem Teil der Einwandererjugendlichen leicht, da sie selbst sich als Opfer einer "weißen" Gesellschaft sehen. Andererseits werfen sie der jüdischen Minderheit vor, ungleich besser eingegliedert zu sein als sie selbst, die auf dem letzten Rang der gesellschaftlichen Hierarchie stehen - ein maghrebinisch klingender Name ist ein absolutes Hindernis bei der Suche nach einem Arbeitsplatz.

Ein bedeutender Unterschied zu den 30er Jahren ist freilich, dass Äußerungen des Antisemitismus heute überwiegend von einer Minderheit auf die andere gerichtet sind, aber mitnichten von einem Konsens der Mehrheitsgesellschaft getragen werden. Diese nimmt die Taten überwiegend mit Entsetzen zur Kenntnis, die Medien berichten breit darüber und verurteilen sie klar. Und anders als in Deutschland, wo die ideologische Rezeption des Nahost-Krieges den sekundären Antisemitismus fördert und begierig im Namen einer endlich zu erfolgenden "Normalisierung" der Nation aufgegriffen wird, existiert ein solches Bedürfnis in Frankreich nicht.

Die Projektionsfläche für den Konflikt ist in Frankreich eine ganz andere und leistet eher einer Selbstkritik der französischen Nation Vorschub. Namentlich der linkere Teil der französischen Öffentlichkeit rezipiert den Feldzug unter Ariel Sharons Führung überwiegend im Lichte der kolonialistischen Vergangenheit des eigenen Landes in Nordafrika und im Nahen Osten. Der israelische Regierungschef hat dafür im übrigen selbst Anhaltspunkte geliefert. In einem längeren Interview mit dem konservativen Wochenmagazin L'Express (27.12.2001) erklärte Sharon unter Anspielung auf den Algerienkrieg: "Wir sind (in Palästina) wie Sie" - die Franzosen - "in Algerien, es gibt nur einen Unterschied: Sie sind gegangen, wir bleiben."

Aber die selbstkritische Rezeption des Nahostkonflikts, so unzureichend sie ist, bedient jedenfalls nicht das Bedürfnis, sich an der jüdischen Bevölkerungsgruppe in Frankreich abzureagieren, und befördert keinen "ethnischen" Hass. Doch dieser politische Diskurs erreicht nur einen Teil der maghrebinischen Einwanderer-Community. Andernorts dominiert hingegen ein "ethnisches" Solidaritätsmuster, das an Abstammung und Religion der Akteure im Nahen Osten anknüpft und nicht an ihrem konkreten Handeln.

Wie reagiert nun die jüdische Bevölkerung in Frankreich, auf dessen Boden gleichzeitig die mit Abstand größte arabischstämmige und die größte jüdische Community in ganz Europa leben ?

Am ersten Aprilwochenende fanden gleich drei größere Demonstrationen in Paris statt, die einen Bezug zum Nahostkonflikt hatten. Am 6. April demonstrierte die gesamte Linke diesseits der Sozialdemokratie mit 30.000 bis 40.000 Personen für "die Rechte der palästinensischen Bevölkerung". Auch an jüdischen Teilnehmern mangelte es nicht. Die femmes en noir sind ein gemischtes, pazifistisches Kollektiv, dessen Vorbild die jüdisch-arabischen "Frauen in schwarz" von Jerusalem sind. Die UJFP (Jüdische Union für den Frieden) ist eher linksalternativ bis linksradikal. Und die CAPJPO (Koordination der Appelle für einen gerechten Frieden in Nahost) mit 6.000 Mitgliedern hat jüdische und arabischstämmige GründerInnen.

Der verzerrte Nahost-Konflikt in den Vorstädten

Am 7. April wiederum fanden zwei Demonstrationen aus der jüdischen Community heraus statt. Auf der Place de la République hatte Roger Cukierman, der Präsident des Dachverbands CRIF (Repräsentativer Rat der jüdischen Organisationen Frankreichs), eine Großdemonstration angemeldet. Der Aufruf richtete sich nahezu exklusiv an die jüdische Community und vermengte die Verurteilung der antisemitischen Anschläge in Frankreich mit der Unterstützung für die israelische Regierung. Doch die Hälfte der CRIF-Führung opponierte gegen die Initiative, die Cukierman allein ergriffen hatte, ohne sie zu konsultieren. Cukierman vertritt eine enge Anbindung an die politische Klasse in Israel, vor allem an den Likud-Block. Er hatte zu Beginn dieses Jahres ultrarechte Organisationen in den CRIF aufgenommen, denen bis dahin die Mitgliedschaft versagt worden war, darunter die "Vereinigung für das Wohlergehen des israelischen Soldaten", die Mitte März militärische Propagandashows in Paris und Marseille "zum Ruhm der israelischen Armee" veranstaltet hatte.

Die CRIF-Opposition wünschte lieber eine universalistische, "republikanische" Demonstration nach dem Vorbild jener vom 12. Mai 1990. Der rechte Flügel des CRIF, den Cukierman vertritt, war nicht dieser Ansicht. Daraufhin zog sich ein Teil des CRIF zurück, die regionale Sektion in Lyon führte ihre eigene Demonstration mit anderer Ausrichtung durch. Dennoch beteiligten sich 60.000 Menschen an der Pariser CRIF-Demonstration - aus unterschiedlichen Motiven, unter denen die Angst vor der Welle antijüdischer Aggressionen eine wichtige

Rolle spielte. Eine konkurrierende Demonstration des pazifistischen Flügels der Community, rund um die Plattform Shalom acharav ("Frieden jetzt"), zog ebenfalls mehrere tausend Personen an. Auch sie wollten nicht den Protest gegen die Attacken auf die französische Community mit der Unterstützung für die Sharon-Regierung vermengen.

Dabei kam es zu gewalttätigen Angriffen von Extremistengruppen wie des paramilitärischen Betar, der dem Hardlinerflügel im Likoud de France nahe steht, auf die pazifistischen jüdischen DemonstrantInnen. Auch die Ligue de défense juive ("Jüdische Verteidigungsliga"), die im Jahr 2000 gegründet worden war, beteiligte sich daran. Es handelt sich um die gewalttätige Organisation der Anhänger des rechtsextremen Rabbi Kahane, deren US-amerikanischer Ableger (die Jewish Defense League) verboten ist und deren israelische Version zwei Mal aufgelöst wurde. Beide Organisationen hatten mit der Demonstrationsleitung ihre Teilnahme ausgehandelt.

Damit nicht genug: Mehrere hundert Extremisten griffen auch Passanten wegen ihres "arabischen" Aussehens an, stachen einen französischen Polizisten nieder und verletzten einen spanischen Kameramann schwer. Der Betar hat in den letzten Wochen mehrfach Teilnehmer von Diskussionsveranstaltungen zu Palästina krankenhausreif geprügelt und Geschäfte maghrebinischer Gemüsehändler beschmiert. Jüngst wurden auch Einrichtungen der christlichen Hilfsorganisation CIMADE, die vor allem AsylbewerberInnen und Flüchtlinge betreut, von Betar-Aktivisten mit antiarabischen Parolen versehen. Die CIMADE war im Zweiten Weltkrieg entstanden - mit dem Ziel, bedrohte Jüdinnen und Juden zu verstecken.

Juden und Araber gemeinsam gegen Le Pen!

Dennoch: Die Mehrheit der maghrebinischen EinwanderInnen ebenso wie die der französischen Jüdinnen und Juden glaubt an die Möglichkeit des Zusammenlebens von Menschen verschiedener Abstammung. Radio Shalom und Radio Beur (Beurs heißen die arabischstämmigen Jugendlichen) organisierten gemeinsame Diskussionsforen. Die jüdische Studentenunion UEJF und SOS Racisme, die vorwiegend maghrebinische Einwanderer organisiert, legten gemeinsam ihr "Weißbuch" über die antijüdischen Gewalttaten vor.

Auch der Erfolg von Jean-Marie Le Pen bei den französischen Präsidentschaftswahlen hat dazu beigetragen hat, dass die Institutionen französischer Jüdinnen und Juden ihre Positionen korrigierten. Allerdings nicht die aller Protagonisten. Roger Cukierman, der Präsident des CRIF, erklärte der israelischen Tageszeitung Haaretz kurz nach Bekanntgabe der Ergebnisse zuversichtlich: "Le Pens Erfolg ist eine Botschaft an die Muslime, sich ruhig zu verhalten; schließlich ist er als jemand bekannt, der immer schon gegen die muslimische Einwanderung war." Seine abschreckende Wirkung auf Muslime in Frankreich, fuhr Cukierman fort, liege demzufolge im Interesse der von ihm repräsentierten Community. Diese Äußerungen lösten allerdings einen Proteststurm innerhalb der jüdischen Institutionen aus. Die CRIF-Führung beschloss einen Wahlaufruf gegen Le Pen und für Chirac, während liberalere Strömungen innerhalb des CRIF auch nach außen hin das gemeinsame Interesse jüdischer und arabischer EinwohnerInnen betonten, Le Pen aufzuhalten.

Bernhard Schmid

Paris

8. Allein gegen alle. Gegen das "kleinere Übel" hatte Le Pen keine Chance

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:15

Das Votum für Jacques Chirac in der zweiten Runde der französischen Präsidentschaftswahl ist vor allem "ein Referendum gegen die extreme Rechte" - so wie es bei den Demonstrationen auf vielen Plakaten gefordert worden war. Dass es kein Blankoscheck ist, wird der Amtsinhaber bei der nächsten sozialen Krise zu spüren bekommen. Es bedeutet auch keine Vorentscheidung für die im Juni anstehenden Parlamentswahlen.

Jean-Marie Le Pen erhielt in der Stichwahl 17,85 Prozent der Stimmen. Damit liegt er prozentual unterhalb des gemeinsamen Ergebnisses der beiden rechtsextremen Kandidaten Le Pen (16,86 Prozent) und Mégret (2,34 Prozent) im ersten Wahlgang. In absoluten Zahlen allerdings gelang ihm ein leichter Zuwachs von rund 15.000 Stimmen gegenüber den 5,4 Millionen, die am 21. April für beide rechtsextremen Kandidaten zusammen abgegeben wurden. Das Resultat vom 5. Mai ist zugleich eine Niederlage für die "Strategie Le Pen" innerhalb der extremen Rechten: die Linie des "Allein gegen alle". Denn ohne Bündnispartner innerhalb des konservativen Blocks bleibt der extremen Rechten der Weg an die Macht(beteiligung) dauerhaft versperrt.

Le Pen beglückwünschte sich am Wahlabend selbst, "der nationale Block" sei "stabil geblieben" und habe dem politischen Druck der 14 Tage zwischen den Wahlgängen standgehalten. FN-Generalsekretär Carl Lang beschrieb diesen Druck in einer Fernsehdebatte am Wahlabend als "eine Gehirnwäsche wie in einem Umerziehungslager von Pol Pot".

Beruhigend ist Le Pens deutliche Niederlage dennoch keineswegs: Zum Einen hat er gezeigt, dass er über ein stabiles Wählerpotenzial verfügt. Insofern hat Carl Lang recht, der in der gleichen Debatte feststellte: "Unsere Wählerschaft ist keine ‚Protestwählerschaft` mehr, sondern stimmt tatsächlich (unseren Ideen) zu." Zum Zweiten stabilisiert sich der rechtsextreme Block zu einem Zeitpunkt, wo keine zugespitzte ökonomische Krise herrscht. Zum Dritten kann sich die Bündnisfrage in einigen Jahren möglicherweise anders stellen als heute.

Der Front National bleibt derzeit überwiegend eine Wahlpartei, und keine Bewegung faschistischer Aktivisten. Hochrangige Kader der Partei hatten in der Periode zwischen 1992 und 1998 versucht, dies zu ändern. Sie wollten den FN durch Gründung eigener Gewerkschaften, Mietervereinigungen im sozialen Wohnungsbau und anderer Satellitenorganisationen in der Gesellschaft verankern. Doch anlässlich der innerparteilichen Krise zum Jahreswechsel 1998/99 hatte Le Pen genau diese Kader hinausgeworfen, um die alleinige Kontrolle über die Partei zurückzuerlangen. Heute reduzieren sich die Basisaktivitäten des FN überwiegend auf Wahlkämpfe.

Einheitsfront gegen den Faschismus

Zu befürchten ist, dass sich das nun wieder ändern könnte. Zumal es Anzeichen gibt für eine Wiederannäherung des FN und der Abspaltung von 1999, des Mouvement National Républicain (MNR). Zum Aufmarsch der Konkurrenzpartei am 1. Mai - der FN gedenkt seit 1988 an diesem Tag der "Nationalheiligen" Jeanne d'Arc - erschien auch eine Reihe bisheriger MNR-Kader, darunter der Rassenideologe Pierre Vial oder der Bürgermeister von Marignane, Daniel Simonpieri. Auch Angehörige der ultraradikalen MNR-Jugend nahmen an der Parade der Lepenisten zum 1. Mai teil. Le Pen wollte seinerseits ein Wahlabkommen mit dem MNR zu den Parlamentswahlen im Juni nicht mehr definitiv ausschließen. Seine Starrköpfigkeit gegenüber dem ehemaligen "Herausforderer" Bruno Mégret könnte sich dabei allerdings als Hindernis erweisen. Zumal Mégret, der am 21. April sofort eine Wahlempfehlung für Le Pen in der Stichwahl abgegeben hatte, am Abend des zweiten Wahlgangs öffentlich die Strategie des FN-Chefs als "unfruchtbar" kritisierte.

An den Massendemonstrationen nach Le Pens Triumph im ersten Wahlgang beteiligten sich vor allem SchülerInnen und Studierende. Auch ImmigrantInnen schlossen sich in selten erlebtem Ausmaß den Demonstrationen an. Einen Höhepunkt erreichten die Mobilisierungen am 1. Mai, der von Gewerkschaften und Linksparteien unter das Leitmotto des Anti-Lepenismus gestellt wurde. In Paris beteiligten sich bis zu 900.000 Menschen, weitere 800.000 demonstrierten am selben Tag in weiteren Groß- und Kleinstädten. Hauptangriffspunkt war Le Pens Vorstellung von einer "natürlichen Ungleichheit" zwischen den Menschen und darin begründeter unterschiedlicher Rechte. Oft wurde dabei an die Einwanderungspolitik angeknüpft. Eine der beliebtesten Demoparolen lautete: "Nicht die Schwarzen, nicht die Araber, nicht die Juden sind zu viel im Land

- Le Pen und seine Faschisten sind zu viel." Die Mobilisierung zu Gunsten der "illegalen" ImmigrantInnen, der Sans-papiers, floss mit den Demonstrationen gegen Le Pen zusammen.

Daneben war auch die Kritik an den Medien, insbesondere am Fernsehen, und dem von ihnen transportierten Diskurs über die "verbreitete Unsicherheit" ein wichtiger Aspekt der Demonstrationen. "Schmeißt den Fernseher aus dem Fenster, fangt an zu denken" oder auch "Schaltet die Flimmerkiste aus und hört auf, jeden Tag um 20 Uhr Angst zu haben", war des öfteren auf Schildern und Transparenten zu lesen. Tatsächlich hat insbesondere der 1987 durch den damaligen Premierminister Chirac privatisierte erste Fernsehkanal TF1 eine bedeutende Rolle bei der Verbreitung dieses Unsicherheitsgefühls gespielt. Die permanente Berichterstattung über Randale in Trabantenstädten oder spektakuläre Straftaten musste bei vielen den Eindruck erwecken, sie würden im Bürgerkrieg leben. Die Situation in den Banlieues, wo sich die sozialen Probleme in extremer Form konzentrieren, wirkte dabei wie ein Brennglas. Die Fernsehberichte konzentrierten die Aufmerksamkeit der gesamten Nation auf diesen Fokus. Ein Demonstrant brachte die politische Wirkung dieses Mediums in schlichter Form auf den Punkt: "TFN", der Name des Senders kombiniert mit dem der Le-Pen-Partei.

Natürlich spielten auch Aufrufe, am 5. Mai zur Wahl zu gehen und "gegen Le Pen" zu stimmen, bei den Demonstrationen eine zentrale Rolle. Dabei gingen Chiracs Parteigänger im Regelfall nicht auf die Straße. Der bürgerliche Ex-Premierminister Alain Juppé nannte die Proteste schlicht "unnütz". Lediglich "grüßte" er zwei Tage vor der Wahl, zum ersten und einzigen Mal, in einer Rede die jungen Demonstrierenden. Diese hatten ihrerseits alles andere im Sinn als einen Burgfrieden mit den Konservativen. Denn eine Burgfriedenspolitik zwischen Links und Rechts würde, davon waren die meisten linken DemonstrantInnen überzeugt, nur vom "kleineren Übel" zu immer größeren Übeln führen. Ferner würde sie es Le Pen erleichtern, sich als alleinige Alternative zum "Kartell der Etablierten" anzubieten.

Die politische Linke stand durch die Straßenmobilisierungen, in denen ganz überwiegend die Stimmabgabe für Chirac gefordert wurde, natürlich unter Druck. Die etablierten Linksparteien wie Grüne und KP riefen ohne größeres Zögern zur Wahl von Jacques Chirac auf. Hingegen war ein solcher Wahlaufruf für die radikale Linke weitaus problematischer. Ihre verschiedenen Flügel reagierten am Ende auf unterschiedliche Weise. Die trotzkistische Partei Lutte Ouvrière (LO, "Arbeiterkampf") rief dazu auf, ungültig zu stimmen. Dabei spielte sie allerdings in ihrer politischen Erklärung die Unterschiede zwischen Le Pen und Chirac auf ziemlich ökonomistische Weise herunter - beide seien Reaktionäre und Arbeiterfeinde. Die konkurrierende Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) nahm zunächst massiv an Mobilisierungen gegen "den Faschisten" Le Pen teil, maß dabei aber der Straße und der gesellschaftlichen Mobilisierung mehr Bedeutung zu als dem Wahlakt. Der gesellschaftliche Druck trieb sie aber dazu, explizit zur Stimmabgabe "gegen Le Pen" aufzurufen.

Kein Burgfrieden mit den Konservativen

Mehr als die Stichwahl, die Chirac am 5. Mai mit 82 Prozent der Stimmen dann doch sehr deutlich gewann, sagt der erste Wahlgang über die politische Stimmungslage aus. Am 21. April verloren sowohl die regierende Koalition der etablierten Linksparteien als auch die bürgerliche Rechte massiv an Stimmen. Vor sieben Jahren, im April 1995, hatte das konservative Lager (mit den Kandidaten Jacques Chirac, dem damaligen Premierminister Edouard Balladur und dem nationalkonservativen EU-Gegner Philippe de Villiers) noch 13,5 Millionen Stimmen bekommen; dieses Mal waren es noch 9,6 Millionen für alle Kandidaten des liberal-konservativen Spektrums zusammengenommen. Dieses umfasste Chirac (19,8 Prozent), den Christdemokraten François Bayrou (6,8 Prozent), den Ultraliberalen und Berlusconi-Fan Alain Madelin (3,9 Prozent) sowie die bürgerliche Ökologin Corinne Lepage und die Rechtskatholikin-Lebensschützerin Christine Boutin (1,9 bzw. 1,2 Prozent). Die Koalition der "pluralen Linken" unter Lionel Jospin ihrerseits stürzte von 9,7 Millionen (1995) auf jetzt 7,7 Millionen Stimmen.

Bei näherem Hinsehen besteht die im ersten Wahlgang sichtbare Haupttendenz nicht darin, dass die Rechte oder die Neofaschisten so sehr gewonnen hätten - das zentrale Phänomen ist vielmehr, dass die etablierten Linksparteien die Wahl verloren haben, und zwar hauptsächlich an ihrem linken Rand und bei den enttäuschten "Unterschichten". Die konservative Rechte liegt, wie gezeigt wurde, in Prozent- wie in absoluten Zahlen deutlich unterhalb ihrer Werte von 1995. Die extreme Rechte hat unbestreitbar hinzugewonnen, denn zu den rund 17 Prozent von Jean-Marie Le Pen muss man noch die für seinen ehemaligen Chefideologen Bruno Mégret abgegebenen 2,4 Prozent hinzuzählen. Teilweise erklärt sich das Phänomen auch daraus, dass bei den vorigen Wahlgängen noch eine nationalkonservative Rechte eine Art Puffer zwischen dem

konservativ-liberalen Lager und den Neofaschisten gebildet hatte. Bei der Präsidentschaftswahl 1995 erhielt der rechtskatholische und EU-feindliche Graf Philippe de Villiers 4,7 Prozent. Und bei den Europawahlen 1999 erzielten der nationalpopulistische Ex-Innenminister Charles Pasqua und de Villiers gemeinsam 13 Prozent. Beide Rechtsaußen-Konservativen waren in diesem Jahr nicht zur Präsidentschaftswahl angetreten.

Allerdings kam nur ein Teil dieser nationalkonservativen Stimmen dem Altfaschisten Le Pen zugute, denn in dessen Wählerschaft sind die sozial schlechter gestellten Schichten deutlich überrepräsentiert. Das trifft auf die AnhängerInnen von Pasqua und de Villiers nicht gleichermaßen zu. Das Votum für die rechtsextremen Kandidaten nährt sich zum Teil ebenfalls aus sozialer Unzufriedenheit und pervertiertem Protest - kombiniert diesen aber mit einem massiven Rassismus, der für einen Teil dieser WählerInnen bis in die Erinnerung an den Algerienkrieg zurückreicht. Der anti-maghrebinische Rassismus ist tatsächlich die Hauptgrundlage des Erfolgs von Jean-Marie Le Pen, jedenfalls bei seinem Massenpublikum. Der Antisemitismus und der Glaube an eine gegen die "natürlich gewachsenen" Nationen gerichtete Weltverschwörung spielen zwar bei dem Präsidenten des Front National (FN) ebenfalls eine gewisse Rolle. Der breiten Wählerschaft gegenüber ist die Geschäftsgrundlage der extremen Rechten aber eindeutig der Diskurs über die "Gefahren der Immigration", die vor allem von den muslimischen Einwanderern ausgingen. Kombiniert wird diese Rede mit einer alle anderen Aspekte überragenden Law and Order-Rhetorik.

Das Debakel der Regierungslinken

Die politischen Verschiebungen erklären sich aber nicht in erster Linie aus dem Zuwachs der Rechtsextremen, sondern vor allem aus dem brutalen Einbruch der Regierungslinken. Für die französische KP, deren Kandidat Robert Hue nur noch 3,4 Prozent erhielt, kommt das Verdikt aus den Wahlurnen nahezu einem Todesurteil gleich. Denn durch das Verfehlen der Fünf-Prozent-Marke erhält sie nicht die vollen Wahlkampfkosten erstattet. Damit wird sie enorme Probleme haben, ihren - bereits heute überdimensionierten - Apparat zu finanzieren. Noch nie seit ihrem Gründungskongress in Tours, im Dezember 1920, hatte die Partei dermaßen, schlecht abgeschnitten. Sie bezahlt damit die Bilanz ihrer Regierungsbeteiligung. Denn trotz ihrer Präsenz im Kabinett und gelegentlichen symbolischen Meckerns der KP-Spitze hat die Jospin-Regierung faktisch eine neoliberale Politik wie andere EU-Regierungen auch betrieben.

Die Rechnung dafür bezahlt natürlich auch der scheidende Regierungschef Lionel Jospin, der mit nur 16,1 Prozent hinter Jean-Marie Le Pen zurückfiel. Einige Medien hatten in den Tagen vor der Wahl vor einer Stichwahl Le Pen - Chirac gewarnt und eine "Kleineres Übel"-Kampagne zu Gunsten Jospins betrieben. Es hat nichts genützt. Eine Regierung, welche in den ersten vier Jahren ihrer Amtszeit mehr privatisiert hat als ihre konservativen Vorgängerkabinette in den vorausgegangen vier Jahren, und welche die seit langem durch die Linke versprochene 35-Stunden-Woche lediglich als Türöffner für die Flexibilisierung der Arbeitszeiten nutzte, konnte nicht begeistern. Jospin hat vor allem auf seiner Linken verloren, aber auch an die NichtwählerInnen, deren Lager mit knapp 28 Prozent einen Zuwachs um über sieben Punkte erlebte.

Das eigentlich Neue an dieser Wahl ist der gleichzeitige Durchbruch der radikalen Linken. Die langjährige trotzkistische Präsidentschaftskandidatin Arlette Laguiller von Lutte Ouvrière erhielt mit 5,8 Prozent zwar nur ein knappes halbes Prozent mehr als beim letzten Mal. Doch neben ihr haben dieses Mal auch andere linksradikale Kräfte Erfolge erzielt. Die Ligue Communiste Révolutionnaire war in diesem Jahr durch den jüngsten und unkonventionellsten unter den Präsidentschaftskandidaten vertreten. Olivier Besancenot, der drei Tage vor der Wahl seinen 28. Geburtstag feierte, ist im Zivilleben Briefträger, Aktivist der linksalternativen Basisgewerkschaft SUD und wurde von der LCR als eine Art "voice of the voiceless" präsentiert. Mit 4,3 Prozent erzielte er einen unerwarteten ersten Erfolg. Ein weiterer linksradikaler Kandidat, Daniel Glückstein von der autoritären Politsekte Parti des travailleurs (PT, "Partei der Arbeiter") kam auf knapp 0,5 Prozent. Damit erhielten jene Kräfte, die sich explizit auf den revolutionären Marxismus beziehen, zusammen 10,44 Prozent der Stimmen.

Großer Erfolg für die radikale Linke

Besancenot profilierte sich als Kandidat der Protestgeneration von Seattle und Genua, bezog sich aber auch eindeutig auf die Traditionen des revolutionären Marxismus - freilich auf recht undogmatische Weise. Sein Erfolg wird es seiner Formation erlauben, ein Faktor bei den wahrscheinlichen künftigen Umgruppierungen zu sein. Eine Woche vor der Wahl forderte Besancenot die prominentere Mitkandidatin Arlette Laguiller zur

gemeinsamen Gründung einer "nicht sektiererischen, aber klar antikapitalistischen", pluralen Partei der radikalen Linken auf. Diese schlug das Angebot zunächst aus, erklärte aber am Tag darauf, im Fall eines ausreichenden Wahlergebnisses selbst die Initiative dazu ergreifen zu wollen.

Dass Arlette auf der radikalen Linken nun nicht mehr allein steht und die Krise der KP sich verschärft hat, könnte nun dem Projekt einer pluralen linksradikalen Kraft neuen Schwung geben. Ungefähr so, wie Arlette Laguiller es vor ihrem Publikum im Zénith angekündigt hat: Eine neue kommunistische Kraft, "die in den Unternehmen präsent ist, aber auch in den Wohngebieten, die dort überall dem Rassismus und dem Chauvinismus entgegentritt, aber auch dem Kommunitarismus und dem Fundamentalismus aller Couleur Einhalt gebietet."

In den kommenden Wochen allerdings wird der radikalen Linken ein eiskalter Wind ins Gesicht wehen. Denn jetzt ist eine ganz massive Kampagne zu den Parlamentswahlen angesagt, das "kleinere Übel" zu wählen, um "das Land nicht Rechten und Rechtsextremen zu überlassen". Ob die Sozialdemokraten damit die Wahl zur Nationalversammlung am 9. und 16. Juni gewinnen, ist nicht sicher. Dass die radikale Linke ihre Ergebnisse vom 21. April nicht wird wiederholen können, hingegen schon. Da ihre KandidatInnen auf Grund des Mehrheitswahlrechts keinerlei Chance haben, Sitze im Parlament zu erringen, ist mit geringen Stimmenzahlen zu rechnen. Allerdings dürfte sich die Straße in naher Zukunft ohnehin als der interessantere Ort erweisen.

Bernhard Schmid

9. Worte des Faschisten Le Pen

Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:27

Eine besondere "Fähigkeit" Le Pens besteht darin, durch geplanten Tabubruch einen Skandal herbeizuführen. Während er selbst sich dann zum Opfer der Medien, der Juden oder anderer "antinationaler" Kräfte stilisiert, schart sich seine Anhängerschaft in der allgemeinen Erregung nur noch enger um ihn. Im folgenden einige Kostproben:

Le Pen erklärt 1984 über Frankreichs Besatzungs-Vergangenheit : "Ja, ich werde lieber von den Deutschen überrannt als von den Arabern. Die Deutschen hatten Goethe, Schiller."

Am 13. September 1987 bezweifelt Le Pen im Fernsehen die Existenz der Gaskammern und der NS-Judenvernichtung: "Die Frage ist, wie und ob diese Leute getötet wurden. (...) Ich sage, dass es Historiker gibt, die darüber diskutieren." Im Anschluss erklärt er die angeblich offene Frage zu einem "point de detail (Nebenumstand) der Geschichte des Zweiten Weltkriegs". Der Auftritt des FN-Politikers ist seitdem als "die Detail-Affäre" bekannt.

Anfang 1988 warnt er vor AIDS-Kranken und behauptet, deren Erkrankung übertrage sich auch durch "Speichelkontakt beim Sprechen und Händedruck". Er malt ein "Sidatorium" als geschlossene Einrichtung aus, in die er die Betroffenen zu sperren gedenke.

Im August 1988 lanciert er sein berüchtigtes Wortspiel "Durafour-crématoire". Durafour ist der Name des liberal-konservativen Ministers für den öffentlichen Dienst, der jüdischer Herkunft ist. Und four-crématoire bedeutet Verbrennungsofen.

Ein Jahr später warnt er vor "den Internationalen, darunter der jüdischen, die die Schaffung eines antinationalen Geists anstreben".

Im Dezember 1992 bezeichnet er die etablierten Parteien als "vom politischen AIDS befallen".

Einen Monat darauf erklärt er die moderne Kunst zum "Komplott, das dazu dient, das Individuum vom Wahren, vom Guten, vom Schönen abzuschneiden und zum manipulierbaren Roboter zu machen".

Es folgt im April 1996 eine Drohung an "die Politiker", die er auffordert, "zu gehen, solange sie noch die Muße haben, es auf friedliche Weise zu tun".

Anlässlich der Sommeruniversität des FN bekräftigt er im August 1996 seine Grundüberzeugung: "Ja, ich glaube an die Ungleichheit der Rassen".

Am 30. Mai 1997 greift der FN-Chef, erregt über eine Gegendemonstration, die sozialistische Parlamentskandidatin Anne Peulvast-Bergeal an und versucht ihr die Bürgermeister-Schärpe zu entreißen. Durch seine Schläge und Tritte erleidet die 1,58 Meter kleine Frau blaue Flecken, Schürfwunden und Prellungen. Wegen dieser Attacke wir Le Pen 1998 und 1999 in mehreren Instanzen zu zweijährigem Entzug aller Wahlmandate, zu einer Geldstrafe sowie Haft auf Bewährung verurteilt. Auf Grund von Verfahrensfehlern werden ihm seine Mandate nie vollständig entzogen: Bis heute gehört er, ohne Unterbrechung, dem Europaparlament an.

Im Dezember 1997 bekräftigt Le Pen in München, an der Seite des ehemaligen Waffen-SS-Mannes und jahrelangen REP-Vorsitzenden Franz Schönhuber, seinen Ausspruch über den Holocaust als "Detail der Geschichte". Die Deutschen seien "das Märtyrervolk des Zweiten Weltkriegs". Die Parteizeitung des FN, National Hebdo, hatte wenige Wochen zuvor aus Anlass des Prozessbeginns gegen Maurice Papon, der im besetzten Frankreich Judendeportationen organisiert hatte, getitelt: "JUDAPO" (eine Wortschöpfung aus "Judäa" und "Gestapo").

Im April 2002 schließlich fordert Le Pen, "Internierungslager" (camps d'internement) für illegale Einwanderer einzurichten - "als Transitlager, in denen sie relativ bequem darauf warten können, nach Hause zu gehen". Die illegalen ImmigrantInnen, die im Flüchtlingslager des Roten Kreuzes in Sangatte am Ärmelkanal ausharren, will er "in einen Sonderzug stecken und zu dem ach so antirassistischen britischen Premier Tony Blair

schicken, der sie nicht haben will." Die historische Konnotation von Begriffen wie "Lager" und "Zug" ist ihm selbstverständlich bekannt.

B.S.

10. Was macht eigentlich Bin Laden? Der vermutlich erste Nachruf

Autor: Knut Mellenthin · Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Afghanistan; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:18

Das absolut Böse hat einen neuen Namen: Osama bin Laden. Mit gewaltiger Propagandamacht sorgten die USA und ihre Verbündeten dafür, dass die Anschläge vom 11. September einen Namen und ein Gesicht bekamen. Unter Umständen könnten sie somit zu den wahren Helfershelfern seiner Vision werden.

Auf einer US-amerikanischen Internet-Seite, die Jokes über Bin Laden, Afghanen, Araber und andere fucking Muslims gewidmet ist (www. sanfords.net/Osama_bin_laden_jokes/), ist der folgende, nach bekanntem Muster gestrickte Abbrüller zu finden:

"It is the year 2042, and a father and his son walk the streets of lower Manhattan. Approaching the site where the WTC used to be in the end of the 20th century, the father sighs and comments, ‚to think that right here used to be the Twin Towers ...` The son, not understanding, asks his father: ‚What are the Twin Towers?` The father smiles and looks at the son, and explains, ‚The Twin Towers were two huge buildings that used to be here until 2001, when the Arabs destroyed them.` The son looks up to his father, and asks, ‚And what are the Arabs?`"

Der Witz lebt von dem augenzwinkernden Einverständnis, dass selbstverständlich jeder Besucher dieser Seite sofort versteht, auf welche Weise man die Araber bis zum Jahr 2042, in dem die Erzählung spielt, so gründlich "entsorgt" haben wird, dass Kinder nicht einmal mehr das Wort kennen.

Es sind keineswegs nur Jugendliche in einer problematischen Entwicklungsphase, deren Namen man vielleicht nach dem nächsten Schulmassaker auf den Titelseiten lesen wird, die sich seit dem 11. September mit Feuereifer an der Produktion solcher patriotischen Jokes beteiligen. Scharen von ebenso primitiven wie populären US-amerikanischen Witzbolden, angeführt von Jay Leno, bedienen die offenbar unersättliche und völlig enthemmte Nachfrage des Publikums. Brutale Tötungsfantasien nicht nur gegen Bin Laden, sondern gegen "die Taliban" und jeden, der sonst noch irgendwo drohend oder leichtsinnig im Wege herumsteht. "Rösten", "grillen" und "toasten" sind in diesem Zusammenhang besonders beliebte Tätigkeitsworte. Das ist der unfassbare Humor einer Zivilisation, die ein Massenvernichtungsmittel - eine Bombe, die auf der Fläche eines Fußballfeldes garantiert jedes Leben auslöscht - als "Daisy Cutter", Gänseblümchen-Schneider, verniedlicht.

Viele Witze machen sich auch einfach nur mit zynischer Arroganz über die Armut und Rückständigkeit des Gegners lustig. Jay Leno im Oktober 2001: "Sie sagen, wir wollen Afghanistan in die Steinzeit bomben. Na, das wäre doch immerhin ein Fortschritt." - Ebenfalls Jay Leno, etwa zur gleichen Zeit: "Bin Laden ist der reichste Mann in Afghanistan. Er hat drei Esel in der Garage."

Dieser Rülpser aus übersattem Bauch kommt immerhin der Wahrheit sehr viel näher als alle Lügengeschichten, die Bin Laden in kilometerweit ausgedehnten, raffiniert ausgestatteten, voll klimatisierten unterirdischen Bunkersystemen vermuteten, wie man sie aus den James-Bond-Filmen kennt.

Bin Laden selbst ist seit Dezember vergangenen Jahres ohne Angabe seiner neuen Adresse verschwunden. Anfang Mai vermutete das US-Magazin Newsweek ihn im nordwestpakistanischen Grenzgebiet. Mit gestutztem Bart und anscheinend gesundheitlich voll auf der Höhe sei er, zusammen mit seinem Vize al-Zawahiri, in einem Dorf gesehen worden. Kurz zuvor, Mitte April, hatte der türkische Geheimdienst, der Zeitung Hürriyet zufolge, Bin Laden in Kaschmir ausgemacht - wohin es übrigens vor bald 2000 Jahren auch Jesus Christus nach seiner Auferstehung verschlagen haben soll.

Es gibt jedoch keinen sachlich begründeten Zweifel, dass Bin Laden bald nach seinem letzten Video-Auftritt, das war vermutlich Anfang Dezember, ums Leben gekommen ist. Der Zeitpunkt ergibt sich daraus, dass Bin Laden in diesem - erst Ende Dezember von al-Dschasira gesendeten - Video die Angriffe auf das World Trade Center und das Pentagon als drei Monate zurückliegend bezeichnete. Außerdem erwähnte er den amerikanischen Bombenangriff auf eine Moschee in Khost "vor einigen Tagen", bei dem 150 Menschen ums Leben gekommen seien. Datum dieses Angriffs war der 16. November.

Bemerkenswert ist, dass Bin Laden in diesem Video zweimal von seinem Tod sprach: "Ganz gleich, ob Osama getötet wird oder überlebt, das Erwachen hat begonnen" und "Amerikas Ende hängt nicht ab vom Überleben dieses Dieners Gottes".

Die sieben Leben des Osama bin Laden

Mangels anderer glaubwürdiger Schilderungen von Bin Ladens Ende könnte stimmen, was die englischsprachige pakistanische Zeitung Observer Ende Dezember unter Berufung auf einen nicht näher bezeichneten Taliban-Sprecher berichtete: Bin Laden, der an einer schweren Lungenkrankheit gelitten habe, sei Mitte Dezember, während der amerikanischen Angriffe auf das Berggebiet von Tora Bora, aus Mangel an medizinischen Behandlungsmöglichkeiten gestorben. Etwa 30 Menschen - enge Kampfgefährten, Familienmitglieder und einige afghanische Freunde - seien bei seinem Begräbnis dabei gewesen. "Bin Laden war zufrieden, dass er nicht umsonst starb. Er hatte das Gefühl, den Moslems die hegemonistischen Pläne und die Verschwörungen der Ungläubigen gegen den Islam bewusst gemacht zu haben", zitierte die pakistanische Zeitung ihre Quelle.

Möglich ist aber ebenso, dass Bin Laden - und vielleicht auch sein gesamter Führungskreis - durch die massiven Luftangriffe ums Leben kam. Unwahrscheinlich hingegen ist, dass er heute noch lebt und seit fünf Monaten kein politisches Lebenszeichen mehr von sich gegeben hat. Er hätte sich, wäre er entkommen, diesen öffentlichen Triumph über seine Verfolger sicher nicht entgehen lassen. Spätestens jedoch die israelischen Militäraktionen gegen die Palästinensergebiete, die Ende März begannen, hätten seine Stellungnahme herausgefordert.

Bis zu seinem letzten Video-Auftritt, Anfang Dezember, hatte Bin Laden von diesem Medium einen geradezu verschwenderischen und nicht unbedingt uneitlen Gebrauch gemacht. Warum sollte er darauf verzichten, zumal Videos verhältnismäßig leicht herzustellen sind, wenn auch nicht in so perfekter Form wie einige von Bin Ladens Propagandafilmen.

Ein Mitte April von al-Dschasira gesendetes "neues" Video bestätigt die Wahrscheinlichkeit, dass Bin Laden tot ist. Einerseits macht das kunstvoll zusammengestückelte Band deutlich, dass Überlebende des Bin-Laden-Kreises es aus Propagandagründen für notwendig halten, aktuelle Präsenz zu demonstrieren. Andererseits wird an dem Film offensichtlich, dass ihnen von Bin Laden selbst nur altes - wenn auch bis dahin unveröffentlichtes - Material zur Verfügung steht.

Osama bin Laden, 1957 als siebzehntes Kind eines der reichsten und einflussreichsten Unternehmer Saudi-Arabiens geboren, beendete 1979 sein Bauingenieursstudium und reihte sich in den wachsenden Strom der Freiwilligen aus aller Welt ein, die zur Teilnahme am "Heiligen Krieg" gegen die sowjetischen Interventionstruppen nach Afghanistan kamen. Mit der vermutlich größten Geheimdienst-Operation seit Ende des Zweiten Weltkriegs, mit einem Etat von vielen Milliarden Dollar, steuerte die US-Regierung in den 80er Jahren die Rekrutierung und Ausbildung von Mudschaheddin, "heiligen Kriegern", in allen Ländern der islamischen Welt. Einsatzgebiet: Afghanistan. Ziel: Schwächung der Sowjetunion. Bin Ladens politische Laufbahn begann als Organisator und Finanzier einer internationalen Kette solcher Rekrutierungsbüros. Eine seiner Filialen lag damals sogar in Brooklyn, mitten in New York.

Der von den USA angeschobene und instrumentalisierte "Heilige Krieg" gegen die Sowjetunion führte in Afghanistan Tausende von religiösen Eiferern und Abenteuerlustigen aus Saudi-Arabien, Ägypten, Pakistan, Jemen, Algerien, aus Teilen der Sowjetunion wie Tadschikistan und Tschetschenien, und sogar aus Jugoslawien und Albanien zusammen. Die Idee einer internationalen islamischen Kampfgemeinschaft, in der staatlichen Realpolitik autoritärer Regime bisher nicht mehr als eine schillernde Seifenblase und eine verlogene Propagandaformel, nahm im afghanischen Dschihad, "powered by USA", erstmals praktische Gestalt an.

Von Afghanistan aus wirkte die gemeinsame Kampferfahrung zurück auf die zahlreichen Herkunftsländer der Mudschaheddin. Das verstärkte sich naturgemäß nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte Ende der 80er Jahre, als Tausende von "arbeitslos" gewordenen Kämpfern in die Heimat zurückfluteten und dort den Kampf fortsetzten. Ob Tschetschenien oder Bosnien, Kosovo oder Kaschmir: Überall spielten die Afghanistan-Veteranen eine entscheidende Rolle. Sie brachten aus Afghanistan nicht nur ihre Kampferfahrung mit, sondern auch die Siegesgewissheit, dass selbst eine Weltmacht militärisch zu besiegen sei.

Terror und ein Leben wie James Bond

Bin Laden kehrte 1989 nach Saudi-Arabien zurück. Als das saudische Regime 1991 sein Territorium den USA als Ausgangsbasis für den Krieg gegen Irak zur Verfügung stellte, übte er so heftige Kritik, dass er ausgebürgert wurde. Die islamistische Junta des Sudan, die sich 1989 an die Macht geputscht hatte, nahm Bin Laden und hunderte andere Afghanistan-Veteranen auf. Dem Druck, den die USA und Saudi-Arabien deswegen ausübten, hielt das sudanesische Regime jedoch nicht lange stand. 1996 musste Bin Laden das Land wieder verlassen; seither lebte er in Afghanistan.

Bin Ladens um 1988 gegründeten "internationalen Terrornetzwerk" al Qaida werden zahlreiche Anschläge und Anschlagversuche angelastet. Die wichtigsten:

- 29. Dezember 1992: Explosion einer Bombe in einem Hotel in Aden (Jemen), in dem US-Truppen auf dem Weg zum UNO-Einsatz in Somalia Zwischenstation machen. Zwei tote Touristen.

- 26. Februar 1993: Bombenanschlag auf das World Trade Center.

- 13. November 1995: Bombenanschlag auf ein militärisches Ausbildungszentrum der USA in der saudischen Hauptstadt Riad. Sieben Tote, darunter fünf US-Soldaten.

- 25. Juni 1996: Bombenanschlag auf eine Wohnanlage der US-Streitkräfte in Dhahran, die sogenannten Khobar Towers. 19 Tote.

- 7. August 1998: Fast zeitgleiche Bombenanschläge gegen die amerikanischen Botschaften in Nairobi (Kenia) und Dar Es Salaam (Tansania). Insgesamt 224 Tote.

- 12. Oktober 2000: Sprengstoff-Angriff gegen das amerikanische Kriegsschiff "USS Cole" im Hafen von Aden (Jemen). 17 Mannschaftsmitglieder werden getötet.

Die Beweise, die diese Angriffe mit Bin Laden in direkte, materielle Verbindung bringen sollten, blieben in allen Fällen dürftig. Auch die Existenz eines riesigen internationalen Terrornetzes mit angeblich mehreren tausend jederzeit aktionsbereiten Mitgliedern in 60 oder 70 Ländern blieb bis heute zweifelhaft. Dagegen spricht vor allem die Tatsache, dass es seit dem 11. September weltweit nicht eine einzige Aktion gegeben hat, vielleicht mit der einzigen Ausnahme des Attentats an der Synagoge in Djerba, Tunesien, die al Qaida zugeschrieben wurde. Im gleichen Zeitraum gab es aber mindestens ein Dutzend vom FBI ausgegebene, angeblich höchst konkrete Warnungen vor unmittelbar bevorstehenden neuen Anschlägen.

Polit-Ikone powered by USA

Bin Laden hat die Behauptung, an der Planung irgendwelcher Aktionen direkt beteiligt zu sein, immer wieder als irreal zurückgewiesen. Seine Aufgabe und Funktion sei es, zum Kampf gegen die "Allianz von Kreuzrittern und Zionisten sowie deren Kollaborateure" aufzurufen. Nicht mehr, nicht weniger. Vielleicht, so Bin Laden, seien einige der Anschläge durch seine Aufrufe veranlasst oder gefördert worden, Inschallah.

Vor allem der globalisiert gleichgeschalteten Propaganda der USA und ihrer Verbündeten ist es zu verdanken, dass die eher anonymen Angriffe vom 11. September gegen zwei zentrale Symbole des "US-Imperialismus" - es gab nicht einmal eine Bekenner-Erklärung - einen Namen und ein Gesicht bekamen. Mehr auf Grund dieser ganz primitiv personalisierenden und schamlos übertreibenden Propaganda der Gegenseite als wegen seiner eigenen, in ihrer religiösen Weitschweifigkeit schwer verdaulichen Statements wurde Bin Laden kurzzeitig zur Polit-Ikone der Unzufriedenen und Empörten überall in der islamischen Welt.

Sein Appell zur Einheit aller Gläubigen weltweit beruhte dennoch auf einer Illusion. Selbst die Staaten der Arabischen Liga, die kaum ein Fünftel aller Muslims der Welt umfassen, sind heillos zersplittert, nicht nur handlungsunfähig, sondern auch handlungsunwillig auf Grund ihrer totalen Abhängigkeit von den USA und Europa. Sollten sich allerdings in der amerikanischen Politik diejenigen Kräfte durchsetzen, die unter der Kampfparole eines "Vierten Weltkriegs gegen den militanten Islam" - als dritten Weltkrieg zählen sie die erfolgreich abgeschlossene Konfrontation mit der Sowjetunion - einen unkontrollierbaren Flächenbrand im gesamten Nahen und Mittleren Osten entfachen wollen, könnten die Thesen Bin Ladens eine zweite Chance erhalten.

Knut Mellenthin

11. Campen in Hamburg? Land in Sicht! Grenzcamp 2002: Auch der Norden mischt mit

Autor: SH & HB, HH · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:07

Wo das Grenzcamp 2002 stattfinden würde, das hat die Anitra-Szene heiß diskutiert. Das Ergebnis: nicht ein, sondern viele Grenzcamps (vgl. ak 460). Die Gründe, warum es nun neben Thüringen und Strasbourg auch in Hamburg ein Camp geben wird, stellt der folgende Artikel zur Diskussion.

Mit der Regierungsbeteiligung der Partei Ronald Schills in Hamburg ist eine Grenze überschritten. Bis dahin hatte sich das Institutionengefüge der alten Bundesrepublik - trotz aller reaktionären Tendenzen - gegenüber den Parteien des rechten Rands als relativ stabil erwiesen. Zwar war es diesen Parteien vereinzelt immer wieder gelungen, in Landtage einzuziehen. Doch bis zur Hamburger Bürgerschaftswahl 2001 hatte noch keine der bürgerlichen Parteien den mehr oder weniger expliziten Konsens durchbrochen, die eigene Regierungsmacht nicht an die Beteiligung der Rechtsextremen zu binden. Die Regierungsbeteiligung der Schill-Partei markiert deshalb eine wichtige Wende.

Nur was bedeutet das genau? Haben wir es bei dem Erfolg von Schills rechtspopulistischer Mobilisierung mit einem langfristigen Phänomen zu tun oder nur mit einem Strohfeuer? Wie ist der Wahlerfolg Schills zu erklären? Welche Rolle spielt der Kriminalitäts- und Sicherheitsdiskurs? Welche langfristigen Konsequenzen sind zu erwarten? Und worin unterscheidet sich der Rechtspopulismus Schills von den anderen Parteien des rechten Rands sowie von der rechten SPD oder der CDU?

Um diese Fragen - aber keineswegs nur um diese - soll es ab dem 16. August diesen Jahres in Hamburg auf dem Camp "Land in Sicht" gehen. Mindestens genauso wichtige Themen werden sein: das Verhältnis von kapitalistischer Globalisierung, Migration und Antirassismus; Grenzregime und der Hafen als Schengen-Außengrenze; die Privatisierung des öffentlichen Raums; die Normalität des Krieges und die Einschränkung der BürgerInnenrechte nach dem 11.9. sowie eine Reflexion des eingespielten linken Aktionsrepertoires.

Mit dem Land-in-Sicht-Camp soll dieses Jahr in Hamburg an die Tradition der Grenzcamps an der deutschen Ostgrenze und in Frankfurt/Main im letzten Jahr angeknüpft werden. Neben zwei Grenzcamps in Thüringen (12.-19.7.) und Strasbourg (19.-28.7.) wird sich mit dem Land-in-Sicht-Camp in Hamburg die Chance bieten, in konzentrierter Form widerständige Politikansätze gegen die herrschende (Welt-)Ordnung zu diskutieren und zu schärfen, Streitkulturen weiter und neu zu entwickeln und all dies in Aktionen und Aktiönchen auch an die Öffentlichkeit zu tragen. Ein hoffentlich wunderschöner Platz wird es leicht machen, warme Sommertage und politischen Aktionismus zu verbinden.

Doch zurück in die Gegenwart: Der Erfolg der Schill-Partei macht eine Debatte über dessen Gründe und mögliche Gegenstrategien notwendig. Einige Thesen zum Rechtspopulismus im Allgemeinen und Schill im Besonderen vorweg:

1. Die Wahlerfolge der PopulistInnen in Europa sind ein neues Phänomen. Sie stützen sich auf zwei Säulen: auf Ausgrenzung und Rassismus und auf Unzufriedenheit mit den politischen Parteien und dem politischen System insgesamt. Beide Säulen sind wichtig, und erst ihr Zusammenspiel ermöglicht die rechtspopulistischen Erfolge im Anschluss an die rassistische Thematisierung des Themas Migration und an vielfältige Korruptions- und Filz-Skandale. Der Erfolg von Berlusconis Forza Italia stützte sich auf die rechtsextremen Parolen der Alleanza Nazionale und der Lega Nord und auf die Korruptionsskandale der etablierten Parteien. Haiders FPÖ machte einen offen rassistischen Wahlkampf und präsentierte sich gleichzeitig als Alternative zum korporatistischen System Österreichs mit seinen engen Verflechtungen von Ökonomie und Politik. In Hamburg konnte Schill von der Anti-Filz-Kampagne der CDU profitieren und gleichzeitig das gesamte rechtsradikale WählerInnenpotenzial binden. Daraus folgt: Eine wichtige Voraussetzung für die Erfolge der populistischen Parteien sind Filz- und Korruptionsskandale. Und: Zum Verständnis des Phänomens Rechtspopulismus muss nach den Gründen für ein Ausgrenzung forderndes und akzeptierendes Weltbild gefragt werden. Die Renaissance dieses autoritären Weltbildes ist es, die dem "Phänomen Schill" über die Stadtgrenzen Hamburgs hinaus Bedeutung verleiht.

Lust an provokanten Vorläufigkeiten

12. Leben, quer gelesen. Giorgio Agambens Analyse biopolitischer Macht

Autor: Stefanie Gräfe · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:38

Der Hype hält sich in Grenzen. Giorgio Agambens Homo Sacer kann Negri/Hardts Empire (vgl. S. 32), was Rezensionenmenge und Aufregungsgrad betrifft, nicht toppen. Kontrovers diskutiert wird die Schrift des italienischen Philosophen trotzdem. Ihre zentrale Botschaft: Politische Macht ist da besonders effektiv, wo es scheinbar gar nicht um Politik, sondern um "den Menschen", um "Ethik" oder um "das Leben" geht. Die deutsche Übersetzung ließ lange auf sich warten. Jetzt liegt sie vor. "Provokant gefährlich" sagen die einen. "Wegweisend" die anderen. Wahrscheinlich stimmt beides.

Eine offene Tür. Dahinter: Leere. Ein Mann vom Lande begehrt Einlass - vergeblich, denn ein Hüter bewacht die Tür, dahinter das geheimnisvolle Vakuum. Eine Szene zwischen zwei Menschen, einer Tür und dem Nichts. Und doch repräsentiert diese Szene eine allgemeine und verhängnisvolle Verstrickung. Denn der Hüter wendet keine Gewalt an. Seine bloße Präsenz sorgt dafür, dass es dem Mann unmöglich ist, durch die offene Tür einzutreten. So verharren beide, Hüter und Suchender, vor der offenen Tür. Ein Leben lang.

Franz Kafkas Erzählung "Vor dem Gesetz" ist von unzähligen OberstufenschülerInnen und PhilosophInnen interpretiert worden. Auch Agamben liest sie als Parabel auf die Funktionsweise gesellschaftlicher Macht: Hinter der offenen Tür die Autorität des Gesetzes, vor der Tür das ausgelieferte Subjekt, dem es, ohne dass ihm Zwang angetan wird, unmöglich ist einzutreten und unmöglich wegzugehen. Kafkas Geschichte soll zeigen: Die Unterwerfung unter gesellschaftliche Machtstrukturen funktioniert nicht, obwohl, sondern gerade weil sich im Innern der Macht nichts - bloß Leere - verbirgt. Und der Bann, der über dem Mann vom Lande liegt und ihn scheinbar außerhalb der Autorität des Gesetzes, tatsächlich aber innerhalb seiner Macht gefangen hält, diesen Bann nennt Agamben "die ursprüngliche Struktur der souveränen Beziehung." (1)

Die Titelfigur des Buches, der heilige Mensch, war nach römischem Gesetz eine Person, die nicht nur heilig, sondern auch vogelfrei war. Homo Sacer darf getötet werden, ohne dass der Mörder sich des Mordes schuldig machen würde. Das Gericht spricht ihn im selben Maße "heilig", wie es ihn verflucht. Agamben interessiert nicht, wie viele historische Homine Sacris es tatsächlich gegeben hat. Im Unterschied zu verschiedenen antiken und modernen Interpreten, die die widersprüchliche Figur Homo Sacer als Überbleibsel eines archaischen religiösen Rechts deuten, ist sie bei Agamben die elementare Fassung einer paradoxen Logik, die auf das Leben zielt, es heilig spricht und gleichzeitig der ständigen Möglichkeit der Vernichtung aussetzt, nämlich: Biopolitik.

Verurteilt, heilig, vogelfrei

Und um genau diese biopolitische Logik dreht sich das ganze Buch. Agamben arrangiert sie in zahlreichen Varianten und präsentiert sie den Lesenden wie ein unorthodoxes chemisches Experiment. Ist das die endlich gefundene Formel, die das Geheimnis von Macht erklärt? Und wie lässt sich die Leere im Innern der Macht begreifen - oder gar in Politik übersetzen? Das lässt das Buch offen. Ebenso wie die Frage, ob nicht andere Macht-Formeln denkbar sind und ob diese Formeln nicht nur Geschichte bedingen, sondern ihrerseits geschichtlich gedacht werden sollten. Was übrigens die Hauptkritik ist, die man zu Agamben derzeit äußert: dass er historisch so undifferenziert ist. Was unbestreitbar zutrifft.

Dass es Homo Sacer tatsächlich gegeben hat und dass er außerdem für die gesamte politische Geschichte des Westens paradigmatisch ist - das kann man Agamben glauben oder man lässt es bleiben. Historisch belegt er es nicht. Der Homo Sacer könnte im Prinzip auch eine Figur aus Harry Potters Zauberwelt sein, geht es doch letztlich nur um die ihr innewohnende Denklogik. Und in dieser spielt der Begriff des Lebens, genauer des "nackten Lebens" eine zentrale Rolle.

Agamben nennt dieses nackte Leben griechisch zoé, im Unterschied zu bíos, der politischen Existenzweise. Bei ihm ist die Spaltung des Lebens in zoé und bíos ebenso fundamental in die politische Struktur des Westens eingelassen wie eine andere Spaltung: die zwischen dem Recht und seiner eigenen Aussetzung im Ausnahmezustand. Die Macht entspringt aus dieser Sicht dem Recht, über die Grenze zwischen Normalfall

und Ausnahmezustand zu entscheiden. Zoé und Ausnahmezustand gehen so eine verhängnisvolle Verbindung ein. Homo Sacer will also zeigen, wie durch "das Leben" eine Grenze zwischen Regel und Ausnahme gezogen wird, so dass schließlich zoé, das nackte Leben, den Ausnahmezustand bewohnt, aus ihm eine Zone macht, in der das Leben auf biologisches Existieren reduziert oder längst zum Tode verurteilt ist. Konsequenter Fluchtpunkt der ganzen Geschichte(n), die Agamben erzählt: die nationalsozialistischen Vernichtungslager.

Dass das Leben in der Moderne zu einem zentralen Gegenstand von Politik geworden ist, hatte lange vor Agamben schon Foucault klargestellt. Ihm ging es darum zu zeigen, wie die Disziplinierung des individuellen Körpers in Schule, Gefängnis und Kaserne mit der Regulierung der Bevölkerung zusammenfällt. Er nannte dieses Zusammenspiel aus individueller und kollektiver Zurichtung Bio-Macht. Agamben konvertiert auch die Bio-Macht in Formel-Format: Steigerung des "Lebenswertes" (Regel). Daraus folgt zwingend: Vernichtung "unwerten Lebens" (Ausnahmezustand).

Was Agamben entlang dieser Formel ausdrücklich bearbeiten will, sind zwei grundlegende Versäumnisse: das Versäumnis Foucaults, die nationalsozialistischen Vernichtungslager in die Analyse der Biomacht einzubeziehen, und das Versäumnis Hannah Arendts, in ihrer Totalitarismusanalyse Biopolitik mitzudenken. Diese Zusammenführung von Arendt und Foucault unternimmt Agamben im ständigen Dialog mit Walter Benjamin, dessen Werk er in Italien herausgegeben hat. Diese unterschiedlichen Perspektiven münden in einer Skizze von Biopolitik als totalitäre Struktur, die keineswegs auf totalitäre Systeme beschränkt ist. Und durch seine Argumentation zieht sich der warnende Appell, die Gefahr der dauerhaften Installation von Ausnahmezuständen auch in der Gegenwart nicht zu unterschätzen.

"Wertes" und "unwertes" Leben

Selbst die Idee der Menschenrechte zeigt sich aus biopolitischer Perspektive von einer beängstigenden Seite. Seit der Französischen Revolution unauflöslich an die Idee der Nation gebunden, würden Menschenrechte nur deshalb als Besitz des Menschen gedacht, weil "Mensch" nun mal die logische Voraussetzung des Staatsbürgers ist. Aber paradoxerweise gelte eben auch, dass es keinen Ort für so etwas wie den "Menschen an sich" in der politischen Ordnung des Nationalstaates gibt. Für Agamben ist klar: Erklärt man bestimmte Menschen zum schützenswerten Objekt der Menschenrechte, dann degradiert man sie zu einer Art lebendem Ausnahmezustand, angewiesen auf humanitäre Zuwendung, ohne eigene politische Rechte. Tatsächlich erscheinen aus dieser Sicht die Niederlagen folgerichtig, die Anrufungen von Menschenrechten in Zonen des Ausnahmezustandes ständig einstecken müssen, sei es im Jugoslawienkrieg, in Ruanda oder in der Ausländerbehörde.

Für Agamben ist der Flüchtling eine Art moderner Homo Sacer. Denn Flüchtlinge bringen die Differenz zwischen Geburt und Nation ebenso ans Licht wie das "heimliche" Fundament moderner Biopolitik: das nackte Leben, permanent der Drohung vollständiger Entrechtung ausgesetzt. Wenn man das "Flüchtlingsproblem" als humanitäres und nicht als politisches Problem versteht, dann verbleibt man, meint Agamben, schlicht in harmonischer Symmetrie zur Staatsmacht. Er schlägt also vor, die politische Philosophie ausgehend von der Figur des Flüchtlings neu zu begründen: jenseits der Logik des zoé, die zugleich die Logik des Nationalstaates ist. Es geht letztlich um nicht weniger als darum, Politik und Existenz jenseits der Kategorien "Volk", "Staat" und "Nation" neu zu entwerfen. Wie aber solche Entwürfe aussehen könnten, wie Leben, Recht und Politik jenseits des Nationalstaats denkbar ist, das ist leider nicht Thema von Agamben.

In Homo Sacer ist die völlige Preisgabe des Lebens ein mörderisches Potenzial, das in die Logik der westlichen Moderne eingeschrieben ist. Die Reduktion auf "nacktes Leben", ohne Urteilsspruch zum Tode verurteilt, wurde in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern in radikalster Form realisiert. Aber für Agamben sind auch heutige Intensivstationen, auf denen "hirntote" PatientInnen liegen, oder Flüchtlingslager Orte des Ausnahmezustandes und des "nackten Lebens", Grenzzonen zwischen Leben und Tod. Und gerade diese Verbindung scheinbar völlig unzusammenhängender historischer und politischer Phänomene macht die Provokation des Buches aus.

Denn dahinter steht in der Tat die implizite Behauptung, dass es keinen fundamentalen Unterschied zwischen liberalem und faschistischem Staat gibt. Was historisch unhaltbar ist. Die taz-Rezensentin bringt dieses Problem mit einer Frage auf den Punkt: "Wenn Demokratie und Diktatur nicht mehr unterscheidbar wären, wie

Agamben behauptet, warum sollte eine Gesellschaft dann gegen den Rechtsradikalismus mobilisieren?" (2) So einleuchtend die Frage, so legitim auch die Gegenfrage: Wenn Demokratie und Faschismus einander "wesensfremd" sind, wie lässt sich dann erklären, dass Rechtsradikalismus "in der Mitte der Gesellschaft" entsteht?

Wobei, so herum gefragt, die Versuchung groß ist, nach überhistorischen Erklärungsformeln zu suchen. Und in der Tat hat man bei der Lektüre von Homo Sacer immer wieder den Eindruck, dass die Chiffre, die einst so praktisch zur Erklärung von allem, dem Leben, der Politik, dem Menschen und der Welt eingesetzt werden konnte, nämlich der Klassenkampf, hier überaus klug und eloquent ersetzt wurde durch eine neue Chiffre: die Biopolitik, was wiederum nichts anderes heißen würde, als mit einem totalitären Konzept Totalitarismuskritik zu betreiben. Umgekehrt könnte man Agamben allerdings mit genauso viel Recht vorwerfen, den Zusammenhang von Biopolitik und Kapital vollständig im Dunkeln gelassen zu haben, was wiederum bedeutet, dass das Buch "Homo Sacer" gewiss nicht die ganze Welt und auch nicht bloß die Struktur von Herrschaft erklären kann. Kurz: Antworten finden sich in diesem Buch nicht. Stattdessen stellt es Fragen, die wichtig sind, wenn man sich mit der systematischen Illegalisierung von Flüchtlingen, mit Menschenrechtskriegen und mit "Anti-Terror-Staaten", kurz mit der Einrichtung im permanenten Ausnahmezustand nicht abfinden will.

Zonen zwischen Leben und Tod

Kafkas Mann vom Lande erfährt am Ende seines Lebens, dass die Tür des Gesetzes nur für ihn allein offen stand: "Hier konnte niemand Einlass erhalten, denn dieser Eingang war nur für dich bestimmt. Ich gehe jetzt und schließe ihn", sagt der Hüter dem Sterbenden. Unterliegt das Leben tatsächlich unvermeidlich dem paradoxen Fluch des Gesetzes? Die apokalyptische Figur Homo Sacer legt das nahe. Und es macht Sinn, ihre perfide Logik zu verstehen. Zum Beispiel, um der dieser Logik folgenden Entpolitisierung von Themen wie "Leben und Tod, Gesundheit und Krankheit, Körper und Medizin" entgegenzutreten. (3) Und doch ist klar, dass apokalyptische Figuren zwar analytische, nicht aber politische Perspektiven bereithalten.

Stefanie Gräfe

Giorgio Agamben: Homo Sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben. Frankfurt am Main 2002 (Orig. 1995), 10 EUR

Anmerkungen:

1) Agamben 2002, S. 62

2) Ulrike Herrmann, in: taz, 30.4.02

3) Thomas Lemke, in: Frankfurter Rundschau, 16.3.02

Literatur:

Agamben, Giorgio: Ohne Bürgerrechte bleibt nur das nackte Leben. Giorgio Agamben über Abschiebung und Lager ohne Namen. Interview mit Beppe Caccia. In: Jungle World 28/2001

ders.: Jenseits der Menschenrechte. Einschluss und Ausschluss im Nationalstaat. In: Jungle World 28/2001

Foucault, Michel: Leben machen und sterben lassen. Zur Genealogie des Rassismus. Ein Vortrag. In: Lettre International 62

Kafka, Franz: Vor dem Gesetz. In: Das Urteil und andere Erzählungen. Frankfurt am Main 1982

13. "Der Senat soll einpacken!" Großdemo gegen Sozialkürzungen in Hamburg

Großdemonstration gegen Sozialkürzungen Hamburg

Autor: dk · Rubrik: Sozialpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:23

Hamburg, 16. April 2002. Ein kalter, trüber Tag, typisches Hamburger Schmuddelwetter mit leichtem Dauerregen, der erst gegen Nachmittag aufhört. Ein paar hundert DemonstrantInnen warten um 16.30 Uhr fröstelnd auf der Moorweide, dem Ort der Auftaktkundgebung. 45 Minuten später setzen sich zwischen 8.000 und 10.000 Menschen in Bewegung, die größte Demonstration, die Hamburg seit Jahren gesehen hat.

Im Januar waren die ersten Sparpläne des neuen Hamburger Rechtssenats an die Öffentlichkeit durchgesickert. 34,7 Mio. EUR sollen im Sozialbereich eingespart werden, weitere 225 Mio. EUR in den nächsten beiden Jahren. Mit diesen Millionen sollen die Bereiche Polizei/innere Sicherheit und Justiz aufgerüstet werden. So plant der Senat neben einer massiven personellen Aufstockung der Polizei auch einen gewaltigen Knastneubau. Die Umverteilung hin zu Law and Order geht einher mit einem Frontalangriff auf bestimmte inhaltliche und konzeptionelle Ansätze im sozialen Hilfesystem. Die Sparmaßnahmen treffen ganz gezielt Frauenhäuser und Frauen- und Mädchenprojekte, die einen feministischen Ansatz verfolgen. Familienpolitik statt Frauenpolitik ist die erklärte Botschaft der neuen CDU-Sozialsenatorin. Die Integrationsarbeit für MigrantInnen wird ebenfalls faktisch beendet, viele deutsch-ausländischen Begegnungsstätten müssen schließen. Auch hier lautet die offene Ansage der Senatorin, dass nach mehr als 20 Jahren die Integration nun auch mal abgeschlossen sein müsse. Dramatisch von den Kürzungen betroffen sind auch alle akzeptierenden und niedrigschwelligen Ansätze in der Drogen- und Suchthilfe, der Aidshilfe oder auch der Kinder- und Jugendarbeit. Im Bereich der Beschäftigungspolitik werden nicht nur die Löhne der "Zielgruppenbeschäftigten" unter die Armutsgrenze gefahren, sondern zum ersten Mal seit 20 Jahren wird auch wieder die direkte Verpflichtung zur Arbeit in Form der gemeinnützigen Arbeit eingeführt: Arbeiten für 1 EUR/Stunde ohne jegliches arbeitsvertragliches, reguläres Beschäftigungsverhältnis.

Nach der Wahl des Rechtssenats im letzten September hatte sich in Hamburg in erheblichem Maße politische Lähmung breitgemacht. Diese Stimmung änderte sich nun spürbar. Seit Januar gibt es eine deutliche soziale Unruhe in der Stadt. Veranstaltungen, neue Vernetzungen von betroffenen Einrichtungen, öffentliche Erklärungen von KirchenvertreterInnen oder Prominenten und eine Demonstration von 2.000 - 3.000 Frauen am 8. März (bei maximal 200 in den letzten Jahren) drücken das genauso aus wie die 4.000 Menschen, die beim Ostermarsch auf der Straße waren. In dieser Situation entstand auf einer großen Versammlung von 100-200 VertreterInnen unterschiedlichster sozialpolitischer Einrichtungen, Initiativen und Organisationen Ende Februar der Plan zu einer Großdemonstration gegen Sozialkürzungen zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen in der Bürgerschaft Mitte April.

Die Demonstration am 16.4. "gegen Sozialkürzungen - für eine solidarische Sozialpolitik" wurde organisiert von der Sozialpolitischen Opposition Hamburg, einem lockeren Zusammenschluss von ca. 150 Einrichtungen, Initiativen und Einzelpersonen aus allen Bereichen des sozialen Hilfesystems, und der Gewerkschaft ver.di. Auch wenn es sich um eine Demo mit sozialpolitischen Inhalten und Forderungen handelte ("Schluss mit den Kürzungen im sozialen Hilfesystem!", "Schluss mit der Unterordnung sozialer Hilfen unter Law-and-Order-Vorgaben!", "Bekämpfung der Armut statt der Armen!", "Solidarität statt Ausgrenzung!"), war sie offensichtlich auch Bezugspunkt für eine generelle Kritik am neuen Rechtssenat. So war diese Demonstration nicht nur die größte, sondern auch die lauteste und bunteste seit langem. Neben allen Bereichen des sozialen Hilfesystems waren Verkehrsinitiativen genauso vertreten wie Leute von Bauwagenplätzen und aus Wohnprojekten, SchülerInnen und StudentInnen, Elterninitiativen und KollegInnen aus dem Öffentlichen Dienst oder dem von Privatisierung bedrohten Landesbetrieb Krankenhäuser.

Zweierlei war besonders auffällig: Die Redebeiträge und Statements machten durch die Bank deutlich, dass es nicht nur darum gehen kann, Kürzungen zurückzukämpfen. Vielmehr müssen auch bestimmte politische Inhalte und Ausrichtungen von Sozialpolitik und sozialer Arbeit verteidigt werden. Gleichzeitig war bei aller Kritik an der Politik des Rechtssenats allen klar, dass die Grundlagen für diese Politik bereits unter dem

rot-grünen Vorgängersenat gelegt worden sind. Die Kritik an Rot-Grün im Bund wie in Hamburg wurde immer wieder formuliert.

Dies mag mit ein Grund dafür gewesen sein, warum sich ver.di als Mitorganisatorin dennoch sehr schwer mit dieser Demo getan hat. Im Bündnis mit dem doch eher außerparlamentarisch orientierten, bunten und eher linken Haufen von der SoPo war eine Instrumentalisierung der Unruhe für eine neue rot-grüne Wahloption nicht ohne weiteres möglich. Lieber hätte man eine solche Demo alleine gemacht. Neben dem Engagement einzelner Haupt- und Ehrenamtlicher war es wohl vor allem die Furcht vor der eigenen Mobilisierungsunfähigkeit, die letztlich dazu geführt hat, dass ver.di sich auf dieses Bündnis eingelassen hat.

Dennoch: Die größten Teile des Hauptamtlichenapparates standen der Demo skeptisch bis ablehnend gegenüber und entsprechend ist die Mobilisierung seitens der Gewerkschaft sehr viel geringer als möglich ausgefallen. Weder auf der Homepage noch in der Gewerkschaftspresse ist die Demo im Vorfeld auch nur mit einem Wort erwähnt worden.

Auch wenn es für viele beteiligte AktivistInnen bitter ist zu erleben, wie jetzt im Nachhinein ver.di in der Öffentlichkeit die Demo für sich vereinnahmt und die Medienaufmerksamkeit abgreift: Diese Demo ist unter allen denkbaren Gesichtspunkten ein Erfolg. Sie hat eindrucksvoll demonstriert, dass es breiten Protest gegen die Senatspolitik gibt, und sie hat damit Räume für öffentliche Kritik und kritisches Verhalten aufgemacht. Sie hat ein Erfolgserlebnis produziert, das Kraft und Mut für weitere Aktionen und den notwendigen langen Atem gibt. Sie hat Sozialpolitik innerhalb der Gewerkschaften zum Thema gemacht, und sie hat den Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, die minoritär für eine andere Gewerkschaftspolitik streiten den Rücken gestärkt.

dk

14. Das Ende vieler Träume. Wahlen ohne Wähler in Sachsen-Anhalt

Autor: Christian Grünert · Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:09

Mit der geringsten Wahlbeteiligung seit 1990 wurde in Sachsen-Anhalt am 21. April ein neuer Landtag gewählt. Der prophezeite Erfolg der Schill-Partei blieb aus. SPD und PDS finden sich statt in der Regierung in der Opposition wieder. Die DVU trat nicht wieder an. Die Schill-Partei verfehlte ebenso wie die bedeutungslosen Grünen den Einzug in den Landtag.

Die im Januar diesen Jahres nach Querellen gegründete Schill-Partei führte einen Wahlkampf, in dessen Mittelpunkt die wirtschaftliche Situation des Landes und das Thema "Innere Sicherheit" stand. Wirtschaftspolitisch suchte sich die Schill-Partei als mittelstandsfreundliche Steuersenkungspartei zu profilieren. Dabei versprach der Landeschef der Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO) Marseille im Wahlkampf allerdings, Steuern und Abgaben im Land zu senken, deren Regelungskompetenz jedoch im Bund liegt. Bei der "Inneren Sicherheit" konnte die Partei auch nur schwer Fuß fassen, da dieses Thema durch die rigide Politik des bisherigen SPD-Innenministers Püchel besetzt war. So dominierten im Programm der Schill-Partei autoritäre Forderungen auf Allgemeinplatzniveau, wie die, Polizisten sollten Verbrecher jagen, statt Parkknöllchen zu verteilen. Durchgängig griff die Schill-Partei im Wahlkampf zu rassistischen Assoziationsketten, etwa mit der Parole "Gnadenlos gegen Asylmissbrauch".

Ging es im Wahlkampf um konkrete Politikkonzepte, bewies Landeschef Marseille seine Unkenntnis der sozialen Verhältnisse im Land. Mit der innerparteilichen Demokratie nahm es Marseille auch nicht so genau. Als es beim PRO-Gründungslandesparteitag im Februar des Jahres zu Unregelmäßigkeiten bei der Wahl der Landesliste kam, suchte die Parteiführung von Schills Gnaden darüber hinweg zu gehen. Im Verlauf des Wahlkampfes kam es dann innerhalb der Partei immer wieder zum Streit um Inhalte und Personen. Der Wahlkampf, der zu einem erheblichen Teil von ihm selbst finanziert wurde, war stark auf seine Person focusiert, obwohl Marseille auf Grund seines Hamburger Wohnsitzes nicht auf der Landesliste antrat.

Innerhalb weniger Monate vor der Wahl stieg die Schill-Partei zur vermeintlich festen Rechengröße für Koalitionsregierungen auf. Noch im Januar lag sie in Umfragen bei bis zu 20% Stimmenanteil. Doch die Koalitionsoptionen mit der Marseille Truppe blieben bei FDP und CDU innerparteilich umstritten. Als sich Marseille durch seine arroganten Medienauftritte disqualifizierte, gingen auch Befürworter einer Koalition in beiden Parteien auf Distanz.

Mit der Ankündigung des Wahlantritts der Schill-Partei zog die vor vier Jahren mit 12,8% erfolgreiche DVU ihre Kandidatur zur Landtagswahl zurück. Ihre Abgeordneten waren in der abgelaufenen Legislaturperiode durch Inkompetenz, finanzielle Unregelmäßigkeiten in der Fraktion und die Strafverfolgung mehrerer Abgeordneter aufgefallen. Zur Mitte der Legislatur hatte sich von der DVU-Fraktion im Landtag die Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP) abgespalten. Im Wahlkampf wollte FDVP-Spitzenfrau Claudia Wiechmann vom Glanz des FPÖ-Chefs Jörg Haider profitieren. Sie ließ sich mit Haider auf Plakaten mit der Unterzeile "Die Freiheitlichen in Deutschland" abbilden und kündigte mehrere Wahlkampfauftritte Haiders zu Gunsten der FDVP an. Doch diese blieben aus. Haider zeigte der Partei die kalte Schulter und ließ eine Abbildung seines Konterfeis auf Plakaten der FDVP untersagen.

In der ersten Wahlkampfphase hatte die CDU angekündigt, das im Bundesrat von ihr skandalisierte Thema Zuwanderung auch in Sachsen-Anhalt aufzugreifen. Die Wahlkampfstrategen verzichteten jedoch darauf, als sich in Umfragen abzeichnete, das mit den Themen Arbeitslosigkeit und einer vermeintlichen Identitätskrise im Land eher Stimmen zu holen sind. Die CDU knüpfte dann erfolgreich an die "Rote Laterne"-Fakten an. Sachsen-Anhalt belegt bei Arbeitslosigkeit und Investitionsrate den letzten Platz unter den neuen Bundesländern. CDU und FDP kündigten einen Politikwechsel an, der innerhalb kürzester Zeit zu wirtschaftlichen Erfolgen führen soll. Betroffen von einem Politikwechsel ist der Arbeitsmarkt. Angekündigt ist ein drastischer Abbau der AB-Maßnahmen im Land, die einen großen Teil der sozialen Infrastruktur ausmachen. Zudem befürchten frauenpolitische Initiativen, soziokulturelle Zentren und Projekte gegen Rechtsextremismus massive Streichungen. Absehbar ist außerdem eine weitere Verschärfung des Polizeigesetzes und der forcierte Wiederaufbau eines Landesamtes für Verfassungsschutz.

Gemutmaßt wird in Magdeburg über die Zahl der neuen West-Importe unter Ministern und Staatssekretären. Mit Ausnahme der PDS leiden alle Parteien an einem Mangel an Mitgliedern und politischem Personal. CDU und SPD agieren, von Spitzenleuten abgesehen, ausschließlich als Agenturen ihrer westdeutschen Mutterparteien im Land.

Wahlverlierer war die SPD, die Einbußen in Höhe von 15% einstecken musste. Damit halbiert sich die Zahl ihrer Landtagsmandate. Angesichts der verlorenen Wahl setzten sich in der SPD die Vertreter der PDS-kritischen "Neuen Mitte" durch. Sie warfen Höppner und Teilen der Landtagsfraktion den Annäherungskurs an die PDS vor. Wenige Tage nach der Wahl wurden die parteiinternen Befürworter einer rot-roten Koalition kaltgestellt. Den Landes- und Fraktionsvorsitz übernimmt mit Ex-Innenminister Manfred Püchel ein SPD-Rechter.

Gemessen an ihrer Wunschvorstellung einer Regierungsbeteiligung hat die PDS ihr Wahlziel verfehlt. Ihr Anteil stieg mit 20,4% nicht in erwartetem Maße. Damit sind die Träume der PDS-Realos geplatzt. Doch die innerparteilich als Linke wahrgenommene KPF ist schlicht nicht politikfähig. PDS-Landeschefin Hein kündigte eine konstruktive Opposition an. Jugendgruppen und antifaschistische Initiativen hoffen jedoch weiterhin über Einzelpersonen, wie den profilierten Innenpolitiker Matthias Gärtner Ansprechpartner in der Partei zu finden.

Die Wahlbeteiligung lag mit ca. 55% so niedrig wie noch nie seit den ersten Landtagswahlen im Jahr 1990. Die Wahlen bewiesen zum wiederholten Male das eine Partei- und Milieubindung der Wähler in Ostdeutschland faktisch nicht existiert.

Christian Grünert

Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt, +, +, +

Landtagswahl 2002, Bundestagswahl 1998, Landtagswahl 1998

Wahlbeteiligung, 1.190.769 (56,5%) , 1.657.621 (77,1%) , 1.535.433 (71,5%)

SPD, 231.842 (20,0%) , 686.428 (42,2%) , 536.501 (35,9%)

CDU, 433.430 (37,3%) , 490.274 (30,2%) , 329.282 (22,0%)

PDS, 236.94 (20,4%) , 326.008 (20,1%) , 293.475 (19,6%)

FDP, 154.246 (13,3%) , 51.029 (3,1%) , 63.250 (4,2%)

GRÜNE, 22.682 (2,0%) , 42.174 (2,6%) , 48.542 (3,2%)

FDVP/DVU*, 9.729 (0,8%) , -, 192.352 (12,9%)

SCHILL, 52.538 (4,5%) , -, -

* Die DVU trat bei der Landtagswahl 2002 nicht an, +, +, +

15. HafenCity - this is the Masterplan

Autor: Malte Willms · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:13

Auf dem ehemaligen Gelände des Hamburger Freihafens soll ein neuer innerstädtischer Stadtteil entstehen. Der flexibel gehaltene Planungsrahmen sieht für die Umsetzung einen Zeitraum von 20 bis 25 Jahren vor. Erklärtes Ziel ist die Erweiterung der Hamburger City in Richtung Elbe, flächenmäßig nahezu deren Verdopplung (Vergrößerung um 40%). Die zwischen der heutigen Hamburger Innenstadt und der künftigen HafenCity liegende historische Speicherstadt gehört zwar nicht unmittelbar zum Planungsgebiet der künftigen HafenCity, sie ist jedoch als "Milieugeberin" bezeichnend für das Gesamtkonzept. Die PR-StrategInnen und PlanerInnen der HafenCity berufen sich auf die maritime Vergangenheit Hamburgs und die Bedeutung des Hafens für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Dies soll identitätsstiftend wirken und potenzielle InvestorInnen für den Standort interessieren.

Beauftragt mit der Planung und Entwicklung der HafenCity ist die Gesellschaft für Hafen und Standortentwicklung (GHS), eine Privatgesellschaft und ehemalige Tochter der städtischen Hamburger Hafen und Lager AG (HHLA). Die städtischen Behörden für Wirtschaft, Bau und Verkehr und die Kulturbehörde haben beratende Funktionen.

Das städtebauliche Entwicklungskonzept, wie die einzelnen Realisierungsphasen, das gewünschte Verhältnis von Büro-, Geschäfts- und Wohnraum sowie die städtebauliche Grobstruktur der HafenCity sind im sogenannten Masterplan beschrieben. Er wurde von der GHS in Zusammenarbeit mit der mittlerweile in die Behörde für Bau und Verkehr reintegrierten Stadtentwicklungsbehörde (Steb) nach einem internationalen städtebaulichen Wettbewerb und einem sogenannten öffentlichen Planungsdialog herausgegeben und vom Hamburger Senat 2000 beschlossen. Er ist die Grundlage für die Erstellung von Bebauungsplänen und für Grundstücksverkäufe.

Die Nutzungsstruktur der HafenCity sieht aufgeteilt in acht stufenweise zu entwickelnde Quartiere folgende Nutzungen vor: Ca. 5.500 Wohnungen mit einer "besonderen Chance für gehobene städtische Wohnformen", Büro- und Geschäftsflächen insbesondere für die Neuen Medien, die digitale Wirtschaft sowie unternehmensorientierte Dienstleistungen und ein Kultur-, Freizeit- und Geschäftszentrum mit Kreuzfahrtterminal als neues Zentrum der HafenCity. Außerdem sind öffentliche Räume in Form von Grünanlagen und Uferpromenaden, aber auch Yacht- und Bootshäfen geplant. Darüber hinaus sieht der Masterplan eine kleinteilige Parzellierung in Baugrundstücke vor, die Investitionen auch für mittelständische Unternehmen, Baugemeinschaften und EinzelinvestorInnen ermöglicht. "Eine Maßstäblichkeit der einzelnen Baugrundstücke und eine möglichst breite Streuung der Eigentumsverhältnisse" ist - laut Masterplan - "ein Schlüssel für die Vielfältigkeit und Nachhaltigkeit urbaner städtischer Strukturen". (1)

Ein wichtiges Repräsentations- und Marketinginstrument der GHS für die HafenCity ist das im restaurierten Kesselhaus - dem ehemaligen zentralen Dampfkraftwerk der Speicherstadt - untergebrachte InfoCenter. Es wurde im Dezember 2000 eröffnet mit dem Ziel, der Öffentlichkeit die Entwicklung der HafenCity näher zu bringen. Ein acht mal vier Meter großes - als interaktiv bezeichnetes - Modell der künftigen HafenCity ist das Zentrum des InfoCenters. In diesem werden die aus Holz gefertigten Platzhalter sukzessive durch die Modelle der realisierten Bauabschnitte ersetzt. "Wissensstationen" bieten Informationen über Themen wie z.B. Internationale Hafenstädte. Eine kleine Bibliothek enthält - durchaus auch kritische - Literatur zum Thema Stadtentwicklung und Urbanismus. Ein Café sowie Führungen im InfoCenter und auf dem Gelände der zukünftigen HafenCity runden das Angebot ab.

Zwei aktuelle Bauvorhaben zeigen bereits eine Verschiebung der urbanen Entwicklung in Richtung HafenCity. Es sind die beinahe fertig gestellten "Eingangstore" zur HafenCity: auf der einen Seite (nähe Ericusspitze) das Deichtorcenter, auf der anderen Seite (Kehrwiederspitze) das Hanseatic Trade Center (HTC). Auf dem Gelände der HafenCity selbst werden am Sandtorkai fünf Wohnhäuser und drei Bürogebäude errichtet. Der angrenzende Sandtorhafen wird als öffentlich zugänglicher "Traditionsschiffhafen" ausgewiesen. Symbol der HafenCity soll der Mediacityport auf dem Kaiserhöft an der Spitze des Dalmannkai/Kaiserkai werden. Das ehemalige Speichergebäude Kaispeicher A wird hierfür bis auf zwei Fassadeseiten entkernt und durch einen weithin sichtbaren, verglasten und angeschrägten Lofttower ergänzt werden. Für die Nutzung sind Firmen aus

der Medien- und Kommunikationsbranche und eine Medienakademie vorgesehen. Die weiteren Baugrundstücke auf dem Dalmannkai/ Kaiserkai sind ausgeschrieben.

Parallel dazu wurden - als erste Infrastrukturmaßnahme zur Verbindung der HafenCity mit der alten Innenstadt - die Kibbelsteg Brücken eröffnet. Diese Brückenschneise soll das, schon in Bau befindliche Schulungszentrum der Softwarewarefirma SAP und das dahinter geplante SPS Bürogebäude zur Innenstadt hin erschließen. (2)

Mit der HafenCity will sich die Hansestadt als moderne und weltoffene Metropole präsentieren. Neben der wirtschaftlichen Vermarktung des Hafens ist die HafenCity vor allem als ein Image Projekt für die Stadt interessant. So betonen städtische VertreterInnen in ihren Verlautbarungen wiederholt die wichtige öffentliche Rolle von Kultur- und Freizeiteinrichtungen für den "neuen Stadtteil". Keine der Ideen wie z.B. ein Museum für Film- und Fotografie, eine Oper oder schlicht ein Haus für musikalische Präsentationen wurde jedoch bisher konkretisiert. Abgesehen von derartigen, größer dimensionierten Vorhaben versucht man die Hamburger KünstlerInnen symbolisch in den Entwicklungsprozess der HafenCity mit einzubeziehen.

Bei Führungen vor Ort wurden Kunst- und Kulturschaffende aus der Theater-, Musik- und Museumsszene von der GHS, der GAL und der ehemaligen Präsidentin der Hochschule für Bildende Künste, Adrienne Goehler, dazu eingeladen über mögliche "Zwischennutzungen" nachzudenken. Die kulturellen ProduzentInnen selbst sollten dabei mitwirken, das Hafen-Terrain zu sondieren.

Neben einer Ausstellung des Bundes Deutscher Innenarchitekten (BDIA) in zehn gebrauchten Seecontainern am Grasbrookhafen, ist die in diesem Jahr in Hamburg stattfindende Ostseebiennale Artgenda das nächste, größere kulturelle Ereignis, in dem sich verschiedene künstlerische Plattformen und Projekte explizit auf den Entwicklungsprozess der HafenCity beziehen oder auf deren Terrain stattfinden.

Malte Willms

Anmerkungen:

1) S. HafenCity Hamburg - Der Masterplan. Arbeitshefte zur HafenCity Nr. 4, Hg: Gesellschaft für Hafen und Standortentwicklung mbH, in Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklungsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg. Hamburg März 2000.

2) Informationen zu aktuellen Projekten s. auch die offizielle Internetseite der GHS: www.hafencity.com

16. Schöne neue Modell-Welt. HafenCity: Vom Hochhausensemble zum olympischen Dorf

Autor: Ulf Treger · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:16

Seitdem Städte ihre Flüsse als lukrative Standortfaktoren entdeckt haben, gilt es, die aus industrieller Zeit stammende funktionale Trennung zwischen Stadt und Fluss aufzuheben. In Hamburg soll diese Zusammenführung mit einer großen Geste geschehen. Mit dem Megaprojekt HafenCity wird - so ist zumindest die Vision der StädteplanerInnen - die hundertjährige "künstliche Trennung von Stadt und Hafen" aufgehoben.

Symbolisiert wird dieser städteplanerische Prozess durch die sogenannte Perlenkette. Bereits jetzt reiht sich entlang des nördlichen Elbufers in loser Folge ein repräsentatives Bauprojekt an das andere. In erster Linie entstehen hier hochmoderne Bürokomplexe und luxuriöse Arbeits- und Wohnlofts mit Elbblick. Vom flussaufwärts gelegenen Altonaer Holzhafen zieht sich dieses stadtplanerische Konstrukt in Richtung Innenstadt über St. Paulis Hafenrand und Landungsbrücken bis zum Hafen Trade Center. Dem angrenzend und in zentraler Lage soll mit dem Projekt HafenCity nicht nur die Perlenkette komplettiert, sondern auch das innerstädtische Terrain in seiner Fläche verdoppelt und bis an das Flussufer der Elbe erweitern werden. Die Planungen hierzu entbehren nicht einer gewissen Faszination, soll doch ein ganzer Stadtteil aus dem "Nichts" einer ehemals industriell genutzten Brachfläche riesigen Ausmaßes neu entstehen. Sie zeigen auch die Dimensionen, mit der hier die wirtschaftliche Verwertung städtischer Räume angegangen wird. Im Konkurrenzkampf der Städte hat die Attraktivitätssteigerung als touristisches Reiseziel und als Wirtschaftsstandort Vorrang vor anderen Maßnahmen städtischer Politik, die besser die Lebensbedingungen aller BewohnerInnen berücksichtigen.

Der Plan für die Erschließung der innenstadtnahen Fläche wurde Mitte der 90er von dem damaligen Bürgermeister Henning Voscherau unter klandestinen Bedingungen entwickelt. Als das Projekt 1997 - taktisch geschickt wenige Monate vor der Bürgerschaftswahl - von Voscherau in einer Rede vor der Hamburger Bürgerschaft öffentlich gemacht wurde, waren entscheidende Weichen bereits gestellt und große Teile der künftigen HafenCity-Fläche still und heimlich in städtischen Besitz gebracht. Neben einer ideellen Aufladung des "historischen Bauplatz des 21. Jahrhunderts" und Überwindung einer hundertjährigen "künstlichen Trennung zwischen Stadt und Hafen", welche an den Fall der Mauer erinnere, stand die profane Idee, mit der Entwicklung der HafenCity die eigene Staatskasse zu füllen und sich ansonsten aus der Umsetzung heraus zuhalten. Durch die Vermarktung der Idee HafenCity sollten die aufgekauften Flächen Gewinn bringend an InvestorInnen aus der Wirtschaft verkauft werden. Diese InvestorInnen würden den neuen "Stadtteil" Wirklichkeit werden lassen, während Hamburgs Senat mit dem Geldregen weiter flussaufwärts bei Altenwerder ein modernes Containerterminal aufbauen könnte.

Von der mittlerweile regierenden Schwarz-Schill-Koalition wird diese Verknüpfung jedoch in Frage gestellt. Angesichts der wirtschaftlichen Flaute hat die neue Regierung Zweifel, ob der Bedarf an Immobilien, den die HafenCity zum Erfolg benötigt, wirklich vorhanden ist. Eine Entkoppelung HafenCity - Containerhafen ist daher nur folgerichtig, wenn die erhoffte Gewinnoption eines ausreichenden Realismus entbehrt. Das Projekt HafenCity selber scheint aber nicht zur Disposition zu stehen, da zu der städtischen Orientierung einer rein ökonomischen Aufwertung des Hafens keine Alternativen entwickelt wurden und werden.

Docklands an der Elbe

Angesichts der zeitlichen und geographischen Dimensionen des Projekts sprechen PolitikerInnen und StädtplanerInnen von einem Jahrhundertprojekt, das in seinen Ausmaßen einmalig in Europa sei. Ein Vergleich zu den Docklands, einem ähnlich dimensionierten Projekt im London der Thatcher-Ära der 80er Jahre, drängt sich auf: Damals wurde brachliegendes Hafengelände im großen Maßstab zu einer Mischnutzung aus Dienstleistungsgewerbe und hochwertigem Wohnen transformiert. Das Projekt krankte an mangelndem Interesse, eine für damalige Verhältnisse hypermoderne architektonische Landschaft, aufgelockert durch Hafenbecken und englische Kurzrasenflächen blieb lange Jahre menschenleer.

Doch es gibt Unterschiede: In den Docklands wurde die gesamte Fläche in einem großen Schwung im staatlichen Auftrag bebaut und dann nach finanzkräftigen NutzerInnen Ausschau gehalten, in Hamburgs HafenCity stellt die Stadt Flächen zur freien Verfügung, die Gestaltung der HafenCity ist aber nur lose durch

einen "Masterplan" umrissen. Drum herum will die Stadt die Infrastruktur wie Straßen, Kanalisation und Stromversorgung aufbauen. Ansonsten sieht der städtische Anteil - neben Konzepten zum Hochwasserschutz - den Bau von Kindergärten und Schulen vor, weitere soziale oder kulturelle Vorhaben sind nicht vorgesehen. Beide Bereiche werden vielmehr der marktorientierten und daher kommerzialisierten Bedarfsdeckung durch die Wirtschaft überlassen. Auch ansonsten sind Konzeption und Vorgaben weitestgehend flexibel gehalten und offen für individuelle Adaptionen künftiger Bauherren. Diese Ergebnisoffenheit wird deshalb als Garantie genannt, dass sich der planerische Flop der Docklands in Hamburg nicht wiederholen kann. Der entscheidende Unterschied ist aber das geringere finanzielle Risiko, mit dem diese Konzeption verbunden ist und weniger die vermeintlich gebannte Gefahr eines Scheiterns.

Trotz eines dynamischen Konzepts melden sich in den Medien erste pessimistische Stimmen. So wird im Hamburger Lokalteil der Tageszeitung Die Welt die zögerliche Entwicklung beklagt und angesichts des weiterhin pausierenden Wirtschaftsaufschwungs der Bedarf für das mit der HafenCity entwickelte Flächenangebot in Frage gestellt.

Durch die Bewerbung Hamburgs für die Olympischen Spiele 2012 gerät nun neuer Schwung in die verhaltene Entwicklung der HafenCity. Teile der HafenCity sind in die Planungen eingebunden, am Baakenhafen kurz vor den Elbbrücken soll das Olympische Dorf entstehen, auf dem gegenüberliegenden Elbufer könnte das Olympiastadion und weitere Sportstätten für eine Anbindung der weitgehend vernachlässigten Südhälfte Hamburgs sorgen. Dem "Modell Barcelona" (siehe Kasten auf Seite 15) folgend, soll für Hamburg Olympia ein mehrfaches Schnäppchen darstellen: Zwar würden die Vorbereitungen beträchtliche städtische Investitionen verschlingen, versprächen aber nach Rechnung des Hamburger Senats nicht nur einen beträchtlichen Image-Gewinn und einen "Investitionsschub der Privatwirtschaft", sondern auch eine widerstandslose Beschleunigung aller stadtplanerischen Ziele. Als Nebeneffekt wäre ein nicht unbedeutender Teil der HafenCity für 2012 einer Nutzung zugeführt und müsste bis dahin nicht weiter auf das Engagement einer lustlosen Wirtschaft warten.

Olympia als Katalysator

Die mit diesen Plänen verbundene partielle Überschreibung des HafenCity-Masterplans - die Erschließung des entsprechenden Areals müsste um mehrere Jahre nach vorne verlegt werden - zeigt auch, wie dehnbar die konzeptionelle Klammer der HafenCity ist. Diese Dehnbarkeit führt übrigens zu der bizarren Situation, dass im HafenCity-Informationscenter ein Gesamtmodell ganz ohne olympische Applikationen auskommt, während neuerdings in der Innenstadt im HEW-Kundencenter bereits ein modifiziertes Modell mit Fokus auf Olympiastadion und olympisches Dorf eine andere Zukunft suggeriert. Schöne neue Modellwelt, in der Hochhausensembles flugs gegen olympische Dörfer ausgetauscht werden können. Ob aber die Hansestadt überhaupt olympische Eigenschaften entwickeln darf, entscheidet sich erst in drei Jahren. Bis dahin soll nicht nur die Bewerbungskampagne mit dem mehrdeutigen Slogan "Feuer und Flamme für Hamburg" am Lodern gehalten werden, sondern der kleinteilige Aufbau der HafenCity bereits aus eigener Kraft eine Beschleunigung erfahren.

Abgesehen von den Unwägbarkeiten des stadtentwicklungspolitischen Geschäfts stellt sich die Frage, wie sich aus diesem zentral gelegenen "Nicht-Ort" so etwas wie "Stadt" überhaupt entwickeln kann. Elastische Masterpläne und ausgestellte Modelle, wie sie im Infocenter HafenCity zu bewundern sind, sind sicherlich wenig hilfreich, um eine Diskussion über die zukünftige Nutzung des Hafens zu initiieren. Auf einem kürzlich im Infocenter abgehaltenen Symposium wurde diese Frage ebenfalls gestellt, um dann gleich mit Forderungen nach Parks und Plätzen sowie kultureller Erschließung beantwortet zu werden. Das klingt zwar schön und engagiert, aber offene Flächen und deren kulturelle Bespielung allein ergeben keinen öffentlichen Raum und der Bau architektonischer Hohlkörper aus Metall und Glas generiert nicht automatisch einen urbanen Ort.

Ulf Treger

"Jeder von uns hat irgendwann einmal mit Bauklötzchen gespielt. Leider wird man älter und erfährt, dass es so einfach nicht geht." (Oberbaudirektor Jörn Walter, Hamburg).

17. Bigness is fascinating. Linke KulturproduzentInnen und die Auseinandersetzung mit der Hamburger HafenCity

Autor: Anke Haarmann · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Kultur · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:24

In Hamburg gibt es relativ viele und recht unterschiedliche Gruppen, die sich mit der HafenCity auseinander setzen. Das hängt zum einen mit der Tragweite dieses städtebaulichen Großprojekts zusammen, entspringt zum anderen aber auch der Tatsache, dass die Beschäftigung mit der HafenCity eine Beschäftigung mit Urbanismus bedeutet und Urbanismus in der kultur-linken Szene gewissermaßen "in" ist.

Polemisch zugespitzt heißt das: Die traditionellen Schlagworte von Arbeit und Kapital, Fabrik und Gesellschaft sind staubig geworden, die neuen Schlagworte von Stadt und Unternehmertum, Architektur und Freizeitkultur sind vielversprechend. Sie sind vielversprechend, weil sie vieles zu beinhalten scheinen, was Aufschluss über den Zustand der Gesellschaft gibt. Das Phänomen Stadt ist eine zeitgemäße Metapher für die Gesellschaft, und die Entwicklung von urbanen Strukturen ist Ausdruck ökonomischer Tendenzen. Neben dieser inhaltlichen Seite fasziniert die KulturproduzentInnen auch die ästhetische Ebene. Im Urbanismus lässt sich das Gesellschaftliche an der skulpturalen Form der Architektur ablesen, und das Ökonomische zeichnet sich in der Bildwelt der StadtentwicklerInnen ab. Diese visuelle Seite lockt aber nicht nur kulturelle ProduzentInnen, sondern bringt den politischen Zeitgeist auf den Punkt. Denn Imagepolitik ist eine der wesentlichen Regierungstechniken geworden, und die Auseinandersetzung mit der Bilderwelt der städtischen Wunschgesellschaft antwortet angemessen auf diesen Zeitgeist.

Der Wunsch einmal nicht Provinz zu sein

Das Phänomen Stadt ist zwar politisch bezeichnend, es lässt sich jedoch nicht alleine mit den politischen Grundbegriffen von Kapital und Regierungstechnik erklären. Zugleich kann aber die alte Frage nach den verborgenen Machtstrukturen eben nicht alleine optisch reizvoll am Architekturmodell beantwortet werden. Stadtentwicklung und Urbanismus sind also beides: ungemein bezeichnend und begrenzt reichhaltig.

Die HafenCity zieht zunehmend die kritische Aufmerksamkeit nicht nur der KulturproduzentInnen auf sich. Auch andere städtebauliche Großprojekte wie der Potsdamer Platz in Berlin, das CentrO in Oberhausen oder der Spacepark in Bremen werden mit kritischer Anteilnahme bedacht, weil sie generalstabsmäßig und kapitalintensiv durchgesetzt wurden und weil sie politische und industrielle Brachflächen physisch und diskursiv besetzen. Trotzdem gehorcht die Entscheidung, sich mit diesen Projekten zu beschäftigen, keinem politischen Naturgesetz, sondern inhaltlichen wie emotionalen Gründen. Da ist die Faszination nicht zu unterschätzen, mit der auch kritische Geister auf die visionäre Kraft, faktische Größe und ökonomische Durchsetzungsmacht dieser Großprojekte reagieren: Bigness is fascinating. Auch sind die Erwartungen groß, dass die urbanen Großvorhaben exemplarisch für überregionale, gesellschaftliche Tendenzen stehen, dass sich also das Lokale als das Globale begreifen lässt und die Beschäftigung mit der eigenen Stadt nicht nur Provinzialismus, sondern eben Urbanität bedeutet.

Größe und Macht ziehen an. Gigantische Unterhaltungszentren, überdimensionale Einkaufskomplexe, riesige Glasfassaden, stadtteilgroße Neubauzonen faszinieren in einer Mischung aus Abscheu und Begeisterung. Größe signalisiert, dass es um das Ganze geht. Die Auseinandersetzung mit Großprojekten verleiht das Grundgefühl, bei den wesentlichen Prozessen der Gegenwart dabei zu sein. Die Faszination an Größe ist aber nicht die spezifische Schwäche der KulturproduzentInnen, noch zeigt sie sich alleine im Urbanismus. Mit dem Anspruch, die politischen Gesamtstrukturen zu entlarven, den Staat zu kritisieren, die Großindustrie zu prüfen oder den Militärapparat zu verabscheuen stand immer schon das Ganze auf dem Spiel und die Faszination an der Macht spielte dabei immer schon eine listige Rolle. Gleichzeitig ist aber diese Faszination nicht wirklich ein Makel, sondern ein Faktum, das es schlicht zu bedenken gilt: "Verliebe Dich nicht in die Macht" (Foucault). Jede widerständige Aktion und jeder kritische Disput greift in bestehende Machtkonstellationen ein, ist ein Teil vom Kraftverhältnis und verändert bestenfalls die in ihm wirksamen Komponenten. Ziel ist es, das eigene ambivalente Spiel mit der Macht zu reflektieren und als Faktor in der jeweiligen Aktion zu integrieren.

Neben der Faszination an Größe und Macht spielt aber im Urbanismus die Platzhalterfunktion eine wesentliche Rolle, mit der die Stadtentwicklung immer schon für mehr als die konkrete Bebauung von Brachflächen steht. Sind aber die Prozesse hinter den Speicherstadthäusern bei den Brachflächen der zukünftigen HafenCity tatsächlich von allgemeiner Bedeutung? Die Beschäftigung mit dem Phänomen HafenCity und die Auseinandersetzung mit den konkreten Verantwortlichen hat zweierlei gezeigt: Zum einen repräsentiert das Image der HafenCity gereinigte Wunschgesellschaft, zum anderen praktiziert die HafenCity schon konkret eine Kontrollpolitik, die sich als generelle Tendenz einmal mehr bestätigt.

Die virtuelle HafenCity hat eine reale Stadtmauer, deren Torhüter die Kriterien für den Einlass festlegen und an den echten Individuen überprüfen. Gruppen, die sich auf dem Terrain der zukünftigen HafenCity mit dieser auseinander setzen wollen, durchlaufen einen Kontroll- und Normalisierungsprozess, vor dem nicht die Distanznahme, sondern alleine die Reflexion schützt. Es gibt keinen Ort auf dem Areal der zukünftigen HafenCity, der ohne die Genehmigung der privatwirtschaftlich geführten GHS verwendet werden kann. Jede Form der Zwischennutzung, wo überhaupt erwünscht, wird auf den imagebildenden Mehr-Wert hin überprüft, den sie für eine positive Standortpolitik schöpfen kann. Kritische Projekte, die den Planungsprozess der HafenCity in Frage stellen, sind weniger erwünscht als denkmalpflegerischer Vorhaben, die dem Erhalt der Krantechnik aus der Jahrhundertwende dienen. Noch bevor sie wirklich wird, normiert die HafenCity den Standard des gewünschten HafenCity-Nutzers, und diese/r NutzerIn stört den reibungslosen Ablauf des Kapitalverkehrs nicht. In dieser Hinsicht steht die HafenCity exemplarisch für eine gesellschaftliche Tendenz, die überall sichtbar wird. Die Kontrollpolitik ist die eine Seite in der Auseinandersetzung mit der HafenCity, die Bildpolitik ist eine andere.

In der Bildwelt, mit der die HafenCity sich anpreist, wird die Idee von einem Stadtteil beworben, in dem alles neu in zukunftsträchtig ist. Es wird eine Landschaft gezeichnet, in der neue Medien, neuen Technologien, neue Wirtschaftsformen und neue Lebensstile im bläulichen Ton der Computeranimation harmonisch koexistieren. Gleichzeitig zeigen sich die Ausgrenzungsmechanismen in der planmäßigen Abwesenheit von Wohnstätten und Aufenthaltsorten für Menschen unterer Einkommensklassen. In virtuellen Rundflügen wird die öffentliche Fantasie mit der Zukunft sichtbar. Am architektonischen Modell wird die Zukunft der Arbeit in der Form des Bürobaus verhandelt. Mit der HafenCity wird die Vision bauarbeiterlich in Beton gegossen und ingenieurtechnisch in Glasfaser gelegt. Die Bildproduktion, die mit dem Bewerben der HafenCity einhergeht ist so bezeichnend, weil sie mit der Wunschenergie des Visionären einhergeht. Die HafenCity existiert noch nicht, daher weist sie scheinbar unbelastet ins nächste Jahrtausend. Das enthemmt die StadtplanerInnen und euphorisiert die ArchitektInnen. Vor der optischen Kulisse der Brachfläche und der faktischen Arbeit am Bau scheint die Wunderwelt der befriedeten Zukunft wie greifbar. Es wird offensichtlich am Erzeugen der Vision gearbeitet. Diese Mischung aus visionärer Bilderwelt und realer Brache setzt sich dem Vorwurf der Ideologie fast notwendig aus. Denn zwischen Image und Zukunft scheint nur noch die Bautätigkeit zu stehen und nicht mehr die Wirklichkeit, die den Bilderraum auf seine reale Tauglichkeit und wirklichen Voraussetzungen hin befragt. Die Brache ist eben nur scheinbar leer und unbelastet. Unter ihr liegen die Altlast der Industriegesellschaft verborgen.

Um den ideologischen Charakter der gegenwärtigen Bildpolitik zu beschreiben, sind Projekte wie die HafenCity nützlich und in dieser Hinsicht ist die Beschäftigung mit Urbanismus nicht Zeitgeist sondern Notwendigkeit. Die HafenCity ist eine hochkondensierte Nährlösung für gesellschaftliche Zukunftslösungen - eine effektive Wunschmaschine. Das macht nicht nur die Faszination der HafenCity aus, sondern zeigt gleichzeitig, wie wichtig eine Auseinandersetzung mit ihr ist.

Anke Haarmann

18. Hausmannskost für galaktisch kulinarische Erlebnisse. Bremer Space Park schon vor der Eröffnung ein Flop

Autor: Thomas Böker · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:32

Unter dem Motto "Stadt am Fluss" kolportierten die Bremer Grünen Anfang der 90er-Jahre als Partner der Ampelkoalition ein städtebauliches Konzept, das die "Verzahnung von modernem, technologieorientiertem Gewerbe mit produktionsorientierten Dienstleistungen sowie Wohnen, Kultur und Freizeit" vorsieht.

Das städtebauliche Augenmerk liegt auf der Entwicklung der alten Hafenreviere. Größtes "Flussprojekt" ist der Space Park auf dem ehemaligen Gelände der AG Weser im Stadtteil Gröpelingen. Nichts Geringeres als das "erste integrierte Entertainment-Shopping-Center Deutschlands" entsteht hier.

Der Ort, an dem sich diese größte Anstrengung der Stadt Bremen im Wettbewerb der Städte materialisiert, hat einen hohen Symbolcharakter für die Entwicklung des Stadtstaates und insbesondere des Stadtteils Gröpelingen. 1905 zog die AG Weser in diesen Teil des Hafens um. Mit dem Bau von zivilen Passagier- und Frachtschiffen, aber auch von Schlachtschiffen und U-Booten für die deutsche Wehrmacht konnte sich die Werft in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als wichtigste Produktionsstätte der Bremer Industrie etablieren. Der Ausbau der Kapazitäten ermöglichte in den 60er-Jahren eine Spezialisierung auf Supertanker, bis die 1974 einsetzende Ölkrise zu einem abrupten Absatzrückgang führte. Die Krise der gesamten norddeutschen Schiffbauindustrie spitzte sich bis 1983 zu. Um die Bremerhavener Seebeckwerft und die Bremer Vulkan zu erhalten, sollte die AG Weser geschlossen werden. Kurz vor der im September 1983 stattfindenden Wahl zur Bremer Bürgerschaft besetzte die Belegschaft das Werftgelände. Die Intervention im Wahlkampf sollte die Unterstützung der regierenden SPD im Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze einfordern. Diese zeigte sich jedoch unbeeindruckt von den Protesten und unterstützte weiterhin den Abbau der Schiffbaukapazitäten. Einen Tag nach der Wahl, die die SPD mit absoluter Mehrheit gewann, beendeten die ArbeiterInnen die Besetzung. Am 31. Dezember 1983 wurde die traditionsreiche Werft geschlossen. Über 2.000 Menschen, die mehrheitlich in Gröpelingen lebten, wurden arbeitslos. Die Massenentlassung wirkte sich spürbar auf den Stadtteil aus, der zuvor von der prosperierenden Entwicklung der AG Weser mittelbar profitiert hatte.

Das Gelände selbst blieb ungenutzt. Eine städtebauliche Gesamtlösung für die Brache bot die 1994 von dem im Bremen ansässigen Rüstungs- und Luftfahrtkonzern DASA forcierte Idee eines Weltraum-Freizeitparks. Die mittels des assoziationsreichen Begriffs Space Park geweckten Visionen bewegten eine ausreichende Anzahl politischer EntscheidungsträgerInnen, sich für die Realisierung des Projekts auf dem Areal der AG Weser auszusprechen. Neben den finanziellen Segnungen eines boomenden Städtetourismus lockte die Aussicht, ein Symbol für einen Imagewechsel des Wirtschaftsstandortes Bremen zu schaffen - weg von der Schwerindustrie hin zu neuen "zukunftsweisenden" Technologien. Da sich ein reiner Themenpark nicht rentieren würde, schien die Angliederung eines Shopping-Centers ökonomisch sinnvoll, das nun die dreifache Fläche des Entertainmentbereichs beansprucht. Erster Unmut in der Bremer Öffentlichkeit formulierte sich in der Redewendung des "Einkaufszentrum mit Rakete". Ende 1998 beschloss der Bremer Senat der Bau des Großprojektes, dass sich die Stadt um die 200 Millionen Euro, rund 30 Prozent des Gesamtinvestitionsvolumens, kosten lässt.

Von der ursprünglichen Idee einer Stadt am Fluss bleibt lediglich der ungehinderte öffentliche Zugang zum Weserufer, der zur Auflage gemacht wurde. Gleichzeitig wird auf weitere planerische Mitgestaltung und Gewinnbeteiligung der BürgerInnen verzichtet. Damit wurde die Chance vergeben, die Neugestaltung des AG Weser Geländes mit der spezifischen Situation Gröpelingens zu verbinden. Die Einbindung der EinwohnerInnen wird sich voraussichtlich darauf beschränken, dass sie auf Niedriglohn-Jobs im Space Park beschäftigt werden: Im neu gebauten Torhaus gegenüber dem Space-Park-Gelände, das zugleich Tor zu Gröpelingen und Abschottung zum Stadtteil darstellt, residiert bereits das Vermittlungsbüro Space Park, eine Außenstelle des Arbeitsamtes.

Protest gegen den Space Park formierte sich vor allem aus den Reihen des Einzelhandels in der Innenstadt und Gröpelingen aus Sorge um finanzielle Einbußen. Durch ein Sofortprogramm zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt und der Nebenzentren wurden diese KritikerInnen ruhig gestellt: So baute die Stadt in Gröpelingen die Eislaufhalle wieder auf, die vorher auf der Bürgerweide abgerissen worden war, um den Messehallen in Bahnhofsnähe Platz zu machen. Mit dem Wallecenter, in dem sich die üblichen verdächtigen Warenhausketten sammeln, haben auch die EinwohnerInnen von Walle, einem Gröpelingen vorgelagerten Stadtteil, ihre eigene Shopping Mall en miniature bekommen. Und die Sorgen des Innenstadthandels sind mit einem "Trost-Pflaster" in Form von teuren Granitsteinen in der Fußgängerzone befriedet worden.

Die politische Diskussion arbeitete sich derweil an den Platituden der WerbestrategInnen ab. Bereits während der gesamten Planungsphase kam die Informationspolitik mehr einem Informationsstopp gleich. Schließlich soll mit dem Space Park eine Erfolgsgeschichte geschrieben werden. Kritik wird abgewiesen mit dem Hinweis auf die Einzigartigkeit und Konkurrenzlosigkeit des Projektes. Geboten werden jedoch letztlich nicht mehr als die bekannten Versatzstücke der Entertainment- und Event-Industrie: Fast-Food-Restaurants, Multiplex-Kino, Shopping Mall, Hotel, Achterbahn und Unterhaltungselektronik.

Auf der Webseite und im Werbevideo des Space Park produziert sich dieser Mix als zukunftsweisend, unterstützt von Sci-Fi-Elementen: Stargate-like wird "Das Tor zu einer neuen Erlebniswelt" versprochen und "Shopping in einer neuen Dimension", gefolgt von einem fliegenden Spiegelei, Hausmannskost für "galaktisch kulinarische Erlebnisse". Am Ende gleitet ein Raumschiff in der Form des SpaceCenters, dem Themen-Entertainment-Bereich, Herzstück des Space Park, durch das All, nähert sich der Erde und fügt sich passgenau ins hell erleuchtete Space-Park-Areal.

Die aktuellen Auseinandersetzungen um den Space Park klingen wesentlich irdischer. "So einen Blöden wie die Freie Hansestadt Bremen muss man erst einmal finden, den man so abmelken kann", schimpfte Helga Trüpel von den Grünen, Kultursenatorin a.D. einer Ampelkoalition aus einer fernen Zeit, am 2. Mai in der taz Bremen. Anlass ihrer Empörung war die Forderung einer Bürgschaft der Stadt Bremen über weitere 45 Millionen Euro. Der Pressesprecher des Space Park, Wolfgang Kiesel, hatte diese Summe JournalistInnen gegenüber als aktuellen Fehlbetrag genannt. Vorausgegangen war eine gemeinsame Presseerklärung der Space-Park-InvestorInnen und des Senats am 29. April, in der die Verschiebung der Eröffnung des Space Park von Oktober 2002 auf Frühjahr 2003 mitgeteilt wurde.

Als Grund für den neuen Eröffnungstermin - kurz vor der Wahl zur neuen Bürgerschaft - werden Vermarktungsschwierigkeiten angeführt. Dass die Space-Park-Development GmbH auf Ladenflächen sitzen bleibt, hatte sich schon länger abgezeichnet. Helfen soll ein Partner aus den USA. Die in Virginia ansässige Mills Corporation soll - so Kiesinger - "die Platzierung der Einzelhandelsflächen am Markt und den nationalen und internationalen Vermietungsprozess vorantreiben". In der Presseerklärung hatten sich die Beteiligten darauf verständigt, "Details des angestrebten Finanzierungs-Konzepts derzeit nicht öffentlich zu erörtern." Pressesprecher Kiesel wurde nach seinem Fauxpas aus dem Verkehr gezogen. In die Karten schauen lässt man sich bis heute nicht gern. Mit dem zu erwartenden Leerstand des Space Park hatten sich bereits Anfang 2000 StudentInnen der Bremer Hochschule für Künste und die Gruppe city.crime.control in dem Ausstellungsprojekt "futur_perfekt" auseinander gesetzt. Ein Zeitsprung von zehn Jahren, der durchschnittlichen Lebensdauer eines Urban-Entertainment-Centers, diente als Konstruktion, sich als BesetzerInnen-Kommando der Spaßruine Space Park zu imaginieren und eine kritisch-utopische Perspektive zu entwickeln.

Von den vollmundigen Versprechen, dass der Space Park nicht einfach ein Shopping Center sei und neue freizeitorientierte Produkte angeboten werden sollen, die "ein Einzugsgebiet erzeugen, welches das der Bremer Innenstadt bei weitem übersteigt", wird nach der Eröffnung im nächsten Jahr nichts mehr zu hören sein. Bis dahin empfiehlt sich der Besuch der Space-Park-Bremen-Ausstellung. Dort materialisieren sich die Visionen in Schautafeln, einem "Erlebnisvideo" und Modellen, in denen - detailliert inszeniert - ungeheure Menschenmengen durch den Space Park flanieren.

Thomas Böker,

city.crime.control

Die Space-Park-Bremen-Ausstellung befindet sich im Lichthaus Gröpelingen, Use Akschen 4, freitags 12 bis 18 Uhr, samstags 11 bis 15 Uhr, www.space-park-bremen.de; http://citycrimecontrol.net; www.gak-bremen.de/space.htm

"Eigentlich müssten die Städte bei der Planung solcher Projekte die Entsorgung gleich miteinkalkulieren. Dann würde so etwas wie der Space Park gar nicht erst gebaut." (Ulla Luther, Stadtplanerin und Architektin, ehemalige Staatsrätin für das Bauwesen im Bremer Senat)

19. Das Modell Barcelona

Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:40

Barcelona ist eine europäische Hafenstadt, die die Transformation von einer "alten, einzigartigen Stadt" in eine modernisierte, über ihre Region hinaus einflussreiche Metropole bereits vollzogen hat. Die KünsterInnengruppe made in barcelona beschäftigt sich schon seit Jahren kritisch mit den Strategien der Umwandlung und der begleitenden Imageproduktion einer "Globalen Stadt". So werden vor allem Großereignisse als Beschleuniger und Sinnstifter der Umstrukturierungsprozesse genutzt. Besonders die Ausrichtung der Olympischen Spiele 1992 ermöglichte drastische Eingriffe in urbane Lebensräume, den radikalen Umbau von Wohnquartieren und des städtischen Hafenareals: "Gastgeber der Olympischen Spiele zu sein, ist Teil einer anhaltenden Strategie der Aufwertung der gesamten Stadt." Heute wirft das 2004 stattfindende Weltforum der Kulturen seine Schatten voraus. Auch hier sollen gewachsene städtische Strukturen prestigeträchtigen Bauten weichen. Die Interessen der betroffenen BewohnerInnen finden dabei keine Berücksichtigung. Durch die konsequente Umsetzung seiner Strategie hat sich Barcelona nicht nur entscheidende Handlungsfähigkeit gesichert, sondern sich schon früh als role model angeboten: "Andere Städte hatten lange keinen bestimmenden Einfluss mehr auf ihre Entwicklung. Sie können von diesem Beispiel lernen, einige sind ihm schon gefolgt. Die Wiedergeburt Barcelonas ist exemplarisch."

Zitate aus dem Reader "Made in Barcelona" (madeinbarcelona@yahoo.com)

20. Wege sollen sich kreuzen. Entwürfe für eine am Menschen orientierte Stadtplanung

Rubrik: Dänemark · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:20

Ähnlich wie in Hamburg mit der Hafencity sollen Teile des Ostseehafens von Dänemarks zweitgrößter Stadt Aarhus städtebaulich transformiert werden, um das Stadtzentrum in Richtung Ostsee zu erweitern. Der Stadtrat von Aarhus hat, um diesen Umbau zu forcieren, einen Wettbewerb ausgeschrieben. Das Hafengebiet wurde früher industriell genutzt, durch die dort lebenden und arbeitenden Menschen sind aber auch soziale Räume entstanden. Drei KünstlerInnen aus Aarhus, Tanja Nellemann, Sixten Therkildsen und Jacob Nielsen haben sich mit einem eigenen Projekt an diesem Wettbewerb beteiligt. Eher als Anmerkung denn als konkreter Planungsvorschlag gedacht, haben sie aus vor Ort gesammelten Geschichten sechs verschiedene städtebauliche Interventionen skizziert, die von den persönlichen Raumerfahrungen der früheren NutzerInnen erzählen und so die Örtlichkeiten kommentieren. Einer davon ist der hier abgebildete "Vorschlag für einen Fußgängerübergang".

Kontakt: partyskjorten@ofir.dk,

tanjanellemann@email.dk,

gerrigehund@hotmail.com

21. Liebenswerte Lücken. Expansionsbetrachtung: Vergessene Orte sind unkontrollierte Orte

Autor: Madsen & Möller-Gruppe · Rubrik: Dänemark · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:17

Im Jahre 2000 veranstaltete die Stadt Aarhus einen Ideenwettbewerb, bei dem Vorschläge für die zukünftige Entwicklung und Planung des City- und Hafenareals entwickelt werden sollten. Das Künstlerduo Madsen & Möller hat verschiedene Methoden für den Umgang und die Adaption bereits bestehender Orte in eine zukünftige Planung des Hafens von Aarhus erarbeitet. Im Folgenden dokumentieren wir Teile dieser Ideen- und Thesensammlung.

Evolution in der Stadt; Änderung im Stadtplan. Bereiche werden umgewandelt, ihnen werden neue Funktionen zugewiesen. Orte werden auf Grund der laufenden Entwicklung der Stadt mit neuer Bedeutung versehen. Aber was steuert diese Entwicklung? Wird der öffentliche Raum von der Menschenmenge oder der Beschäftigung definiert? Wird der öffentliche Bereich nach und nach von der finanziellen Praxis inszeniert, noch vor dessen Besetzung durch kulturelle oder historische Werte? Eines ist sicher: Im Zusammenhang mit der Expansion des Hafens von Aarhus wird der öffentliche Raum neu definiert. Um eine totale Regulierung und Homogenisierung des Stadtraumes zu vermeiden, ist es notwendig, die bereits vorhandenen Codes zu interpretieren und diese in Verbindung zu den bis jetzt unbeachteten Räumen der Stadt - den leeren Orten - zu setzen.

Der Hafen von Aarhus hat - wie alle Städte - "Stigmata". Kontraste zu den glamourösen Cafés der Stadt; Lücken im Stadtplan. Nicht der erste Ort, an den Sie gehen würden, um die Stadt einem Besucher vorzuführen. Rückseiten, denen Sie normalerweise keine Art von Gebrauchswert zuschreiben. Langsamkeit und Leere markieren diese Orte. Sie stehen im Konflikt mit dem beabsichtigten und geltenden Stadtplan.

Ein Beispiel für so einen Ort: Ein kleineres Grundstück mit Bäumen. Umkreist von Granitblöcken mit Eisenketten. In nächster Nachbarschaft befindet sich eine gepflasterte Straße, die jetzt blockiert ist. Die Straße führte früher über Bahnschienen. Durch die Lage des Areals entsteht sofort ein eigenartiger Eindruck - abgeschieden und vereinzelt - zusammengepresst zwischen den Gleisen und einer provisorischen Kiesgrube - durch weiße Markierungsblöcke aus Beton abgegrenzt. Der Bereich stellt einen Zusammenstoß dar: zwischen einem früherem, heute überholten Denkmal, der blockierten Pflastersteinstraße und einem provisorischen konstruierten Raum. Ästhetische Werte sind nicht die Hauptstützen dieser Orte, sondern eher die Tatsache, dass die Orte selbst - verglichen mit dem restlichen Stadtraum - einen Ausdruck von "Überresten" haben.

Für einen Link in einem neuen Stadtplan ist es wichtig diese Überschuss-Orte auszuwerten. Diese nicht- oder anders-codierten Räume, ihre Langsamkeit und ihre Leere. "Die Orte", die an der Organisation der Stadt teilnehmen. Wenn Sie eintauchen und an einen Ort ohne sichtbare Funktion heranzoomen, müssen Sie die Relation dazwischen genau betrachten: Sinn gegen Nicht-Sinn grenzen den Ort (und schließlich die Funktion des Ortes) vom Zusammentreffen der Interessen ab - hier die Umgebung. Welche Art Wissen kann uns ein anscheinend leerer Ort mitteilen? Welche Stimmungen wohnen ihm schließlich inne? Werden z.B. Melancholie oder andere Atmosphären bei den Beobachtenden geweckt? Eine nüchterne Betrachtung erzählt von einem "ruhenden" Ort als einem noch nicht in Beschlag genommenen Bereich. An einem bestimmten Punkt wird der Ort vermutlich ins Stadtklima eingegliedert - das heißt entdeckt - und zwar auf einem "akzeptierteren" Niveau als jetzt. Ein vollständig anderer Wert wird dem Ort hinzugefügt werden.

Weder in Aarhus noch anderswo

"Wir leben in einem Raum, der vollständig mit Qualitäten aufgeladen ist, ein Raum, der möglicherweise auch durch Täuschungen verwüstet ist, unsere Hauptwahrnehmung, unsere Träume und die jeweiligen Räume unserer Leidenschaften besitzen ihrerseits einige Qualitäten, die (...) grundlegend determiniert sind!" (Michel Foucault)

Die Orte drücken mit ihrem "Inhalt der Abwesenheit" und auf Grund ihrer Anpassungsfähigkeit und Ziellosigkeit eine Opposition gegen eine totale Regulation der Stadt/des Hafens aus. Orte sind "Träger" des Bildes eines "Fantasieraumes". Entropie in der Architektur des Hafens. Der Charakter der Orte - wie von etwas übrig Gelassenem - zeigt den Status einer Opposition des Hafens/der City gegen die vorhergehende Stadtplanung.

Wie ist es möglich, diese Werte bei einer zukünftigen Erweiterung des Hafens von Aarhus zu gebrauchen? Versucht wird, die nicht unmittelbar funktionalen Aspekte - die Orte im Hafen - einzugliedern. Diese Orte enthalten eine Art Unabhängigkeit. Wenn die gegenwärtigen Orte "durch Überraschung" gefangen werden - aufgefüllt während der Erweiterung des Hafens -, werden sie neue Spalten finden. Man kann versuchen, diesen Prozess zu planen, aber es ist nicht möglich, ihn direkt zu steuern oder zu kontrollieren. Die Orte haben eine begrenzte Lebenszeit. Ihre Existenz bietet jedoch eine empirische Grundlage, auf der man aufbauen kann.

Ziel ist es, die Werte der anwesenden Orte eine physische Form finden zu lassen. Ziel ist es, die Steuerung durch die Normalität und den Standard der Stadt zu vermeiden, um "die Andersartigkeit" metaphorisch zu übertragen; um die Andersartigkeit zu artikulieren und ein größeres Bewusstsein für die Qualitäten der Orte zu erzeugen. Ziel ist es, eine neue Art von öffentlichem Raum zu schaffen, unterschieden von den anderen Räumen in der Stadt. Um eine Opposition gegen das Allgemeine, das Gewöhnliche, das Abgetretene auszudrücken. Um die Leere zu artikulieren, indem die bereits vorhandenen Werte und der ursprüngliche Genius Loci respektiert werden.

Die Erfahrungen, die aus den Stadtplanprojekten in Aarhus gezogen wurden, zeigen in ihrer Ähnlichkeit zu anderen größeren Stadtplanungsprojekten, dass die Dispositionen, die von der Stadt - was die Realisierung neuer Pläne und Entwürfe angeht - gemacht werden, häufig auf offensichtlich unrealistischen Erwartungen basieren; dünkelhafte Versprechungen über eine erhöhte ökonomische Beschleunigung scheinen die antreibende Energie zu sein. Diese Tendenz wird z.B. in der Übertragung des allgemeinen Stadtraumes auf Privatunternehmen deutlich. Jüngst wurden öffentliche Plätze und Toiletten an Firmen verpachtet, die damit das Recht erhalten, kommerziellen Raum an diesen Plätzen zu schaffen. Durch die Tendenz, die öffentliche Sphäre derartigen ökonomischen Parametern zu unterwerfen und darin rigiden, kommerziellen und synonymen Stadträumen nachzufolgen, gibt es keine Aussichten zu irgendeiner Beschleunigung in der nahen Zukunft. Weder in Aarhus noch an irgendwelchen anderen Orten.

Madsen & Möller Gruppe

Übersetzung: Malte Willms

Kontakt: lasse-krog@ofir.dk;

lone_haugaard_madsen@ hotmail.com

22. Privatisierung, New Labour und der Widerstand. Zunehmende Kampfbereitschaft gegen Privatisierungsvorhaben in Großbritannien

Autor: Christian Bunke · Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:04

Der britische Premier Tony Blair nutzte die diesjährige Frühlingskonferenz der Labour Party in Cardiff für eine seiner in England mittlerweile berühmt berüchtigten "Modernisierungs"reden. Es ging um die Privatisierung öffentlicher Dienste, wie der Post, der Londoner U-Bahn und des Gesundheitssystems. Seine Rede war ein weiterer Angriff auf die englischen Gewerkschaften. Diese seien "wreckers", "Einreißer", die wichtige Reformen verhindern wollten. Es gebe viele innerhalb der englischen Gewerkschaften, die in ihrer Gefährlichkeit den Anhängern von "Militant" in den 80er Jahren, einer sozialistischen Gruppierung innerhalb der Labour Party, ähnelten und betonte, dass es richtig gewesen sei diese Leute aus Labour zu entfernen.

Die Rede löste innerhalb der englischen Gewerkschaftsbewegung Empörung aus, so dass sich Blair später dafür entschuldigen musste. Heute eine Abschrift dieser Rede zu finden ist schwer. Die entsprechenden Teile wurden, bevor die Rede im Internet auf der Labour Homepage veröffentlicht wurde aus der Rede gelöscht und durch Angriffe auf die Konservativen ersetzt. Ein kleiner Erfolg immerhin. Dieser Zwischenfall steht symbolisch für das derzeitige Verhältnis von englischen Gewerkschaften und Labour. Es ist auf einen historischen Tiefpunkt abgesunken. Angesichts der "Reformen" von Blair, die nichts weiter als eine Ansammlung von Angriffen auf die englischen ArbeiterInnen sind, ist dies nicht weiter verwunderlich.

Ein Beispiel ist die Privatisierung der englischen Post, die zur Zeit stattfindet. Die Privatisierung hat massenhafte Stilllegungen von Postfilialen zur Folge. Landesweit sollen 40.000 Postangestellte entlassen werden; ein Fünftel des gesamten Personals.

Steigende Konfliktbereitschaft

Deswegen brodelt es an der Basis der CWU (Communication Workers Union), der Gewerkschaft der Beschäftigten im Kommunikationsgewerbe in der auch viele PostarbeiterInnen organisiert sind, gewaltig. Schon im letzten Jahr kam es zu einer spontanen Streikbewegung in einigen regionalen Sortierzentralen der Post. Diesesmal versucht die Gewerkschaftsführung Streiks zu verhindern. Der Gewerkschaftsvorsitzende Billy Hayes setzt auf Gespräche und Verhandlungen und erklärte in einem Interview dass Streiks noch nie etwas erreicht hätten. Ein Widerspruch, der sich derzeit durch die gesamte englische Gewerkschaftsbewegung zieht. Während die Konfliktbereitschaft von Gewerkschaftsmitgliedern steigt, bemüht sich die Führung darum, die guten Beziehungen zur Regierung nicht zu verlieren.

Dabei gibt es in England bereits eine Geschichte des Widerstandes gegen Privatisierung, beispielsweise in London. Dort versucht der britische Staat seit langem die Teilprivatisierung der U-Bahn durchzusetzen. Das Zauberwort mit dem dies verkauft wird, heißt PPP: Public Private Partnership. Dahinter verbirgt sich der Gedanke, den Betrieb der Züge, die Schienenstrecken und die U-Bahnhöfe zu privatisieren, während die Instandhaltung im öffentlichen Sektor verbleibt.

Privatisierungsvorhaben im Bahnbereich sind in England mittlerweile sehr negativ besetzt. Das liegt vor allem an Erfahrungen mit der Privatisierung des englischen Schienen- und Eisenbahnsystems, die zu Entlassungen und massenhafter Einführung prekärer Arbeitsverhältnisse führte. Der Privatisierung des englischen Schienennetzes werden auch die schweren Eisenbahnunfälle der letzten Jahre, mit vielen Toten und Verletzten, angelastet. Die drohenden Privatisierungsmaßnahmen im Londoner U-Bahnsystem rufen nun Befürchtungen hervor, dass die gleichen Folgen eintreten. Aus der Luft gegriffen sind diese Befürchtungen nicht, da sich die Londoner U-Bahn ohnehin in einem arg sanierungsbedürftigen Zustand befindet. Die Privatfirmen, die sich in die Londoner U-Bahn einkaufen wollen haben jedoch keinerlei Investitionen in die Sicherheit bis zum Jahr 2014 zugesagt. Allein die Anschaffung von zwölf neuen Zügen bis 2009 ist bisher angekündigt.

Die Privatisierungspläne riefen Londoner U-Bahn Beschäftigte auf den Plan. Im letzten Jahr gab es verschiedene Streikaktionen um gegen den drohenden Arbeitsplatzabbau und die Sicherheitsrisiken zu protestieren.

Anti-Privatisierungskämpfe finden jedoch nicht nur auf gewerkschaftlicher Ebene statt. Oft sind es Stadtteilgemeinden, die durch die Ereignisse gezwungen werden gegen Privatisierungsmaßnahmen zu kämpfen. Dies ist beispielsweise bei der Privatisierung von Sozialwohnungen der Fall. In England lebt ein großer Anteil der Bevölkerung in Sozialwohnungen. Die Privatisierung derselben hat oft weit reichende Folgen auf den ohnehin nicht sonderlich hohen Lebensstandard der BewohnerInnen.

In vielen Städten, beispielsweise in Birmingham und Glasgow, gibt es Kampagnen gegen die Privatisierung von Sozialwohnungen. Privatisierung würde bedeuten, dass die Wohnungen in die Hände von demokratisch nicht kontrollierbaren Banken fallen, für die Wohnraum nichts anderes als Spekulationsmasse darstellt. Um die Privatisierungen durchführen zu können, versuchen die lokalen Stadtregierungen MieterInnen zu erpressen, indem dringend erforderlich Reparaturen nicht mehr durchgeführt werden. Die Erfahrung aus anderen Städten zeigt jedoch, dass die Banken in der Regel kein Interesse an Sanierungsmaßnahmen oder an Neubau von Wohnraum haben.

Die Kampagnen gegen Privatisierung fallen zusammen mit einer gestiegenen Kampfbereitschaft innerhalb der englischen Gewerkschaften.

Für viele Menschen sind die sozialen Missstände unhaltbar geworden. Im nord-englischen Oldham beispielsweise arbeiten 60% aller Berufstätigen in Jobs des unterbezahlten Service-Sektor. In der Region um Manchester, in der Oldham liegt, sind in den letzten Monaten viele Kampagnen gegen diverse Privatisierungsvorhaben entstanden. Allein in Manchester finden derzeit vier Arbeitskämpfe statt. Sicherheitsbeschäftigte im Flughafen Manchester diskutieren die Möglichkeit des unbefristeten Vollstreiks; eine Serie von eintägigen Streikaktionen fand bereits statt. Weiterhin gab es eine Reihe von Eisenbahnarbeiterstreiks. Geplant sind weiterhin Streikaktionen von Auszubildenden in fast allen lokalen und regionalen Zeitungen in und um Manchester, sowie von Busfahrern.

Proteste auf kommunaler Ebene

Ähnliche Tendenzen gibt es in vielen Regionen und Städten in ganz England. Was dabei auffällt ist die extreme Zersplitterung und Regionalisierung aller Arbeits- und Anti-Privatisierungskämpfe. Alle Kämpfe dieser Art sind lokale Themen und finden auf lokaler Ebene statt, obwohl es um zwei Themen von nationaler Bedeutung geht: Privatisierung und Unterbezahlung.

Eine Vernetzung oder eine gemeinsame Strategie gibt es nicht. Ein Grund liegt im Wegfall des traditionellen Pfeilers der britischen Arbeiterbewegung, der Labour Party. Die Labour Party, ursprünglich von den Gewerkschaften als politischer Arm der Arbeiterbewegung gegründet, war bis zum Regierungsantritt Blairs das kulturelle und organisatorische Zentrum englischer Arbeiterinnen und Arbeiter. Innerhalb der Labour Party organisierte sich alles, von sozialistischen Gruppen, über Arbeitermusikgruppen, bis hin zu Redskins die sich als "Labour-Skins" formierten. Alle Kampagnen, die die Interessen von ArbeiterInnen oder von lokalen Gemeinden betrafen wurden in und durch die Labour Party organisiert.

Den Labour-Führern war dieser Radikalismus schon seit langem ein Dorn im Auge. Deshalb wurden schon in den 80er Jahren massive Kampagnen zum Ausschluss von linken und sozialistischen Aktivisten und Gruppen durchgeführt. Aus dem selben Grund wurde, unter Tony Blairs Führung, der Sozialisierungsparagraf aus der Parteiverfassung gestrichen, der vorsah die wichtigsten Teile der britischen Industrie zu verstaatlichen. Heute ist Labour zur zweiten großen Partei Englands geworden, deren Ziel es ist die Interessen englischer Unternehmerverbände zu vertreten. Eine Entwicklung, die die Unternehmen durchaus honorieren. Wurde Labour noch vor 10 Jahren zum größten Teil durch Gewerkschaftsgelder finanziert, machen heute Spenden von Großkonzernen über 50% aus.

Seit ungefähr zwei Jahren gibt es deshalb Aktivitäten innerhalb der Gewerkschaften, den politischen Fund zu befreien. Mit Hilfe des politischen Funds finanzieren die Gewerkschaften politische Organisationen, derzeit die Labour Party. Linke GewerkschaftsaktivistInnen, die sich in "Vereinigten Linken" Gruppen zusammengeschlossen haben, wollen, dass Labour keine Gewerkschaftsgelder mehr erhält. Mit am

vehementesten in dieser Kampagne tritt bisher die Socialist Party auf, die Nachfolgeorganisation der Militant Gruppe, die aus Labour ausgeschlossen wurde. Mitglieder dieser Organisation setzten auf Kongressen diverser Gewerkschaften, unter anderem auf dem von UNISON, Englands größter Gewerkschaft, Beschlüsse durch, den politischen Fund von Labour zu lösen. Sie tritt auch für die Gründung einer neuen kämpferischen Arbeiterpartei ein, die, basierend auf einem föderalen und demokratischen Modell ein neues Zentrum sowohl für Gewerkschaftsaktivisten als auch für lokale Anti-Privatisierungsinitiativen bilden könnte.

Die herrschende Klasse Englands betrachtet all dies mit Argwohn. In der Financial Times finden sich vermehrt Warnungen vor zukünftigen Kämpfen. Befürchtet wird vor allem eine Wiederkehr großer Streikbewegungen wie in den 70er und 80er Jahren, die zu teilweise bürgerkriegsähnlichen Zuständen führten.

Der englische Polizei- und Repressionsapparat wird dementsprechend ausgebaut. Schon Monate vor dem 11. September trat eine neue Terrorismusgesetzgebung in Kraft, die es ohne weiteres ermöglicht Streiks zu einer terroristischen Handlung zu erklären. Die Erfahrungen aus der Zeit der Streikbewegung der Minenarbeiter in den 80er Jahren, als die Polizei ganze Stadtteile mit Gewaltorgien überzog, zeigen, dass solcherlei Gesetze im Notfall gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden.

Repression gegen shop stewards

Bereits jetzt gibt es Repression gegen kämpferische Gewerkschafter, insbesondere gegen Shop Stewards. Shop Stewards sind im englischen Gewerkschaftssystem von der Belegschaft eines Betriebes direkt gewählte Aktivisten, die eine zentrale Rolle bei der Organisierung von gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen spielen. Die Shop Stewards eines Betriebes bilden ein Shop Steward Komitee. In den 80er Jahren existierte ein landesweites Netzwerk dieser Shop Steward Komitees, mit dessen Hilfe es gelang, die rechten Führungsspitzen der Gewerkschaften zu umgehen. Nun, da die gewerkschaftliche Kampfbereitschaft wieder ansteigt, werden die Shop Stewards wieder verstärkt angegriffen.

Erst Anfang April wurde ein Shop Steward, der in der Firma Pinnacle in London arbeitet, entlassen. Der Betroffene unterstützte das Anliegen mit Labour zu brechen und eine neue Arbeiterpartei aufzubauen. Dies war ein vorläufiger Höhepunkt einer Antigewerkschaftskampagne der Firma, in der weitere Disziplinarverfahren gegen Gewerkschaftsmitglieder eingeleitet wurden. Pinnacle versuchte dadurch die Gewerkschaft aus dem Betrieb zu drängen. Der Plan schlug fehl, die Gewerkschaft verzeichnet stattdessen steigende Mitgliederzahlen. Einen anderen Fall gab es in Cardiff, Wales. Die örtliche Stadtregierung feuerte den Shop Steward Charles Faber, nachdem dieser im Fernsehen die unzureichende Finanzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen kritisiert hatte. Es entwickelte sich eine starke Protestbewegung gegen die Entlassung. Am 27. März fand ein eintägiger Streik statt, der Teile des öffentlichen Lebens in Cardiff lahm legte. Bestreikt wurden unter anderem Büchereien, städtische Büros und Freizeiteinrichtungen.

Hinter den Aktionen gegen die Shop Stewards verbirgt sich die wahre Botschaft von Blairs "wreckers" Rede. Die englischen Herrschenden wollen einer tendenziell sozialistischen Antiprivatisierungsbewegung keine Zugeständnisse machen. In einer Zeit in der sich die englische Industrie in der Rezession befindet, wollen die Herrschenden selbst die reformistischen Teile der Bewegung nicht integrieren und schalten auf Konfrontationskurs. Auf der anderen Seite sehen sich immer mehr Menschen gezwungen zu kämpfen, sei es für höhere Löhne, gegen Massenentlassungen, für ausreichende Gesundheitsversorgung oder gegen die Privatisierung des Bildungssystem. Durchaus möglich, dass Tony Blair heftigen Gegenwind bekommt.

Christian Bunke

23. Big Bang. NATO will umfangreiche Erweiterung nach Osteuropa beschließen

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Osteuropa allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:05

Was bis vor kurzem unmöglich schien, soll nun im Eilverfahren beschlossen werden. Die Integration weiter Teile des aufgelösten Warschauer Paktes in das Nordatlantische Militärbündnis steht auf der Tagesordnung des nächsten NATO-Gipfels, zu dem sich Ende November die Regierungs- und Staatsoberhäupter der NATO-Staaten in Prag treffen. Die NATO wird demnächst vom Baltikum bis an das Schwarze Meer reichen.

Das Gastgeberland, die Tschechische Republik, ist mit Ungarn und Polen selbst erst im Frühjahr 1999 Mitglied der NATO geworden. Neben dem Abschluss der ersten Osterweiterungsrunde proklamierte das weltweit dominierende Militärbündnis damals seine neue Doktrin, die auch sogenannte Out of Area Einsätze außerhalb des eigenen Territoriums ohne UN-Mandat vorsieht. Mit dem Krieg gegen Jugoslawien wurde das neue Selbstverständnis auch gleich in die Tat umgesetzt.

Während die erste Runde der NATO-Osterweiterung vor drei Jahren noch für kontroverse Diskussionen sorgte, vollziehen sich die Planungen für die zweite Runde weitgehend im Stillen. Galten lange Zeit nur wenige ausgewählte Länder wie Slowenien als mögliche Kandidaten, setzt die Militärallianz nach dem 11. September bei der Erweiterung nun auf einen "big bang", wie es im NATO-Jargon heißt.

Die größtmögliche Zahl an ost- und südosteuropäischen Ländern soll bis November beitrittsreif sein, fordert NATO-Generalsekretär Lord Robertson. Diese Option wird auch von US-Präsident George W. Bush verfolgt, der sich damit gegen Kreise aus dem Pentagon stellt, die den Sinn der NATO zunehmend in Frage stellen und auf flexible Allianzen setzen, welche der jeweiligen Interessenlage der USA entsprechen. Das hätte für die US-Strategen bei Militäroperationen den Vorzug, keine Rücksicht auf die Positionen aller NATO-Mitglieder nehmen zu müssen. Letztlich stehen sich beide Positionen aber nicht konträr gegenüber, es geht vielmehr lediglich darum, mit welchen Mitteln die weltweite militärische US-Vorherrschaft am besten gesichert werden kann.

Vom Baltikum zum Schwarzen Meer

Auch von Seiten der deutschen Bundesregierung wird der "big bang" unterstützt, wie Außenminister Josef Fischer in einer Bundestagsdebatte Ende April deutlich machte. Bei einem USA Besuch sprach Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) kürzlich in einer Rede vor dem American Enterprise Institute in Washington von künftig möglicherweise 26 NATO-Staaten. Bisher sind 19 Länder Mitglied der Allianz. Um welche sieben Erweiterungskandidaten es sich konkret handelt, sagte Scharping wie zuvor NATO-Chef Robertson allerdings nicht. In NATO-Kreisen wird aber davon ausgegangen, dass neben den drei baltischen Ex-Sowjetrepubliken Estland, Litauen und Lettland die Schwarzmeeranrainer Bulgarien und Rumänien auf der Prioritätenliste ganz oben stehen. Außerdem werden die Slowakei und Slowenien als wahrscheinliche Kandidaten gehandelt. Die beitrittswilligen Balkanstaaten Albanien, Mazedonien und Kroatien dagegen werden wohl keine Einladung nach Prag erhalten. Sie sind mit der NATO über die sogenannte Partnership for Peace (PfP) assoziiert, in die nach einem Beschluss vom Ende April auch das in "Serbien und Montenegro" umgetaufte Restjugoslawien eintreten ist.

In seiner Rede mit dem Titel "Transatlantische Beziehungen nach dem 11. September" widersprach Scharping den Europa- und NATO-SkeptikerInnen in der Bush-Administration. Der deutsche Verteidigungsminister hob die Loyalität der europäischen NATO-Staaten mit den USA und die gemeinsamen globalen wirtschaftlichen und politischen Interessen der westlichen Mächte hervor.

Der Osterweiterung käme eine "strategische Bedeutung für den Erhalt der Stärke und Effektivität der NATO in der Zukunft" zu, erklärte Scharping. Daneben müssten Kommandostrukturen, Entscheidungsstrukturen, Aufklärung und Transportkapazitäten verbessert werden. "Die NATO ist kein Sozialverein. Die NATO ist die erfolgreichste politische und militärische Allianz - und das sollte sie auch bleiben", sagte Scharping.

Gleichzeitig verteidigte er den Aufbau einer "europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik", die eine notwendige Antwort auf die "komplexere Sicherheitslage" sei. Die Bundeswehr ginge bei der

Streitkräftemodernisierung mit gutem Beispiel voran. Die Anzahl der Einsatzkräfte würde derzeit auf 150.000 verdreifacht, die Kommandostruktur effektiviert und die Ausrüstung modernisiert.

Für die USA scheint insbesondere die NATO-Integration von Bulgarien und Rumänien von strategischem Interesse zu sein. Diese Länder bilden als Anrainer des Schwarzen Meers Teil der Westflanke der umstrittenen eurasischen Krisenregion, die sich von dort über das Kaspische Meer bis nach China erstreckt. Nach dem Ende der sowjetischen Hegemonie über dieses rohstoffreiche Gebiet toben hier die Verteilungskämpfe, die maßgebliche US-amerikanische Strategen für die zentrale weltpolitische Herausforderung des beginnenden 21. Jahrhunderts halten.

Ausgleich mit Russland

Der par force Ritt bei der NATO-Osterweiterung und das Vorgehen der USA in Mittelasien birgt Sprengstoff für die Beziehungen des Westens mit Russland. Insbesondere im militärischen Apparat wird der Verlust der Großmachtsrolle Russlands nach 1991 nur langsam akzeptiert und die westliche Expansionspolitik nach Osten mit Ablehnung betrachtet. Präsident Wladimir Putin drängt nach dem 11. September aber auf eine Annäherung an den Westen, die gerade in der Kooperation mit der NATO und den USA die Möglichkeit sieht, die strategischen Interessen Russlands zumindest partiell durchzusetzen. Mit der Legitimierung des Tschetchenienkriegs als Teil des "Kampfes gegen Terrorismus" ist ihm das auch gelungen. Trotz erheblichen Konfliktpotenzials scheint Putin die groß angelegte NATO-Erweiterung zu akzeptieren. Bei einem Treffen in Rom Ende Mai sollen neue engere Kooperationmechanismen zwischen Russland und der NATO vereinbart werden.

Für Verstimmung könnte allerdings die schwelende Auseinandersetzung über die Zukunft der russischen Enklave Kaliningrad sorgen. Nach einer Aufnahme der baltischen Republiken in die westliche Militärallianz würde das ehemalige ostpreußische Königsberg als ein Teil Russlands von NATO-Gebiet umgeben sein. Da die baltischen Staaten bei der nächsten Osterweiterungsrunde auch Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft (EU) werden wollen, wachsen die russischen Befürchtungen, dass Kaliningrad in nicht zu ferner Zukunft seine Unabhängigkeit erklären und selbst in die EU streben könnte. Eine Perspektive, die insbesondere bei deutschen revanchistischen Kreisen auf Frohlocken stößt.

Auch in den potenziellen Beitrittstaaten regt sich Widerstand gegen die NATO-Erweiterung, der sich nicht auf nationalistische oder post-kommunistische Stimmen beschränkt. So fallen in Slowenien die Zustimmungsraten trotz einer intensiven Pro-NATO-Kampagne der Regierung konstant. Mittlerweile wollen nur noch 48 Prozent der Slowenen in den Militärpakt eintreten. Den NATO-Gegnern ist vor allem die erforderliche Reform der Armee zu teuer. Für den NATO-Gipfel Ende November in Prag haben antimilitaristische und antikapitalistische Gruppen Proteste angekündigt.

Boris Kanzleiter

24. NATO rund ums Schwarze Meer. Bulgarien und Rumänien in die Nato, US-Militär nach Georgien

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Rumänien; Bulgarien; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:06

Die strategisch bedeutende Schwarzmeer-Region wird von der NATO in Beschlag genommen. Im Zuge der geplanten NATO-Osterweiterung sollen die Balkanländer Bulgarien und Rumänien möglichst schnell Mitglied im Nordatlantischen Militärpakt werden. Nach Georgien schickt die US-Armee Militärberater. Neben der politischen Kontrolle geht es ums Öl.

Bei den Planungen für eine beschleunigte NATO-Osterweiterung scheint insbesondere der Schwarzmeer-Raum eine Priorität darzustellen. So werden zur Beitrittsrunde beim nächsten NATO-Gipfeltreffen in Prag Ende November nicht nur, wie bisher vermutet, die drei baltischen Ex-Sowjetrepubliken Lettland, Litauen und Estland, sowie Slowenien und die Slowakei erwartet, sondern auch die Balkanländer Rumänien und Bulgarien. Diese galten bisher auf Grund von Korruption, Armut und zu langsamen Reformen der Armeen als noch nicht beitrittsreif.

"Pipelines und Transportkorridore"

"Nach dem 11. September ist das Schwarze Meer als ein natürliches Sprungbrett relevant geworden", erklärte der rumänische Außenminister Mircea Geoana die gestiegene Bedeutung der Region für die NATO. Das Binnenmeer grenzt sowohl an den Balkan, als auch an Russland, die rohstoffreichen Unruhegebiete Zentralasiens und die Türkei an. Der Oberkommandierende US-General in Europa, Joseph Ralston, sagte bei einer Rumänienvisite kürzlich, es gäbe "überwältigende politische Gründe" für ein schnelles Eintreten Rumäniens und Bulgariens in die NATO.

Tatsächlich scheint es die NATO eilig zu haben. Auf Anfrage der Allianz räumten die beiden Länder der NATO unbegrenzte Überflugrechte ein. Beide Regierungen haben zudem eine Vereinbarung unterzeichnet, die bereits jetzt eine Stationierung von NATO-Truppen erlaubt. Gleichzeitig hat das rumänische Verteidigungsministerium Ingenieure beauftragt, am Ausbau der Militärflughäfen von Fetesti und Timisoara, sowie dem Schwarzmeerhafen Constanta zu arbeiten. Über Constanta soll bereits ab Juni ein Teil des Nachschubs der US-Balkantruppen laufen, erklären rumänische Offizielle.

Wie sich beim Vorgehen der USA in der Region politische und wirtschaftliche Interessen verquicken, zeigt sich am deutlichsten in Georgien. Im Februar teilte Philip Remler von der US-Botschaft in der georgischen Hauptstadt Tiflis mit, dass sich einige Dutzend Kämpfer der al-Qaida aus Afghanistan in die Pankisi-Schlucht an der georgisch-russischen Grenze geflüchtet hätten. In Pankisi siedelt eine tschetschenische Bevölkerungsgruppe, die seit Jahren Tausenden aus Tschetschenien geflüchteten Kämpfern und ZivilistInnen Zuflucht gewährt. Ende April begannen die USA mit der Stationierung von 200 Militärberatern, die den georgischen Truppen bei der Bekämpfung der "Terroristen" helfen sollen. Dieses Vorgehen provozierte heftigen Protest in Moskau, das damit die Interessen Russlands in der Region verletzt sieht, und die "Terrorbekämpfung" lieber selbst übernähme. Mit der Stationierung von Truppen in Georgien gerät ein weiterer Teil des rohstoffreichen Krisenbogens vom Schwarzen Meer bis Westchina unter US-Kontrolle.

Selbst die der Bundesregierung zuarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) sieht im aktuellen Vorgehen der USA in Georgien denn auch weniger "Terrorismusbekämpfung" als vielmehr Teil einer langjährigen Politik, die auf die "Sicherheit der Pipelines und des Transportkorridors ausgelegt" sei, die durch Georgien führen sollen. Beides muss aber kein Widerspruch sein: "Die Erfordernisse regionaler Stabilität als notwendige Voraussetzung für die Entwicklung und den Abtransport der Öl- und Gasreserven der kaspischen Region und Zentralasiens gehen dabei Hand in Hand mit der Eindämmung von Bedrohungen, welche die fragilen Staaten der Region und die vielen rechtsfreien Räume als Rückzugsgebiete für Terroristengruppierungen darstellen", meint die Stiftung. Allerdings könnte die Präsenz von US-Militärberatern "ein weiteres gefährliches Element zur Verschärfung der hochexplosiven politischen Lage im Kaukasus hinzufügen." (1)

In Bulgarien und Rumänien dagegen trifft die NATO auf offene Arme. Hier wird im Beitritt zur Militärallianz die ersehnte Eintrittskarte zum Westen gesehen. So können die Planungen für eine Pipeline vom bulgarischen Hafen Burgas über Mazedonien an den albanischen Mittelmeerhafen Vlore ungestört vorangehen. Damit kann das kaspische Öl unter Umgehung des Bosporus, der für große Öltanker nicht schiffbar ist, nach Europa und Übersee gelangen.

Boris Kanzleiter

Anmerkung:

1) Siehe die SWP-Analyse: "Krieg gegen den Terrorismus im Südkaukasus? Die USA entsenden Militärberater nach Georgien" (22.03.02); www.swp-berlin.org/produkte/brennpunkte/milgeorgien1.htm

25. Von Vaterlandsverrätern und Diktatoren Ungarn: Die National-Konservativen verlieren die Parlamentswahlen knapp

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Ungarn · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:12

Am 7. April hing hier und da die ungarische Nationalflagge aus den Fenstern. In den Straßen Budapests trugen zahlreiche Menschen, vor allem viele Jugendliche, demonstrativ das ungarische Rotweißgrün am Revers oder an der Bluse. Mit dem kleinen Läppchen bekundeten sie ihre Ungarnliebe, ebenso ihre Wahlentscheidung bei den Parlamentswahlen am 21. April für Fidesz, die national-konservative Junge Demokratische Vereinigung. Allerdings gewann nicht der seit 1998 amtierende Fidesz-Ministerpräsident Victor Orbán, sondern die Sozialistische Partei (MSZP) in einem knappen Kopf-an-Kopf-Rennen. Mit einer Mehrheit von nur zehn Sitzen in dem 386 Sitze zählenden Parlament wird eine Koalition von Sozialistischer Partei und dem Bund Freier Demokraten (SZDSZ) die nächste Regierung bilden.

In Wahlkampfzeiten ziehen Parteien oft die nationale Karte. Das ist in Ungarn nicht anders als in Frankreich oder in Deutschland. Gleichwohl muss der ungarische Wahlkampf als besonders vergiftet und unzivilisiert bezeichnet werden. Allein das Vokabular der Kontrahenten offenbarte den erbarmungslosen Stil: Die Fidesz titulierte die Sozialistische Partei als "Vaterlandsverräter" und "Marionetten", umgekehrt wurde Orbán als "Diktator" bezeichnet. Doch auch die Wahlkampfhilfe von Helmut Kohl, Edmund Stoiber, Erwin Teufel und dem österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel vermochte dem 38-jährigen Orbán nicht zum Sieg verhelfen.

Vergifteter Wahlkampf

Geeint hat sie alle neben der konservativen Grundhaltung der Kampf gegen die tschechischen Benes-Dekrete. Sollte Prag die Benes-Dekrete, die nach dem 2. Weltkrieg die Ausweisung der nazitreuen Sudetendeutschen und Ungarn gesetzlich verankerte, nicht zurücknehmen oder modifizieren, drohten die Wahlkampfhelfer aus Deutschland und Österreich den EU-Beitritt Tschechiens zu verhindern. Im Juni wird sich das EU-Parlament in Straßburg mit Tschechien und den Benes-Dekreten befassen. Von der neuen Regierung in Budapest sind nun moderate Töne zu vernehmen: Ungarn werde jede Entscheidung der EU zur Benes-Frage respektieren, erklärte Lazlo Kovacs, der Chef der Sozialistischen Partei und möglicher Außenminister. Ob die Dekrete ein Hindernis für den Beitritt Tschechiens oder der Slowakei darstellen, sei allein eine Entscheidung der EU.

"Wir wollen der EU auch deshalb beitreten, weil es dort diskriminierende Bestimmungen wie die Benes-Dekrete nicht gibt", hatte Orbán in Wahlkampfzeiten gesagt. In der EU würden Menschen nicht nach ihrer ethnischen Zugehörigkeit unterschieden. Hört, hört - abgesehen davon, dass die Benes-Dekrete im Lichte der nazideutschen Besetzung der Tschechoslowakei nicht mit einer ethnischen Diskriminierung gleichzusetzen sind, wird in Ungarn sehr wohl entlang ethnischer Kriterien Politik betrieben. Das Land scheint unfähig, über den Verlust großer Landesteile und eines Drittels der Bevölkerung nach den beiden Weltkriegen hinwegzukommen. Ungarn selbst könnte damit noch Ärger mit der EU bekommen, deren Mitgliedschaft bis 2004 angestrebt wird: Es gibt in der EU Bedenken, ob das ungarische Statusgesetz, das am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist, mit EU-Richtlinien übereinstimmt.

Ungarns Traum von Größe und Ruhm

Die EU-Mitgliedschaft und das In-Kraft-Treten des Schengen-Abkommens würde die Mobilität der Ungarnstämmigen in den Nachbarländern drastisch einschränken, da Ungarn dann eine EU-Außengrenze bilden würde. Diese Aussicht bewog die Fidesz-Regierung und die ungarischen Organisationen im Ausland, das Statusgesetz zu entwerfen, das den Ungarnstämmigen einen speziellen Status garantieren sollte, der einer Doppelstaatsbürgerschaft sehr nahe kommt. Personen, die in den Nachbarstaaten leben, sich als Ungarn deklarieren und der Sprache mächtig sind, können einen "Ungarnausweis" beantragen. Bereits drei Wochen nach In-Kraft-Treten des Statusgesetzes haben sich in Rumänien 10.000 Menschen um den Ausweis beworben, in der Vojvodina in Nordjugoslawien sind bereits 10.000 Ausweise ausgegeben worden.

Das Statusgesetz habe man verabschiedet, begründete Orbán im Februar, da man wisse, dass ethnische Gruppen wie Familien seien. Das Gesetz würde eine Wiedervereinigung der Ungarn über Grenzen hinweg ermöglichen. Und: "Ungarns Stärke liegt nicht in einem Land mit zehn Millionen Einwohnern, wie es von anderen Parteien behauptet wird, sondern in einer ungarischen Nation mit 15 Millionen Menschen", sagte der Premier im Wahlkampf.

Die Nachbarländer, vor allem Rumänien und die Slowakei, hatten stürmisch gegen das Gesetz protestiert. Sie fühlten sich übergangen und in ihren Souveränitätsrechten verletzt. Denn das Gesetz garantiert weit reichende kulturelle, soziale und arbeitsrechtliche Privilegien für Ungarn, die in Slowenien, Kroatien, Jugoslawien, Rumänien, der Ukraine und der Slowakei leben und auch Staatsbürger dieser Länder sind. Eine Ausnahme allerdings bilden die Ungarn im österreichischen Burgenland. Nach einer Intervention der EU wurde das Gesetz dort nicht wirksam, da es wegen ethnischer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt nicht EU-konform sei. Günther Verheugen, der Europäische Erweiterungskommissar, ließ jedoch verlauten, er habe nichts in dem Gesetz gefunden, das EU-Prinzipien verletzen würde. Tatsächlich ist eine positive Diskriminierung genannte Bevorzugung von ethnischen Minderheiten in der EU gang und gäbe. Und: Das kräftigste EU-Land, Deutschland, mit seinem völkischen Verständnis von Staatsangehörigkeit, bietet in seinem Grundgesetz gleich allen "Blutsdeutschen" die Staatsbürgerschaft an, ungeachtet ihres Aufenthaltsortes.

Fidesz versuchte im Wahlkampf auch, Wähler am rechten Rand zu gewinnen. Die antisemitische Partei für ungarische Gerechtigkeit und Leben (MIEP) machte der Fidesz Koalitionsangebote, die nicht angenommen, aber auch nicht mit deutlichen Worten verworfen wurde. Lakonisch reagierte beispielsweise Laszlo Köver, Vizechef der Fidesz, wenn er nach Antisemitismus in Ungarn und einer Koalition mit der MIEP gefragt wird: "Die Mitglieder der MIEP sind anständige ungarische Menschen", sagt Köver. "Eine Koalition mit der Partei ist vom Standpunkt der EU-Integration aus jedoch ungünstig."

"Die Stadt ist international, ihre Führer und Besitzer sind die Juden, die in bewachten Wohnparks logieren. Wir, die weit draußen hausen und deren Lebensfreude höchstens darin besteht, einen halben Tag in einem Einkaufszentrum herumzulungern, wir sind geduldet. Ein nettes kleines Land ist das! Wie war früher noch sein Name?" Die Worte, nur eine kleine Kostprobe, stammen von Istvan Csurka, dem Vorsitzenden der MIEP. Seine Partei ist gegen den EU-Beitritt, gegen die Globalisierung, die Aufnahme von Flüchtlingen, gegen Nicht-Ungarn überhaupt, gegen die "jüdische Herrschaft" in der ungarischen Wirtschaft und in den ungarischen Medien. 1998 ist sie mit fünf Prozent ins Parlament gezogen und wurde stiller Mehrheitsbeschaffer für Fidesz. Bei den diesjährigen Wahlen schaffte sie die Fünf-Prozent-Hürde nicht.

Viele Oppositionspolitiker und Intellektuelle sind sich einig: Der Antisemitismus in Ungarn hat zugenommen, die Gesellschaft wird intoleranter, vor allem gegenüber Juden, Roma und Flüchtlingen. Es komme vor, dass es in einer Diskussion mit Kollegen plötzlich heißt: "Du siehst aus wie ein Jude", erzählt ein Journalist. Vilmos Hanti, der Präsident der Ungarischen Vereinigung der Widerstandskämpfer und Antifaschisten (MEASZ), sagt, die Hoffähigkeit des Antisemitismus und der Ausländerfeindlichkeit gehe nicht nur auf das Konto der MIEP, sondern auch auf das der Regierungspartei Fidesz: "Juden, Roma und Ausländer sind die Sündenböcke. Sie werden für schlechte Entwicklungen in Ungarn verantwortlich gemacht." Peter Medgyessy, dem parteilosen Spitzenkandidaten der Sozialistischen Partei und Bankier, warf Orbán vor, er wolle das Land ausverkaufen und "dem Großkapital an die Macht verhelfen". "Die Menschen wissen, was damit gemeint ist", sagt eine Frau der jüdischen Gemeinde. Verdeutlicht wurde das auf den Wahlplakaten, die in Budapests Straßen hingen: Dem angeblichen Milliardär Medgyessy wurden Davidsterne und Dollarzeichen auf die Stirn gesprüht.

Vor diesem Hintergrund protestierte die Organisation zum Beispiel immer wieder gegen das private Pannon-Radio. Hetzsendungen gegen Juden und Roma, homophobe Äußerungen und herabwürdigende Anspielungen auf das Aussehen der Roma seien dort an der Tagesordnung. Manchmal unverblümt, die Juden sollten das Land verlassen, manchmal indirekt, wenn gegen das Großkapital zu Felde gezogen werde. "Wir wollen, dass das Programm entweder geändert wird oder, falls nicht, dass das Radio geschlossen wird", so Hanti. Nach den Protesten wurde das Pannon-Radio bislang nur vom ungarischen Landesmedienrat mit einer Geldstrafe belegt.

Zunehmender Antisemitismus

Die ökonomischen Probleme Ungarns thematisiert Orbán nicht als soziale, sondern als nationale Frage. Das Realeinkommen ist seit 1989 um 60 Prozent gesunken. Für 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung ist das Einkommensniveau in etwa gleich geblieben und ungefähr zehn bis 15 Prozent sind heute deutlich wohlhabender als vor der Wende. Die Armut in Ostungarn und unter der Roma-Bevölkerung ist groß. Vor allem Mitte der 1990er Jahre wurde unter der Regierung der Sozialistischen Partei ein harter Sparkurs durchgesetzt.

Eine wahlentscheidende Rolle dürfte auch der für den 1. Januar 2004 angestrebte EU-Beitritt gespielt haben. Beide Parteien versprachen, bessere Bedingungen für Ungarn in der EU auszuhandeln. Die Sozialistische Partei aber monierte die gelegentlichen EU-kritischen Bemerkungen Orbáns und prophezeite, dass sich der EU-Beitritt auf diese Weise weiter verzögern würde. Orbán hat sich im Wahlkampf darauf festgelegt, den Verkauf ungarischer Ackerböden an Ausländer so weit wie nur möglich zu erschweren. Nach seiner Niederlage sah es der noch regierende Orbán als "seine moralische und politische Pflicht" an, in der Übergangszeit bis zum Antritt der neuen Regierung noch schnell 500.000 Hektar Agrarland aus staatlichem Besitz an Familienbetriebe verkaufen. "Wir wollen der nächsten Regierung nicht die Möglichkeit geben, landwirtschaftliche Nutzflächen an Ausländer zu verschachern", so Orbán. Er wolle das Vorhaben in aller Eile umsetzen, um damit die Pläne der zukünftigen Regierung zu durchkreuzen.

Stilfragen entscheiden

Allerdings ist die Sozialistische Partei in dieser Frage zu großen Zugeständnissen bereit. Generell verfolgt sie eine harte, neoliberale Wirtschaftspolitik, die auch eine hohe Inflationsrate in Kauf nimmt. Der parteilose Bankier Medgyessy war vor der Wende 1989 stellvertretender Regierungschef der Reformkommunisten. Anschließend verließ er die Partei und wechselte in die Privatwirtschaft. Zudem sind nationalistische Töne auch von der Sozialistischen Partei zu vernehmen. Sie schürte Ängste, das Land könne von rumänischen Arbeitnehmern überschwemmt werden und auch das Statusgesetz trägt sie im wesentlichen mit. Die Partei scheint aber sensibler im Umgang mit Ungarns Nachbarn zu sein, auch nimmt sie Bedenken der EU ernster als Fidesz. So hat die EU wiederholt in den Beitrittsverhandlungen die Situation der Roma, die sieben bis acht Prozent der Bevölkerung ausmachen, angeprangert. Im Wahlkampf versprach Medgyessy dann, dass kinderreiche Familien mehr Geld bekommen sollen: "Das betrifft vor allem die Roma. Ihnen muss man helfen - indem wir die Armut bekämpfen, kinderreiche Familien finanziell unterstützen, und dafür sorgen, dass diese Kinder auch im Bildungswesen eine Chance haben, bis hin zur Universität."

Alles in allem inszeniert sich die Sozialistische Partei als Partei verantwortungsbewusster Pragmatiker. Die inhaltlichen Unterschiede in den Zielen zwischen ihr und der Fidesz sind indessen so groß nicht. Lazlo Kovacs, Chef der Sozialistischen Partei, sagte selbst, dass sich die Parteien vor allem in den Wegen und Methoden unterscheiden würden - und im Stil.

Anke Schwarzer

26. Überlebensstrategie und Kampf. Volksversammlungen als Vorboten von Veränderungen in Argentinien

Autor: Juan Eduardo Gehring · Rubrik: Argentinien · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:30

Nachts im Zentrum der Stadt Quilmes, im Großraum Buenos Aires: Hunde liegen am Boden oder streunen herum. Sie haben die Krätze und sehen gefährlich aus. Bis vor kurzem waren sie noch in Gärten der Mittelschichtsbürger zu Haus, dort wo es immer etwas zu fressen gab. Im Hintergrund öffnen gut gekleidete Menschen Mülltüten, wühlen darin herum, und schließen sie enttäuscht wieder. Auch das Wühlen nach Ess- und Verwertbarem muss gelernt werden in diesem Land, dessen offizielle Arbeitslosenzahl auf 22 Prozent geschnellt ist und wo 43 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze lebt.

Dienstag. In der wöchentlichen Volksversammlung des Stadtteils San Cristóbal, in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires, hören wir den Bericht von Sandra: sie und zwei weitere Nachbarn hatten im Namen der Versammlung ein Gespräch mit dem Leiter des Krankenhauses Garrahan. Die Versammlung hat sich nämlich zum Ziel gesetzt, Einfluss auf die staatliche Gesundheitspolitik zu nehmen. Zum Schluss erzählt Sandra unbekümmert, dass der Direktor des Krankenhauses den Nachbarn vorgeschlagen hat, drei Stunden wöchentlich unentgeltlich im Krankenhaus Sozialarbeit zu leisten. Reflexartig erheben mehrere Teilnehmer der Versammlung ihre Hände und verlangen das Wort. Sie fordern, dass die Stadtteilversammlung auf keinem Fall den Staat in seinen sozialen Pflichten ersetzen soll.

Solche Auseinandersetzungen kommen praktisch in jeder Volksversammlung vor. Hier wollen Gutmenschen mit mangelndem politischem Bewusstsein Zucker und Mehl für karitative Zwecke sammeln, dort unterstützen Mitglieder der Partido Obrero (Arbeiterpartei) oder des Movimiento Socialista de los Trabajadores (MST), der Partido Comunista etc. die Kämpfe der ArbeiterInnen von Brukman s.a., die das Textilunternehmen seit Ende Dezember besetzt halten und weiter produzieren.

Die Volksversammlungen gehören zu den wichtigsten neuen politischen Phänomenen dieses Landes, das den Kreislauf von Zahlung der Auslandsschulden, Kürzung der Staatsausgaben, Privatisierung der Staatsunternehmen, Flexibilisierung der Arbeit, Steigerung der Arbeitslosigkeit, Kreditaufnahme, Neuverschuldung mit der Zahlungsunfähigkeit beendet hat. (1)

Die Asambleas Populares sind der Ort - bisher nur in einigen Städten - an dem sich organisierte Linke und die enttäuschte Basis der Parteien treffen, die seit 1983 die Regierungen stellten: die bürgerliche Union Cívica Radical, die peronistische Arbeiterpartei Partido Justicialista, und die Frente para El País Solidario (ein Sammelsurium von Parteien und von abtrünnigen Politikern). Hier sind sie aber nur Bürger, die sich politisch artikulieren wollen, denn die bloße Erwähnung einer politischen Zugehörigkeit ist genauso verpönt wie die Versuche, flammende politische Reden zu halten.

Enttäuschte Basis - Neue Hoffnung

Einmal die Woche treffen sich alle Stadtteilversammlungen von Buenos Aires und Groß-Buenos Aires in der Asamblea Interbarrial im Parque Centenario. Am 17. März gab es ein nationales Treffen der Volksversammlungen, an dem 3000 Mitglieder von 150 Vertretungen teilnahmen. Von den unzähligen Beschlüssen bzw. Forderungen, die dort verabschiedet wurden, finden wir sind hier nur einige wieder gegeben:

1. Keine Rückzahlung der Auslandschulden; die Vertreter des IWF sollen das Land verlassen.

2. Bankwesen und Außenhandel sollen nationalisiert werden.

3. Die privatisierten Staatsunternehmen und die privatisierten Rentenkassen, sollen - ohne Entschädigung - wieder verstaatlicht werden.

4. Nicht die privatisierten Dienstleistungsunternehmen sollen subventioniert, sondern die Gelder sollen in Gesundheit und Bildung investiert werden.

5. Die Verstaatlichung der geschlossenen Fabriken unter Arbeiterkontrolle.

6. Die Reduzierung der Arbeitszeit auf sechs Stunden täglich, ohne Lohnverlust.

7. Die Rückgabe der Gelder der nun seit fünf Monaten gesperrten Bankkonten in der Währung, in der sie eingezahlt wurden.

8. Rücktritt der Regierung Duhaldes und der Mitglieder des höchsten Gerichtes.

9. Abschaffung der Mehrwertsteuer.

10. Einheit aller Kämpfenden: Stadtteilversammlungen, Arbeiter und protestierende Arbeitslose sollen regieren, das Programm der Interbarrial umsetzen und eine freie, souveräne und demokratische verfassungsgebende Versammlung einberufen.

11. Mit Hilfe direkter Unterstützungsaktionen, die Abschaltung der Wasser-, Erdgas-, Strom und Telefonversorgung derjenigen vermeiden, die ihre Gebühren nicht zahlen können.

12. Vor den internationalen Gerichtshöfen ein Prozess gegen die Mitglieder aller argentinischen Regierungen vom Militärputsch des 24. 03.1976 bis heute wegen wirtschaftlichem Genozid (sic) und Menschenrechtsverbrechen anzustrengen.

13. Generalstreik im Falle eines Putschversuchs.

14. Keine Preissteigerung und unzähliges mehr.

Das große Manko dieser teils kämpferischen, teils utopischen, teils widersprüchlichen Beschlüsse ist, dass sie mit den Regierungsinstitutionen oft einen Adressaten haben, der von den Asambleas Populares zu Recht mit Sprüchen und Forderungen ("que Se vayan todos", alle sollen gehen) negiert werden.

Trotzdem bilden die Volksversammlungen einen Keim von direkter Demokratie, der in die Zukunft zielt. Sie sind heute für viele nicht nur ein Ort der Debatte und Verständigung, sondern auch ein Ort, um Überlebungsstrategien (gemeinschaftliche Gemüsegärten, Arbeitsbörsen, etc.) und zivilen Ungehorsam zu entwickeln. Morgen können sie sich schon zu einem positiven Machtfaktor entwickeln.

Für die linken Parteien, die die sozialen Unruhen vom 19. und 20. Dezember zunächst verschlafen haben, bilden sie eine Chance politisch zu wachsen. Zumindest ist bei den Versammlungen nichts von der traditionellen Scheu der "Normalbürger" vor den Linken zu spüren.

Das wissen die Regierenden und versuchen zu infiltrieren, zu spalten und mit Drohungen und mit Gewalt zu schwächen, besonders in den von den peronistischen Schlägertrupps dominierten Vororten von Buenos Aires. Dank der gegenseitigen Unterstützung der Stadtteilversammlungen waren diese Versuche bis heute erfolglos.

Zur Zeit werden immer mehr Volksversammlungen gegründet, dagegen stagniert die Zahl der Beteiligten bei den älteren (sie bestehen seit Mitte Januar). Was den Inhalt und die Form der Debatten betrifft, ist er so unterschiedlich wie das Bewusstsein der TeilnehmerInnen. Und das Ergebnis ist oft so positiv, wie in der Versammlung von Quilmes Centro, die seit Mitte April die Versammlungen nicht mehr mit dem sonst üblichen Anstimmen der argentinischen Hymne beginnen.

Angesichts der geringen Legitimität versucht sich die Regierung von Präsident Eduardo Duhalde bis zu den nächsten Wahlen im März 2003 durchzulavieren. Sie versucht einerseits neun Milliarden US-Dollar vom IWF und andererseits die sozialen Unruhen in den Griff zu bekommen. Eine Quadratur des Kreises. Denn die Auflagen des IWF für die Finanzspritze sind rigoros. Kürzung der Staatsausgaben, Erwirtschaftung von Exportüberschüssen, um die Auslandschulden abzubauen, weitere Öffnung der Finanz- und Handelsmärkte. Auflagen, die die soziale Situation der Menschen im Lande weiter verschlechtern werden. Zusätzlich sollen die neun Milliarden US-Dollar vorrangig für die Tilgung der Schulden bei den Banken eingesetzt werden.

Krisenlösungen und Proteste

Eingekeilt zwischen den berechtigten Forderungen der Bevölkerung und den "Vorschlägen" des IWF, hat die Regierung den unmöglichen Mittelweg gewählt, was zwar zu einer hohen Fluktuation des Kabinetts führt, aber

die Krise nicht löst. Egal wie sie heißen, es sind alles Technokraten, die sich zwar für makroökonomische Daten interessieren, aber selbst diese falsch interpretieren.

Denn wenn es außerhalb der Regierung über etwas Konsens gibt, dann darüber, dass nur binnenmarktstimulierende und nachfrageschaffende Maßnahmen die Rezession bremsen können.

Um die sozialen Unruhen im Zaum zu halten, werden Proteste jeglicher Art von der Regierung geduldet und gleichzeitig selektive Sicherheitsmaßnahmen durchgeführt. Um Plünderungen zu vermeiden, werden die großen Kaufhäuser von der Polizei oder von Spezialeinheiten geschützt, während die kleinen Händler versuchen, sich mit Handwaffen gegen Überfälle zu wappnen.

Eine weitere Maßnahme, um die Lage etwas zu beruhigen, ist das neu aufgelegte Sozialprogramm. Dabei erhalten zwei Millionen arbeitslose Familienvorstände eine Arbeitslosenhilfe von 150 Pesos monatlich - ca. 50 US-Dollar. Da dieser Betrag unter der Armutsgrenze liegt und mit Arbeitszwang verbunden ist, wird das Programm von linken Parteien und Gewerkschaften als Lohndrückerei abgelehnt.

Die beste soziale Waffe der Regierung aber ist das skandalöse Stillhalten beider Flügel des bürokratischen peronistischen Gewerkschaftsverbandes CGT: der "offizielle", und der "oppositionelle" Flügel. Die anderen, mehr oder minder kämpferischen Gewerkschaften, Organisationen von Arbeitslosen, Piqueteros, Volksversammlungen etc. haben vom 23. bis 28. Mai Proteste und einen Generalstreik angekündigt.

Regierung mit hohem Verschleiß

Eine Art von Staat geht in Argentinien zu Ende; ein Staat, der von der heutigen Regierung und den daran beteiligten Parteien repäsentiert wird. Viele ArgentinierInnen glauben, dass es um ein moralisches Problem geht, nämlich das "Argentinier eben so korrupt sind" - wie es aus den USA und dem IWF zu hören ist. Viele suchen deshalb vorrangig nach politischen Köpfen, die nicht nach Korruption riechen. Das erklärt den Beliebtheitsgrad "integrer Menschen", wie die Vorsitzende der Mitte-links-Partei Argentina para una República de Iguales (ARI), Liliana Carrió, oder des trotzkistischen Deputierten Luis Zamora. Dabei überhören sie die Stimmen, wie die von Zamora, oder die der Stadtteilversammlungen, die eine andere Art von Demokratie fordern: Delegierung statt Vertretung, jederzeitige Abwahlmöglichkeit der Delegierten, Entscheidungsgewalt bei den Volksversammlungen, etc.

Nachdem Argentinien den Rezepten des IWF bis zum bittersten Ende folgte und damit auf die Schnauze fiel, könnte das Land heute ein autonomeres Projekt starten. Ein Projekt, das für andere Länder mit ähnlicher Ausgangslage Modellcharakter haben könnte.

Konsumkooperativen, Tauschbörsen, gemeinsame Gemüsegärten, Aktionen des zivilen Ungehorsams sind oft nur eine Überlebungstaktik, in der Konsequenz nicht viel anders als das Auswandern. Die 100 Fabriken aber, die von insgesamt 8.000 produzierenden ArbeiterInnen besetzt gehalten werden, gehen über das hinaus. Auf den Volksversammlungen wird nicht nur ein anderes Bewusstsein geboren, hieraus können sich auch Vorstellungen und Elemente für ein gerechteres System entwickeln. Sicherlich ist die enthusiastische Aussage der kanadischen Journalistin Naomi Klein falsch, wenn sie sagt: "Die Argentinier machen die Revolution und merken es nicht einmal". Die argentinischen ArbeiterInnen und viele verarmte Mittelschichtler sind sich bewusst, dass sie zunächst wieder einen starken Wohlfahrtsstaat mit mehr direkter Demokratie aufbauen können. Und wenn die Zeichen da sind, werden sie wohl auch die Revolution machen: bewusst, natürlich.

Juan Eduardo Gehring

Anmerkung:

1) siehe ak 458, S. 24, Tage der Hoffnung und des Zorns

27. Größte Nervensäge des Kontinents. Der Putsch in Venezuela und die "Doktrin der Freiheit"

Autor: Jürgen Wagner, IMI · Rubrik: Venezuela · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:21

Der am frühen Morgen des 12. April durchgeführte Staatsstreich in Venezuela ist wohl einer der kürzesten Putschversuche in der Geschichte Lateinamerikas: Bereits einen Tag später erwies sich der Versuch, die Machtverhältnisse in Venezuela zu kippen, als gescheitert. Bemerkenswert ist, dass die Medien hierzulande die Ursachen für diesen Coup ausschließlich in einer verfehlten Politik des venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez sehen. Die Verstrickung der USA in den Umsturzversuch wird dabei komplett ignoriert.

Statt dessen überwiegt die Freude darüber, dass dem "Klassenhass-Prediger und Revolutionsclown" Chávez endlich ein Denkzettel verpasst wurde, da Chávez ohnehin "die größte Nervensäge des Kontinents" ist, wie man im Spiegel weiß. (1) Die Fakten, die für den sozialistischen Präsidenten sprechen, verschweigt man, ebenso wie alle möglichen Verbindungen von Putsch und US-Interessen.

Schon seit seinem Amtsantritt stellte Chávez ein Ärgernis für die USA dar. Spätestens als er es auch noch wagte, den "US-Krieg gegen den Terror" zu kritisieren, waren seine Tage aus der Sicht Washingtons wohl gezählt. "Mr. Chávez wurde gewarnt, dass er einen dauerhaften Bruch mit seinem größten Ölmarkt riskiert, falls er seine Kritik an der US-Kampagne gegen den Terrorismus nicht aufgibt", berichtete die International Herald Tribune bereits am 23. November letzten Jahres. Natürlich streitet man in den USA jegliche Beteiligung an dem nun erfolgten Staatsstreich ab. Die von Außenminister Colin Powell gelieferte Begründung, weshalb daran kein Interesse bestanden habe, ist indes wenig glaubwürdig: "Wir unterstützen Demokratie, wir unterstützen die Gemeinschaft der Demokratien, die in unserer Hemisphäre existieren." (2) Aus diesem Grund lehne man den Sturz einer demokratisch gewählten Regierung ab. Da die Vereinigten Staaten bekanntlich aber schon immer Diktaturen als Demokratien und progressive Regierungen als Diktaturen verkauft haben, ist es auch in diesem Fall nicht wirklich verwunderlich, dass die Chávez-Administration - obwohl eindeutig demokratisch gewählt - nicht dem "Demokratieverständnis" der USA entsprach. Jedenfalls musste sie weg.

So kurz kann ein Putsch sein

Die Entscheidung hierfür fiel wohl bereits im November. "Es hat sich etwas geändert, als Chávez uns wegen unserer Militäraktionen in Afghanistan attackierte," sagte ein Mitglied der Bush-Administration: "Wir entschieden, dass wir das nicht durchgehen lassen werden." (3) Noch im selben Monat beriet ein zweitägiges Treffen von National Security Agency, Verteidigungs- und Außenministerium über die künftige Venezuela-Politik der US-Regierung. Kurz danach begann die US-Administration Chávez der Unterstützung des "Terrorismus" in Kolumbien, Bolivien und Ekuador zu beschuldigen. Und eine Anschuldigung Washingtons, Terroristen zu unterstützen, ist ja eine ziemlich gefährliche Angelegenheit. Spätestens da gab es vermutlich grünes Licht für die entsprechenden Kräfte in Venezuelas Militär und Opposition, den Coup vorzubereiten. (4) In der Folge wurde der Ton aus Washington immer rauer. Am 5. Februar erneuerte Powell die Kritik an Chávez und einen Tag später teilte CIA-Direktor George Tenet dem Senat bei einer Anhörung mit, dass sich in Venezuela "die krisenhafte Atmosphäre aller Wahrscheinlichkeit nach verschlimmern wird." (5)

Zwar wurde Chávez - auch von linker Seite - völlig zu Recht für seinen autoritären Führungsstil kritisiert. Darin - und nur darin - sowohl Ursache als auch Legitimation des Putsches zu sehen, trifft die Sache nicht. Nicht Cháves' Vorlieben für Autorität, Militär und Zensur waren in den Augen der venezolanischen Elite das Problem. Dass er die Kindersterblichkeits-, Arbeitslosen- und AnalphabetInnenrate gesenkt hat, hätte man ihm wohl auch durchgehen lassen, ebenso die vier Prozent Wirtschaftswachstum im letzten Jahr. Aber die massive Anhebung der Mindestlöhne und eine Landreform machten ihm innerhalb der Eliten viele Feinde. Der US-Administration missfiel außerdem seine offensichtliche Sympathie für andere renitente Staatspräsidenten, vor allem für Fidel Castro. Seine Weigerung, Washingtons "Anti-Drogen-Kampf" gegen die Guerilla-Organisation FARC in Kolumbien zu unterstützen, wurde von den USA heftig kritisiert und führen schließlich zum Entzug der Handelsbegünstigung.

Prediger und Clown vergeblich geschasst

Auslöser für die Ereignisse des 12. April aber war die Ölpolitik der venezolanischen Regierung. Denn Venezuela kommt im Zusammenhang mit dem Wunsch der Bush-Administration, eine größere Unabhängigkeit von den Ölimporten der Golfregion zu erlangen, als drittgrößtem Ölversorger der USA eine wichtige strategische Bedeutung zu. Nachdem Chávez die in Venezuela tätigen Ölfirmen dazu gezwungen hatte, deutlich höhere Abgaben an die Regierung abzuführen, machte er sich die Öllobby ebenso zum Feind wie den mächtigen venezuelanischen Gewerkschaftsbund CTV, der vor allem die privilegierten Beschäftigten der Ölindustrie vertritt. Im Zuge seiner Versuche, einen wenigstens etwas gerechteren Anteil an den Profiten aus den natürlichen Ressourcen des Landes zu erhalten, ernannte Chávez außerdem neue Direktoren für die staatseigene Ölfirma. Sie sollten eine neue Politik durchsetzen, die zum Ziel hatte, durch Einhaltung der OPEC-Quoten höhere Preise zu erhalten. Bis dahin überschritt das Land permanent die Höchstfördermengen und verkaufte somit sein Öl unter dem Weltmarktpreis. Hauptprofiteur dieser Politik waren die USA gewesen. Als Chávez dann auch noch ankündigte, die OPEC solle künftig auch als politisches Instrument gegen die imperialistische Politik des Westens eingesetzt werden, wurde dies in Washington wohl als Kriegserklärung aufgefasst.

"Washington konnte wegen seines Willens, die Welt nach dem 11. September zu dominieren, Venezuelas unabhängige Außenpolitik oder seine Rolle in der OPEC, seine mangelnde Unterstützung für Plan Colombia, seine guten Beziehungen zu Kuba und seine militante Einstellung gegen die neoliberale Globalisierung nicht tolerieren," urteilt Ignacio Ramonet, Herausgeber der Le Monde diplomatique.(6) "Undemokratische Aktionen, verursacht oder ermutigt von der Chávez-Administration", hätten die Krise "provoziert," hieß es hingegen in einer ersten Stellungnahme des US-Außenministeriums. (7)

Alles eine Frage der Demokratie

Dabei wird, wie auch in den meisten Medienberichten, vor allem auf die im Vorfeld des Putsches erfolgte Ermordung mehrerer Anti-Chávez-DemonstrantInnen angespielt. Allerdings stammten die ersten Schüsse während der Protestaktionen von Scharfschützen aus dem Anti-Chávez-Lager, und auch die ersten Toten waren unter den Anhängern der Regierung zu finden. (8) Genauso wenig Erwähnung finden die großen Demonstrationen zu Gunsten von Chávez, die ebenfalls im Vorfeld des Putsches stattfanden. Obwohl bereits kurz nach dem Putsch etwa 100.000 Menschen gegen den reaktionären Coup protestierten und es im Verlaufe der Auseinandersetzungen zu zahlreichen Todesopfern unter den Chávez-Anhängern kam, wird versucht, das Bild eines Regierungschefs aufrechtzuerhalten, der jegliche Unterstützung innerhalb der Bevölkerung verloren hat.

So lässt sich auch der Putsch als Sieg der Demokratie verkaufen. Kurz nach der Absetzung von Chávez erklärte der Sprecher des US-Außenministeriums, Phillip Reeker: "Wir möchten unsere Solidarität mit dem venezuolanischen Volk zum Ausdruck bringen und freuen uns darauf, mit allen demokratischen Kräften in Venezuela zusammenzuarbeiten, um die volle Wahrung der demokratischen Rechte sicherzustellen." (9) Zur selben Zeit protestierten in Venezuela bereits Tausende gegen die versuchte reaktionäre Machtübernahme. Trotzdem wurde von Washington alles versucht, um den Putsch als einen Ausdruck der demokratischen Kräfte Venezuelas darzustellen, die man zwar nicht forciert habe, aber trotzdem begrüße.

Gleichzeitig ließ man keine Zweifel daran aufkommen, dass man bereit war, die Legitimität der neuen Regierung voll anzuerkennen. Nachdem Chávez verhaftet, aber noch bevor Carmona im Amt war, erhielt die venezolanische Botschaft einen Anruf von Phillip Chicola, dem im US-Außenministerium für Venezuela zuständigen Mann, der mitteilte, dass Washington die Veränderungen im Land "versteht und begrüßt". (10) Tatsächlich aber wurde allein in den nur 24 Stunden, in denen die neue Regierung im Amt war, mit zahlreichen demokratischen Rechten von beispielsweise der Nationalversammlung oder dem Verfassungsgericht aufgeräumt. Vor allem aber wurden die kapitalfeindlichen Gesetze zurückgenommen, was angesichts der Tatsache, dass der zum Regierungschef auserkorene Pedro Carmona auch der Vorsitzende des venezolanischen Unternehmerverbandes ist, nicht verwundert. Dass der Putsch letztlich misslang, lag auch an dem Widerstand der anderen lateinamerikanischen Länder gegen den Coup und daran, dass die Ultrarechten keinerlei Zweifel daran ließen, die Macht allein an sich reißen zu wollen, womit sie weite Teile des Chávez-kritischen Lagers vor den Kopf stießen. Und nicht zuletzt lag es auch am Widerstand der Bevölkerung.

Inzwischen mehren sich die Hinweise darauf, dass Washington auch ganz direkt in die Vorbereitung des Coups involviert war. Man kann doch davon ausgehen, dass das Thema Chávez bei den zahlreichen

Besuchen mehrerer Putschisten im Weißen Haus zur Sprache gekommen ist. Nach Angaben des Observer begannen diese Treffen, bei denen auch Carmona selbst anwesend war, vor einigen Monaten und endeten erst wenige Wochen vor dem Coup. Die Besucher wurden im Weißen Haus von dem Mann empfangen, den George Bush zu seinem wichtigsten Politiker für Lateinamerika gemacht hat, nämlich Otto Reich. (11) Spätestens mit diesem Namen ist eigentlich alles gesagt. Otto Reich, der erzkonservative "US-Prokonsul für Lateinamerika" (12) und Drahtzieher der Iran-Contra-Affäre, ist für seine Erfahrung in der Einfädelung reaktionärer Umstürze bekannt. Mittlerweile werden diese Treffen nicht einmal vom Weißen Haus mehr bestritten, allerdings verneint man dort jede Beteiligung oder Unterstützung des Putsches. (13) Wie eng die Verbindung zwischen den Putschisten und der Bush-Administration waren, zeigt auch die Tatsache, dass am Tag des Putschversuchs Otto Reich die lateinamerikanischen und karibischen Botschafter zu sich rief. Er erklärte ihnen, dass die Entfernung von Chávez keine Erschütterung demokratischer Prinzipien darstelle und dass die USA die Carmona-Regierung unterstützen würden. (14) Offensichtlich ließen die USA keine Zeit verstreichen, die neue Regierung fest in den Sattel zu setzen, was es umso schwerer vorstellbar macht, dass dies alles ohne Einverständnis und Unterstützung der Vereinigten Staaten abgelaufen sein soll. In der Tat gab inzwischen einer der wichtigsten Putschisten, Admiral Carlos Molina, an, er habe mit Unterstützung Washingtons gehandelt. (15)

Putschisten-Smalltalk im Weißen Haus

Worum es eigentlich geht? Selbstverständlich: um Freiheit. Ein Artikel des konservativen Policy Review, mit dem bezeichnenden Titel "Die Freiheitsdoktrin", formuliert dies folgendermaßen:

"Eine neue große Vision für die Anwendung amerikanischer Macht ist nötig. Die Verfolgung der Freiheitsdoktrin erfordert zunächst die Eindämmung und danach die Eliminierung der gegen die Freiheit gerichteten Kräfte, seien es Individuen, Bewegungen oder Regime. Danach kommt die Konstruktion pro-freiheitlicher Kräfte. Letztlich kommt die Etablierung von Regierungen, die die Freiheit ihrer eigenen Bevölkerung ebenso schätzen und schützen, wie dies die Vereinigten Staaten tun." (16)

Die Richtung, auf die man hierbei zusteuert, ist die direkte Unterwerfung der nichtwestlichen Welt unter die Regeln des Westens, wobei jedes Mittel recht zu sein scheint, gleichzeitig aber das Recht keine Bedeutung mehr besitzt.

Nicht nur sogenannte "Schurkenstaaten" könnten, wie das Beispiel Venezuela zeigt, gezielten Angriffen ausgesetzt werden, sondern alle Regierungen, die westlichen Interessen im Wege stehen. Das Ziel des Ganzen brachte der italienische Präsident Silvio Berlusconi auf den Punkt: "Der Westen ist dazu bestimmt, die Völker zu verwestlichen und für sich zu erobern." (17)

Jürgen Wagner, Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

www.imi-online.de

Anmerkungen:

1) Matussek, Mathias, "Die Armee ist ein Prachtweib", Der Spiegel, 17/2002.

2) Yahoo News, "Evidence of possible US hand in Venezuela coup mounts, Washington denies", yahoo News, 22.04.02.

3) Boadle, Anthony, "U.S. Gets Tough on Chávez, Will Not Back His Ouster -Bets on Chávez Won't be in Office Much Longer", yahoo News, 07.03.02.

4) Hallinan, Conn, "U.S. Shadow over Venezuela", Foreign Policy in Focus, A Global Affairs Commentary, 17.04.02.

5) Boadle, a.a.O.

6) Ramonet, Ignacio, "The Conspiracy Against Chávez", El País, 17.04.02.

7) Yahoo News, a.a.O.

8) Ramonet, a.a.O.

9) Hallinan, a.a.O.

10) Yahoo News, a.a.O.

11) Vulliamy, Ed, "Venezuela coup linked to Bush team", The Observer, 21.04.02.

12) Ramonet, a.a.O.

13) Marquis, Christopher, "Pentagon to Investigate Its Role in Venezuela", New York Times, 23.04.02.

14) Vulliamy, a.a.O.

15) Marquis, a.a.O.

16) McFaul, Michael, "The Liberty Doctrine", in: Policy Review, April-May 2002.

17) Hamm, Brigitte/Hippler, Jochen/ Messner, Dirk/ Weller, Christoph, "Weltpolitik am Scheideweg: Der 11. September 2001 und seine Folgen", Stiftung Entwicklung und Frieden Policy Paper 19, März 2002, S. 3.

28. Aufgeschoben, nicht aufgehoben. USA bereiten Krieg gegen den Irak vor

Autor: Joachim Guilliard · Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Irak; US-Imperialismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:25

Man wirbt um Verbündete am Golf. Mit wechselndem Erfolg. Auch die Eskalation israelischer Besatzungspolitik in Palästina kommt ihren Plänen in die Quere. Dennoch planen die USA konsequent ihren Feldzug gegen den Irak.

So drückte der Gipfel der arabischen Liga in Beirut am Ende einen überraschend geschlossenen Widerstand der arabischen Staaten gegen die Kriegspläne der USA aus. Die Kameras zeigten Umarmungen des irakischen Vertreters Issat Ibrahim mit dem saudischen Kronprinzen Abdullah. In einer versöhnlichen Geste schüttelten sich unter dem Applaus der übrigen Gipfelteilnehmer auch der kuwaitische Außenminister Scheich Sabah al-Ahmad al-Sabah und Ibrahim die Hände, nachdem beide Länder ein Abkommen unterzeichnet hatten, in dem sie sich gegenseitig die Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität zusichern.

In der Abschlusserklärung des Gipfels verurteilten die anwesenden arabischen Führer die "Angriffsdrohungen gegenüber einigen arabischen Staaten, insbesondere dem Irak". Sie versicherten, jeden Angriff auf den Irak, sowie jede Bedrohung der Sicherheit eines arabischen Staates als Bedrohung der nationalen Sicherheit aller arabischen Staaten zu betrachten und forderten die Aufhebung der von der UNO gegen den Irak verhängten Sanktionen. Auch Bahrein, immerhin Basis der US-Marine am Golf, irritierte die US-Führung mit der Ankündigung, in Kürze wieder einen Botschafter nach Bagdad entsenden zu wollen.

Bereits auf seiner März-Rundreise in der Region hatte der Vizepräsident der USA, Dick Cheney, um Unterstützung für die Kriegspläne seiner Regierung geworben. Und war mit deutlicher Ablehnung konfrontiert worden. Alle Gesprächspartner hatten ihm zu verstehen gegeben, dass sie die israelische Besatzungspolitik im Moment mehr interessiert als mögliche Waffensysteme des Iraks.

Empfindliche Rückschläge eingesteckt

Wenn auch die überraschend klare Abweisung ihrer Kriegspläne durch Verbündete wie Kuwait und Saudi-Arabien ein empfindlicher Rückschlag für die USA ist, gibt es auch Anzeichen, dass die Rundreise von Cheney doch nicht völlig erfolglos war: Überraschend waren die Staatschefs von Ägypten, Jordanien, Katar, Oman und den Arabischen Emiraten dem Gipfel ferngeblieben. Das könnte bedeuten, so vermuten BeobachterInnen, dass diese engen Verbündeten der USA Cheney insgeheim ihre Unterstützung zugesichert haben und daher keine offizielle Gipfelresolution gegen den Irak-Krieg unterzeichnen wollten - trotz offizieller Ablehnung eines Irak-Krieges.

Ähnlich ambivalent stellt sich die Situation zwischen dem Irak und Kuwait dar. Zwar ist es dem Irak gelungen, auf diplomatischem Terrain Punkte zu machen: Kuwait sicherte in einer gemeinsamen Erklärung dem Irak "Sicherheit und territoriale Integrität" zu. Doch fraglich ist, wieviel ein solches Papier in der Realität wert ist. Denn unklar ist, wie Kuwait seine Zusicherung mit den von seinem Boden aus durchgeführten britisch-amerikanischen Lufteinsätzen über dem Süden des Irak in Einklang bringen will.

Eine viertel Million Soldaten

Immerhin deutet die kuwaitische Unterschrift unter diese Erklärung - fast zwölf Jahre nachdem das Scheichtum vom Irak annektiert worden war - darauf hin, dass auch die kuwaitische Herrscherfamilie in einem erneuten Krieg beträchtliche Risiken für die Stabilität der Region sieht. Doch Kuwait gilt als unverzichtbar für einen US-Angriff auf den Irak. Der Guardian gab unlängst - allerdings unbestätigte - Berichte wieder, wonach die USA in aller Stille ihre Truppenstärke in Kuwait bereits auf 25.000 bis 35.000 Mann und Frau erhöht haben. (1)

Die unnachgiebig ablehnende Haltung Saudi-Arabiens wiegt da schon schwerer. Zwar halten auch US-Strategen einen Krieg gegen den Irak ohne saudische Unterstützung für durchaus möglich. Trotzdem würde ein Angriff auf den Irak ungleich schwieriger. Schließlich war im Golfkrieg die Hauptstreitmacht der Allianz entlang der irakisch-saudischen Grenze zusammengezogen worden und einmarschiert. Folgerichtig

sind die USA nun dabei, einerseits den Druck auf Riad zu erhöhen und sich andererseits militärisch unabhängiger von der Ölmonarchie zu machen.

So haben die USA begonnen, umfangreiche militärische Ausrüstung von Saudi-Arabien nach Katar zu verlegen. Mehrere Firmen sind von den USA eingeladen worden, Angebote für den kompletten Umzug des Kommandozentrums der Prinz-Sultan-Luftwaffenbasis nach Katar in die Luftwaffenbasis Al Udeid zu machen. Diese ist eine der modernsten Anlagen am Golf, mit riesigen Hangars und den längsten Start- und Landebahnen der Region. Sie könnte die Luftwaffenbasis in Saudi-Arabien durchaus ersetzen.

Der Abzug militärischer Ausrüstung aus Saudi-Arabien bedeutet aber noch keinen Bruch in den schon länger angespannten Beziehungen zwischen der USA und Riad. Er soll wohl vor allem, wie auch mögliche Kürzungen von Waffenlieferungen, den führenden Kreisen der Golfmonarchie die Konsequenzen einer anhaltenden Ablehnung US-amerikanischer Wünsche drastisch vor Augen halten; war doch bisher die militärische Präsenz der USA auch ein Garant für den Fortbestand der Herrschaft des saudischen Königshauses. Dieses muss aber auch auf die zunehmend gegen die USA gerichtete Stimmung im Land Rücksicht nehmen - nicht nur unter der Bevölkerung, sondern auch in den höchsten Kreisen der Armee.

Aber seit dem mehrtägigen Besuch des Kronprinzen Abdullah in den USA Ende April hat sich das Klima zwischen den Regierungen offenbar verbessert. Über die Inhalte der Gespräche bezüglich des Iraks drang allerdings nichts nach draußen. Nach wie vor beharrt Abdullah aber auf der vordringlichen Behandlung des Nahostkonflikts.

Unterstützung für einen Militärschlag benötigen die USA auch von zwei weiteren Ländern. So muss Ägypten US-Kriegsschiffen die Durchfahrt durch den Suezkanal gestatten, und die Türkei Luftwaffenstützpunkte zur Verfügung stellen. Angesichts der großen Bedeutung der US-amerikanischen Militär- und Wirtschaftshilfe für diese Länder sehen US-Strategen hier ebenso wenig Probleme wie im Falle Kuwaits. (2) Diese Länder würden, so heißt es, ihren momentanen Widerstand schnell aufgeben, wenn es ernst werden würde, ebenso die kleinen Golfmonarchien. Generell würden sich viele Länder den USA anschließen, sobald sie sehen würden, dass ein Krieg gegen den Irak unausweichlich ist und Aussicht auf Erfolg hat. Denn nur so könnten sie sich ein gewisses späteres Mitspracherecht sichern.

Staatsstreich in der UNO

Mit einem Angriff auf den Irak ist nicht vor Jahresende zu rechnen, wie auch die New York Times in einem ausführlichen Bericht zum Stand der Kriegsvorbereitungen ausführte. Demnach sehen die Pläne des Pentagon eine lange Phase massiver Luftangriffe vor, gefolgt vom Einmarsch von Bodentruppen, wobei der Einsatz von bis zu 250.000 Soldaten erwogen wird. Alle Strategien, die auf einen Umsturz im Irak mit Hilfe bewaffneter oppositioneller Kräfte im Inneren zielen, seien verworfen worden. Weder ein Putsch noch ein durch Luftangriffe unterstützter bewaffneter Kampf lokaler Oppositionskräfte, analog zum Vorgehen in Afghanistan, könne zu einem Regimewechsel führen. (3) Allein die Aufstellung einer solchen Streitmacht aber wird einige Monate dauern.

In der Zwischenzeit bereiten die USA den Angriff auch auf diplomatischer Ebene vor. Wichtigstes Anliegen ist es, eine Lösung des Konflikts um potenzielle irakische Massenvernichtungswaffen auf dem Verhandlungswege zu verhindern.

Vor allem aus diesem Grunde ist vor kurzem auf Druck der USA der Generaldirektor der Überwachungsorganisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), der Brasilianer Jose Bustani, vorzeitig aus seinem Amt entfernt worden. Ein bis dato einmaliger Vorgang in der Geschichte der UNO, den der britische Guardian als "Staatsstreich" bezeichnete. (4) Dem international geachteten Diplomaten hatte die US-Führung vor allem eigenmächtige und schädliche Initiativen vorgeworfen. Bustani hatte sich intensiv darum bemüht, den Irak zum Beitritt zur Chemiewaffenkonvention zu bewegen. Ein Schritt, der für den Irak recht vorteilhaft sein könnte, da er dann den einheitlichen Inspektionen von Teams unterworfen wäre, die sich den Ruf konsequenter Unparteilichkeit erworben haben.

Misstrauen aus demselben Grund hegen die US-Falken offenbar auch gegen Hans Blix, den Chef des neuen UN-Inspektionsteams für den Irak, UNMOVIC, wegen dessen früherer Tätigkeit als Chef der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO). Diese war zuständig für die Beseitigung des irakischen

Atomwaffenprogramms gewesen und hatte die Arbeit 1997 gegen den Willen der USA für abgeschlossen erklärt. Blix hatte zudem angekündigt, er würde umstrittene Methoden der Vorgängerkommission UNSCOM nicht übernehmen. "Wir sehen unser Mandat nicht darin, zu demütigen, zu schikanieren oder zu provozieren." (5) Hans Blix hat allerdings eingelenkt. Er versichert nun den USA, dass er eine harte Gangart bei den Kontrollen fahren wird - sollte der Irak das zulassen. Die US-Regierung ficht dies immer weniger an: Colin Powell machte am 5.5. deutlich, dass sie sich "unabhängig davon, was Inspektoren tun werden" vorbehalten alles zu tun, "was ihnen angemessen erscheint", um die irakische Regierung zu beseitigen.(6)

Neben dem Krieg in Afghanistan, der noch deutlich mehr Kräfte bindet, als es sich die US-Führung wünscht, wird aber vor allem die Situation in Palästina den USA noch einiges Kopfzerbrechen bereiten. Solange der Krieg Israels gegen die Bevölkerung in den besetzten Gebieten anhält, können die USA auch von prinzipiell loyalen arabischen Staaten kaum Unterstützung erwarten. Für eine konsequente Politik gegen die Eskalation des Konflikts durch die israelische Regierung konnte sich die US-Regierung allerdings bisher nicht durchringen: Viel zu sehr sympathisieren die US-amerikanischen Falken mit dem militärischen Vorgehen Sharons, und viel zu eng sind die US-amerikanischen Interessen mit denen Israels verwoben.

Trotz Gegenwind das Ziel vor Augen

Vor der Rundreise von US-Vizepräsident Cheney sollte dessen Kriegswerben zwar mit einer UN-Resolution der Weg geebnet werden. In dieser Resolution ist von der "Vision" eines palästinensischen Staates die Rede. Doch die USA mussten erkennen, dass die arabischen Führer mit halbherzigen Lösungsansätzen nicht mehr zu ködern sind. Weit davon entfernt, das auf dem Gipfel in Beirut verabschiedete Friedensangebot an Israel zu unterstützen, ließen sie deshalb Israel weitgehend freie Hand bei der Wiederbesetzung der palästinensischen Autonomiegebiete. Einzig bei der Dauer der Aktion und dem Umgang mit Arafat und dessen Autonomiebehörde scheinen die USA den Israelis Grenzen gesetzt zu haben.

Die USA brauchen, gerade angesichts des Zögerns der arabischen Staaten, für einen Krieg gegen den Irak die volle Unterstützung Israels. Auch darum ist ein größeres Entgegenkommen der USA gegenüber den Arabern in der Palästinafrage nicht zu erwarten. Die USA bauen nun offenbar darauf, dass Israel den palästinensischen Widerstand in absehbarer Zeit militärisch brechen und zumindest für eine Zeit lang wieder eine gewisse Ruhe herstellen kann.

So bestimmt die Entwicklung des israelischen-palästinensischen Konflikts auch die Ausweitung des US-amerikanischen Feldzuges "gegen den Terror", und so zählt die palästinensische Bevölkerung zu den ersten Opfern dieser Erweiterung.

Dem Irak dagegen könnten die erheblichen Probleme, die sich dem Kriegskurs der USA entgegenstellen, noch eine längere Atempause verschaffen.

Joachim Guilliard

Anmerkungen:

1) "US paves way for war on Iraq", Guardian, 27.03.02

2) "Next Stop Bagdad", Foreign Affairs, March/April 2002

3) "U.S. Envisisons Blueprint on Iraq Including Big Invasion Next Year", New York Times, 28.04.02, s.a. Frankfurter Rundschau, 30.04.02

4) "Staatsstreich in der UNO", junge Welt, 29.04.02

5) ebd.

6) "US wants to oust Saddam even if he makes concessions", Guardian, 06.05.02

Die meisten angegebenen Quellen können unter www.embargos.de nachgesehen werden.

29. Abschied vom Katastrophenkataster. Nach Jahrzehnten blutiger Unterdrückung wird Osttimor unabhängig

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:36

Endlich einmal gibt es in Osttimor Grund zur Freude und zum Jubel. Am 20. Mai wird die frühere portugiesische Kolonie und geschundene Ex-Provinz Indonesiens unabhängig. Schwer wird's dennoch, sich mit den übermächtigen Nachbarn Australien und Indonesien zu arrangieren.

Man glaubt es ihm auf's Wort, wenn er versichert, auch als Präsident des jüngsten Staates "Auge, Ohr und Mund" seines Volkes zu sein. Xanana Gusmao ist von seinen Landsleuten mit überwältigender Mehrheit in das höchste Staatsamt gewählt worden. Er ist eine charismatische Persönlichkeit und gleichzeitig ein auf Ausgleich bedachter Politiker. Mithin am ehesten der Garant dafür, dass mit der endgültigen Unabhängigkeit eine schwere Erblast abgetragen und eine Zukunft ohne Furcht und Angst möglich wird. Schon einmal hatte Osttimor seine Unabhängigkeit ausgerufen, was ihm allerdings teuer zu stehen kam.

Gerade mal neun Tage hatte diese Unabhängigkeit gewährt, als indonesische Truppen am 7. Dezember 1975 Osttimor überrannten und Jakarta es ein Jahr später völkerrechtswidrig annektierte. Zufälliger Weise weilten im Dezember 1975 ausgerechnet der damalige US-Präsident Gerald Ford und sein Außenminister Henry Kissinger in Indonesien auf Staatsvisite. Seitdem das National Security Archive der George Washington University im Dezember 2001 Dokumente und Aufzeichnungen aus jener Zeit veröffentlichte, weiß man, mit welchem Zynismus Jakartas Politik in Washington bedacht wurde. Kissinger war einzig darauf bedacht, die indonesische Invasion sollte erst erfolgen, nachdem der Präsident und er wieder in den USA gelandet waren. Und so geschah es. "Ich weiß, was das Gesetz ist", rechtfertigte sich Kissinger vor Mitarbeitern seines Stabes im State Department, "doch kann es in unserem nationalen Interesse liegen ..., den Indonesiern die Zähne einzuschlagen?"

Mit freundlicher Unterstützung der USA

Jahrelang war das größte und bevölkerungsreichste Land Südostasiens der engste politische, militärische und wirtschaftliche Verbündete des Westens. Da war alles, was die 32 Jahre unumschränkt herrschende Suharto-Diktatur (1966-98) im Schilde führte, von den USA, Australien und der EU abgesegnet. UN-Resolutionen, sich aus Osttimor zurückzuziehen, wurden von der indonesischen Regierung müde belächelt. Immer wieder von Organisationen wie amnesty international und Human Rights Watch angemahnte Aktionen, die grausame Besatzungspolitik Indonesiens zu stoppen, verhallten ungehört. Bis zum Frühjahr 1999 waren über 200.000 der etwa 800.000 Einwohner zählenden Bevölkerung Osttimors infolge der indonesischen Okkupation ums Leben gekommen.

Als Dr. Bacharuddin Jusuf Habibie im Mai 1998 Suharto beerbte, schien sich die Lage in Osttimor kurzfristig zu entspannen. Immerhin stellte Habibie in Aussicht, Osttimor könne binnen weniger Monate in einem Referendum eigenständig über Autonomie, Unabhängigkeit oder den Verbleib zu Indonesien abstimmen. Er begründete diesen Schritt damit, Osttimor sei eine zusätzliche ökonomische Belastung für das von der Asienkrise seit 1997/98 schwer gebeutelte Land. Auch politisch ging es Habibie darum, im Ausland das Negativimage seines Vorgängers los zu werden und sich selbst als Neuerer darzustellen. Jedenfalls war damit erstmalig die Osttimor-Frage internationalisiert worden.

Zwar opponierten die Streitkräfte nicht offen gegen Habibie. Doch gezielt störten sie hinter den Kulissen einen friedlichen Ablauf des Referendums. Makaber war, dass ausgerechnet das indonesische Militär mit dessen ordnungsgemäßer Überwachung betraut wurde, obgleich bereits internationale Beobachter der UN-Mission in East Timor (Unamet) in der Hauptstadt Dili Quartier bezogen hatten. Zehn Monate vor dem Referendum gingen dann "integrationistische" - sprich: pro-indonesische - Milizen gegen alle vor, die verdächtigt wurden, gegen die fortgesetzte Herrschaft Jakartas zu votieren. Von der BBC mitgeschnittene Funkgespräche belegten die unheilvolle Allianz zwischen den Militärs und den Milizen. Dili wurde entvölkert, Tausende von Zivilisten abgeschlachtet und über 300.000 Menschen gewaltsam in die Berge oder nach Westtimor vertrieben. Der Befehlshaber der indonesischen Truppen in Dili, Oberst Tono Suratman, schwadronierte zwei Wochen vor

dem Referendum in einem Radiointerview: "Sagen wir es ganz deutlich: Wenn die Pro-Unabhängigkeitskräfte siegen, wird alles zerstört werden. Das wird schlimmer als vor 23 Jahren". (Australian Financial Review, 14.8.99)

Blutiges Referendum

Am 15. September 1999 schrieb der indonesische Historiker John Roosa in der New York Times: "Da das Pogrom vorauszusehen war, hätte man es leicht verhindern können. Aber in den Wochen vor der Abstimmung weigerte sich die Clinton-Regierung, mit Australien und anderen Ländern über eine internationale Truppe zu diskutieren. Selbst nach dem Ausbruch der Gewalt zögerte die Regierung noch mehrere Tage lang." Derweil mahnte UN-Generalsekretär Kofi Annan Indonesien seicht, seinen Pflichten nachzukommen. Das angekündigte Grauen nahm seinen Lauf, und die "westliche Wertegemeinschaft" schaute weg. Erst am 20. September 1999 landete die Vorhut der aus 15 Staaten zusammengesetzten International Force in East Timor (Interfet) in Dili, wo sie nur mehr Leichen beschauen und das Grauen vermessen konnten. Die vom Westen favorisierte "quiet diplomacy" kommentierte Anthony Lewis in der International Herald Tribune (8.9.99) als Neuauflage eines "Kissinger-Realismus".

Erst seit Mitte März laufen in Indonesiens Hauptstadt Jakarta die ersten Prozesse, in denen Milizionäre und Soldaten im Zusammenhang mit den Massakern im Sommer 1999 strafrechtlich belangt werden sollen. Vor den Kadi zitiert sind neben Abilio Soares, dem letzten Gouverneur Osttimors, und dessen ehemaliger Polizeichef, Brigadegeneral Timbul Silaen, allesamt nur "kleine Fische". General Wiranto, Ex-Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Ex-Verteidigungsminister, sowie der einstige Generalmajor und zeitweilige Chef des Osttimor-Kommandos Kiki Syahnakri (heute stellvertretender Generalstabschef der Armee) sind nicht einmal angeklagt. Und die Angeklagten befinden sich auf freien Fuß und genießen unbehelligt ein luxuriöses Leben.

Durch diese Prozesse wurde vermieden, dass - ähnlich wie in den Fällen Ruanda und Ex-Jugoslawien - auch für Osttimor ein Kriegsverbrechertribunal eingesetzt wurde. Dem Darling des Westens in Südostasien ist kulant eingeräumt worden, ein dunkles Kapitel seiner Geschichte selbst aufzuarbeiten. So wird denn mit großer Show ein kleines Häuflein relativ unbedeutender Figuren vorgeführt und eventuell verurteilt, um die ganz großen Schandtaten rasch zu vergessen. Schließlich werden die früheren Architekten des Staatsterrors dringend für neue Aufgaben gebraucht. Südostasien gilt Washington erklärtermaßen als "neue Zufluchtstätte für Terroristen". Um das zu vereiteln, bedarf es von der Schuld befreite Sicherheitskräfte.

Zweifelhafte Schutzmächte

Seit der Annexion Osttimors haben sämtliche australischen Regierungen Jakarta gehätschelt und wegen Osttimor ihre engen Geschäftsverbindungen mit dem Suharto-Clan nie trüben lassen. Vor allem die gemeinsame Erschließung von Öl- und Gasquellen im so genannten Timor Gap, der Wasserscheide, die Osttimor von Australiens Northern Territory trennt, erwies sich für beide Seiten als lukrativ. Doch spätestens mit der Unabhängigkeit Osttimors verlieren die zuvor bilateral ausgehandelten Verträge zwischen Indonesien und Australien ihre Gültigkeit.

Bereits Anfang Juli 2001 unterzeichneten für die australische Regierung Außenminister Alexander Downer und der Minister für Bodenschätze, Nick Minchin, gemeinsam mit dem Wirtschaftsminister Osttimors, Mari Alkatiri, und dem amerikanischen UN-Gesandten Peter Galbraith einen Vertrag zur Aufteilung der Offshore-Öl- und Gasvorkommen im Timor Gap. Bis heute aber schwelt ein komplizierter Rechtsstreit über die endgültige Zuordnung der Greater Sunrise Fields, ein Konflikt, der dadurch erschwert wird, dass Canberra einen Schiedsspruch des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag nicht akzeptieren will. So ist nicht nur die zwischen Canberra und Dili ursprünglich für den 20. Mai vorgesehene Vertragsunterzeichnung über die künftige Nutzung und Gewinnaufteilung aus den Erlösen der geförderten Öl- und Gasquellen gefährdet. Das vorwiegend agrarisch ausgerichtete Osttimor, dessen Bevölkerung hauptsächlich Subsistenzbauern sind, wäre von den wenigen Cash Crops wie Kaffee, Kakao, Cashewnüssen und Sandalhölzern kaum überlebensfähig. Für den avisierten Aufbau einer Bekleidungs-, Zement- und Tourismusindustrie bedarf es jener Finanzmittel, die sich Dili von eben dem neuen Timor Gap-Vertrag verspricht - im besten Fall eine Jahreseinnahme von umgerechnet etwas über 80 Millionen US-Dollar.

Das Geld wird dringend benötigt, da ab dem 20. Mai automatisch das Mandat der UN-Verwaltung für Osttimor (Untaet) endet, die seit Herbst 1999 die Geschicke des Landes lenkte. Eine Aufgabe, die sich der Untaet-Chef, der Brasilianer Sergio Vieira de Mello, leichter vorgestellt hatte. Er war selbstkritisch genug zuzugeben, dass mit zu viel Improvisation zu viel Zeit verloren ging und beträchtliche Summen an Hilfsgeldern für den Unterhalt des eigenen - häufig inkompetenten - Stabs aufgesogen wurden. "Wir hatten nie gedacht", so de Mello, "dass alles vorher Existierende am Boden zerstört und keine öffentliche Verwaltung mehr vorhanden ist". Zoll, Grenzschutz, ein Finanzministerium, eine Zentralbank, eine zivile Luftfahrtbehörde, ein Hafenamt sowie eine Justizverwaltung galt es aufzubauen. Häufig zum Leidwesen der Bevölkerung. Immer wieder beklagten Osttimoresen, dass sie selbst zu wenig oder zu spät in diesen Prozess eingebunden wurden. Das wird sich zwangsläufig ab dem 20. Mai ändern.

Rainer Werning

30. Xanana Gusmao: Jesuitenschüler, Guerillero, Präsident

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Indonesien · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:37

Bekanntlich ziehen sich Gegensätze an. Prototypisch vereint sind sie in Osttimors erstem Staatschefs Xanana Gusmao. Mit überwältigender Mehrheit ist er Mitte April gewählt worden, obgleich er es vorgezogen hätte, lieber Gemüse anzupflanzen oder Fotograf als Staatsmann zu werden. "Wenn ihr mich wählt", hatte der charismatische Gusmao seinen Landsleuten versichert, "verspreche ich euch, jede Last auf meinen Schultern zu tragen, die ihr mir aufbürdet".

Am 20. Juni 1946 als zweiter Sohn einer elfköpfigen Familie in der Ortschaft Manatuto geboren, verbrachte Jose Alexandre Gusmao vier Jahre in einem Jesuitenkonvent vor den Toren der Hauptstadt Dili, diente drei Pflichtjahre in der portugiesischen Armee und arbeitete dann im Innenministerium der Kolonialverwaltung. Als Gründungs- und Führungsmitglied der Fretilin (Revolutionären Front für ein Unabhängiges Osttimor) führte er eine Zeit lang deren Guerillaeinheiten an, bevor ihn schließlich die indonesischen Sicherheitskräfte gefangen nahmen. Mehr als sechs Jahre verbrachte er im Gefängnis, bis seine Haftstrafe in Hausarrest umgewandelt wurde. Am 7. September 1999 kam Gusmao endgültig frei und gilt seitdem als einer der Hauptarchitekten des unabhängigen Osttimor. Da er während seiner Haft Gedichte verfasste und Bilder malte, genießt er unter seinen zahlreichen AnhängerInnen auch den Ruf eines "Poetenkriegers".

Offensichtlich in klarer Einschätzung der extrem schwierigen Ausgangsbedingungen eines wirklich unabhängigen Osttimor favorisiert Gusmao die Aussöhnung mit Indonesien. Gleichzeitig befürwortet er eine Öffnung des Landes für ausländische Investoren und tritt selbst für eine Amnestie früherer pro-indonesischer Milizionäre ein. Das führte zu politischen Spannungen innerhalb der Fretilin, die sich überdies wenig glücklich darüber zeigte, dass Gusmao als unabhängiger Kandidat in die Präsidentschaftswahl gegangen war. Auch künftig ist ein Zwist zwischen Exekutive und Legislative nicht auszuschließen. Letztere wird mehrheitlich von der Fretilin gestellt, während der designierte Staatspräsident sich mehrfach gegen den seiner Meinung nach extravaganten Lebensstil einiger früherer Mitstreiter in der Bewegung ausgesprochen hat. "Nein, Präsident möchte ich nicht werden", sagte Gusmao vor Jahren, "verfolgt man die meisten revolutionären Kämpfe, muss man feststellen, dass deren Führer nichts mehr zu bieten haben, sobald sie Führungspositionen in der neuen Nation einnehmen". Fünf Jahre bleiben ihm, da eine Ausnahme zu werden.

Rainer Werning

31. Beinhart und flexibel. Alleanza Nazionale - Modell für den europäischen Neofaschismus?

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:02

Während Le Pens Triumph Europa erschütterte, ging Anfang April der Kongress von Alleanza Nazionale (AN) ohne großes Aufsehen über die Bühne. Die italienischen Neofaschisten präsentierten sich zugleich als verantwortungsvolle Regierungspartei und als traditionsbewusste Wertegemeinschaft. Durch ihre erfolgreiche Doppelstrategie sehen sich die AN-Strategen hinreichend legitimiert, über Italien hinaus zu wirken: als ideologisches Zentrum einer westeuropäischen Rechten, die im Bündnis mit konservativen Parteien auch anderswo regierungsfähig werden könnte.

Mit voller Absicht hatte die AN-Führung einen besonders symbolträchtigen Ort für ihren Zweiten Nationalen Kongress ausgesucht: Das jahrzehntelang rote Bologna, höhnte AN-Präsident Gianfranco Fini, verkörpere nunmehr "das Ende der sozialistisch-kommunistischen Hegemonie und den Beginn einer völlig neuen Phase, in der die Rechte entscheidend wird." In Bologna gelang Alleanza Nazionale eine Demonstration der Stärke. Zwar gibt es drei parteiinterne Strömungen: die Mehrheitsströmung destra Protagonista, die ultrarechte destra Sociale und die gemäßigt reformfreudige Nuova Alleanza. Die Einheit der Partei wird dadurch aber nicht in Frage gestellt; Gianfranco Fini wurde ohne Gegenkandidaten per Akklamation in seinem Amt bestätigt.

Für den Politologen Marco Tarchi ist Alleanza Nazionale sowohl eine europäische "Anomalie" wie ein mögliches Modell: eine Regierungspartei mit faschistischen Wurzeln und Traditionen, die gleichzeitig ihre bündnispolitische Wendigkeit ideologisch verwandten Strömungen in anderen Ländern zur Nachahmung empfiehlt. Zumindest die neofaschistischen Strategen wissen sehr gut, dass sie nur auf europäischer Ebene und nur im Bündnis mit den konservativen Parteien entscheidenden politischen Einfluss gewinnen können. Krakeeler wie Le Pen stören da eher; dessen Erfolg forderte AN-Präsident Gianfranco Fini mehr Differenzierungskunst ab, als die eigene Basis nachvollziehen kann: Die französische Präsidentschaftswahl, so Fini, zeige die schwere Krise der europäischen Linken. Die europäische Rechte aber müsse, anders als Le Pen, auf Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit und "nostalgische Mythen" verzichten und ein "Europa der Nationen" aufbauen - zusammen mit Jacques Chirac, dem Fini für den zweiten Wahlgang alles Gute wünschte. Das dürfte an der neofaschistischen Basis schwer vermittelbar sein. Überhaupt ist die Lage der Parteiführung weniger komfortabel als die Rahmenbedingungen erwarten lassen: Die Rechtskoalition verfügt nach Umfragen über eine satte 57-Prozent-Mehrheit, AN selbst liegt bei 13,4 Prozent (gegenüber 12 Prozent bei der Parlamentswahl am 13.5.2001), Gianfranco Fini behauptet sich Monat für Monat als populärster italienischer Politiker - auch weil er sich im Kabinett gegenüber den Hardlinern als Gemäßigter profiliert.

Säuberung der Medien und der Kulturindustrie

Diesen vergleichsweise moderaten Kurs hat der Kongress bestätigt. Nach den Streiks und Massendemonstrationen solle nun wieder der "soziale Dialog" eröffnet werden. Noch einmal trat Fini Demagogen wie Umberto Bossi entgegen, die Linke und Gewerkschaften für den Mord an dem Regierungsberater Marco Biagi mitverantwortlich gemacht hatten. (vgl. ak 461)

Dass bei so viel realpolitisch gebotener Mäßigung die "Identität" der Partei Schaden zu nehmen droht, war der Führung durchaus bewusst. Und so präsentierte sich AN denn nicht nur als Partei des sozialen Ausgleichs, sondern auch als Wertegemeinschaft. Dass es sich um alte Werte handelt, versteht sich von selbst. In seiner mehr als zweistündigen Eröffnungsrede sprach Fini immer wieder von der Geschichte als wichtigem Bezugsrahmen. Die in Bologna beschlossene Plattform, weitgehend identisch mit dem Text von Finis Eröffnungsrede, enthält im Abschnitt über die Schulreform u.a. die Forderung, im Unterricht solle weniger das 20. Jahrhundert behandelt werden als frühere und ruhmreichere Phasen der italienischen Geschichte. Ziel ist die Herausbildung und Förderung "nationaler Identität". Vaterland und Nation - das sind die Werte, die nicht nur in der Schule, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen die Richtung weisen sollen. Hier wird der Ton der Plattform (und der von Finis Rede) kämpferisch, gilt es doch, diese Ideale gegen den Widerstand der Linken durchzusetzen. Die nach 1945 durchgesetzte "sozialistisch-kommunistische Hegemonie" in der Kultur, die Massenmedien eingeschlossen, sei ungebrochen - eine schamlose Verzerrung der Wirklichkeit. Zum einen war die "kulturelle Hegemonie" der Linken, wo es sie wirklich gab, jahrzehntelang allenfalls ein Gegengewicht

zur politischen Hegemonie der Democrazia Cristiana. Zum anderen ist das Fernsehen als das wichtigste Medium zur Massenbeeinflussung seit Berlusconis Wahlsieg im Mai 2001 fast vollständig in der Hand der Rechten.

Von diesen Machtpositionen aus soll nun eine ideologische Offensive gestartet werden. Die linke Kritik an den Geschichtsrevisionisten Renzo De Felice und Sergio Romano - beide vertreten die These von den "guten Seiten" des Faschismus - soll in den öffentlich-rechtlichen Medien keinen Platz mehr haben. Statt dessen möchte Fini dort bislang "geächtete" Wegbereiter und Ideologen des Faschismus wie Filippo Marinetti und Giovanni Gentile gewürdigt sehen. Marinetti hatte in seinem 1909 veröffentlichten Manifest des Futurismus den Krieg als "Welthygiene" verherrlicht, "Moralismus und Feminismus" verurteilt; Gentile war als Erziehungsminister verantwortlich für die faschistische Schulreform des Jahres 1923, und noch im Juni 1943, kurz vor Mussolinis Sturz, hielt er eine berühmte Durchhalterede, um den Zusammenbruch des Regimes zu verhindern. So viel zu den italienischen "Patrioten" des vergangenen Jahrhunderts, an deren Denken sich die ItalienerInnen von heute orientieren sollen.

Die selbstkritische Beschäftigung mit der faschistischen Vergangenheit ist für Alleanza Nazionale ein für allemal abgeschlossen. Noch im Januar dieses Jahres hatte Fini mit der Bemerkung für Aufsehen gesorgt, er zähle Mussolini nicht mehr zu den "großen Staatsmännern des 20. Jahrhunderts". (vgl. ak 459) In Bologna erklärte Fini nun unmissverständlich, dass den Beschlüssen des AN-Gründungskongresses in Fiuggi nichts hinzuzufügen sei. Dort hatte die Partei im Januar 1995 "jede Form von Antisemitismus und Antijudaismus" verurteilt und den Antifaschismus als "wichtiges Moment" gewürdigt - für eine allerdings längst abgeschlossene Übergangsphase. Gleichzeitig steht Fiuggi aber auch für eine Bekräftigung der faschistischen Ideale. Dort hatte Fini den alten Kämpfern die Umwandlung des MSI in AN auch mit Beschwörungen der gemeinsamen Vergangenheit schmackhaft gemacht: "Der MSI war eine menschliche Gemeinschaft, ein Eid auf die Treue und sichere Werte, eine laizistische Religion des Dienstes am Vaterland, eine Schule der Moral", in der sie alle "zu Männern geworden" seien. (vgl. ak 375) Wenn Fini heute erklärt, in Fiuggi sei über die Vergangenheit alles gesagt worden und man könne sich nun der Zukunft zuwenden, dann bekennt er sich auch ein weiteres Mal zu seiner eigenen faschistischen Prägung und Erziehung und zu der in der "Kampfzeit" der 1970er Jahre geformten "Identität" der neofaschistischen Partei.

Faschistische Ideologen als Vorbilder

Wortführer der Destra Nazionale, des ultrarechten Parteiflügels, der immerhin 30 Prozent der Mitgliedschaft repräsentiert, wurden in Bologna noch deutlicher. Landwirtschaftsminister Gianni Alemanno riss die Parteitagsdelegierten zu Beifallstürmen hin, als er über seinen Traum von einem "neuen Italien" schwärmte: "Ein Traum, der unseren Vätern und Großvätern gehört. Denen, die im Ersten Weltkrieg am Piave gestorben sind, denen, die (im Zweiten Weltkrieg) in der Sahara oder in den russischen Steppen ihr Leben ließen. Den Burschen in den 70er Jahren, die fielen, weil sie den Mut hatten, die Tricolore zu schwenken." Gemeint ist das Banner des MSI mit der auf einer Grabplatte lodernden Flamme, das auch künftig Teil des Partei-Emblems bleiben wird. Bestrebungen von Adolfo Ursos Strömung "Nuova Alleanza", diese Flamme zu löschen, hatten schon im Vorfeld des Kongresses wütende Proteste ausgelöst.

Mirko Tremaglia, Minister für die ItalienerInnen im Ausland, sprach von einem "unerträglich scheinheiligen" Angriff auf Moral und Politik der Partei, der sich nicht nur gegen deren Geschichte, sondern gegen "unsere gesamte Politik" richte. Schließlich habe Giorgio Almirante, langjähriger Anführer des MSI, Gianfranco Fini zu seinem Nachfolger bestimmt - womit Tremaglia gleichzeitig den geistigen Gründer des MSI mit ins Spiel bringt: Benito Mussolini, in dessen "Sozialrepublik" von Salò Almirante zwischen 1943 und 1945 als Staatssekretär gedient hatte. Dass Almirantes Witwe in Bologna mit großem Applaus empfangen und von der gesamten Führungsriege herzlich begrüßt wurde, darf nicht als Randerscheinung abgetan werden. Diese symbolträchtige Geste sagt mehr über den "Geist" der Partei aus als manche glattgebügelte Passage der Politisch-Programmatischen Plattform.

Letztere ist in ihren realpolitischen Zielen nicht nur mit den Bestrebungen des italienischen Rechtsblocks vollständig kompatibel, sondern offensichtlich auch als Angebot an potenzielle Partner auf europäischer Ebene formuliert worden. AN bekennt sich:

- zu einer Art "Leitkultur", mit dem Vaterland als höchstem Wert und der Familie als dessen Keimzelle;

- zu "nationaler Identität" als Grundlage für die europäische Einigung;

- zu "Recht und Ordnung" als Markenzeichen für eine Politik der inneren Aufrüstung und der Abschottung nach außen.

Das könnte so oder ähnlich auch in beliebigen konservativen Wahlprogrammen stehen. Im Unterschied zu ihren nichtfaschistischen BündnispartnerInnen nennt Alleanza Nazionale diese Politik stolz beim Namen: Sie ist rechts, AN repräsentiert die italienische Rechte und hat es nicht nötig, sich als Partei der "Mitte" zu verkleiden.

Bemerkenswert deutlich formuliert ist auch die Forderung nach einer europäischen Geopolitik. Noch mehr Engagement Italiens und der EU wünscht sich AN auf dem Balkan als "der Brücke und der Verbindung in die kaukasischen und zentralasiatischen Regionen", aber auch im Nahen Osten und in Nordafrika, wo namentlich Ägypten, Tunesien und Libyen als strategische Partner Italiens genannt werden.

Pack schlägt sich, Pack verträgt sich

Eine weitere Besonderheit ist die Bekräftigung des "Präsidentialismus" (presidenzialismo). AN will eine gestärkte Exekutive mit einem direkt gewählten Regierungschef, der aus diesem Mandat des "Volkes" besondere Vollmachten ableitet. Das diesem Ziel zu Grunde liegende Ideal von einem "starken Mann", der den Staat lenkt und die "nationale Einheit" verkörpert, ist zwar nicht per se faschistisch. Dass es gerade in Italien in besonderem Maße Verdacht erweckt, hat Fini in seiner Rede mit dem Satz beiseite gewischt: "Der presidenzialismo ist in unsere politische DNA eingeschrieben." In der Plattform wird der gleiche Gedanke so formuliert: "Zur Geschichte von Alleanza Nazionale gehört der presidenzialismo." Gene und Geschichte wirken gemeinsam, man hat's "im Blut" und erwirbt es zugleich durch Traditionspflege ständig neu.

Mit dem Kongress von Bologna habe AN den Kampf um Hegemonie auch innerhalb des Rechtsblocks eröffnet, schrieb Liberazione, die Tageszeitung von Rifondazione Comunista. Allerdings wird gerade Fini nicht müde, seine Bündnistreue zu beteuern. Wegen möglicher Irritationen verzichtet AN einstweilen auch auf ein Beitrittsgesuch an die Europäische Volkspartei (EVP); diesem Zusammenschluss der christdemokratischen und konservativen Parteien in der EU gehört neben der CDU und Aznars spanischer Volkspartei auch Forza Italia an. Gastredner Berlusconi revanchierte sich in Bologna für Finis Rücksichtnahme mit dem denkwürdigen Satz, der Rechtsblock sei ein "eisernes Bündnis" (alleanza di ferro) - ein keineswegs zufälliger Anklang an den "Stahlpakt" (patto d'acciaio), das von Mussolini geprägte Wort für das Bündnis mit Nazi-Deutschland. Der Kampf um Hegemonie innerhalb des Rechtsblocks hat viele Facetten.

Js.

32. Baskenland: Massenprotest gegegen Batasuna-Verbot

Autor: Ralf Streck · Rubrik: Spanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:44

Zehntausende haben gegen die Kriminalisierung von Batasuna (vormals Herri Batasuna) demonstriert. Seit Monaten bastelt die spanische Regierung an einem neuen Parteiengesetz, um als Höhepunkt der Verbotswelle gegen Organisationen der baskischen Linken auch die ETA-nahe Partei verbieten zu können.

Nachdem der spanische Ermittlungsrichter Baltasar Garzón fast alle Organisation des Linksnationalismus verboten hat, geht er nun auch gegen Batasuna vor. Ende April ließ er elf Mitglieder festnehmen. Dass es der spanische Innenminister war, der die Aktion begründete, macht deutlich, wer hinter dieser Aktion steckt. Mariano Rajoy erklärte, Batasuna betreibe ein Netz zur Finanzierung der ETA und wasche in Steuerparadiesen deren Gelder. Auch in ihren "Herriko Tabernas" (Volkskneipen) würden Gelder aus "Geiselnahmen und der Revolutionssteuer" gewaschen und Militante rekrutiert. Obwohl er einräumte, "noch" keine Beweise zu haben, meinte Rajoy, die Verhaftungen zeigten, "dass Batasuna und ETA das Gleiche ist".

Batasuna-Sprecher Arnaldo Otegi hingegen erklärte, das Ziel der Aktion sei gewesen, "die ‚Herrikos` zu überfallen und womöglich zu schließen". Dafür hätten Tausende Polizisten bereitgestanden. Nur die vorzeitige Aufdeckung der Pläne habe dies verhindert. Klar ist, dass die Nationalpolizei völlig überstürzt handelte, nachdem Otegi einen Tag zuvor vor einer "Aktion großen Ausmaßes gegen Batasuna" gewarnt hatte. So erklärt sich, warum meist weder Haft- noch Durchsuchungsbefehle verfügbar waren. Dass inzwischen die Konten vieler Batasuna-Kneipen gesperrt wurden, weist darauf hin, dass sie das eigentliche Ziel der Aktion waren, obwohl nicht eine durchsucht wurde.

In der Begründung der Haftbefehle für zehn Batasuna-Mitglieder greift Garzón nach den üblichen vier Tagen Kontaktsperre die Vorwürfe von Rajoy auf und erklärt: Die Partei sei "ein weiteres großes Unternehmen" der ETA. Seit 1997 behauptet er, die Organisationen der linken Unabhängigkeitsbewegung seien Teile der ETA. Seither versucht Garzón das zu beweisen - erfolglos.

Anti-Terror-Pakt inkl. Parteiverbot

Die vielen Verbote, die Garzón ausgesprochen hat, entbehren selbst in den Augen des Nationalen Gerichtshofs jeder Grundlage. Garzón sei als Ermittlungsrichter bestenfalls zu vorläufigen Maßnahmen berechtigt, urteilten die Sonderrichter im März. Vor diesem Sondergericht haben die Verteidiger nun Widerspruch gegen die Verhaftungen eingelegt, weil "die Vorwürfe für die Haft nicht einmal konkretisiert wurden". Entlarvend sei auch, dass Garzóns schreibe, dass sich die "Anschuldigung mit der Zeit konkretisieren werden". Erneut scheint der Richter auf Foltergeständnisse zurückgreifen zu wollen. Die UNO hat in ihrem aktuellen Bericht zur Lage der Menschenrechte 58 Folterfälle von Basken in Spanien angeprangert.

Das Vorgehen der spanischen Regierung ist ein deutliches Indiz dafür, dass die Vorwürfe gegen Batasuna kaum beweisbar sind. Sonst müsste sie kein neues Parteiengesetz basteln. Da es aber 20 Jahre lang nicht gelungen ist, den Linksnationalisten eine direkte Verbindung zur ETA zu beweisen, muss nun ein neues Gesetz her. Es durchläuft gerade im Schnellverfahren das Parlament. Danach sollen Parteien verboten werden, die Gefangene oder Vorbestrafte zu Wahlen aufstellen und sich an "der Durchführung von Ehrungen für Terroristen" beteiligen. Unter diesen Bedingungen brächte auch die Erinnerung an Franco-GegnerInnen einer Partei ein Verbot ein, denn diese sind bis heute in Spanien nicht rehabilitiert.

So fragt sich Javier Madrazo, Minister für die Izquierda Unida (IU) in der baskischen Regionalregierung: "Wann wird die IU verboten, weil sie die Republik gegen die Monarchie verteidigt hat?" Die IU, die als einzige Partei Spaniens das Selbstbestimmungsrecht der Basken verteidigt, fordert die Sozialisten auf, ihren Pakt mit dem konservativen Partido Popular (PP) aufzugeben. Im "Anti-Terror-Pakt" hatten die PSOE und die PP das Verbot von Batasuna am 19. Februar vereinbart.

Linke und Nationalisten rücken zusammen

Die PSOE will nur kleine Veränderungen am Gesetz und seine rückwirkende Anwendung ausschließen, weil die Verfassung das verbiete. Doch nur so kann Batasuna bei den Wahlen im kommenden Jahr

ausgeschlossen werden. Zur Kritik der PSOE erklärte Justizminister Angel Acebes mit Hinweis auf die absolute Mehrheit der PP: "Die Regierung wird nicht wieder bei Null anfangen."

Batasuna hat mit einer Demonstration auf die Kriminalisierung geantwortet. Knapp 50.000 Menschen zogen Anfang Mai unter dem Motto "Stoppt den Faschismus" durch die Straßen Bilbaos. Otegi bedankte sich zu Beginn seiner Rede vor allem für die Solidarität der aus ganz Spanien angereisten AntifaschistInnen. Die Partei des Ex-Falangisten und Ministerpräsidenten José Maria Aznar nannte er "Faschisten", die von progressiven Kräften gestoppt werden müssten. Otegi nahm die Parole wieder auf, unter der die AntifaschistInnen gegen Franco gekämpft haben: "No pasarán!" (Sie werden nicht durchkommen).

Auch ehemalige BündnispartnerInnen von Batasuna hatten zur Demonstration aufgerufen. Anfang April waren die Organisationen Aralar, Batzarre, Zutik, die Eusko Alkartasuna (EA) und die französisch-baskische Partei Abertzalen Batasuna scharf von der ETA kritisiert worden, weil sie gemeinsam, aber ohne Batasuna, den Tag der Basken gefeiert hatten. ETA hatte behauptet, "sie wollten die Spaltung der linken Unabhängigkeitsbewegung in Szene setzen". Die Gruppen, die sich für eine Waffenruhe einsetzen, benutzten dafür den "bewaffneten Kampf als Ausrede", so die ETA. Zutik kritisierte daraufhin ETA als "Hindernis für die nationale und soziale Unabhängigkeit". Inzwischen gibt es starke Hinweise darauf, dass die fünf Organisationen bei den nächsten Wahlen gemeinsam antreten könnten. Zwar hat die EA-Chefin Begoña Lasagabaster das dementiert, aber der Unmut bei EA über das Bündnis mit dem Partido Nacional Vasco (PNV) in der baskischen Regionalregierung ist deutlich. Mehrfach hatte die EA den Basken eine Befragung zur Unabhängigkeit in dieser Legislaturperiode versprochen, doch die PNV verschiebt die bis zum St. Nimmerleinstag.

Ralf Streck, Donostia

33. DA DA DA - ein Hauch von Anarchie

Autor: DSe · Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren; Musik · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:29

Dass er die Biografie über Rio Reiser geschrieben hat, macht ihn eigentlich schon sympathisch. Dass er mit Marlene Jaschke verheiratet ist, lässt stutzen. Dass Hollow Skai nun den zweiten Band seiner "haarsträubenden, heftigen und hinterhältigen Geschichten zu Pop-Songs" veröffentlicht hat, ist unterhaltsam.

Skai, ehemaliger Mitarbeiter des deutschen Rolling Stone und des Stern, plaudert über 250 Seiten von "In-a-da-da-da-vida 2" aus dem Nähkästchen der Popindustrie, über Musiker, Songs, Majors, KritikerInnen. (Fast) Kein Text ist über zwei Seiten lang, und daher eignet sich das Werk ohne weiteres für das gelegentliche Blättern und Schmöckern. Wissen muss man das alles nicht. Aber es schadet auch nicht. Kostproben? Z. B. zum Thema Zensur in der Musik-, Radio- und TV-Landschaft. So berichtet Skai über den grotesken Vorfall, dass 1999 britische Sender den Song "The Light comes from within" von der ein Jahr zuvor an Krebs gestorbenen Linda McCartney nicht spielen wollten, weil dort ein angeblich "obszönes Wort" (das berüchtigte "F-Wort") gebraucht wurde. Die zuständige Plattenfirma brachte es sogar fertig, auf das Cover der Platte einen Warnhinweis anzubringen, der Eltern vor diesen anzüglichen Passagen warnte. Ehemann und Witwer Paul McCartney reagierte mit flächendeckenden Anzeigen in Tageszeitungen, in denen er solche Zensurmaßnahmen brandmarkte.

Auch Patti Smith kann von derartigen Dingen berichten. Der New Yorker Radiosender WNEW-FM weigerte sich Ende 1976, die vereinbarte Übertragung eines Konzerts zu senden, da Patti Smith einige Wochen vorher in einem Interview das Wort "Fuck" gebraucht hatte. Und wer von Dieter Thomas Heck über Jahrzehnte mit grausamer Schlagermusik gequält wurde, der kann sich nur amüsieren, wenn er über Stefan Raab ("Wir kiffen") erfährt, wie dieser von Heck die "Goldene Stimmgabel" erhält und sich beim Vortragen des per Voll-Playback eingespielten Songs konsequent weigert, die Lippen zu bewegen. Der vom Leistungsprinzip durchwirkte CDU-Mann Heck reagierte sauer und weigerte sich, die Gage an Raab zu zahlen, da "die zu erbringende Leistung" bei seinem Auftritt "nicht zum Tragen" gekommen sei.

Hollow Skai weiß auch zu berichten, dass Demokratie auch vor einer Band wie Grateful Dead nicht halt macht. Unter deren Fans kursierten monatelang Unterschriftenlisten, mit denen sie die Band dazu bewegen wollten, endlich den Song "Cosmic Charlie" wieder live zu spielen. Leider vergisst Mister Skai völlig zu erwähnen, ob das Erfolg hatte. (Eine andere Fan-Initiative war auf jeden Fall erfolgreich. Der Song "Keep your day job" blieb auf Druck der arbeitsunwilligen Deadheads jahrelang aus dem Band-Repertoire verbannt. Anm. ak)

Auch dass es Grenzen des Katholizismus gibt, wo man sie nicht erwartet hätte, beruhigt ein wenig. Auf die Frage einer Zeitung, ob nicht auch er wie so viele andere Künstler (Bob Dylan, B.B. King, Sasha) in den letzten Jahren im Vatikan vor dem Papst auftreten wolle, antwortete das ehemalige DKP-Mitglied Dieter Bohlen: "Das muss nicht sein. Wenn er unser Konzert sehen will, soll er kommen. Wenn ich beten will, gehe ich ja auch in die Kirche." Ach, warum hat Bob das nicht gesagt?

Auch Rocko Schamoni wartet auf seiner gerade veröffentlichten CD mit Geschichten auf. "Der schwere Duft von Anarchie" heißt die und ist bei Virgin erschienen. "Du bist verrückt, du bist so stark, du machst alles kaputt, das ist so sexy, Hass, Wut, Leidenschaft, Anarchie! The new frequenze by Rocko Schamonie" haucht eine verführerische Stimme im Intro. Und jede Übereinstimmung mit lebenden Werbespots der Parfumindustrie dürfte keineswegs zufällig sein. Nach der programmatischen Ansage "Wehr dich gegen den Staat" auf der letzten Platte, hat Schamoni diesen Herrschaftsapparat nun überwunden und sich ganz und gar dem herrschaftsfreien Raum hingegeben. Richtig sexy!

Im Interview mit dem Internet-Magazin Hinter-Net berichtet Schamoni: "Ich finde, dass die letzten fünf bis zehn Jahre im Zeichen des ‚Superkapitalismus` die Welt extrem verändert haben. Es geht nur noch um Geld, Markenbewusstsein und den Ausverkauf von Werten. Ich hatte das Gefühl, mich zumindest darauf beziehen zu müssen." Und so heißt die Singleauskopplung von "Anarchie" denn auch: "Geld ist eine Droge" (...und ihr seid alle drauf!) Der aufklärerische Tiefgang ist jedoch nicht sonderlich ausgeprägt, und es hat schon was Kurioses, dass ausgerechnet dieser Titel als Single veröffentlicht wird, nachdem Schamoni aus der Ecke der Indi-Labels (Trikont) zu Virgin gewechselt ist.

Musikalisch ist das Werk kaum auszuhalten. Ein wenig Jazz, Soul und Funk als Grundlage bügelt Schamoni zum Disco-Sound um. Live mag das ganz nett sein, aber als CD? Aufgeblasen wird der Sound durch fette Bläsersätze und immer wieder: Geigen. Manchmal ein wenig romantisch für die Engtanz-Fete ("Hier kommt die Nacht"), mal hart auf den Spuren eines alternden Entertainers, der nicht einsehen will, dass es zu spät ist. ("Discoteer"). Schräge eben oder - wie es in der Promotion so schön heißt - klingt wie Frank Sinatra. Dass dieser Mann als Punker groß geworden ist, mag man - was die Musik angeht - einfach nicht glauben. Nur gut, dass es Zeugen wie Schorsch Kamerun gibt.

Live kann es sich lohnen, Schamoni zu erleben. So lud er laut Neue Ruhr Zeitung jüngst bei einem Konzert sämtliche Besucher ein: "Wir haben 700 Zimmer im Hotel gemietet, ihr könnt nachher alle mitkommen."

Mit Schamoni, den Sternen, den Goldenen Zitronen und Bernadette La Hengst (früher Die Braut haut ins Auge, neue CD: "Der beste Augenblick in deinem Leben") haben nun fast alle ExponentInnen der Hamburger Schule Neues vorgelegt. Gerade veröffentlicht wurde die neue Single von Tocotronic, und das Album folgt in den nächsten Tagen.

DSe, www-rock-links.de

Hollow Skai, "In-a-da-da-da-vida 2", Hannibal Verlag, 273 Seiten

Rocko Schamoni, "Der schwere Duft der Anarchie", Virgin,

Rocko Schamoni on Tour 2002

17.5.: Augsburg, Kerosin

18.5.: München, Orange House

19.5.: A-Steyr, Röd@

20.5.: A-Wien, B72

22.5.: Leipzig, Moritzbastei

23.5.: Berlin, SO 36

24.5.: Hannover, Indiego Glocksee

25.5.: Bremen, Lagerhaus

26.5.: Hamburg, Markthalle

34. (Haar-)Risse im Putz Nachrichten aus der Welt der entlohnten und nicht entlohnten Arbeit

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:33

Nach längerer Pause setzten wir mit dieser Ausgabe die Rubrik "(Haar-)Risse" fort. Kurzmeldungen vom Leben, Leiden und Kämpfen in Fabriken, Klitschen, Büros, Haushalten, Arbeits- und Sozialämtern, lokal, national, international. Wie in der Vergangenheit auch verdankt diese Rubrik viel den MacherInnen von www.labournet.de.

Metall-Solidarität

Brasilianische DaimlerChrysler-ArbeiterInnen und hessische SchülerInnen zeigen sich gleichermaßen solidarisch mit dem augenblicklichen MetallerInnen-Streik. In Sao Bernardo haben 9.800 DC-Beschäftigte am Montag, den 6.5. aus Solidarität mit ihren streikenden KollegInnen in Deutschland eine halbe Stunde später mit der Arbeit begonnen. Sie haben außerdem auf einer Betriebsversammlung mit einem Abstimmungsergebnis von 100% beschlossen, keinerlei Streikbruch-Arbeit zu übernehmen, insbesondere keine Extra-Produktion von Achsen, Motoren usw., die nach Deutschland exportiert werden könnten. Am 7.5. und 8.5. sind die DC-ArbeiterInnen in den Werken Juiz de Fora und Campinas diesem Beispiel gefolgt.

Gleichzeitig unterstützt die LandesschülerInnenvertretung Hessen den Streik der MetallerInnen. In einem entsprechenden Flugblatt vom 7.5. heißt es: "Informiert euch im Unterricht über die Hintergründe des Streiks! Holt euch streikende ArbeiterInnen zur Diskussion in die Schulen! Besucht mit eurer Klasse streikende Betriebe und informiert euch so vor Ort! Solidarisiert euch mit den Streikenden, geht an die Presse! Beteiligt euch an Aktionen zur Durchsetzung höherer Löhne!" Die LSV-Hessen fordert: "Der Bildung wegen: 6,5% mehr Lohn!" und: "2 x 6,5% des Bruttosozialprodukts für die Bildung!

(www.labournet.de)

Gut gebrüllt, Löwe

Pech für die Musicalmetropole Hamburg. Letztes Jahr wurden die Renner "Cats" und "Phantom der Oper" bestreikt, dann wurden beide Stücke abgesetzt bzw. nach Stuttgart verlagert, und nun gibt's schon wieder Ärger mit dem neuen Aushängeschild Hamburger Weltoffenheit, "König der Löwen". Seit Wochen gärt es dort hinter den Kulissen, der Betreiber "Stage Holding" verweigert den Beschäftigten einen Tarifvertrag. Deswegen und wegen der extrem schlechten Arbeitsbedingungen sind am Freitag, den 3. Mai, zwei Drittel der Abendbesetzung von "König der Löwen" in einen unbefristeten Streik getreten. Das Musical gab es daher nur konzertant. Die Reaktion folgte auf dem Fuße. Nach einer Meldung der Hamburger Morgenpost vom 6.5. hat sich die Geschäftsführung unmittelbar nach Streikbeginn bereit erklärt, über einen Haustarifvertrag zu verhandeln. Der Streik bleibt z.Z. ausgesetzt.

(Hamburger Morgenpost)

Schlachtfeld Arbeitsplatz

Dass Arbeit krank macht, ist bekannt. Der britische Guardian berichtet am 2. Mai über einen offiziellen Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation der UN. Demnach leiden und sterben mehr Menschen wegen Arbeit als in Folge von Kriegen oder Drogen- und Alkoholmissbrauch. Jährlich sterben mehr als zwei Millionen Menschen auf Grund von Arbeitsunfällen oder Krankheiten, die sie sich bei der Arbeit zugezogen haben. Das entspricht einem Todesfall pro 15 Sekunden. Vor zwei Jahren lag diese Ziffer noch bei 1,2 Millionen. Das sind drei Mal so viel wie die jährlichen Kriegstoten (650.000) und entspricht einem täglichen Massaker wie demjenigen am 11.9.2001.

Nach dem ILO-Bericht sind die Landwirtschaft, die Baubranche und Minenarbeiten die drei gefährlichsten Beschäftigungsbereiche. Die ILO weist weiter darauf hin, dass Staub, Chemikalien, Lärm und Strahlung Krebs, Herzerkrankungen und Schlaganfälle verursachen. Die ILO macht gefährliche Substanzen für den Tod von 340.000 ArbeiterInnen pro Jahr verantwortlich, allein Asbest kostet 10.000 Tote im Jahr.

(www.labournet.de)

Internet-Stress

Und auch das Zentralorgan des bundesdeutschen Finanzkapitals, das Handelsblatt, weiß etwas über die Gefahren der Arbeit zu berichten. "E-Mail-Flut verursacht Stress im Büro" heißt eine Meldung vom 6.5. Der Wirtschaftspsychologe Klaus Moser von der Universität Erlangen hat im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 200 Beschäftigte zum Thema moderne Bürokommunikationstechnologien befragt und weitere 500 Beschäftigte zu ihren Erfahrungen mit E-Mail-Programmen. "Zehn Prozent der Beschäftigten sind inzwischen gestresst von den vielen E-Mails. Das führt zu Fehlzeiten in den Betrieben", sagt Moser. Insbesondere nach Dienstreisen ist die Aufarbeitung der aufgelaufenen Mails in der Arbeitszeit kaum zu bewältigen.

(Handelsblatt)

Dicker Hals

Folgender Leserbrief erschien in der Nummer 18 des GoG-Infos, der Betriebszeitung der oppositionellen GoG-Gruppe bei Opel-Bochum: "Was lese ich da im ‚Bo-intern`-Mitarbeiter-Info der Opel Geschäftsleitung vom 28.2.? ‚Vorzeitige Rückkehr aus der Arbeitsunfähigkeit` ...‚Wenn jede AU um nur einen Tag früher beendet wird, würde der Krankenstand um ca. 0,5% sinken! Auch das kann ein ganz wichtiger Beitrag zur Sicherung unseres Unternehmens sein.`

Was?, dachte ich, Soll ich auf meine Gesundheit scheißen, um ‚unser` Unternehmen zu retten? Vorm Ablauf des Krankenscheins wieder arbeiten? Ich riskiere, bald wieder krank zu sein und wegen häufiger Kurzerkrankungen wohlmöglich mit Kündigung bedroht zu werden? Um Opels Kosten zu senken und den Profit zu verbessern?

Ich kriegte so einen dicken Hals, dass er mir wehtat! Scheiße! Musste zum Doc! Eine Woche krank geschrieben! Zuhause überlegt: solltest Du doch lieber ein oder zwei Tage eher wieder hingehen? Bin ich blöd? Das macht ja noch zusätzlich krank, wenn Du Dich so unter Druck setzen lässt! Mensch, die wollen das vielleicht so. Denn mit Krankheitskündigungen können sie die Belegschaft billiger abbauen! Da kriegte ich schon wieder einen dicken Hals! Wieder zum Doc! Ein Woche Verlängerung!"

(www.labournet.de)

Protest gegen "La Migra"

Seit dem 11. September letzten Jahres sind auf den US-amerikanischen Flughäfen Blitzkontrollen des "Immigration and Naturalization Service", auch INS oder kurz "La Migra" genannt, an der Tagesordnung. Generell richten sich diese Kontrollen gegen die Beschäftigten diverser Subunternehmen, im Falle der Flughäfen aber auch gegen Passagiere. In Los Angeles konnte die "Migra" dabei auf die tatkräftige Unterstützung von Southwest Airlines zurückgreifen, die ihre Passagierlisten bereits gerastert der "Migra" zur Überprüfung vorlegte: spanischer Familienname plus One-way-Ticket gleich Latinos auf Arbeitssuche. So sind in Los Angeles an einem Tag 184 Personen kontrolliert worden, davon 183 aus Mexiko. Im Zuge dieser Kontrollen ist teilweise zu regelrechten Treibjagden durch die Flughäfen und über die stark befahrenen Zufahrtsstraßen gekommen.

Gegen diese Praxis hat die SEIU, die Gewerkschaft der Putz- und Reinigungskräfte, der "Janitors" seit Ende März Protestdemonstrationen an den Flughäfen in Los Angeles, Salt Lake City und San Francisco, aber auch in Boston und Chicago organisiert. Die SEIU, in der vor allem Latinos und Latinas organisiert sind, hat in den letzten Jahren insbesondere durch die Kampagne "Justice for Janitors" Furore gemacht.

In Los Angeles fordert die SEIU, die dort unter den Flughafenbeschäftigten 2.000 Mitglieder hat, ein sofortiges Ende der Spezialkontrollen. Sie kritisierte weiterhin die rassistischen Muster der Rasterfahndung sowie die "Operation Tarmac", bei der in den letzten Monaten 125.000 Flughafenbeschäftigte ohne amerikanischen Pass kontrolliert worden sind.

Die jüngsten gewerkschaftliche Protestaktionen fanden im Rahmen einer ganzen Reihe von Aktionen statt, die MigrantInnenorganisationen zusammen mit Gewerkschaften und kirchlichen Gruppen organisiert haben - für das Recht auf einen Führerschein auch für Menschen ohne amerikanischen Pass. Hintergrund dieser Proteste ist nichtzuletzt die jüngste amerikanische Rechtsprechung. Der Oberste Gerichtshof hat nämlich illegalisierten

ArbeiterInnen das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung abgesprochen, eine deutliche Abkehr von der bisherigen Rechtsprechung.

(www.labournet.de)

Schwierige Selbstbestimmung

Der positive Bezug auf die Rechte von IndianerInnen und indígenas kann manchmal schwierig bzw. widersprüchlich sein. Seit Jahren kämpfen indianische Organisationen in den USA um die Selbstverwaltung der Reservate und um die Kontrolle über wirtschaftlich bedeutsame Einrichtungen und Ressourcen auf ihrem Territorium: Bodenschätze, Nationalparks - aber auch Spielcasinos. Insbesondere das indianisch kontrollierte Glückspiel ist zu einem immer wichtigeren Wirtschaftsfaktor in den chronisch finanzschwachen indianischen communities und Reservaten geworden. So weit so gut. Im Januar letzten Jahres benutzte ein Casino-Betreiber in Arizona den "Tribal Souvereign Act" dazu, um in seinem Casino jede Form gewerkschaftlicher Organisierung zu verhindern. In diesem Gesetz wird "indianische Souveränität" so festgelegt, dass allgemeine arbeitsrechtliche Regelungen für Unternehmen in indianischem Besitz und im Zugriffsgebiet der indianischen Selbstverwaltung nicht gelten.

In einer Anhörung vor dem Repräsentantenhaus haben vier hochrangige VertreterInnen der Native Americans zwar darauf hingewiesen, sie seien nicht a priori gegen Gewerkschaften, im Gegenteil. Allerdings sei das Glückspiel zu wichtig für die Ökonomie und die Finanzkraft der indianischen communities, als dass man es erlauben könnte, dass (nicht-indianische) Gewerkschaften in dieser Branche organisieren.

(www.labornet.us)

35. Flexi, flexi, flexi. Die IG Metall muss Lohnerhöhungen erstreiken

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:35

Die Appelle des Kanzlers an die "Vernunft" der Tarifparteien in der Metall- und Elektroindustrie wurden nur zum Teil erhört. Denn die Meinungen darüber, in welcher Höhe ein Abschluss "gesamtwirtschaftlich verträglich" sei, gehen in Politik, Medien und Wissenschaft nun einmal auseinander. Ohne eine Vier vor dem Komma will die IG Metall nicht aus der diesjährigen Tarifrunde gehen. Dass die Mitgliedschaft reale Einkommenszuwächse erwartet, zeigt die große Beteiligung an den Warnstreiks und die hohe Zustimmung zu Streiks bei den Urabstimmungen. Der schnelle Abschluss in der Chemiebranche tat der Konfliktbereitschaft ebenso wenig Abbruch wie der wahlkampfbedingte Schulterschluss von DGB und SPD. Und die Demoskopie stellte für Streiks zur Durchsetzung höherer Löhne erstaunlich hohe Sympathiewerte fest.

Die tarifpolitische Duftmarke setzte wie vor zwei Jahren die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Der neue Tarifvertrag für die Chemiebranche, nach wenigen Verhandlungen am 18.4. abgeschlossen, hat eine Laufzeit von 13 Monaten. Im ersten Monat gibt es pauschal 85 Euro mehr, danach für zwölf Monate 3,3 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Flexibel wie die IG BCE ist, stimmte sie einer Neuerung zu, die die betriebliche Komponente verstärkt: Die Gestaltung des 13. Gehalts, das bisher 95 Prozent des Monatseinkommens ausmachte, wird nunmehr stärker an den wirtschaftlichen Erfolg des jeweiligen Unternehmens gekoppelt und kann zwischen 80 und 125 Prozent schwanken. Über die genaue Quote müssen sich Betriebsrat und Unternehmen verständigen. Das ist ein weiterer Schritt in der Verbetrieblichung der Tarifpolitik und der Unterminierung des Solidaritätsgedankens. Die IG BCE rechnet das Ergebnis zu einem Abschluss in einem Gesamtvolumen von 3,6 Prozent hoch, während die Kapitalseite das Ergebnis mit "knapp über" 3 Prozent bewertet.

Bei aller Kritik - ein Abschluss in dieser Höhe war auch von linken KritikerInnen nicht erwartet worden und wohl auch nicht von den Arbeitgebern der Metall- und Elektroindustrie. Zum Zeitpunkt des Chemieabschlusses wurde von allen Seiten auch mit einem baldigen Abschluss bei Metall gerechnet.

Mit dem Chemieabschluss wurde neuer Druck aufgebaut. Angesichts der besseren finanziellen Situation der Unternehmen in der Metallbranche, angesichts der Erwartungen und der Stimmungslage der Metall-KollegInnen - und insbesondere nach den seit Ostern in der gesamten Republik organisierten Warnstreiks - war klar, dass das Ergebnis auf alle Fälle über dem Chemieabschluss liegen muss. Das Arbeitgeberangebot von rund 3,3 Prozent bei einer längeren Laufzeit des Tarifvertrags hatte eine reale Substanz von unter 3 Prozent. Dass dieses Ergebnis von der Basis nicht akzeptiert werden würde, war den gewerkschaftlichen Verhandlungsführern klar. Denn nicht ohne Grund hatten einige Vertrauensleutekörper eine Lohnforderung von über zehn Prozent aufgestellt. Nach den niedrigen Abschlüssen der letzten Jahre wollten sie zumindest an einen größeren Teil des selbst erarbeiteten Kuchens gelangen. Die 6,5-Prozent-Forderung, mit der die IG Metall in diese Tarifrunde ging, war schon ein Kompromiss in der eigenen Organisation.

Flexi-Streik fügt den Unternehmen kaum Schaden zu

Angesichts des provokatorischen Angebots der Arbeitgeber war die IG Metall gezwungen, das Scheitern der Verhandlungen zu verkünden und Urabstimmungen einzuleiten. Auf die große Beteiligung an den Warnstreiks folgten eindeutige Ergebnisse der Urabstimmungen im Tarifbezirk Baden-Württemberg (90 Prozent für Streik) und Berlin-Brandenburg (knapp 85 Prozent für Streik).

Der Eindruck drängt sich auf, dass in der IG-Metall-Führung der Streik nicht wirklich gewollt wird und die Verhandlungsführer eher zum Jagen getragen werden mussten. Allerdings war der Erwartungsdruck so groß, dass ein Eingehen auf das Angebot der Arbeitgeber erhebliche Mitgliederverluste bedeutet hätte. Die Kompromisslinie ist allerdings deutlich aufgebaut. Um die Durchsetzung der 6,5 Prozent geht es bei den Streiks schon lange nicht mehr. Es geht um die Vier vor dem Komma; dafür ist die IG Metall gerne bereit, eine längere Laufzeit zu akzeptieren, was dann real weniger als vier Prozent Lohnerhöhung bedeuten würde.

Die Durchsetzungsfähigkeit der IG Metall leidet unter anderem auch daran, dass der von der Kohl-Regierung gegen massive Widerstände der Gewerkschaften 1986 eingeführte §116 AFG (jetzt §146 SGB) von der rotgrünen Regierung nicht geändert wurde, obwohl das als Vorhaben im Koalitionsvertrag festgehalten ist. Nach diesem Paragrafen entfällt der Anspruch auf Kurzarbeitergeld für Beschäftigte in Betrieben, die wegen der Folgewirkung eines Streiks nicht arbeiten können, ohne selbst direkt in den Streik einbezogen zu sein (kalte Aussperrung).

Das brachte die IG Metall dazu, eine flexible Streiktaktik zu entwerfen. Zwar wurden in Baden-Württemberg mehrere Zehntausend KollegInnen zum Streik aufgerufen, aber die Streikdauer blieb auf eine Schicht oder einen Tag begrenzt. Der ökonomische Schaden für die bestreikten Unternehmen hält sich dadurch in engen Grenzen, der Produktionsausfall kann in kurzer Zeit wieder aufgefangen werden. Die Signale von Berthold Huber, Bezirksleiter der IG Metall in Baden-Württemberg und Verhandlungsführer, an die Arbeitgeber der Metallbranche sind deutlich: "Wir wollen keine Arbeitsplätze gefährden, der Volkswirtschaft keinen Schaden zufügen."

Mit dem Flexi-Streik soll zumindest so viel Druck aufgebaut werden, dass ein "akzeptabler Abschluss" erreicht wird. Akzeptabel scheint alles zu sein, was sich in der Nähe von vier Prozent bewegt. Bei der Mitgliedschaft der IG Metall wird das mit Sicherheit keine Begeisterungsstürme auslösen, denn seit 1993 stiegen die Reallöhne in der Metallverarbeitung gerade mal um 5,4 Prozent (in der Gesamtwirtschaft sanken die Reallöhne im gleichen Zeitraum gar um 6 Prozent), während die Nettogewinne in der Metallverarbeitung im Jahr 2000 bei 28,2 Milliarden Euro lagen. Umzuverteilen gäbe es also mehr als genug.

Georg Wißmeier

36. Harmonie wieder hergestellt. Die Kritik der Gewerkschaften an der SPD wird leiser

Die Gewerkschaftskritik an der SPD wird leiser

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: SPD; DGB und Einzelgewerkschaften · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:34

Über Hubertus Schmoldt, den Vorsitzenden der Gewerkschaft Bergbau, Energie, Chemie (IG BCE), wird kolportiert, dass er nach Höherem strebt, nämlich einem Ministerposten in der nächsten Bundesregierung. Das setzt allerdings voraus, dass die SPD an der Bildung der nächsten Bundesregierung beteiligt ist. Klare Gegenposition bezog Schmoldt jedenfalls zur innergewerkschaftlichen Kritik an der rotgrünen Regierungspolitik. In einem Brief an seine GewerkschaftskollegInnen warnte er vor einer Diskussion, die die Gewerkschaften "in einen massiven Gegensatz zur Politik der Bundesregierung zu bringen versucht." Die innergewerkschaftlichen SPD-KritikerInnen warnt Schmoldt vor "undifferenzierten und zum Teil falschen Argumenten", mit denen Rot-grün einer neoliberalen Politik bezichtigt werde.

Klaus Lang, der "Cheftheoretiker" der IG Metall, auf den sich diese Kritik bezieht, hatte nichts anderes getan, als darauf hinzuweisen, dass sich die "Gerechtigkeitslücke" auf Grund der Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung "eher vergrößert" habe. In einem Briefwechsel mit Joachim Poß, dem Vize der SPD-Bundestagsfraktion (dokumentiert in der Frankfurter Rundschau vom 8. April 2002), listet Klaus Lang einige Punkte auf, die seine Position untermauern:

- Die Verlagerung der Steuereinnahmen von direkten zu indirekten Steuern belastet die BezieherInnen niedriger Einkommen immer stärker;

- dagegen sinken die Steuern auf Vermögen und Vermögensverkehr;

- das Steueraufkommen aus Arbeitseinkommen erhöhte sich zwischen 1998 und 2002 um 4,2 Prozent;

- gleichzeitig ist das Steueraufkommen aus Kapital- und Gewerbeeinkommen um 12,8 Prozent gesunken.

Lang kommt zu dem Schluss: "Diese kurze Bilanz rechtfertigt mein Urteil über die Steuerpolitik in Bezug auf die Gerechtigkeitslücke mehr als eindeutig. Dass mit einer schwarz-gelben Regierung dies alles noch schrecklicher aussehen würde, ist mit großer Wahrscheinlichkeit zu vermuten. Aber unsere Glaubwürdigkeit in unserem Engagement für Arbeit und soziale Gerechtigkeit und gerade die scharfe Kritik an schlechteren Alternativen verlangt, auch die Regierungspolitik nach den von uns gewählten Maßstäben zu beurteilen." (FR, 8.4.)

Krisengipfel spielt "Bündnis für Schröder"

Die "Harmoniestörungen" (siehe ak 460) zwischen Schröder-SPD und Teilen des Gewerkschaftsapparates waren offenkundig und wurden als Warnsignale von der SPD-Parteiführung durchaus wahrgenommen. Am 24. März kam es zu einem "Krisengipfel", an dem neben dem noch amtierenden DGB-Boss Dieter Schulte, dem IG-Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel und dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske SPD-Chef Schröder und Kanzleramtschef Steinmeier teilnahmen. Das anschließende Kommuniqué teilte mit, dass die "atmosphärischen Störungen" nunmehr ausgeräumt seien.

Niederschlag fand die Gewerkschaftskritik auch in einem Brief Schröders an die SPD-Mitglieder, in dem er ankündigt, er werde in der nächsten Legislaturperiode die ABM bundesweit fortsetzen, an der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung festhalten und keine Trennung in Pflicht- und freiwillige Leistungen der Krankenkassen einführen. Damit hat sich zwar an der Negativbilanz der rotgrünen Regierung nichts geändert, aber die gewerkschaftliche Klientel ist mit Versprechungen für zukünftige Politik vorerst wieder beruhigt. Allerdings ist zumindest Teilen der Gewerkschaften die Vorgehensweise der Bundesregierung bei der Rentenreform durchaus noch geläufig. Von daher gibt es in den Gewerkschaften auch Zweifel an den Versprechungen aus dem Hause Schröder.

Die Botschaft der Regierungskritik aus dem Gewerkschaftsapparat lautete: Wahlen werden nicht nur in der Mitte gewonnen. Diese Kritik sollte den sozialdemokratischen Parteistrategen verdeutlichen, dass sich

zumindest Teile im Gewerkschaftsapparat nicht nur als Transmissionsriemen der SPD-Regierungspolitik verstehen.

Wie ernst Schröder die Gewerkschaftskritik nimmt, zeigte sich alsbald: Nur wenige Tage nach seinem Brief an die SPD-Mitgliedschaft wurde mit dem Verweis auf die rigiden Vorgaben der EU begründet, warum seine Regierung von der Konsolidierung der Staatsfinanzen und vom bisherigen Haushaltskurs nicht abweichen könne.

Georg Wißmeier

37. Schallende Ohrfeige vom Bundesgerichtshof. Letzter Angeklagter im Berliner RZ-Prozess haftverschont

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:46

Am 7. Mai wurde Harald Glöde nach mehr als 28 Monaten unter Auflagen aus der Untersuchungshaft entlassen. Offizieller Grund für diese "Großzügigkeit" des 1. Strafsenats des Kammergerichts Berlin, die er sich auch noch mit 60.000 EUR Kaution bezahlen ließ, war die Tatsache, dass die Mutter von Harald Glöde schwer erkrankt ist. Doch das ist nur die halbe Wahrheit.

Harald Glöde war der letzte Angeklagte im Berliner RZ-Prozess, der noch in U-Haft saß. Zuvor waren Matthias Borgmann ebenfalls wegen eines Unglückfalls in der Familie und die übrigen Angeklagten nach ihren Einlassungen in der Hauptverhandlung von der Haft verschont worden. Gegen die andauernde Inhaftierung ihres Mandanten legten die Anwältinnen Silke Studzinsky und Andrea Würdinger Beschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) ein. Bereits Anfang März hatten die beiden Verteidigerinnen von Harald Glöde in einer Presseerklärung auf den offensichtlichen Grund hingewiesen, warum ihr Mandant weiterhin in U-Haft sitzen muss: "Unter Umgehung des grundgesetzlich verbrieften Rechts des Angeklagten zu schweigen, schafft der Senat einen neuen, in der Strafprozessordnung nicht vorgesehenen Haftgrund, und zwar den der Aussageerzwingung."

Zwar wies der BGH mit Beschluss vom 25. April die Beschwerde ab. Gleichzeitig aber er knüppeldick in Richtung Kammergericht aus, heißt es doch in der Begründung: "Der Senat weist jedoch ausdrücklich darauf hin, dass die zunehmende Dauer der Untersuchungshaft unter Berücksichtigung der zu erwartenden Strafe nicht nur die Fluchtgefahr vermindern kann, sondern auch die Verhältnismäßigkeit in Frage stellt. Sofern die Hauptverhandlung nicht in absehbarer Zeit abgeschlossen werden kann, erscheint eine erneute Behandlung der Haftfrage veranlasst." Mit anderen Worten: Selbst der BGH sah das Ende der Fahnenstange erreicht und drohte damit, demnächst selbst aktiv zu werden und die Haft aufzuheben. Es hat ganz den Anschein, als habe das Kammergericht daraufhin die erstbeste Gelegenheit ergriffen, um ohne Gesichtsverlust einer Haftentlassung zuzustimmen. Noch am 3. Mai hieß es nämlich, die Erkrankung seiner Mutter könne höchstens dazu führen, dass Harald Glöde sie in Begleitung von Bullen im Krankenhaus hätte besuchen können.

Und auch in einer zweiten Angelegenheit handelten sich die Berliner RichterInnen einen Rüffel des BGH ein. Das Kammergericht hatte vor einiger Zeit einen Brief von Harald Glöde "als Beweismittel" beschlagnahmt, in dem er sich bitterlich über die "kriminelle Energie" seiner RichterInnen beschwerte. Das Kammergericht wollte in diesem Brief deutliche Indizien für eine bestehende Fluchtgefahr erkennen. Der BGH wies dieses Unterfangen zurück ("dem kann nicht gefolgt werden") und hob die Beschlagnahmung auf.

mb., Berlin

Harald ist raus!

Am 7. Mai war es so weit: Harald verließ, offensichtlich gut gelaunt, die Justizvollzugsanstalt Moabit. Schon ab 10.30 Uhr hatte sich eine Gruppe von ca. 20 UnterstützerInnen eingefunden, die trotz der Kälte und des ab und zu einsetzenden Nieselregens den fast vierstündigen Wartemarathon überbrückte, bis Harald um 14.28 Uhr durch die dicke Glasscheibe erkennbar wurde. Von BeobachterInnen war zu erfahren, dass ein Großteil des Empfangskomitees auch schon am wohl kämpferischsten Block der diesjährigen 1.-Mai-Demonstration teilgenommen hatte, der die Freilassung von Harald forderte. Als Harald dann plötzlich da stand mit einer Reise- und zwei Stofftaschen, keine sprungbereiten Bewacher neben sich, war die Freude groß: Küsse, Umarmungen, ein paar Blumen und auch ein paar Tränen - alles was zu einer Haftentlassung dazu gehört. "Ein bissel kurz war das schon", mäkelte einer mit bayerischem Akzent schmunzelnd, als Harald in dem roten Auto davonfuhr.

38. "Ich sah den Namen Bosch." Zwei ehemalige Zwangsarbeiterinnen erinnern sich (Dokumentation)

Polnische Frauen berichten über Zwangsarbeit für Bosch

Autor: Js. · Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:03

Wenn in den Medien das Thema Zwangsarbeit in Nazi-Deutschland behandelt wird, dann geht es meistens um die Frage der "Entschädigung". Das ist naheliegend und auch gut so: Denn dass die wenigen Überlebenden 57 Jahre nach Kriegsende immer noch um bestenfalls symbolische Beträge kämpfen müssen, ist ein bleibender Skandal. Mittlerweile sollen nach Angaben der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" 662.000 Anspruchsberechtigte Geld erhalten haben; die Zahlungen liegen bei durchschnittlich 1.963 Euro.

Der schleppende Umgang mit den materiellen Ansprüchen ehemaliger ZwangsarbeiterInnen fügt deren Leiden weitere Demütigungen hinzu. Vielen von ihnen geht es dabei nicht vorrangig um das Geld. Das zeigt ein beeindruckendes Buch über polnische Frauen, die 1944/45 als KZ-Häftlinge in der Dreilinden Maschinenbau GmbH arbeiten mussten, einer zum Bosch-Konzern gehörenden Fabrik im Berliner Vorort Kleinmachnow. Dass jemand aus Deutschland ihre Geschichte hören wollte, war für die noch lebenden Zwangsarbeiterinnen eine späte Genugtuung. Ihre Erinnerungen, in Einzel- und Gruppeninterviews erzählt, bilden den Hauptteil des Buches. Herausgegeben wurde es von der Berliner Geschichtswerkstatt, konzipiert und "gemacht" haben es die Historikerin Angela Martin, die Fotografin Hucky Fin Porzner und die Übersetzerin Ewa Czerwiakowska.

Im Vorwort beschreibt Wolfgang Benz die Kleinmachnower Maschinenfabrik als "ganz gewöhnliches Beispiel für die Rüstungswirtschaft des NS-Staates": ein Betrieb mit "hauseigenem KZ", im vorliegenden Fall ein Außenlager des KZ Sachsenhausen. Benz zeigt nicht nur die ungeheuren Dimensionen der Zwangsarbeit - acht Millionen "Zivilarbeiter" und Kriegsgefangene im Jahre 1944 -, er widerlegt auch die standardisierten Schutzbehauptungen der deutschen Unternehmer, die sich nach 1945 keiner Schuld bewusst sein wollten: "Man habe Zwangsarbeiter beschäftigen müssen, man habe sie gut behandelt, man sei für keinerlei Entschädigung zuständig."

Dass es für Meister, Vorarbeiter und Kontrolleure individuelle Spielräume bei der Behandlung der ZwangsarbeiterInnen gab, wie Benz hervorhebt, wird von den befragten polnischen Frauen bestätigt. Angela Martin macht in ihrem Text "Die Begegnungen mit den Zeitzeuginnen" allerdings deutlich, dass es "in der unendliche Kette von Erniedrigungen, rücksichtsloser Ausbeutung und Brutalität" nur "wenige überraschende menschliche Gesten" gab, die aber, so selten sie auch vorkamen, den Gefangenen "ein wenig Würde und Hoffnung" zurückgaben. Einige Frauen sagen auch ganz offen, dass in ihren Erinnerungen die Leiden eher gemildert erscheinen, weil sie "das Schlimme" vergessen und "das Positive" behalten wollen. Dass das nicht wirklich funktioniert, zeigen die Reaktionen der Befragten, von denen viele nach den Interviews tagelang unter Albträumen und Tränenausbrüchen litten.

Auch bei Gruppengesprächen mit Zeitzeuginnen aus dem "Klub Ravensbrück" und dem "Klub Sachsenhausen" in Warschau mussten die meisten Frauen weinen. Was ihnen angetan wurde, als sie jung, teilweise noch Mädchen waren, konnten sie auch im Alter nicht "bewältigen". "Die Frage, ob sie mit ihrem Leben zufrieden seien, haben nur wenige Frauen ohne Zögern bejaht", schreibt Angela Martin, "der Verlust ihrer menschlichen Würde, die extremen Erfahrungen von Hunger und Durst, grenzenloser Angst und Hoffnungslosigkeit haben das Vertrauen in Humanität und Zivilisation erschüttert." Angesichts des fortdauernden Leidens der Opfer ist das jahrelange Gezerre um winzige Entschädigungszahlungen, mit denen "Rechtssicherheit" für deutsche Unternehmen erkauft wurde, nur noch widerlich.

Natürlich ist das Buch parteilich und weit mehr als eine Solidaritätserklärung. Wer in ihm die eine, klar definierbare und nicht anzuzweifelnde Wahrheit sucht, wird aber zuweilen enttäuscht. Sehr unterschiedlich beantworten die Frauen die Frage, die in allen Berichten von KZ-Häftlingen eine Rolle spielt: Gab es im Lager Solidarität? Während die einen das bejahen, sprechen andere von einem "Mythos": Jede habe nur an sich gedacht. Eine dritte Position sieht Zusammenhalt und gegenseitige Hilfe auf Gruppen von drei bis fünf Personen beschränkt.

Wenn auch das Hauptverdienst an dem Buch bei den 50 ehemaligen Zwangsarbeiterinnen liegt, die bereit waren, ihre Erinnerungen zu Protokoll zu geben - rundum gelungen ist es durch die professionelle Arbeit der Autorin, der Übersetzerin und der Fotografin, die allem Anschein nach enorm viel Energie in ihr gemeinsames Projekt gesteckt haben. Hucky Fin Porzners Porträts der Zeitzeuginnen zeigen freundlich bis ernst blickende alte Frauen, denen man - zumindest nach Lektüre ihrer Erinnerungen - die durch Verschleppung, Zwangsarbeit und KZ-Haft erlittenen Verletzungen ansehen kann. Historische Fotos, auch Jugendfotos der befragten Frauen, und Faksimiles von amtlichen Dokumenten machen die Dimension des Verbrechens noch deutlicher. Bemerkenswert ist auch die Interviewtechnik. Statt einen standardisierten Fragenkatalog vorzugeben, haben sich die Interviewerinnen darauf beschränkt, "den Erzählfluss der Frauen mit wenigen Fragen zu lenken." Was beispielhaft gelungen ist.

Js.

Angela Martin: Ich sah den Namen Bosch. Polnische Frauen als KZ-Häftlinge in der Dreilinden Maschinenbau GmbH. Herausgegeben von der Berliner Geschichtswerkstatt e.V. Zweisprachig: deutsch und polnisch. Metropol Verlag Berlin, 2002. 320 Seiten, 17 EUR

"Ich sah den Namen Bosch"

Zwei ehemalige Zwangsarbeiterinnen erinnern sich (Dokumentation)

Die in dem Buch interviewten ehemaligen polnischen Zwangsarbeiterinnen wurden im Herbst 1944 verschleppt, nachdem die deutsche Besatzungsmacht den neun Wochen dauernden Warschauer Aufstand blutig niedergeschlagen hatten. Wir dokumentieren die Aussagen zweier Zeitzeuginnen in Auszügen:

"Die Strafe war wie lebenslänglich"

"Mein Vater und meine Schwester sind am 25. August nach Auschwitz verschleppt worden und dort schon im September umgekommen. Die Familie hat eine Nachricht erhalten: Todesursache Herzversagen. Meine Mutter ist nicht verhaftet worden, weil sie gelähmt war und im Bett liegen musste. Sie ist allein geblieben, ohne Betreuung, fremde Menschen haben sich ihrer angenommen.

Mich hat man nach Ravensbrück geschafft, ohne Familie. Auf diesem Transport sind viele Leute aus der Gegend gewesen, aus meinem Dorf und der Umgebung. Damals haben die Deutschen sehr viele Menschen gefangen genommen, sie haben vermutetet, dass wir mit den Partisanen zusammenarbeiten würden. Aber das war nicht wesentlich, wichtig war der Vorwand.

Im Lager Ravensbrück ist es, wie mir heute scheint, wie in jedem anderen Lager gewesen. Wir mussten uns nackt ausziehen, dann ging es ins Bad. Später sind wir selektiert worden, man hat unsere Augen geprüft und geschaut, ob wir jung und kräftig und für die Arbeit in der Fabrik in Kleinmachnow geeignet waren. Ich bin genommen worden, weil ich jung war und sehr gute Augen hatte.

In Kleinmachnow sind wir Frauen aus Lubliniec eine ziemlich große Gruppe und sehr solidarisch gewesen, denn wir alle hatten zusammen im Gefängnis gesessen. Die Zellen der Gestapo sind sehr groß gewesen, für 50 Personen. Aus zwei dieser Zellen sind Frauen nach Kleinmachnow deportiert worden - allerdings nicht alle, die älteren Frauen sind in Ravensbrück geblieben, ich weiß nicht, was mit ihnen geschehen ist.

Es ist sehr schwer, über all dies zu sprechen. Für mich sind die Misshandlungen nach der Verhaftung am schwersten gewesen. Das lässt sich nicht erzählen, mit normalem, rationalen Denken ist das nicht zu begreifen, es ist unannehmbar. Ich habe dabei zusehen müssen, wie meine Schwester geschlagen worden ist und umgekehrt, sie haben uns dazu gezwungen, damit wir alles gestehen und andre verraten. Wir sind nicht verurteilt worden, zum Beispiel zu zehn Jahren Haft; die Strafe war wie lebenslänglich."

Alfreda Goraczko (geboren 1927)

Täglich zwölf Stunden Arbeit für Bosch

"In Kleinmachnow hat die Arbeit zwölf Stunden gedauert, auch sonntags, ohne Unterbrechungen. Die Halle war riesig, sehr modern und schön, die einzelnen Abteilungen haben sich nur durch die Maschinen unterschieden, die dort standen. Aber wir hatten die ganze Zeit keine frische Luft, keine Sonne und kein

Tageslicht. An einigen Kisten habe ich die Aufschrift ‚Bosch` gesehen. Wir haben auch Löffel bekommen, auf denen ‚Dreilinden` stand.

Wir sind ständig hungrig gewesen, und ständig haben wir darüber geredet, was wir essen werden, wenn wir frei sind, wenn wir das Ganze überleben. Außerdem haben wir uns abends Bücher erzählt, die wir früher gelesen hatten. Das hat uns sehr geholfen.

Einmal sind wir an einem Häftling in gestreifter Kleidung vorbeigegangen, er sah so aus, als lebte er nicht mehr. Aber als wir direkt neben ihm waren, hat er den Kopf hochgehoben. Er lag am Wegesrand. Der Deutsche, der neben mir gegangen ist, hat abgewartet, er hat es nicht vor unseren Augen getan. Aber als wir vorbei waren, hat er ihn erschossen. Man durfte sie nicht zurücklassen, niemand sollte lebendig zurückbleiben, entweder ist er weitergegangen oder getötet worden. Wir haben auch gesehen, wie sich zwei Häftlinge von einer Gruppe entfernt haben. Hoffnungslos: Die Deutschen haben das mitbekommen, und dann hat man Schüsse gehört. Das war der Todesmarsch.

Wir sind von den Amerikanern befreit worden, in einem Dorf, das Wöbellin heißt. Man hatte uns in einer großen Scheune eingesperrt, zu essen gab es nichts, und zusammengekauert haben wir diese Nacht überstanden. Am Morgen haben wir einen Jungen gehört, wahrscheinlich einen Ukrainer, der bei den Deutschen gearbeitet hat. Er hat geschrien: ‚Frauen, ihr seid frei! Die Amerikaner sind da!` Soldaten in amerikanischen Uniformen sind gekommen. Als sie diese Frauen gesehen haben, dreckig, mit Heu im Haar, waren sie so erschrocken, dass sie davongelaufen sind."

Wieslawa Wnetrzewska (geboren 1924)

39. Gesundheit ist keine Ware. Heidelberger Aktionskonferenz beschließt Kampagne gegen Privatisierung

Autor: Georg Wißmeier · Rubrik: Gesundheitspolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:14

GKV und PKV, RSA und KBV, WHO und NHS, AOK und BKK, VDÄÄ und BÄK, VdAK und IKK, DMP und PPP. Mit freundlichen Grüßen ... Ein nicht unerheblicher Teil der Menschen, die am 20. April den Weg zur Heidelberger Aktionskonferenz "Gesundheit ist keine Ware" fanden, werden die Bedeutung dieser Abkürzungen im Schlaf aufsagen können. Denn die Proteste gegen die drohende Gesundheitsreform werden bislang hauptsächlich von Menschen organisiert, die aus beruflichen Gründen mit Krankheit und Gesundheit zu tun haben. Nach der Rentenreform steht die Gesundheitsreform ins Haus. Unabhängig vom Ausgang der Bundestagswahlen ist das eine durchaus ernst gemeinte Drohung. Allerdings deutet vieles darauf hin, dass es dagegen etwas stärkeren Widerstand geben wird als gegen die Rentenreform.

Rund 250 Menschen folgten der Einladung von attac, der IG Metall Jugend, der Initiative für einen Politikwechsel, der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken, medico international, der ver.di Jugend und dem ver.di Landesbezirk Baden-Württemberg ins Deutsch-Amerikanische Institut nach Heidelberg. So recht konnten sich die VeranstalterInnen nicht entscheiden, ob die Konferenz nun eher den Charakter einer Basisveranstaltung oder eines Funktionärstreffen haben soll - was bei diesem illustren Einladerkreis auch nicht wirklich verwundert.

Die Stärken der Konferenz wurden insbesondere dann deutlich, wenn konkrete Anliegen vorgetragen wurden, aber auch als der ak-Autor Werner Rätz für attac die Konferenz mit dem Eingeständnis eines Fehlers eröffnete: ",Die Verwirklichung des Menschenrechts auf Gesundheit steht noch aus`, hatten wir in der Einladung für die heutige Konferenz ... formuliert. Nun kann es kein Recht auf Gesundheit geben. Krankheit ist Teil des Menschseins und eine Gesellschaft, die Krankheit völlig ausmerzen wollte, müsste beginnen, die Kranken selbst zu beseitigen - wie es einige Zungenschläge zum Umgang mit Menschen am Beginn und am Ende ihres Lebens schon heute nahe legen." Eine notwendige und erfreuliche Klarstellung von attac in dieser Diskussion.

Erfreulich war auch die thematische Breite der von der DGB-Bundesjugendsekretärin Claudia Meyer moderierten Eröffnungsbeiträge. Globale Gesundheitsversorgung wurde ebenso thematisiert, wie die Gesundheitsversorgung von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Ein Mitarbeiter und eine Mitarbeiterin des Büros für medizinische Flüchtlingshilfe aus Berlin berichteten aus ihrer praktischen Arbeit, bei der sie sich allein in Berlin pro Jahr durch Weitervermittlung um die notwendigste medizinische Versorgung für ca. 1.200 "Papierlose" kümmern. Da diese PatientInnen dabei von Abschiebung bedroht sind, fordert die Flüchtlingshilfe eine Einbeziehung der Flüchtlinge in die medizinische Regelversorgung und einen Schutz vor Abschiebung und Kriminalisierung.

"Privatisierung ist Scheiße"

Wochenlange Streiks sind in Deutschland eher die Ausnahme. Auf der Aktionskonferenz berichtete der mittlerweile gekündigte BR-Vorsitzende der Dr.-Becker-Kliniken aus Nümbrecht von dem seit dem 10. Dezember 2001 währenden Streik der TherapeutInnen. Diese KollegInnen wurden ausgegliedert und ihnen wurden die Leistungen des vor drei Jahren bei der Dr- Becker-Unternehmensgruppe durchgesetzten Tarifvertrags verweigert. Dieser Streik ist sicherlich beispielhaft; die KollegInnen freuen sich über konkrete Solidarität und Unterstützung.

(www.drbeckerstreik.de)

In Arbeitsgruppen gab es danach die Möglichkeit zum Austausch von Erfahrungen und Einschätzungen über die Auswirkungen der Privatisierung und den Widerstand gegen Privatisierung; über Privatisierungserfahrungen aus den Ländern des Südens, über Welthandel und Gesundheit, Gesundheitsbelastung am Arbeitsplatz, die Interessen der Pharmaindustrie und Aktionsideen gegen die Gesundheitsreform.

Es folgte eine zähe Diskussion um die Resolution, die "Heidelberger Erklärung". Heraus kam schließlich ein Text mit vielen Fragen und Formelkompromissen und der Schlusserkenntnis: "Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen: Wir wollen, dass Privatisierung und Marktkonkurrenz im Gesundheitswesen gestoppt werden und eine demokratisch organisierte Gesundheitsversorgung für alle als öffentliche weltweite Aufgabe wahrgenommen wird." (1) Bis zur Bundestagswahl soll dafür eine sechsstellige Zahl von Unterschriften gesammelt werden.

Ob das erreicht werden kann, wird nicht unmaßgeblich davon abhängen, ob sich ver.di (der zuständige Fachbereich bzw. einzelne Bezirke) aktiv in dieses Bündnis einbringt. Von der ver.di-Zentrale wird die Gesundheitsreform jedenfalls als zentrales Thema in diesem Wahljahr betrachtet. Wieweit man dabei in die Auseinandersetzung mit Rot-grün geht, ist im Apparat umstritten. Beim Unterschriftensammeln konnte ver.di in jüngster Zeit allerdings Erfolge vorweisen. An der Westküste (Niebüll, Husum etc.) wurde vor kurzem ein Bürgerbegehren gegen die Privatisierung von Krankenhäusern erfolgreich abgeschlossen. Ein Erfolg, der jetzt auch ver.di in Hamburg animierte, gegen die Privatisierung ein Bürgerbegehren einzuleiten. In den nächsten Monaten sind noch weitere Aktivitäten geplant. Am 15. Juni wird attac einen bundesweiten Aktionstag durchführen; ver.di ruft für diesen Tag zu einer bundesweiten Demonstration nach Hannover auf und wird daran eine Aktionswoche zum Thema Gesundheitsreform anschließen.

Die Jugendorganisationen der Gewerkschaften rufen gemeinsam mit attac darüber hinaus zu einer Großdemonstration am 14. September nach Köln auf. Das sind durchaus unterstützenswerte Aktionen, ein fader Beigeschmack bleibt jedoch. Zumindest in Heidelberg gab es keine strategischen Widerstandsplanungen über den 22. September, den Tag der Bundestagswahl, hinaus. Gut möglich, dass sich die gewerkschaftlichen Kräfte mit einem Sitz am runden Tisch des Gesundheitsministeriums zufrieden geben, falls die SPD an der Regierung beteiligt bleiben sollte.

Unabhängig davon oder gerade deswegen sollten alle konkreten Kämpfe, Bürgerbegehren, Demonstrationen gegen die Gesundheitsreform unterstützt werden. Zum Schluss der Konferenz traf Werner Rätz noch eine wichtige Aussage: "Wenn wir den Satz ‚Privatisierung ist Scheiße` in die Köpfe kriegen, werden wir die Debatte um die Gesundheitsreform nach der Wahl auf ganz anderer Grundlage führen können." In diesem Sinne!

Georg Wißmeier

Anmerkung:

1) Die Erklärung findet sich unter www.attac-netzwerk.de/sozsich

40. Rebellion ist gerechtfertigt. 1. Mai in Berlin: Chance verspielt

Autor: mb., Berlin · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:43

Am Ende war alles so wie immer. Nach einem spannenden Auftakt im Vorfeld verlief der 1. Mai in Berlin wie gehabt. Traditionen sind eben verführerisch. Sie verleiten dazu, am vermeintlich Bewährten festzuhalten. Leider passiert es dann oft, dass mensch den Mut zum Neuen verliert.

Der 1. Mai in Kreuzberg ist so etwas wie ein linker Pop-Event. Mensch geht auf die Straße, schaut beim Fest auf dem Mariannenplatz vorbei und beteiligt sich an einer der Demonstrationen, deren politische Aussagen und Stoßrichtung dabei eine eher untergeordnete Rolle spielen. Dass dies alles in einer Konfrontation mit der Polizei endet, ist - für nicht wenige - fester Bestandteil dieser "Maifestspiele".

Für alles Reaktionäre gilt, ...

Allerdings gab es in diesem Jahr einen Vorstoß, daran etwas zu verändern. Zur Erinnerung: Im Vorfeld des 1. Mai forcierte ein "Personenbündnis für einen politischen und polizeifreien 1. Mai 2002 ihr Konzept des "DenkMaiNeu". Der Name sollte Programm sein. Das Personenbündnis ging im Kern auf diejenigen Kräfte zurück, die im vergangenen Jahr überhaupt erst eine 1.-Mai-Demonstration in Kreuzberg ermöglicht hatten. Es waren Bürger- und Menschenrechtsorganisationen wie das Komitee für Grundrechte und Demokratie, die Humanistische Union oder der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein sowie einzelne Abgeordnete der PDS, die damals eine Ersatzdemonstration anmeldeten. Daneben umfasste das Personenbündnis Kreuzberger Initiativen, LokalpolitikerInnen der Grünen und der PDS, attac, aber auch die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB). Es versteht sich "als Alternative zur ritualisierten Gewalt-Konfrontation". Das Konzept des Bündnisses, das maßgeblich von dem FU-Professor Peter Grottian entwickelt wurde, sah vor, dass am 1. Mai der Kiez zwischen Oranienplatz und Lausitzerplatz polizeifrei bleiben sollte. Stattdessen waren in diesem Gebiet vielfältige Veranstaltungen geplant - von Straßenfest und Kulturveranstaltungen bis zu Hearings und Diskussionsforen.

Teile der linksradikalen Szene in Berlin reagierten schroff ablehnend. Zwar waren auch innerhalb der linksradikalen Szene der Stadt die Bauchschmerzen mit dem 1. Mai immer größer geworden, doch angesichts des Vorstoßes des Bürgerbündnisses waren sie wie weggeblasen. Häufigster Vorwurf der vergangenen Jahre und vor allem auch der AAB, die in den 90er-Jahren zum organisatorischen Rückgrat der politischen Aktivitäten geworden war: entpolitisiertes Polit-Event, ritualisierte Kiez-Randale. Der Vorschlag "DenkMaiNeu" wurde allerdings als Befriedungsstrategie verstanden. "Befriedung ist angesagt, und wenn es nicht die Regierenden schaffen, dann versuchen es deren HelfershelferInnen", so etwa das Berliner Gegeninformationsbüro, "die Vordenker des Bündnisses scheuen sich nicht, mit dem Innensenat, den Polizeibehörden, den Grünen und Sozialdemokraten Strategien zu entwickeln, um den KreuzbergerInnen politische Inhalte und Ausdrucksformen für den 1. Mai vorzuschreiben."

... dass es nicht fällt, ...

Hauptvorwurf: Das Personenbündnis versuche über die Gewaltfrage, die linke Szene zu spalten, und die AAB würde sich an dem Spiel beteiligen. Die Strafe der vermeintlich legitimen VertreterInnen der Kiezinteressen folgte auf dem Fuß, als Ende März das Auto von Peter Grottian in Flammen aufging. Es hätte nicht dieses Anlasses bedürft, doch kurze Zeit später zog das Personenbündnis die Konsequenzen. "Das Konzept lässt sich nicht aufrechterhalten", so Grottians Resümee. Am Ende blieb vom ehrgeizigen Projekt des Personenbündnisses nur eine kleiner Diskussionsrunde vor der 18-Uhr-Demo der AAB übrig.

An der "revolutionären 1.-Mai-Demonstration", die am frühen Abend vom Rosa-Luxemburg-Platz nach Kreuzberg führte, nahmen rund 10.000 Menschen teil. Zuvor waren um 13 Uhr in Kreuzberg rund 1.500 Menschen dem Aufruf maoistischer und marxistisch-leninistischer Gruppen gefolgt. Dieser Zug vereinigte sich später mit den rund 4.000 TeilnehmerInnen einer von autonomen und linksradikalen Gruppen organisierten Demonstration. Unter dem Motto "Kapitalismus zerschlagen! Kriegstreiber stoppen!" war dieser dritte Umzug von denjenigen organisiert, die sich zuvor scharf gegenüber dem Personenbündnis abgegrenzt hatten.

Auffällig war das zurückhaltende Vorgehen der Polizei den ganzen Tag über. Der Innensenator des rot-roten Senats, Ehrhart Körting (SPD), hatte zuvor bereits angekündigt, die Polizei werden dieses Mal eine Deeskalationslinie der "ausgestreckten Hand" fahren. Erst in der Dämmerung nahm dann der 1. Mai seinen üblichen Verlauf. Wie schon am Abend zuvor kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und der Polizei. Ein Supermarkt wurde zum zweiten Mal geplündert, Autos wurden demoliert und angezündet.

... wenn man es nicht niederschlägt.

Wolf-Dieter Narr vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, der an diesem 1. Mai mal wieder als Beobachter unterwegs war, sprach im Nachhinein von einem "Operettenkrieg mit rituellem Charakter auf beiden Seiten", gleichzeitig mahnte er an, "den Organisatoren der Demonstrationen wäre mehr politische Substanz zuzumuten." Darüber kann man streiten. Unabhängig davon sollte allerdings die Linke in Berlin klären, wie die politische Substanz des "revolutionären 1. Mai" wiedergewonnen werden kann. Denn so deutlich wie noch nie hat sich an diesem 1. Mai gezeigt, dass die Kreuzberger Ereignisse nichts mit einer linken militanten Revolte zu tun haben. Ob sie nun als jugendkulturelles Jugend-Event, besondere Erscheinungsform der Spaßgesellschaft oder als verständlicher Ausbruch perspektivloser Jugendlicher gewertet werden, die an diesem Tag ihren Frust abreagieren, ist dabei letztlich nicht entscheidend.

mb., Berlin

41. Vom Ruck im Linksruck. Ein Denkanstoß zur Organisationsfrage

Autor: Henning Böke · Rubrik: Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:01

Niemand konnte in den vergangenen Jahren bei linken Demonstrationen, Aktionen und Bündnisveranstaltungen die starke Präsenz der Organisation "Linksruck" übersehen. Besonders ungewöhnlich ist, dass diese Gruppe zeitweilig mit regelmäßiger Straßenagitation in den Fußgängerzonen vieler Großstädte auftrat. In letzter Zeit haben diese Aktivitäten stark nachgelassen. Es hat sich herumgesprochen, dass der Linksruck von einer schweren inneren Krise geschüttelt wird. Dennoch ermöglicht die Konzentration der offenbar schrumpfenden Kräfte ihm einen erheblichen, mancherorts sogar dominierenden Einfluss in ATTAC. Aber was steckt eigentlich dahinter?

Populistische Parolen, deren Plattheit nur noch von der MLPD übertroffen wird, waren schon immer das Markenzeichen des Linksruck. Doch im Gegensatz zur drögen Biederkeit der spätmaoistischen Volkstümler präsentiert sich der Linksruck als junge, bunte Truppe - die Politkommissartypen halten sich eher im Hintergrund. Jede faire Auseinandersetzung mit dem Linksruck muss zu allererst eines respektieren: In den 90er Jahren, als alle anderen linken Zusammenhänge daniederlagen und sich vorwiegend mit Nabelschau beschäftigten, hat Linksruck kontinuierlich Aufbauarbeit geleistet und den Beweis erbracht, dass unter Jugendlichen sehr wohl ein antikapitalistisches Potenzial existiert. Die Kehrseite der Medaille ist, dass der von der Organisation betriebene politische Illusionismus und die Kombination von "Buntheit" und knochenhartem Dogmatismus und entsprechenden Strukturen viele von denen, die sich von Linksruck angezogen fühlten, enttäuscht und etliche womöglich im Endeffekt entpolitisiert hat. (1)

Das "Linksruck-Netzwerk" - der Name suggeriert trügerisch eine gewisse Lockerheit - wurde seit 1993 von einem Teil der damals nach mehreren Spaltungen aufgelösten Sozialistischen Arbeitergruppe (SAG) zunächst über Entrismus bei den Jusos aufgebaut. Die SAG war die deutsche Sektion der von Tony Cliff gegründeten International Socialist Tendency, einer trotzkistischen Strömung mit "luxemburgistischem" und rätesozialistischem Einschlag. Ihre Schlüsselparole "Sozialismus von unten" stammt von dem amerikanischen Trotzkisten Hal Draper, der die Sozialdemokratie und den Stalinismus als feindliche Brüder bezeichnete, geeint in ihrer Orientierung auf bürokratische Stellvertreterpolitik "von oben"; die International Socialists stellen sich dagegen als Exponenten eines authentischen basisdemokratischen Rätesozialismus dar, der aber intern an eine strenge Lenin-Orthodoxie gekoppelt bleibt. (2) Es wird betont, dass bei den Bolschewiki unter Lenin kontroverse Diskussion selbstverständlich war, aber an der unbedingten Richtigkeit der Linie des Übervaters Lenin (und seiner selbst ernannten Nachfolger) darf nicht gezweifelt werden. Dieser Widerspruch ist konstitutiv für die Praxis der Strömung, und aus ihm ergeben sich in ihren Organisationen dramatische Konflikte.

Der britischen Socialist Workers Party (SWP) als "Mutterpartei" gelang Anfang der 90er Jahre eine explosionsartige Vermehrung ihrer Mitgliederzahl. "Unleninistisch" ist ihre Praxis, die vom Linksruck übernommen wurde, in der sehr offensiven Werbung von Mitgliedern, die ohne jede "Prüfung" aufgenommen werden. Zugleich gibt es in diesen Organisationen wenig formale Regularien im Hinblick auf Rechte und Pflichten der Mitglieder, Verbindlichkeiten und Freiräume, Prozeduren der Entscheidungsfindung und Klärung von Meinungsverschiedenheiten. Die Linie mit all ihren Kurswechseln wird willkürlich von oben entschieden. In der SWP führte das alsbald zu erheblichen Problemen mit innerparteilicher Opposition. Der Linksruck unterscheidet sich von der SWP dadurch, dass er hauptsächlich Jugendliche rekrutiert, die mangels Vorwissens leicht indoktrinierbar scheinen und wenig Möglichkeiten haben, ihre Einwände und Zweifel argumentativ zu begründen. Manche lassen sich "auf Linie" bringen, indem sie aus dem Glauben, die künftige Avantgarde der Arbeiterklasse aufzubauen, ein gesteigertes Selbstwertgefühl und die Einbildung historischer Bedeutung beziehen. Die Zweifelnden werden abgehängt. Aber bei denen, die längere Zeit in der Organisation geblieben und in ihr älter geworden sind, konnte ein Reifungsprozess nicht ausbleiben, der in den letzten zwei Jahren zu wachsender Opposition führte.

Das kritische Potenzial der DissidentInnen

Offensichtlich lassen die tiefen Ambivalenzen der Theorie und Praxis der Organisation sich nicht mehr glatt bügeln. An der Spitze der internationalen Strömung stehen durchaus akademisch renommierte und seriöse Theoretiker - neben dem mittlerweile verstorbenen Tony Cliff vor allem Alex Callinicos -, die allerdings keine Skrupel haben, als Parteiideologen dem Fußvolk extrem versimpelte Versionen ihrer Theorien einzutrichtern. Völlig unvermittelt stehen im Linksruck nebeneinander das theoretische Arsenal eines durch und durch reduktionistischen Vulgärmarxismus und eine milieubezogene Strategie, die jedoch in keiner Weise theoretisch reflektiert wird. Während beispielsweise die Führung der DKP immer noch die bevorzugte Zielgruppe der Partei über eine Theorie der so genannten "Kernschichten der Arbeiterklasse" (ProduktionsarbeiterInnen, technische Angestellte in Großbetrieben usw.) zu bestimmen versucht, ohne dass die reale Mitgliederstruktur dem entspräche, ist im Linksruck ganz offen davon die Rede, dass ein Potenzial antikapitalistischer AktivistInnen vorwiegend aus "bunten" Protestmilieus libertärer, anarchistischer, ökologischer, pazifistischer, feministischer usw. Prägung zu gewinnen ist. Interessierte Personen sollen aus diesen Milieus herausgeholt und im Sinne "der Arbeiterklasse" umgeformt werden. Es gehört kein großer Scharfsinn zu der Feststellung, dass das nicht ohne erhebliche Probleme und Brüche funktionieren kann.

Scharfe Auseinandersetzungen gibt es über den Themenbereich Sexismus und Feminismus. Sexistische Vorfälle in der Organisation haben dazu geführt, dass eine theoretische Analyse des Problems unter Einbeziehung von Resultaten feministischer Forschung eingefordert wurde. Frank Renken, ein ultradogmatischer Hardliner unter den Altkadern, reagierte in einer "Marxismus und Feminismus sind unvereinbar" überschriebenen Stellungnahme auf ein diesbezügliches Thesenpapier so: "Es ist ... durch und durch kleinbürgerlich, gegründet auf moralische Empörung Frauenunterdrückung aus der Gewalt des einzelnen männlichen Täters heraus erklären zu wollen. Allen Beteuerungen zum Trotz, den Feminismus mit dem Marxismus vereinbaren zu wollen, kommt genau dies im Papier ‚Antifeminismus statt Antisexismus?` zum Ausdruck: ‚Jeder Versuch, Sexismus als etwas zu betrachten, das auch in zwischenmenschlichen Verhältnissen durch konkrete Handlungen reproduziert wird, und daraus konkrete und theoretische Schlüsse zu ziehen, wird als Desertion vom Marxismus gewertet.` Allerdings. Denn im Unterschied zum Feminismus leitet der Marxismus aus dem individuellen Verhalten keine theoretischen Schlüsse über die Gesellschaft ab." (3)

Diese Sorte von "Marxismus" wird aber offenbar von wachsenden Teilen der Mitgliedschaft nicht mehr akzeptiert. Die Feminismusdebatte stellt eines von mehreren Themen dar, an denen entlang es im Linksruck zu einer Fraktionsbildung gekommen ist. Einer "Plattform Arbeiterpolitik", der die führenden Altkader angehören, hat sich eine Fraktion "Seattle Bolschewik" entgegengestellt, die das Verhalten gegenüber den Protestbewegungen, für die der Name Seattle steht, in einer nicht-doktrinären Weise klären möchte.

Einerseits hat es offensichtlich in den letzten Jahren einen starken Mitgliederschwund gegeben, aber andererseits scheint die Zeit vorbei, in der Unzufriedenheit sich nur in Austritten niederschlug. Zahlreiche Mitglieder, die große Energien in die Organisation gesteckt haben, die enorme Einsatzbereitschaft verlangt, sind nicht mehr bereit, das Kommando über den Linksruck einer Riege rücksichtsloser Dogmatiker zu überlassen. Ein Ruck erschüttert den Linksruck; via Internet haben kritische Mitglieder und Ausgetretene begonnen, sich über ihre Erfahrungen zu verständigen. (4) Es deutet sich ein Potenzial an, mit dem gemeinsam irgendwann die Frage nach organisatorischen Alternativen zu stellen sein könnte.

"Buntheit" und Dogmatismus

Was können wir in anderen Zusammenhängen tätigen Linken, SozialistInnen und KommunistInnen dazu beisteuern? Auf jeden Fall wäre es verkehrt, den Linksruck aus Bündnissen ausgrenzen zu wollen. (Es soll hier und dort beispielsweise autonome Gruppen geben, die sich darauf spezialisiert haben, den Linksruck zu verulken.) Wichtig wäre es vor allem, gemeinsam mit Linksruck-DissidentInnen Wege zur Überwindung der verkürzten Kapitalismuskritik zu finden, mit deren vulgärmarxistisch-"revolutionärer" Version der Linksruck an die reformistische Variante etwa von ATTAC anzuknüpfen versucht. Dabei ist durchaus erkennbar, dass der Linksruck kontroversen Diskussionen nicht mehr durchweg ausweicht.

Es bleibt die Feststellung, dass kein anderer linker Organisations- oder Arbeitszusammenhang in Deutschland in den letzten zehn Jahren so viele Angehörige der "Nach-89er-Generation" politisch in einem revolutionären Sinne zu mobilisieren vermochte wie der Linksruck. Er hat gezeigt, dass die von der dahinsiechenden Altlinken fallen gelassene Organisationsfrage keineswegs veraltet ist. Und es bleibt die beunruhigende Frage: Geht das

nur mit einer gehörigen Portion Dogmatismus? Oder werden wir irgendwann im Stande sein, das zu verifizieren, was der als konservativ geltende Niklas Luhmann meinte, als er sagte: "Ich weigere mich zu glauben, dass ein starkes Engagement sich durch Dürftigkeit des Denkens ausweisen muss"?

Henning Böke

Anmerkungen:

1) Beispielsweise wurde während des Hochschulstreiks im Winter 1997/98 im Linksruck ernsthaft behauptet, ein neues 1968 stehe bevor. Wer versucht, Mobilisierungen auf solche realitätsfremden Versprechungen zu stützen, produziert natürlich einen Scherbenhaufen.

2) Eine ausführliche Besprechung der theoretischen Doktrinen der Strömung habe ich unter dem Titel "Junge Gesichter, alte Orthodoxie" im September 1998 in der Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 35 (S. 8496) veröffentlicht. Manches von dem, was ich damals über die politischen Verhaltensweisen des Linksruck sagte, trifft heute allerdings nicht mehr zu.

3) Aus Bulletin 3 zur Vorbereitung der Linksruck-Aktivenkonferenz am 1./2. Dezember 2001 in Frankfurt. Dieses in vieler Hinsicht aussagekräftige interne Dokument ist, vermutlich von DissidentInnen an die Öffentlichkeit gebracht, im Internet unter www.projektwerkstatt.de/topaktuell/lrnotizen.rtf verfügbar.

4) Siehe www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/ widerstand/disklr.html.

42. Im Namen des Empire: Sie sind Biomacht! Kritische Lektüre eines neuen linken Bestsellers

Autor: Sonja Buckel, Jens Wissel · Rubrik: Diskussion; Bücher, Filme, Broschüren; Biopolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:19

In freudiger oder ärgerlicher Spannung warteten viele auf die deutsche Übersetzung von "Empire" von Antonio Negri und Michael Hardt. Inzwischen liegt sie vor. Was für die einen ein neues kommunistisches Manifest ist, ist für die anderen eine neue pseudo-kommunistische Katastrophe. Was also hat es auf sich mit dieser umfassend angelegten Analyse gegenwärtiger und zukünftiger Herrschaft? Wohin gelangt man als LinkeR mit ihr und wohin gelangt man nicht? Wir haben uns bereits in ak 442 anhand der englischen Ausgabe kritisch mit der Analyse von Negri/Hardt befasst. Diesen Faden greifen wir jetzt wieder auf und führen die Debatte weiter.

Es scheint so, als habe man nur auf dieses Buch gewartet, als habe es in der Luft gelegen. Und tatsächlich: Empire liefert gewissermaßen die Theorie zur Neuen Globalen Bewegung - einer Bewegung, die die Selbstinszenierung des "Westens" beim Wort nimmt und den Nationalstaat nicht mehr als primäres Feld der politischen Auseinandersetzung akzeptiert. Dabei ist es vor allem ein neues Manifest, wie Slavoj Zizek feierlich verkündete, und nur in zweiter Linie ein theoretisches Buch. Wie im Kommunistischen Manifest wird auch hier die Argumentation auf die Spitze getrieben und Reduktion von Komplexität praktiziert.

Von wegen "Antiglobalisierungsbewegung" - im Gegenteil! Globalisierung wird hier ähnlich gefeiert wie schon bei Marx und Engels - inklusive der versteckten Wiederkehr der Negation der Negation: "Sie (die bürgerl. Gesellschaft) produziert also ihre eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich ..." (Marx 1988: 791) Das eröffnet einer Linken, die schon seit Jahren am Rande der Depression steht, neue Perspektiven, ist aber gleichwohl problematisch, war doch der marxistische Fortschrittsglaube zu Recht kritisiert worden. Besonders verwunderlich ist, dass die problematischen geschichtsphilosophischen Implikationen dabei überhaupt nicht thematisiert werden. (1)

Empire: nicht bloß ein Wort

Für Hardt und Negri haben die strukturellen Veränderungen in der Globalisierung zur Entstehung einer neuen Form von globaler Souveränität geführt und in der Folge zu einem neuen Begriff des Rechts. Der Nationalstaat sei im Verschwinden begriffen. Es gebe nur noch ein Empire, in dem ein Außen nicht mehr existiere. Empire sei die neue Ordnung des Gesamtkapitals ohne Zentrum. Es besitze aber mit der NATO die unangefochtene militärische Dominanz, mit dem Dollar das Weltgeld und mit der englischen Sprache eine lingua franca. Empire will daher gewissermaßen die Antwort auf die Frage sein, warum es in der Postmoderne noch eine Weltordnung gibt.

Eine der Stärken des Buches, das zwischen Golfkrieg II und Kosovokrieg entstanden ist, ist die Beschreibung einer neuen Form des Krieges, des Imperialen Krieges. In solchen greife das Imperium in lokale Auseinandersetzungen ein, so dass es sich nicht mehr um Kriege zwischen souveränen Nationalstaaten handle, sondern um Eingriffe, die von der Organisation und der Durchführung her eher Polizeioperationen glichen. Das Versprechen, das dahinter stehe, sei, "die gewünschte Ordnung und den Frieden zu schaffen". (28) Hinter den Interventionen der imperialen Armeen "steht nicht einfach ein permanenter Notstand und Ausnahmezustand, sondern ein permanenter Notstand und Ausnahmezustand, der unter Berufung auf essenzielle Gerechtigkeitswerte gerechtfertigt wird." (33f.) Der imperiale Krieg gleicht daher eher einer groß angelegten Polizeirazzia in einem Getto. Zu dieser kommt es nur, wenn die Probleme des Gettos drohen, über dieses hinauszu greifen. Die Konstellation nach dem 11.9., in der ein ganzes Land durchkämmt wird, um eine Bande zu zerschlagen, die sich angeblich in dem Gebiet aufhält, wurde hier vorweggenommen.

Die Legitimation der gesamten "imperialen Maschine" werde maßgeblich in der "Kommunikationsindustrie" organisiert. Kommunikationsproduktion und die sprachliche Produktion von Realität würden so zum entscheidenden Schlüssel, um die Gültigkeit, Effektivität und Legitimation des imperialen Rechts zu verstehen. (48) Die Macht des Imperiums, bzw. "der gesamten zivilisierten Welt" (Schröder), zeige sich zuerst in der Fähigkeit der moralischen Intervention, der symbolischen Konstruktion des Feindes. Diese werde durch eine Vielzahl von Institutionen vorgenommen. Dazu gehören die neuen Medien, religiöse Organisationen und die NGOs. Letztere, die sich den Schutz der Menschenrechte auf die Fahnen geschrieben haben, gehören

demnach zur wichtigsten Waffe der neuen Weltordnung. (50) Der "gerechte Krieg" wird hier gewissermaßen moralisch vorbereitet.

Der von Hardt und Negri ausgemachte Strukturbruch habe, so die These, zu einer neuen nachimperialistischen Form von globaler Herrschaft geführt. Im Gegensatz dazu liegt für Immanuel Wallerstein gerade das besondere Geheimnis und die Stärke des Weltsystems darin, dass es 500 Jahre überdauert hat, ohne sich je in ein Weltreich zu verwandeln. In der Tat müssten die Autoren erklären, wo die Einheit der weltweiten Herrschaftsverhältnisse liegt, die ihren Begriff des Empire rechtfertigt. Die These, dass das kapitalistische System gerade deswegen 500 Jahre überdauert hat, weil es nicht die fragmentierten Teile in einem Reich einen musste (Wallerstein 1986: 518), ist nicht so leicht zu entkräften. Auch Hardt/ Negris Hinweis darauf, dass das Empire nicht einheitlich sei, kann diesen Einwand nicht widerlegen, weil es für sie keine Verdichtungen von Macht gibt, in der diese Heterogenität ihren Ausdruck finden könnte. Die größte Gefahr des Empire-Begriffs liegt sicherlich darin, dass er dazu verführt, die Brüche und Konflikte im Weltsystem zu übersehen.

Hat die Macht keinen Ort?

Empire habe kein Zentrum mehr, es sei also überall und nirgends: "... es gibt keinen Ort der Macht." (202) Die Instrumentarien, mit denen nach Hardt und Negri die Imperiale Macht ausgeübt wird, haben aber durchaus Orte. Es müsste erklärt werden, warum die NATO mehr ist als ein militärisches Bündnis von Nationalstaaten. (2) Der Dollar ist zwar Weltgeld, aber deshalb ist auch er nicht ortlos, es gibt einen Ort, an dem er gedruckt wird und an dem sein Zinssatz festgelegt wird. Die USA konnten über die Weltgeldfunktion des Dollars unter anderem die Kosten der internationalen Regulation externalisieren, und sie sind der einzige Gläubiger der Welt, der das Geld (legal) druckt, das er schuldet. Selbst die kulturelle Globalisierung ist nicht ortlos, auch die "Nichtorte" der Globalisierung haben ihren Ort in der lokalen Welt, in den Global Cities, in denen die Informationsverarbeitung stattfindet. (vgl. Sassen 1994)

Zentrales Problem von Hardt und Negri ist die Tatsache, dass sie sich weigern, Ökonomie und Politik zu trennen, da im "postmodernen Kapitalismus" die "reelle Subsumtion" der Gesellschaft unter das Kapital stattgefunden habe, so dass es auch hier kein Außen mehr gegenüber dem Kapital gibt. (Hardt 1997: 20f; Negri/Hardt 2002: 55, 391f) Dadurch verschwimmen die Konturen des Empire zu einem ortlosen globalen Nebel, dem Macht immer immanent ist, ohne dass deutlich würde, wo und warum und zu welchem Zweck sich Macht verdichtet. Letztlich werden auf so fatale Weise ökonomische Macht und politische Macht kurzgeschlossen.

Der Begriff "Imperium" ist dennoch spannend, denn mit ihm kann die Verschiebung im Verhältnis von Territorialität und Souveränität sowie die Entstehung von transnationalen Herrschaftsformen gefasst werden, ohne dass Machtbeziehungen ausgeblendet werden, wie im Begriff des "Global Governance". Den ProtagonistInnen dieser Debatte kann vielmehr entgegengehalten werden, dass sie Teil der moralischen Interventionsstrategie des Imperiums sind. Hardt und Negri sind allerdings nicht die ersten, die mit dem Begriff arbeiten: Susan Strange sprach schon 1989 von einem "Transnational Empire", freilich in Bezug auf die USA.

Empire müsste anders als bei Hardt und Negri konzipiert werden, nämlich als Ergänzung der Staatsform. Das Imperium ersetzt die Nationalstaaten dann nicht, vielmehr werden diese überlagert durch neue transnationale Herrschaftsverhältnisse. Empire wäre dann also die neue Form der Welthegemonie, die nicht mehr primär an einem hegemonialen Nationalstaat festgemacht werden kann. (3) Hiervon ausgehend ließe sich klarer bestimmen, wo die Unterschiede der jetzigen Konstellation zum klassischen Imperialismus liegen.

In erster Linie wäre hier die Transnationalisierung des Kapitals und die Globalisierung der Klassenstruktur zu nennen. Diese Prozesse haben auch die Kräfteverhältnisse innerhalb der Nationalstaaten verändert, so dass diese aus sich selbst heraus internationalisiert werden. Hieraus resultiert auch die neue Form des Krieges, in dem das "gemeinsame Interesse" der kapitalistischen Metropolen durchgesetzt werden soll. Imperialistische Konkurrenz kann sich heute nicht mehr in offenen Konfrontationen ausdrücken. Sie verbirgt sich eher hinter der Stärke des Truppenkontingentes im jeweiligen Einsatz des Empire. Die Entstehung des Empire heißt also nicht, dass der Imperialismus verschwunden ist. Er wird nur durch ein System globaler Interdependenzen (4), in denen die Nationalstaaten ihre zentrale Stellung als Referenzpunkte internationaler Machtausübung

tendenziell verlieren, überdeterminiert. Das entstandene Empire ist also mehr als das von Hardt und Negri beschriebene.

Die Globalisierung der Klassenstruktur hat allerdings auch (noch) nicht zu einer "global angelegten Zivilgesellschaft" (Cox 1999) im Gramscischen Sinne geführt, sondern eher zu einer globalen Kommunikationsindustrie. Schon wenige Tage nach den Anschlägen auf die USA war das Interpretationsmuster vorgegeben. Die Tatsache, dass Teile der Welt dieses nicht teilen, deutet allerdings darauf hin, dass eine Kommunikationsindustrie nicht ausreicht, um Hegemonie zu organisieren. Durch sie beanspruchen die "westlichen Werte", bzw. deren jeweils herrschende Interpretation, zwar tatsächlich Universalität, doch zu ihrer tatsächlichen Durchsetzung bedürfte es zumindest auch eines Entwicklungsprojektes (und das impliziert immer auch materielle Konzessionen des Hegemons). Dieses kann der Neoliberalismus allerdings nicht mehr glaubwürdig anbieten. So muss immer wieder auf direkte Interventionen zurückgegriffen werden. Die aktuellen Konflikte um die Ausweitung des Krieges zeigen zudem, dass sich die massiven Konflikte innerhalb des Empire durch das Gerede von der "Völkergemeinschaft", nicht länger verstecken lassen.

Imperialismus? Leider nicht verschwunden

In der Frage der Instabilität und der Krise der weltweiten Herrschaftsverhältnisse treffen sich Hardt und Negri dann mit Immanuel Wallerstein. "Die kapitalistische Weltwirtschaft ist scheinbar auf ihrem Gipfelpunkt angelangt. Doch in Wahrheit steht sie vor einer strukturellen Krise", daher "nähern wir uns also einer der seltenen Phasen der Geschichte, in denen der freie Wille als entscheidender Faktor wieder zu seinem Recht kommt". (Wallerstein 2000) Ob nun weltweit wirkende Kapitallogik (Wallerstein) oder voranschreitende, mit Biomacht bestückte Produktivkräfte (Hardt/Negri) das Weltsystem in die Krise stürzen, vergessen wird, dass in der Schwäche des kapitalistischen Weltsystems zugleich auch seine Stärke liegt, denn ohne Dynamik und permanente Veränderung, und das beinhaltet immer auch Krisen, hätte es nie so lange bestehen können. (5)

Die Anschläge auf die USA und die Folgen sind allerdings tatsächlich Anzeichen einer Krise. Seit dem 11.9. sei der Prozess der imperialen Souveränität, der sich über die internationalen Beziehungen gelegt habe, in der Krise, wie Negri feststellt. (Negri 2001c) Es könnte sein, dass diese Krise das hier beschriebene Imperium ernsthaft destabilisiert, denn zum einen handeln zur Zeit die totgesagten Nationalstaaten, vorneweg die USA, zum anderen sind die Brüche in der heiligen Allianz gegen den Terror mittlerweile nicht mehr zu übersehen. Nationalstaatliche Interessen haben sich als resistenter herausgestellt, als bei Hardt und Negri angenommen. Es handelt sich aber nicht nur um eine Krise des Empire, sondern vielmehr um eine des gesamten neoliberalen Projektes: Die radikale Militarisierung der Außenpolitik und die Einführung von Strafzöllen für Stahlimporte in den USA machen dies nur offensichtlich. Zur ökonomischen Rezession, die schon vor den Anschlägen in Amerika begann, tritt jetzt die politische hinzu. Zu einer simplen Rückkehr zum klassischen Imperialismus wird es dennoch nicht kommen, denn die Transnationalisierungsprozesse der letzten Jahrzehnte lassen sich nicht einfach umdrehen. Krise des Empire heißt also nicht Ende des Empire.

Biopolitische Ordnungsmuster

Empire verhandelt nicht nur die neue globale Ordnung, sondern will zugleich ein Konzept der politischen Befreiung sein: des Counter-Empire. Der Begriff der Biopolitik ist dabei der Zentralbegriff dieser Emanzipationsvorstellung. "Das Empire schafft eine biopolitische Ordnung, weil die Produktion biopolitisch geworden ist." (Negri 2001a) Dabei ist der Begriff selbst ein "Hybrid" aus unterschiedlichen Theorieansätzen. Ihren Ausgang nimmt die Vorstellung von Foucaults Machtanalyse: Eine neue Machtform, die Biomacht, sei im 17. Jahrhundert entstanden, deren Ziel es ist, das Leben zu verwalten, zu sichern, zu entwickeln und zu bewirtschaften. (Lemke 1997: 135) "Diese Macht ist dazu bestimmt, Kräfte hervorzubringen, wachsen zu lassen, und zu ordnen, anstatt sie zu hemmen, zu beugen oder zu vernichten." (Foucault 1998:163) Es ist eine Macht über das Leben, daher Biomacht: sie zielt auf die Regulierung der Bevölkerung: Geburten- und Sterblichkeitsraten, Gesundheitsniveau, Lebensdauer, Produktion und Zirkulation. (Lemke: 136f). Negri/Hardt schlussfolgern, das Empire verlange das "ganze Leben", in all seinen Erscheinungsformen, nicht das reduzierte Subjekt (etwa in Form des abstrakten formal freien und gleichen Rechtssubjekts).

Sie kritisieren jedoch, dass Foucault auf Grund seines Strukturalismus' nicht erklären könne, wer das "Bios" ist, wer das System antreibt (43): die "Multitude" der immateriellen Arbeiter nämlich. Daher unternehmen sie eine

streitbare "Umwertung aller Werte", indem sie den Biomachtbegriff in einem ersten Schritt sowohl von seinem historischen Kontext als auch von seiner Bindung an die regulierende Macht lösen. Biomacht ist danach etwas, was auch und vor allem die Regulierten und "Bewirtschafteten" besitzen. Wenn in Focaultscher Tradition von der Positivität der Macht, der Produktion nützlicher Subjekte, ausgegangen wird, so liegt es scheinbar nahe, die Ambivalenz dieser "Produkte" hervorzuheben. Die komplette Umkehrung ist jedoch fragwürdig. Denn Biopolitik bedeutet zuvorderst disziplinarische Kontrolle, "... eine gewisse Animalisierung des Menschen" die schließlich zumindest für Giorgio Agamben ihr "Feld schlechthin" im Konzentrationslager fand. (Agamben 2002: 13 f)

In einem zweiten Schritt wird dem Begriff eine kollektive, nichthierarchische und nichtzentrierte Netzwerkstruktur implantiert (310), in Anlehnung an die Rhizomkonzeption von Deleuze/Guattari.

Immaterielle Arbeit und Sweatshops

Das Konzept der Negri/Hardtschen Biomacht wird nunmehr auf den entscheidenden Punkt zugespitzt: auf die von ihnen seit längerem favorisierte Theorie der immateriellen Arbeit. Diese im Produktionsbereich angesiedelten Veränderungen sind der materielle Kern des Biomachtbegriffes.

Nachdem die moderne Industriegesellschaft zu Ende gehe und die postmoderne "Informationsgesellschaft" angebrochen sei, veränderten sich auch die Arbeitsverhältnisse. Der Tertiäre Sektor mit seinen Dienstleistungsberufen nehme eine zentrale Rolle in der Produktion ein: Gesundheitsvorsorge, Erziehung, Finanz- und Transportwesen, Unterhaltung und Werbung. Diese Jobs zeichneten sich grundsätzlich aus "... durch die zentrale Rolle, die Wissen, Information, Affekte und Kommunikation spielen". Selbst die klassische Industriegewerkschaft IG-Metall schätzt, dass im nächsten Jahrzehnt 4/5 aller menschlichen Arbeiten aus dem Umgang mit Information bestehen werden: beraten, informieren, forschen, entwickeln, organisieren, vernetzen, managen, recherchieren, gestalten und präsentieren. "Intellektuelle Arbeit" sei die typische Form zukünftiger Arbeit. (Klotz 2000) Naomi Klein beschreibt, wie die "Unternehmen neuen Stils" davon ausgingen, dass " die Herstellung von Gütern nur ein zufälliger Bestandteil ihrer Operationen sei und sie dank der vor kurzem erfolgten Liberalisierung des Handels unter der Reform des Arbeitsrechts ihre Produkte von anderen Unternehmen herstellen lassen könnten ... Die Unternehmen neuen Stils stellten nicht mehr in erster Linie Dinge her, sondern Markenimages. Ihre eigentliche Arbeit besteht ... in der Vermarktung." (Klein 2001: 26) Industrielle Produktion verschwinde nicht, werde aber durch die informationelle Revolution zu einer hybriden Ökonomie verteilt über den ganzen Globus transformiert (295ff): Tertiarisierung in den Metropolen sowie teilweise Verlagerung der "superfordistischen" (Haug) körperlichen Arbeit in Trikontländer und Sweatshops.

Mit dieser Analyse sind die Autoren also tatsächlich im Postfordismus angekommen. Die aktuellste Definition immaterieller Arbeit, die sie nunmehr scheinbar vor allem dem Dienstleistungsbereich zuschlagen wollen, lautet: "Da die Produktion von Dienstleistungen auf nicht-materielle und nicht-haltbare Güter zielt, definieren wir die Arbeit, die in diesem Produktionsprozess verrichtet wird, als immaterielle Arbeit - das heißt, als eine Arbeit, die immaterielle Güter wie Dienstleistungen, kulturelle Produkte, Wissen oder Kommunikation produziert." (302)

Immaterielle Arbeit habe zwei Gesichter. Das erste bestehe in einem immer extensiveren Gebrauch von Computern. Die Vertrautheit im Umgang mit ihnen werde zur Primärqualifikation. Das gehe so weit, dass Maschinen "eine neue Prothese (werden), integriert in unsere Körper und Gehirne ..." Diese Subjektivitätsvorstellung als "Schnittstelle von Mensch und Maschine" bezeichneten die Autoren bereits 1997 als "Cyborg". (Negri/Hardt 1997: 19) Sie wollen damit die in den Marxschen Grundrissen aufgestellte These weiterentwickeln, dass Maschinen "von der menschlichen Hand geschaffene Organe des menschlichen Hirns" sind. (Marx 1983: 602) Befremdlich, nicht nur von einem humanistischen Standpunkt, wirkt dies allerdings, wenn die so bejubelte "Hybridisierung" stürmisch als Transformation zu einem Körper zelebriert wird, der sich dem Kommando nicht mehr fügen könne, einem Körper, der unfähig sei, sich dem Familienleben, der Fabrikdisziplin, der Regulation einer traditionellen Sexualität usw. anzupassen. Piercings, Tatoos und Geschlechtsumwandlungen werden als existierende Indizien für die Verwischung der Grenzen von Geschlechtern, Menschen, Maschinen und Tieren interpretiert, als Neuanfang und Selbstentwurf. (228f) Nicht nur, dass hier jegliche Technikkritik als Old-School-Unsinn scheinbar überflüssig ist: Die manchmal durchaus spannende, oft aber sehr zwanghafte Strategie, Veränderungen immer und überall als Chance zu begreifen, die das Werk durchzieht wie ein roter Faden, verliert Phänomene aus den Augen, die ebenfalls unter diese

Körperkonzepte fallen, wie das Boomen der Schönheitschirurgie und Diätindustrie. Sie ignoriert kurzerhand die Kräfteverhältnisse.

The joy of being communist

Das "andere Gesicht" der immateriellen Arbeit ist die affektive Arbeit des menschlichen Kontakts und der Interaktion: Fürsorgende Arbeit findet sich sowohl in der Unterhaltungsindustrie als auch im Gesundheitssystem. (304) Die Produkte sind nicht greifbar, eben immateriell: Gefühle der Behaglichkeit, Gut-Fühlen, Genugtuung, Erregung, Leidenschaft. Anstatt auf die Kommerzialisierung und kulturindustrielle Produktion abzustellen, legen die Autoren - und das zeigt wieder ihre Perspektive - den Schwerpunkt auf die implizierte Chance. Sie heben hervor, dass alles, was Feministinnen immer schon über Frauenarbeit gesagt haben, nunmehr ökonomische Relevanz gewonnen hat. "Affektive Arbeit produziert soziale Netzwerke, Formen der Gemeinschaft, der Biomacht." (304) Die diskursive Strategie des Buches geht also noch weiter: linke Kritiken werden als reale Bestandteile der kapitalistischen Reproduktion gedacht - auch ein Ergebnis der Immanenzperspektive. Eine Verabsolutierung immaterieller Arbeit zeigt sich allerdings in der Vorstellung, das Universum, in dem wir leben, sei "ein Universum sprachlicher Produktionsnetzwerke". (391f)

Bio-Macht, so lässt sich zusammenfassen, wird also nicht mehr primär aus dem Blickwinkel der Herrschaft des Empire, sondern aus dem Potenzial des neuen revolutionären Subjekts, der "Multitude", betrachtet. Multitude meint "Macht der Kollektivität" (Negri/Hardt 1997: 10), in der jedoch das besondere Einzelne in seiner Besonderheit aufgehoben ist (weswegen nicht mehr von "Masse" die Rede ist). Biomacht umfasst das "ganze Leben" in seinem ganzen "ontologischen" Reichtum, mit all seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten und Bedürfnissen, "verstanden als physisches, körperliches Potenzial, das allein der abstrakten Gewalt revolutionärer Intellektualität Sinn und Inhalt geben kann". (Negri 2001b: 36) Die immaterielle Arbeit, die im postmodernen Kapitalismus verlangt wird - und das ist der Clou -, schafft die Bedingungen einer kommunistischen Gesellschaft. "Heute haben Produktivität, Reichtum und das Schaffen eines gesellschaftlichen Surplus die Form der kooperativen Interaktion angenommen, die sich sprachlicher, kommunikativer und affektiver Netzwerke bedient. Indem sie ihre eigenen schöpferischen Energien ausdrückt, stellt die immaterielle Arbeit das Potenzial für eine Art des spontanen und elementaren Kommunismus bereit." (305) Oder noch einmal anders: "I think it is reasonable to be communist today - today more than ever." (Negri/Hardt 2000)

André Gorz hatte den Autoren unlängst vorgeworfen, sie würden in einem "theoretisierenden Delirium" davon ausgehen, dass die Autonomie in der Arbeit von selbst die Forderung und die Fähigkeit hervorbringt, alles zu beseitigen, was die Ausübung von Autonomie behindert. (Gorz 2000: 60) Mit Empire reagieren sie auf diese Kritik: Das politische Projekt des "Manifests" besteht nämlich genau darin, mit vielerlei Beschwörungsformeln die Multitude zur politischen Subjektwerdung aufzufordern.

Das Buch ist nicht nur das Manifest für eine Neue Globale Bewegung, sondern auch ihr Ausdruck. Es artikuliert das neue Selbstbewusstsein einer veränderten, vernetzten, pink-silbernen Bewegung, die sich jenseits der tradierten Politikformen neu konstituiert. Empire tänzelt daher auf der neuen Bühne wie eine eigenwillige Reinterpretation der Weltsystemtheorie nach Blochs "Prinzip Hoffnung". Das gilt auch für den fast religiösen Unterton. Das Empire ist supranational, global und total, aber es ist auch die Konsequenz der Kämpfe der "Multitude", und in diesem Sinne ist es das Ergebnis der Schwächen der alten Herrschaftsmechanismen. Es ist die Reaktion auf die erfolgreichen Klassenkämpfe der Vergangenheit.

Insofern ermuntert und ermöglicht das Buch einen veränderten Blickwinkel auf die globalen Machtverhältnisse. Viele Baustellen sind noch offen, verschwommene Begriffe fordern eine weitergehende Beschäftigung geradezu heraus, und an einigen Stellen muss die Analyse in eine andere Richtung gehen. Die behaupteten Thesen müssen zudem baldmöglichst mit der empirischen Wirklichkeit konfrontiert werden. Das heißt zusammengefasst: Die konkrete Ausarbeitung eines wissenschaftlichen und auch politisch tragfähigen "Empire-Begriffs" steht noch aus - auf die AktivistInnen der Neuen Globalen Bewegung wartet insofern viel immaterielle Arbeit.

Sonja Buckel/Jens Wissel

Michael Hardt, Antonio Negri (2002): Empire. Die Neue Weltordnung. Campus Verlag. Frankfurt am Main / New York. 461 S.; EUR 34,90

Anmerkungen:

1) Der vorliegende Artikel ist eine gekürzte und aktualisierte Fassung eines 2001 bei www.links-netz.de erschienenen Artikels. Die AutorInnen planen die Herausgabe eines Buches zur Auseinandersetzung mit der Empire-These, das nächstes Jahr im Unrast-Verlag erscheinen soll.

2) Ob internationales Militärbündnis oder transnationale Interventionsinstanz, in jedem Fall hat der neueste Krieg in Afghanistan zu einer massiven Abwertung der NATO geführt. Im "Krieg gegen den Terror" spielt sie keine Rolle mehr. Zwar hat sie zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Verteidigungsfall ausgerufen, nur interessiert hat das niemanden. Zurzeit macht sie den Eindruck einer gut bewaffneten NGO mit vorzüglichen Regierungskontakten.

3) Allerdings ohne dass die USA ihre Vorherrschaft verlören.

4) Inklusive der entsprechenden Institutionen wie WTO, Weltbank, IWF, NATO usw.

5) Das gilt auch für Robert Kurz, der ja schon länger auf den finalen Zusammenbruch wartet und in einem 1999 veröffentlichten Aufsatz, trotz eines anderen theoretischen Hintergrundes, zu ganz ähnlichen Thesen gelangt wie Negri/Hardt. Bei Kurz klingt das Ganze natürlich etwas depressiver.

Literatur:

Agamben, Giorgio (2002): Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben. Frankfurt am Main.

Cox, Robert (1998): Weltordnung und Hegemonie - Grundlagen der Internationalen Politischen Ökonomie, FEG-Studie Nr. 11, Marburg.

Foucault, Michel. (1998): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1. 10. Aufl. Frankfurt am Main

Gorz, André. (2000): Arbeit zwischen Misere und Utopie. Edition Zweite Moderne. Hrsg. v. Ulrich Beck. Frankfurt am Main.

Kurz, Robert (1999): Ökonomie der Ausgrenzung. Der globale Kapitalismus und der Balkan, in: Jungle World 19/99.

Lemke, Thomas (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität. Hamburg.

Negri, Antonio (2001a): "Empire - das höchste Stadium des Kapitalismus" . In: Le monde diplomatique, 12.01.01

Ders. (2001b): "Was tun mit ‚Was tun?`". In: konkret 3/2001.

Ders. (2001c): "Risse im Empire". Subtropen # 8/12.

Ders./Michael Hardt (1997): Die Arbeit des Dionysos. Materialistische Staatskritik in der Postmoderne. Berlin - Amsterdam.

Dies. (2000): Live Chat zu Empire bn.com Live: Chat Transcripts (www.barnesandnoble.com)

Klein, Naomi. (2001): No Logo. Rieman Verlag.

Klotz, Ulrich. (2000): "Hierarchien sind die wahren Ideenkiller. Interview". In: Frankfurter Rundschau, 3.4.2000.

Marx, Karl. (1988): MEW 23. Berlin.

Ders. (1983): MEW 42. Berlin.

Sassen, Saskia (1994): Cities in a World Economy. Thousand Oaks et al.

Strange, Susan (1989): "Toward a Theory of Transnational Empire". In: Czempiel/Rosenau. Global Changes and Theoretical Challenges: Approaches to World Politics for the 1990s, Toronto.

Wallerstein, Immanuel. (1986): Das moderne Weltsystem Bd. 1 - Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert. Frankfurt am Main.

Ders. (2000): Auf abschüssiger Strecke mit defekten Bremsen, in: Le Monde diplomatique, August 11.8.00.

43. Kapitalismus als das kleinere Übel. Antideutsche versöhnen sich mit der kapitalistischen Normalität (Gespräch mit Norbert Trenkle, Gruppe "Krisis")

Autor: Interview: Thomas Binger · Rubrik: Diskussion; Deutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:11

In der Auseinandersetzung um die Anschläge vom 11. September und den "Krieg gegen den Terror" stehen die Fronten innerhalb der Linken inzwischen fest. Besonderes Gehör konnten sich antideutsche Positionen verschaffen, die ihren Hauptfeind im Islamismus sehen, den es uneingeschränkt zu bekämpfen gilt. Linke, die von diesem antideutschen Konsens abweichen, werden pauschal des Antiamerikanismus und Antisemitismus verdächtigt, jede Kritik am "war on terrorism" wird von antideutscher Seite wortgewaltig untersagt. (Vgl. ak 456) Thomas Binger sprach mit Norbert Trenkle von der Gruppe Krisis über die theoretischen Verirrungen der antideutschen IdeologiekritikerInnen und die objektivistische Schlagseite der Wertkritik der Krisis Gruppe.

ak: Der aktuelle "Krieg gegen den Terror" findet bis weit in die Linke hinein politische Zustimmung. Angesichts der barbarischen Selbstmordattentate gegen die USA wird auch von bisherigen KritikerInnen die westliche Zivilisation gegenüber dem islamischen Fundamentalismus als das kleinere Übel wahrgenommen. Warum sieht Krisis in den Argumenten der neuen BellizistInnen-Generation ein Symptom für den fortschreitenden intellektuellen Verfall der Linken?

Norbert Trenkle: Diese bellizistische Linke hat sich von jeder ernsthaften Realanalyse der kapitalistischen Verhältnisse verabschiedet und ist deshalb auch konsequenterweise nicht mehr zu einer Kritik dieser Verhältnisse in der Lage. Wenn sie jetzt die sogenannte westliche Zivilisation verteidigen will, dann unterscheidet sie sich in absolut nichts mehr von Fischer, Schröder, den Bush-Kriegern und dem breiten Mainstream der veröffentlichten Meinung in Europa und den USA. Ausgeblendet wird von den linken und rechten Kreuzzüglern, dass der islamische Fundamentalismus in seiner heutigen Gestalt selbst ein Produkt der fundamentalen Krise eben dieser vielgerühmten westlichen Zivilisation, also des Kapitalismus, ist. Ein Teil der Kreuzzugslinken gesteht das zwar ganz allgemein zu, aber das ist nicht viel mehr, als eine Reminiszenz an Zeiten, in denen sie noch kritisch dachten, ohne weitere Konsequenz. Der Islamismus ist eine der vielen wuchernden Krisenreaktionsideologien. Man kann daher seine Analyse nicht abtrennen von einer Krisenanalyse und dann so tun, als sei hier der Westen mit seiner Zivilisation und dort die Barbarei. Es ist die Barbarei dieser kapitalistischen Zivilisation selbst, die im Islamismus und anderen Formen des religiösen Wahns, etwa dem protestantischen Fundamentalismus, dessen Einfluss bis ins Weiße Haus reicht, zum Vorschein kommt. Ebenso wie in dem um sich greifenden Ethnizismus, Rassismus, Antisemitismus und dergleichen mehr, drückt sich darin die innere Irrationalität eines gesellschaftlichen Systems aus, das an seine absoluten Grenzen stößt und in einen Prozess umfassender Zerstörung mündet. Die Kreuzzugsmentalität des Westens ist selbst ein Moment dieses verrückten Prozesses.

Beinhaltet es nicht eine Rationalisierung der monströsen Kamikaze-Attentate, wenn man ihre Ursachen ausschließlich aus der Krise des kapitalistischen Weltsystems ableitet?

Nein, auf keinen Fall. Indem ich die Attentate analysiere, rechtfertige ich sie ja nicht. Es geht hier darum, zu erklären, wie so etwas zu Stande kommt. Außerdem darf man den Krisenprozess, von dem ich spreche, nicht mit einer ökonomischen Krise im engen Sinne verwechseln. Er hat einen viel grundsätzlicheren Charakter. Er untergräbt die Fundamente der kapitalistischen Gesellschaftsformation, also die Bedingungen ihres Funktionierens. Das betrifft nicht nur die Kapitalverwertung, sondern die dazugehörige Staatlichkeit und die bürgerliche Subjektform. Und die war in ihrem Kern schon immer repressiv, gewalttätig und zerstörerisch. Nur, dass diese Momente in Zeiten eines "regulären" kapitalistischen Funktionierens in die "normale" Konkurrenz des Marktes und der persönlichen Selbstbehauptung kanalisiert werden. Wo aber der Funktionsrahmen zerbricht, wird auch die innere Gewalttätigkeit der modernen Subjektivität voll entfesselt.

Die antiislamistische Linke sieht in einem eliminatorischen Antisemitismus das zentrale Motiv der Attentäter von New York und Washington und begründet damit die Notwendigkeit eines entschiedenen Kampfes gegen den Terror. Wenn Osama Bin Laden zur Vernichtung aller Juden/Jüdinnen und AmerikanerInnen aufruft, haben dann solche historischen Analogien zum Nationalsozialismus nicht ihre Berechtigung?

Man kann nicht aus ideologischen Versatzstücken und Tendenzen mit eindeutig antisemitischem Charakter, bei Bin Laden, Al Quaida oder bei bestimmten islamistischen Strömungen, eine Identität zum Nationalsozialismus herleiten. Das ist eine extreme Verkürzung der Analyse. Ich muss mir schon genauer anschauen, welche Rolle der Antisemitismus im Nationalsozialismus gespielt hat. Dort war er konstitutiv. Das heißt er war ein wesentliches Moment für die Herausbildung der völkischen Identität im Kontext der verspäteten Nationenbildung in Deutschland. Konstitutiv für den Islamismus - ein übrigens ja sehr heterogenes Phänomen - ist hingegen die koloniale und postkoloniale Demütigung und das Scheitern der nachholenden Weltmarkt-Modernisierung. Das macht ihn natürlich nicht besser. Er bleibt eindeutig anti-emanzipatorisch und repressiv. Aber anders als der NS kann er sich nicht mehr in einer staatlichen Vernichtungsmaschinerie verdichten, die prinzipiell in der Lage wäre, die Weltherrschaft zu erlangen.

Das Bedrohliche am Islamismus ist gerade sein diffundierender, poststaatlicher Charakter, der ihn ideologisch kompatibel mit dem "molekularen Bürgerkrieg" macht, der die Gesellschaft von innen heraus zersetzt. Deshalb läuft die militärische Bekämpfung des Islamismus ohnehin ins Leere, ja schürt sogar noch, was sie vernichten will. Notwendig ist hingegen eine Solidarisierung derjenigen Ansätze sozialer Bewegung, die sich dem Wahnwitz der beiden feindlichen Brüder gleichermaßen verweigern, dem Islamismus ebenso wie dem Fundamentalismus der westlichen Werte, also des Werts.

Antideutsche berufen sich bei der theoretischen Untermauerung ihrer Positionen gerne auf die Thesen von Horkheimer und Adorno. Haben die antideutschen WortführerInnen die "Dialektik der Aufklärung" einfach nicht richtig verstanden?

Was sie verstanden haben, kann ich nicht beurteilen. Jedenfalls ist ihre platte Verteidigung der Aufklärung theoretisch eine Regression gegenüber der Dialektik der Aufklärung. Adorno und Horkheimer erklären ja ganz klar Faschismus und Nationalsozialismus aus der Aufklärung heraus. Als das Umkippen der Aufklärung in den Irrationalismus, der in ihr selbst angelegt ist. Es kommt noch hinzu, dass Horkheimer und Adorno den Nationalsozialismus auch historisch ganz klar auf die Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems beziehen, wie sie es damals analysiert haben: als Entwicklung hin zum "Staatskapitalismus". So sehr diese Analyse auch überholt ist, verweist sie doch auf einen wichtigen Punkt: auf die - trotz aller Differenzen - strukturelle Verwandtschaft von Nationalsozialismus, Stalinismus und New Deal. Das heißt sie isoliert den Nationalsozialismus nicht gegenüber "dem Westen" als ein äußerliches Phänomen, sondern ordnet ihn in eine Gesamttendenz des Kapitalismus ein, selbstverständlich ohne deshalb seine spezifische bestialische Qualität zu leugnen. Bei den Antideutschen hingegen erscheint der Nationalsozialismus plötzlich als etwas völlig wesensfremdes gegenüber den Werten der Demokratie und des westlichen Kapitalismus, weshalb dieser konsequenterweise nun auch als Hort der Zivilisation verteidigt werden soll. Eine recht bemerkenswerte Wiedervereinigung mit Habermas.

Neben der Kritischen Theorie ist auch die Wertkritik eine beliebte theoretische Referenz der Antideutschen. Der wertkritische Ansatz betont die abstrakte Eigendynamik der Kapitallogik und abstrahiert weitgehend von konkreten sozialen Subjekten und politischen Kräfteverhältnissen. Liegt hier nicht bereits eine mögliche Ursache für die völlige Verselbstständigung der Ideologiekritik, wie sie bei den Antideutschen zu beobachten ist?

So etwas wie "die Wertkritik" hat es eigentlich nie gegeben, sondern immer nur verschiedene wertkritische Ansätze. Auf jeden Fall aber stellt sich das Problem, zu klären, wie die verobjektivierten warengesellschaftlichen Beziehungen sich durch die Subjekte hindurch herstellen. Die gesamte Traditionslinke hat dieses Problem nie wirklich ernst genommen, sondern es in Richtung der handelnden Subjekte aufgelöst - paradigmatisch im Klassenkampf. Die Antideutschen ihrerseits sind über eine Analyse des Warenfetischismus auf der abstraktesten, begrifflichen Ebene nicht hinaus gekommen, ja machen sogar aus der Not eine Tugend, indem sie behaupten, dies sei gar nicht möglich. Dadurch gerinnt ihnen der kapitalistische Formzusammenhang zu einer starren, unhistorischen und hermetisch in sich abgedichteten Struktur. Als Ansatzpunkt bleibt nur die Ideologiekritik, die aber erstens selbst historisch unvermittelt bleibt und zweitens im Grunde auch ihren Standpunkt nicht mehr ausweisen kann. Deshalb gewinnt sie einen merkwürdig sterilen und rituellen Charakter.

Die Gruppe Krisis redet in diesem Kontext aber auch gerne vom Kapital als dem automatischen Subjekt ...

Richtig! Das ist ein Begriff, an dem ich auf jeden Fall festhalte. Er zielt darauf, dass der kapitalistische Gesamtprozess nicht von irgendwelchen Großsubjekten - Staaten, Monopolkapitalisten oder was auch immer - gesteuert wird, sondern einer blinden, verobjektivierten Logik folgt. Streng genommen handelt es sich also um einen subjektlosen Prozess. Wenn Marx nun feststellt, der Wert oder das Kapital sei das automatische Subjekt dieses Prozesses, dann ist das eine polemische Zuspitzung gegenüber einem an und für sich verrückten Zustand: dass nämlich die Menschen ihr Schicksal von einem verdinglichten Etwas bestimmen lassen, das nichts anderes repräsentiert als ihre eigenen gesellschaftlichen Beziehungen.

Allerdings geht dieser verobjektivierte Prozess durch die Menschen hindurch. Das heißt, sie müssen ihn in ihrem Handeln exekutieren. Deshalb gibt es auch keinen strengen Determinismus, in dem Sinne, dass man beispielsweise sagen könnte dieser oder jener Krieg war unvermeidlich oder die Geschichte musste genauso verlaufen, wie sie verlaufen ist. Es gibt immer verschiedene Handlungsoptionen und natürlich spielen auch immer Interessen, Ideologien und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse eine Rolle. Aber der vorausgesetzte Formzusammenhang von Ware und Wert gibt den Rahmen dieses Handelns vor.

Sicherlich stand in der Krisis die Ebene der handelnden Subjekte lange Zeit etwas im Hintergrund. Gerade gegenüber dem vorherrschenden Subjektivismus in der Linken, wo das Kapitalverhältnis immer im wesentlichen auf Interessen, Klassenkämpfe etc. zurückgeführt wurde, haben wir sehr stark auf dem objektivierten Charakter des Ganzen insistiert. Dabei haben wir uns vor allem darauf konzentriert, die Wertkritik historisch und realanalytisch zu fundieren und zu konkretisieren und sie darüber für eine Analyse der aktuellen Entwicklung des Kapitalismus fruchtbar zu machen. Man könnte uns also mit einem gewissen Recht eine objektivistische Schlagseite vorwerfen.

Was wäre denn notwendig um die Ideologiekritik von dem verschwörungstheoretischen Kopf, auf den sie jetzt gestellt wurde, wieder auf ihre politökonomischen Füße zu stellen?

Ganz grundsätzlich gesagt: Ideologiekritik muss immer mit Realanalyse vermittelt werden, also mit einer Analyse der konkret-historischen Verhältnisse des Kapitalismus wie er sich hier und heute darstellt. Denn es ist zwar richtig, dass die ideologischen Muster, Projektionen und Wahnvorstellungen, die der Kapitalismus hervorbringt - wie der Antisemitismus, der Rassismus und der Sexismus - sich auf die Warenform und das von der Warenform Abgespaltene zurückführen lassen, aber das genügt nicht. Obwohl es sich hierbei um strukturelle Konstanten handelt, die sich durch die gesamte Geschichte der Moderne hindurch reproduzieren, verändern sie doch ihre Gestalt und ihre Ausdrucksformen im historischen Prozess. Der Rassismus heute ist nicht mehr derselbe wie der im 19. Jahrhundert und auch der Antisemitismus hat seine Wandlungen durchlaufen. Ohne eine Analyse der historischen Verlaufsform des Kapitalismus - und das heißt heute im wesentlichen: Krisenanalyse - lässt sich das nicht erklären und die Kritik wird stumpf.

Was bleibt von der behaupteten Fundamentalopposition der Antideutschen, wenn nicht mehr das deutsche Weltmachtstreben sondern der Islam die Rolle des neuen Hauptfeindes einnimmt? Wird so etwa eine anti-antisemitische Position zum links-deutschen Sonderweg einer Versöhnung mit der kapitalistischen Normalität?

Ja, ganz eindeutig. Das ist ja sogar offen so von ihnen gesagt worden, dass sie sich da für das vorgeblich kleinere Übel entscheiden. Immer so mit diesem Vorbehalt, wenn der islamische Fundamentalismus besiegt sei, dann dürfe man wieder an Revolution denken. Und das ist natürlich nichts als eine leere Phrase. Hier blamiert sich eine Position, die einfach keine Begriffe dafür hat, was an realen Entwicklungen in der Welt vor sich geht und es im Grunde auch gar nicht wissen will. Was übrig bleibt ist ein Haltungsradikalismus, der Ideologiekritik mittlerweile vor allem identitätspolitisch instrumentalisiert und zu diesem Zweck auf ein paar Lehrsätze heruntergebrochen hat, die ohne großes Denken leicht handhabbar und jederzeit anwendbar sind. Das ist umso schlimmer, als damit die Kritik des Antisemitismus, die heute nicht nur in der Linken dringender nötig ist, denn je, de facto entwertet wird.

44. ak 30. Wir feiern!

Rubrik: KB und AK; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak462/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:45

Wenn ak ihren 30. Geburtstag feiert, dürfen unsere Leserinnen und Leser natürlich nicht fehlen. Also schnappt euch den Terminkalender und haltet euch den 8. Juni frei. Für die Auswärtigen gilt: Sofort die alten Bekannten in Hamburg anrufen und sich für das zweite Juni-Wochenende einquartieren.

Um die Stimmung anzuheizen, haben wir die Hip-Hop-Band Microphone Mafia aus Köln eingeladen. Die Band ist im Umfeld von Kanak Attak aktiv und an diversen antirassistischen Projekten beteiligt. Vor wenigen Wochen haben sie ihr drittes Album vorgelegt. Auf Infernalia ist die persönliche Geschichte von MM als Migranten in Deutschland nicht zu überhören. Nicht nur, dass sie deutsch, türkisch, italienisch, englisch oder auch mal spanisch rappen; auch musikalisch zeigen sich die verschiedenen Einflüsse der Kulturen, aus denen die drei Musiker kommen. Im Anschluss an das Konzert legen die DJs hanni und nanni "revolutionäre" Musik auf. Aber keine Sorge: Die zerkratzten Platten mit Arbeiterliedern sind nicht dabei.

So viel zum Programm. Natürlich findet sich auch genügend Gelegenheit, mit dem einen oder der anderen ak-RedakteurIn zu plaudern, zu trinken oder hitzige Debatten über die Politik der letzten zehn, 20 oder 30 Jahre zu führen. Also schaut vorbei, und nicht vergessen: Analyse und Kritik statt Krise und Kotze.

45. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak462/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:26

Grenzgängerinnen

Weltweit sind fast achtzig Prozent aller Binnenlandflüchtlinge Frauen. Da vielen Frauen oft das Geld, die Papiere und die Möglichkeit zur Organisation einer Flucht fehlen, schaffen es nur wenige, über die Staatsgrenzen zu fliehen. Die aktuelle Diskussion um frauenspezifische Fluchtgründe, die im Zusammenhang mit dem neuen Zuwanderungsgesetz geführt wird, ist demnach nur für die Minderheit der weiblichen Flüchtlinge relevant, die es überhaupt bis nach Europa schafft. Das Buch Grenzgängerinnen. Frauen auf der Flucht, im Exil und in der Migration (herausgegeben von Elisabeth Rohr und Mechtild M. Jansen) beschäftigt sich mit den geschlechtsspezifischen Ursachen von Flucht und der Identitätssuche weiblicher Migrantinnen. Wenn WissenschaftlerInnen über MigrantInnen forschen, besteht immer die Gefahr, dass die eigenen Vorstellungen vom "Anders-Sein" der MigrantInnen als Folie dienen, auf der das Fremde und Andere hergestellt werden. Empfehlenswert ist der Artikel "Der Blick auf die fremde Frau" von Christine Huth-Hildebrandt, in dem sie anhand der Migrationsliteratur der 60er, 70er und 80er Jahre zeigt, wie sich das Stereotyp von Migrantinnen in Deutschland herausgebildet hat. Häufig beschreiben Forscherinnen Migrantinnen als "Opfer des Patriarchats", als defizitäre Wesen, denen sozialarbeiterisch geholfen werden musste. Auch in den 90er Jahren ist das paternalistische Sprechen für Migrantinnen keine Seltenheit. Symptomatisch sind hier die Debatten um die doppelte Staatsbürgerschaft, das Kopftuch oder den Krieg in Afghanistan. Um so wichtiger ist es, dass ForscherInnen das Dilemma zwischen dem "Forschenden Subjekt" und dem "Beforschten Objekt" reflektieren. Die Iranerin Farideh Akashe-Böhme "löst" dieses Problem, indem sie sehr eng an den Biografien der von ihr interviewten Frauen bleibt und Interpretationen vermeidet. Da in Grenzgängerinnen psychologische Themen dominieren, ist es vor allem empfehlenswert für Menschen, die pädagogisch und therapeutisch mit Migrantinnen und Flüchtlingen arbeiten. Aber auch für interessierte Laien finden sich genug Artikel, die zum Nachdenken über "Fremdsein" anregen.

Elisabeth Rohr, Mechtild Jansen (Hg.): Grenzgängerinnen. Frauen auf der Flucht im Exil und in der Migration; Psychosozial-Verlag, Gießen 2002, 245 Seiten, 24,90 EUR

Partisanin und "Frau in Schwarz"

Neda Bozinovics Buch "Neda. Ein Leben für Jugoslawien - von den Partisanen zu den Frauen in Schwarz" ist die Geschichte ihres ereignisreichen Lebens, das geprägt ist von politischem Engagement gegen Nationalismus und Krieg. Ihre hintergründige Betrachtung ist aufschlussreich für das Verständnis sowohl der Gegenwart wie der Vergangenheit Jugoslawiens. Welche Rolle spielten die ehemaligen PartisanInnen beim Wiederaufbau Jugoslawiens? Wie ist die aktuelle Situation unabhängiger politischer Bewegungen wie z.B. der "Frauen in Schwarz?" Neda Bozinovic, 1917 in Kroatien geboren, entwickelt früh ein Interesse für die gesellschaftliche Verhältnisse. Sie beginnt in Belgrad Jura zu studieren, ab Mitte der 30er Jahre engagiert sie sich in der StudentInnen- und Frauenbewegung und tritt in die kommunistische Partei ein. Prägend ist die Zeit im Studentinnenheim, das unter eigener Leitung erbaut und selbst verwaltet wird. Die politische Autonomie muss aber immer wieder gegen Angriffe von außen verteidigt werden. Konservative Kreise sehen es gar nicht gerne, dass unverheiratete junge Frauen nicht im Schoße der Familie leben. Zentrale Diskussionsthemen sind immer wieder die gesellschaftliche Situation der Frau und der drohende Krieg. Während des Zweiten Weltkrieges kämpft Neda Bozinovic bei den PartisanInnen, sie agitiert auf den Dörfern und nimmt auch am bewaffneten Kampf teil. Nach dem Krieg wird Neda Bozinovic Parteifunktionärin und arbeitet u.a. als Juristin im Bundesverfassungsgericht. Auch ihr persönliches Leben verändert sich, sie heiratet Drobrivoje Radosavljevic, den Politsekretär im Ortskomitee der KP Belgrad. 1949 ist sie Mutter von drei Kindern, neben der politischen eine weitere Herausforderung, die sie oft an die eigenen Grenzen (oder darüber hinaus) zwingt. Sie erlebt eine anstrengende aber ermutigende Phase des Aufbaus, dann, in den 70er Jahren, stehen Neda und ihr Ehemann, die eine offenere und progressivere Linie als von der Regierung gewünscht vertreten, wie viele Gleichgesinnte politisch im Abseits, und es beginnt eine sehr schwere Zeit der Isolation. "In der Folgezeit wurden Maßnahmen gegen jene ergriffen, die sich zur Demokratisierung und Gleichberechtigung aller jugoslawischen Nationalitäten bekannten. Sie wurden aus der Partei ausgeschlossen und ihrer Ämter enthoben. Man verwehrte ihnen das Recht auf Arbeit oder boykottierte sie einfach." In den Antikriegsaktivitäten

der "Frauen in Schwarz" findet Neda Bozinovic in den 90er Jahren eine neue politische Heimat, kann sie ihre Überzeugungen Antinationalismus und Feminismus wieder öffentlich zum Ausdruck bringen. Neda resigniert nicht, sie ist immer noch voller Kraft, Zuneigung und Hoffnung: "Ich lebe mit der Hoffnung, dass eine künftige Generation mit Hilfe glücklicher Umstände einen Ausweg aus der Sackgasse finden wird, in der wir uns heute befinden, damit wir uns dem Fortschritt, der Demokratie und dem Wohlstand zuwenden können. Ich bin überzeugt, dass die Frauen, vertrauend auf ihren Sinn für das Praktische, diese Veränderung zum Guten führen werden." Ein beeindruckendes Zeitzeugnis.

Neda Bozinovic: Neda. Ein Leben für Jugoslawien - von den Partisanen zu den Frauen in Schwarz. Orlanda, 2001, 160 Seiten, 16,50 EUR

Repressive Sicherheiten unterm Mikroskop

Die neueste Ausgabe der Zeitschrift Argument widmet sich, wie viele andere Zeitschriften vor ihr, den Folgen des 11. September 2001. Klar, das Thema ist nach wie vor aktuell. Trotzdem: Was man eigentlich nicht mehr lesen mag, sind persönliche Betroffenheitsberichte aus New York, seien sie auch so sachlich und knapp wie die Tagebuchnotizen von Robert Cohen, die den Argument-Schwerpunkt eröffnen. Ihnen folgt ein Autor, dem der Ruf der unerschöpflichen, gleichwohl erschöpfenden mündlichen Rede vorauseilt, und von dem man folgerichtig ein (erstaunlich kurzes) Redemanuskript veröffentlicht, gehalten auf der Internationalen Konferenz über Entwicklungshilfe, das die Delegation der USA veranlasste, den Saal zu räumen: Fidel Castro. Wohl unvermeidlich dann die grundlegende Analyse von W.F. Haug, mit vielen bedenkenswerten, trotzdem wenig überraschenden Gedanken zum Thema Globalisierung, 11. 9. und Krieg. Das alles kann man lesen, man muss es aber nicht. Ein unbedingtes Highlight und echtes Muss ist hingegen der Artikel von Sonja Buckel und John Kannankulam: eine "Kritik der Anti-Terror-Gesetze nach dem ‚11. September`." Dieser Artikel ist in zweifacher Hinsicht bemerkenswert: Erstens gelingt hier eine überzeugende Analyse der politischen Bedeutung des Anti-Terror-Krieges im Inneren, den der Westen nach den New Yorker Anschlägen betreibt, die vor allem die ewige Behauptung, alles sei nun ganz anders, fundiert widerlegt. Und andererseits zeigen die beiden AutorInnen, wie das, was vielerorts in akademischen Diskussionszirkeln eingeklagt, aber so gut wie nie umgesetzt wird, konkret aussehen kann: eine Verbindung aus poststrukturalistischen (Foucault) und neomarxistischen (Regulationstheorie) Ansätzen. Wer also wissen will, warum und wie genau der Verlust staatlich garantierter sozialer Sicherheiten mit der Garantie staatlich organisierter repressiver Sicherheit zusammenhängt, sollte diesen Beitrag lesen. Und kann sich anschließend noch über die - wie immer im Argument - ausführlichen und anregenden Buchrezensionen freuen, die die Lust aufs Lesen weiter anheizen.

Weltkrieg gegen den Terror? Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, Nr. 244, 44. Jahrgang, Heft 1/2002, 10,20 EUR

46. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak462/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:41

Fight Neoliberalism

Die Citibank, eine der weltweit größten Banken, baut ArbeitnehmerInnen-Rechte ab. Boykott ist die Erwiderung. Xerox, ein weltweit führender Hersteller von Kopierern, zerschlägt Betriebsräte. Mit sozialen Netzwerken reagieren die Betroffenen. Die Globalisierung hat viele Gesichter und auch der Widerstand dagegen. Die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden lädt ein zu einem Vortrag "Lokale Kampagnen gegen neoliberale Unternehmenspolitik". Referent ist Uli Wohland.

Heidelberg, 28. Mai, 20 Uhr, Eine Welt Zentrum, Am Karlstor 1, 69117 Heidelberg, E-Mail: ewz@karlstorbahnhof.de

Neofaschismus in Europa

Graeme Atkinson ist Mitarbeiter des britischen Antifa-Magazins "Seachlight". Seit vielen Jahren beobachtet er die Entwicklung der Nazi-Strukturen in Europa und die antifaschistische Gegenwehr. Was haben Fini, Haider, der "Vlaamse blok" und die englischen Nazis gemeinsam, was trennt sie? Am 29. Mai gibt Atkinson einen Überblick über die faschistischen Bewegungen in Westeuropa.

Hamburg, 29. Mai, 19.30 Uhr, GWA, St. Pauli-Süd e.V., Hein-Köllisch-Platz 2, E-Mail: gwa-st.pauli@gmx.de

Lernen und Erinnern

Frigga Haug entwickelte zusammen mit anderen Wissenschaftlerinnen die Methode der "Erinnerungsarbeit". Mit Studierenden in Hamburg erforschte sie die Problematik, wie Lernen an einer Hochschule funktioniert bzw. behindert wird. In der von der Fachschaft Sozialarbeit der FH Frankfurt veranstalteten Vortragsreihe "Sozialarbeit und Gesellschaftskritik" referiert Haug zum Thema "Lernen und Erinnern". In ihrem Vortrag wird sie Thesen zum Lernen darstellen und eine Kritik an den gängigen Lerntheorien aufzeigen.

Frankfurt, 6. Juni, 19 Uhr, Fachhochschule, Gleimstraße 3, Café Profitratte, Gebäude 10, EG

"Aqtiv" mit Zwang

Am 1. Januar 2002 sind umfangreiche Neuregelungen im Bereich der Arbeitsförderung und Arbeitsvermittlung in Kraft getreten. Das neue Zauberwort heißt "Job-Aqtiv-Gesetz". Bei näherem Hinsehen wird schnell klar, dass die Arbeitslosen die Hauptbetroffenen der Maßnahmen sind, da das Ziel der "Aqtivierung" Arbeit um jeden Preis ist. Am 7. Juni lädt die Initiative Anders Arbeiten zu einer Diskussionsveranstaltung zum "Job-Aqtiv-Gesetz" ein. Auf dem Podium sitzen die sozialpolitische Sprecherin der PDS, Pia Maier, Hinrich Garms von Brain e.V. und ein Vertreter des Arbeitsamtes.

Berlin, 7. Juni 2002, 19 Uhr, Elternzentrum, Mehringdamm 114, Kreuzberg

Antrag abgelehnt

Mehr als zehn Millionen ZwangsarbeiterInnen waren von 1940 bis 1945 von und in der deutschen Wirtschaft eingesetzt. Über 50 Jahre lang gelang es der Bundesrepublik und den deutschen Firmen, die Forderung nach Entschädigung wegen Deportation, Freiheitsberaubung und Gesundheitsschäden zurückzuweisen. Erste Sammelklagen in den USA lösten seit 1998 eine öffentliche Diskussion um Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen aus. Klaus Körner zeigt in seinem Buch "Der Antrag ist abzulehnen", mit welchen Vorwänden die deutsche Wirtschaft nach wie vor die Entschädigungszahlungen verweigert. Am 12. Juni stellt Körner sein Buch in Bonn vor.

Bonn, 12. Juni, 20 Uhr, Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, Altstadt

Arbeit und Migration

Die Diskussionen, die im Rahmen des neuen Zuwanderungsbegrenzungsgesetzes geführt wurden, zeigen vor allem, welchen Anspruch die politisch-wirtschaftliche Elite an Migration hat: Migration soll entsprechend ökonomischer Verwertungsinteressen reguliert und gleichzeitig einer verschärften Kontrolle unterworfen

werden. Entsprechend kombiniert das moderne Migrationsregime die arbeitsmarktpolitisch motivierte Öffnung für die "nützlichen" MigrantInnen mit neuen Ausgrenzungs- und Abschiebemaßnahmen gegenüber den unerwünschten Flüchtlingen. In Hamburg findet vom 21. bis 23. Juni ein von der Gruppe "Jeder Mensch ist ein Experte" organisiertes Forum zum Thema "Arbeit und Migration" statt. Themen sind u.a. Ambivalenzen von Arbeit und Migration, Ausbeutungsoffensive und Rassismus, Handlungsansätze und mögliche Kampagnen.

Hamburg, 21. bis 23. Juni, Kontakt und weitere Informationen: hagen@kein.org, frank@offlimits.de, Tel.: 0179/6619710

Sirenen der Ökonomie

Die aktivierende Politik der neuen Mitte setzt wesentlich auf eine weitere Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche. Insbesondere an die Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik werden Effizienzkriterien angelegt, die stärker als zuvor an der Logik der Verwertung ausgerichtet sind. In der Universität Hamburg findet am 21. und 22. Juni die Tagung "Sirenen der Ökonomie" statt, auf der eine kritische Bilanz der Rot-Grünen Regierungszeit gezogen wird. Organisatorin ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit Regenbogen und VSA/Sozialismus.

Hamburg, 21./22. Juni, Beginn: Fr. 19 Uhr, Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1, Anmeldung unter: www.rosaluxemburgstiftung.de, Christian Brütt, Tel.: 030/29781130

Frieden in Nordirland

Unter dem Titel "Frieden heißt teilen" veranstaltet die Irland Gruppe Omega eine Diskussionsveranstaltung in Berlin. Referentinnen von Sinn Fein und der "Women's Coalition" berichten über die nach wie vor "brisante" Situation im Norden Irlands. Sie erzählen vom nordirischen Alltag, in dem seit Anfang 2001 die loyalistische und als rechtsradikal einzustufende UDA rassistische Angriffe gegen KatholikInnen verübt.

Berlin, 22. Juni, 19 Uhr, Einlass ab 18 Uhr (irische Musik und Literatur), Bildungswerk der Evangelischen Kirche, Goethestr. 26-30, 10625 Berlin, E-Mail: jugend.werkstatt@berlin.de

47. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak462/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:42

Ewige NörglerInnen sind sie, die Linken, jawohl. ak-RedakteurInnen machen da keine Ausnahme. Im letzten Editorial wurde über tristes Wetter und ausbleibenden Frühling geklagt. Nun sind sie gleich beide da, der Wonnemonat Mai und der Frühling, und trotzdem gibt's was zu meckern. Die Sonne scheint, die Vöglein zwitschern, die Bienen (und Fliegen) summen, die Pollen fliegen, in den Straßencafés oder am Elbstrand freuen sich die Menschen des Lebens, und es ist ein Jauchzen und Jubilieren in der Luft. Derweil wird in den dunklen (GenossInnen, denkt positiv: zu viel Sonne schadet dem Teint), kühlen (oder eher kalten?) Kellerräumen der Rombergstraße 10 diese ak-Ausgabe produziert. Doch genug des Zynismus, loben wir lieber die feinsinnige Dialektik von Frühlingssonne und ununterbrochenem Kunstlicht! Denn während stolze Windjammer die Elbe hinaufsegeln, das Volk den Hafengeburtstag feiert und die Pfeffersäcke das ewige Brot und Spiele inszenieren, bekommt in den Höhlen Eimsbüttels der ak-Schwerpunkt HafenCity den letzten Schliff. Kann es ein schöneres Beispiel für das nimmermüde Wirken der List der Vernunft geben?

So ist denn auch die Mai-ak nicht anders als in den anderen Monaten: eine von gewissenhaften, kompetenten und engagierten RedakteurInnen, KorrekturleserInnen und LayouterInnen mit Lust und Laune hergestellte Zeitung für linke Debatte und Praxis. Doch halt, eine Neuigkeit gibt es durchaus. Die ak-Redaktion hat nämlich Zulauf bekommen. Der Genosse dk. nimmt bis auf weiteres wieder an den Freuden und Leiden des Redaktionsalltags teil und wird vor allem den Themenbereich "Wirtschaft und Soziales" im Blick haben. Das ist gut und nicht schlecht, wie ein bekannter chinesischer Bauernphilosoph zu sagen pflegte. Dieses Bonmot gilt im Übrigen auch für unseren Fantomas. Das neue ak-Magazin verbreitet unter den ak-LeserInnen bisher offensichtlich mehr Freude als Schrecken. Wünschen wir dem Meisterschurken also weiterhin viel kriminelle Energie und eine steile Karriere. Und weil am 8. Juni die 30-Jahre-ak-Mega-Abzappel-Party im "Fundbureau" stattfinden wird und die Vorfreude bekanntlich die schönste Freude ist, ist der Spaßfaktor in der Redaktion dauerhaft gewährleistet. Das bisschen Frühlingssonne und andere Widrigkeiten können uns also nicht schrecken. In Wirklichkeit gibt es nämlich nichts Schöneres, als mit rauchendem Schädel in die Tastatur zu hacken und ak-Seiten zu kleben, während draußen der Sonnenbrand zum Massenphänomen wird.

Eure ak-Redaktion

48. Danke für nochmals 1.050 Euro!

CD-Datei: daten/aksuche/ak462/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:48

In der letzten ak hatten wir uns dafür entschieden, euch nicht länger mit unserer obligatorischen Spendenkampagne zu nerven. Und jetzt das: 1.050 EUR sind seitdem bei uns eingegangen. Vielen Dank dafür!

ak-Redaktion

49. Wem gehört der Hafen?

CD-Datei: daten/aksuche/ak462/hafen.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:462:hafen

Was wären Hamburg, Amsterdam oder Marseille ohne ihre Häfen? In den letzten Jahren haben StädteplanerInnen und PolitikerInnen zunehmend die Bedeutung der Häfen für das Image ihrer Stadt entdeckt. Galten früher die städtischen Hafenareale als Orte des Schmutzes, Schweißes und der harten Arbeit auf den Werften, hat sich dieses Image nicht erst durch die Krise in der Schiffsindustrie gewandelt. Das alte Image des Hafens wird nun in einer Mixtur aus maritimem Charme, Seemannsgarn und Fernweh touristisch genutzt, gleichzeitig werden die industriellen Brachflächen im Hafen komplett umstrukturiert und neu bebaut. Im Wettbewerb der Städte bilden die Häfen nicht zu unterschätzende Standortfaktoren, lockt doch die Vermarktung der Hafenareale InvestorInnen in die Stadt.

In Hamburg trägt die Vision der StädteplanerInnen für den Hafen des neuen Jahrtausends den Namen HafenCity. Auf dem ehemaligen Gelände des Hamburger Freihafens soll ein neuer innerstädtischer Stadtteil entstehen mit Büro- und Geschäftsflächen, gehobenen Wohnlofts, einem Kreuzfahrtterminal und Yacht- und Bootshäfen. Neuesten Planungen zufolge soll die HafenCity auch ein Olympia-Stadion und ein Olympisches Dorf beherbergen, ist doch ganz Hamburg "Feuer und Flamme" für Olympia (so der sinnige Slogan der Hamburger Olympiabewerbung).

In Hamburg beschäftigen sich seit einiger Zeit verschiedene Gruppen aus dem Kunst- und Kulturbereich mit der HafenCity. Unter dem Titel "ready to capture" hat die Hamburger Gruppe tetrapak KünstlerInnen aus dem Ostseeraum eingeladen, sich gemeinsam auf dem Gelände der zukünftigen HafenCity mit der urbanen Entwicklung kritisch auseinander zu setzen. Dies geschieht in Rahmen des Kunstfestivals ArtGenda, das vom 8. bis zum 24. Juni in Hamburg stattfindet. Dass die HafenCity in ihrer großklotzigen Dimension kein einzigartiges Phänomen ist, zeigen ähnliche Projekte in Barcelona, London, Bremen und Aarhus.

Umso wichtiger ist es, sich mit den Umstrukturierungsprozessen der Häfen bzw. Städte zu beschäftigen und Möglichkeiten des künstlerischen und politischen Widerstandes zu entwickeln.

Unser Schwerpunkt auf den Seiten 13 bis 16